

Lech-Isar-Land 2024

Jubiläums-Ausgabe

HERAUSGEGEBEN VOM
HEIMATVERBAND LECH-ISAR-LAND e.V.
(gegründet 1924)
WEILHEIM i.OB

- Umschlagsbild:** *Jos Huber*
Zum 100-Jährigen Bestehen des Heimatverbandes Lech-Isar-Land.
In ausschließlich manueller Technik gefertigtes Bild, Weilheim Juli 2023.
- Herausgeber: Heimatverband Lech-Isar-Land e.V. – Sitz Weilheim i.OB
Parchetstraße 12, 82362 Weilheim i.OB
E-Mail vorsitzender@lech-isar-land-heimatverband.de
- Website: www.lech-isar-land-heimatverband.de
- Vorsitzender: Bernhard Wöll, Archivar i.R.,
ehrenamtl. Kreisarchivpfleger für den Landkreis Weilheim-Schongau
Parchetstraße 12, 82362 Weilheim i.OB
E-Mail vorsitzender@lech-isar-land-heimatverband.de
- Schriftleiter: Klaus Gast, Dipl. FinW (FH),
ehrenamtl. Kreisheimatpfleger für den Landkreis Weilheim-Schongau
E-Mail schriftleiter@lech-isar-land-heimatverband.de
- Bankverbindung: Sparkasse Oberland
IBAN DE 75 7035 1030 0000 0075 26
BIC BYLADEM1WHM
- Herstellung: Klaus Hecker GmbH · Druck Grafik Schilder
Obermühlstraße 90, 82398 Polling
- Websitebetreuung: Matthias Ueckermann, 82362 Weilheim

Hinweise:

Im Falle von Beitritts- und Austrittserklärungen, geänderten Mitgliederadressen oder neuen Bankverbindungen, Bestellungen von Jahrbüchern und Zusendungen von Schriftenaustauschexemplaren bitte an den 1. Vorsitzenden wenden.

Soweit es sich um Beiträge für das Jahrbuch handelt, bitte direkt an den Schriftleiter wenden bzw. die Beiträge direkt an den Schriftleiter senden. Textbeiträge bitte ausschließlich in digitaler Form (Word-Datei), Bildmaterial gesondert und nur in Schwarzweiß als JPG-Datei mit 300dpi. Die hier abgedruckten Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Verfassers und des Herausgebers nachgedruckt oder weiterverwendet werden. Die inhaltliche und juristische Verantwortung für den Inhalt der einzelnen Beiträge liegt bei den Autoren.

Jahrbuch gefördert aus Mitteln des
Bezirks Oberbayern für die überregionale
Förderung der Heimatpflege



Inhalt

Bernhard Wöll

Vorwort 5

Klaus Gast

Als die Inflation explodierte.
Zur chaotischen Geldentwertung vor 100 Jahren. – Teil 1 – 7

Anja Behringer

Der lange Weg zum Krankenhaus. Wie sich im Landkreis Starnberg ab dem
19. Jahrhundert die Gesundheitsfürsorge entwickelte. 21

Guido Treffler

Die romanische Kirche St. Jakob in Unterschondorf.
Restaurierungsarbeiten 1947–1988. 35

Jost Gudelius

500 Jahre Forstgeschichte Jachenau. – 1. Teil – 41

Peter Winkler

Die Hintergründe zur einstigen Trockenlegung des Weilheimer Moores. 57

Klaus Gast

A bairische Weihnachts-G'schicht. 89

Rudolf Steiger

„Schreitender, schwarzer Löwe auf goldenem Feld, rotbezung, Haupt en face....“.
Die kommunalen Wappen im Landkreis Weilheim - Schongau. 101

Roland Lory

„Die ganze Angelegenheit ist nun Jahre verschleppt ...“.
Der Widerstand gegen den Bau einer Müllverbrennungsanlage in Eschenlohe
in den 1970er Jahren. 123

Gerhard Heiß

Das Skiparadies am Schnaidberg. 143

Stefan Emeis

Moornutzung und Renaturierung im Wandel der letzten drei Jahrhunderte. 153

Gerhard Neumeier	
Das Gefängnis in Fürstenfeldbruck 1846 bis 1976.	177
Dr. Josef Freisl	
Vom Chorherrenhaus zum Bauernhaus. Die bewegte Geschichte des Hauses Hauptstraße 17 in Habach. 2. Teil von 1863 bis 1985.	193
Klaus Gast	
„Frühjahrslied“	235
Bernhard Wöll	
Besitzungen der säkularisierten Klöster zwischen Lech und Isar in Südtirol. Weingüter des Reichsstiftes Sankt Ulrich und Afra.	237
Thomas Freller	
Franz Joseph Anton von Donnersberg und das Theater der Dämonen.	255
Tobias Güthner	
Maria und die Evangelisten: Vier Altaraufsätze des Weilheimer Goldschmiedes Franz Sales Ferchl.	277
Stephan Bammer	
Die „Fließende“ eine Verflossene? Die Wasserableitungen an der oberen Isar.	283
Rudolf Ahr	
Die Weilheimer Berufsschule im Schuljahr 1939/40	309

Liebe Leserinnen und Leser,



wie an der besonderen Gestaltung des Umschlages schon erkennbar, handelt es sich beim aktuellen Jahrgang um eine Jubiläumsausgabe. Der Heimatverband Lech-Isar-Land und seine gleichnamige Jahresschrift wurden vor 100 Jahren gegründet bzw. erstmals herausgegeben. Seither änderten sich zweimal der Vereinsname und einmal die Bezeichnung der Jahresschrift. Aus der in Dießen im August 1924 von Dr. Bruno Schweizer gegründeten Heimatvereinigung Ammersee wurde 1927 der Heimatverband Huosigau und 1952 der Heimatverband Lech-Isar-Land. Die im April 1924 erstmals

erschienene Jahresschrift Ammersee-Heimatblätter wurde im Juli 1927, beginnend mit dem Heft 7, unter dem bis heute beibehaltenen Namen Lech-Isar-Land herausgegeben. Auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung 1931/32 hatte der Heimatverband rund 300 Mitglieder und bestand aus 16 Ortsgruppen in den Ortschaften Dießen, Polling, Wielenbach, Herrsching, Utting, Seefeld, Huglfing, Greifenberg, Inning, Pähl, Peißenberg, Penzberg, Murnau, Riederau, St. Georgen sowie Hohenpeißenberg, die als Heimatvereine bezeichnet wurden. Die Jahresschrift erreichte 1928 ihre bis dahin höchste Auflage von 1.200 Stück pro Einzelheft, wovon aber zu viele übrig blieben, weshalb die Auflage in den folgenden Jahren auf 600 Stück pro Einzelheft reduziert wurde.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden alle Heimatvereine im nationalsozialistischen Sinne „gleichgeschaltet“. Gleichschaltung bedeutete auch, dass der Vorsitzende sowie die Mehrheit der Vorstandschaft eines Vereins Nationalsozialisten sein mussten und die Leitung eines Vereines von da an nach dem sog. Führerprinzip zu erfolgen hatte. Auf Anordnung des NSDAP-Kreisleiters im Bezirk Weilheim wurde der Heimatverband Huosigau aufgefordert, zu diesem Zwecke am

21. Mai 1933 eine Mitgliederversammlung einzuberufen. Er beauftragte damit drei persönliche Referenten als Gleichstellungsbeauftragte, die Mitglieder der NSDAP bzw. der SA und zugleich Mitglieder des Heimatverbandes Huosigau waren. Von den etwa 300 Mitgliedern des Heimatverbandes erschienen lediglich 46 stimmberechtigte Mitglieder sowie 40 namentlich nicht genannte Gäste. Die anwesenden Mitglieder wählten entsprechend der von den Gleichstellungsbeauftragten vorgelegten Kandidatenliste dreizehn Vorstandsmitglieder, davon gehörten mit dem Vorsitzenden insgesamt acht Vorstandsmitglieder der NSDAP an. Kurze Zeit später wurde der Heimatverband in die NS-Kulturgemeinde eingegliedert und verlor damit endgültig seine Unabhängigkeit. In der Folge traten bis 1937 mehr als die Hälfte der Mitglieder aus, und die Jahreshefte Lech-Isar-Land erschienen daher ab 1937 bis zu ihrer letzten Ausgabe von 1941 nur noch als Beilage der Weilheimer Zeitung, da die Druckkosten nicht mehr aufgebracht werden konnten, 1942 wurden schließlich kriegsbedingt sämtliche Vereinsaktivitäten eingestellt.

Ab April 1952 begann der Vereinsgründer und frühere Vorsitzende Dr. Bruno Schweizer den Heimatverband unter dem neuen Namen Lech-Isar-Land wieder zu reaktivieren und konnte bis 1954 auch mehrere Landkreise sowie zahlreiche Gemeinden als Mitglieder gewinnen. Laut Eintragung im Vereinsregister des Amtsgerichtes Weilheim wurde bei der Mitgliederversammlung des Heimatverbandes Lech-Isar-Land am 8. Oktober 1955 eine neue Satzung beschlossen und eine Vorstandschaft gewählt. Die Jahresschrift Lech-Isar-Land erschien erstmals 1956 und wird seit 1960 kontinuierlich und von 1963 an in Buchformat herausgegeben.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die gemeinsam mit unserem Schriftleiter an der Jubiläumsausgabe mitgewirkt haben, besonders bei unserem Ehrenmitglied Jos Huber für die ausschließlich manuell gefertigte künstlerische Gestaltung des Umschlages, bei allen Autoren für Ihre Beiträge und bei der Firma Klaus Hecker GmbH für die Gestaltung, den Druck und die Unterstützung bei der Auslieferung des Jahrbuches.

Heimatverband Lech-Isar-Land e. V.

Weilheim i. OB, im November 2023

*Bernhard Wöll,
1. Vorsitzender*

KLAUS GAST

Als die Inflation explodierte

Zur chaotischen Geldentwertung vor 100 Jahren

(Ein Beitrag für das Weilheimer Tagblatt 2023 zur Erinnerung.)

– 1. Teil –

Wenn derzeit viele Menschen in unserem Land Angst vor Geldentwertung und hohen Preissteigerungen haben, ja sogar Befürchtungen herumgeistern, dass der Euro scheitern könnte, dann schwingt bei dieser Angst immer auch eine unterschwellige Erinnerung mit, dass doch schon zweimal im zwanzigsten Jahrhundert unsere Währung kollabiert ist. Der Währungsschnitt von 1948, mit der Einführung der D-Mark, ist dabei noch einigermaßen positiv besetzt, weil er ja in einen darauf folgenden Wirtschaftsaufschwung führte. So wurde die Entwertung der Reichsmark eher akzeptiert, nicht zuletzt weil danach die lange leer gewesenen Schaufenster wieder voller kaufbarer Artikel waren. Die Hyperinflation von 1923 dagegen ist verbunden mit Erinnerungen und Erzählungen von Massenverelendung. Sie führte zu Unruhen und war letztlich auch einer der Wegbereiter, die unser Land schließlich in die NS-Diktatur führten. Man kann sich kaum vorstellen was die galoppierende Inflation bei den Menschen damals auslöste und welche krasse Verwerfungen es gab.

Eine Reihe von kleinen Schlaglichtern, soll an diese Zeit erinnern, als eine normale Briefmarke mit einer Milliarde Mark zu Buche schlug, Gemeinden und Firmen eigenes Geld druckten und wie der Staat versuchte dem entgegen zu steuern. Nicht zuletzt aber auch, dass diese Inflation nicht „einfach so kam“, sondern Folge von verheerend falschen politischen Entscheidungen war.

Röntgens Konterfei auf Papiergeld des Landreises Weilheim

Eine gewisse Inflation gehörte schon immer zur Realität, und eine jährliche Inflationsrate von rund 2% pro Jahr gilt sogar der Bundesbank als erstrebenswert. Schwierig wurde es immer dann, wenn Regierungen

oder Machthaber die Geldmenge willkürlich vermehrten, um an mehr finanzielle Mittel zu gelangen. So ließ schon Kaiser Nero im Jahre 63 n. Chr. den Edelmetallanteil in den römischen Münzen verringern, um mehr Münzen ausgeben zu können. Dies führte schon damals zu einer merklichen Inflation, die den Menschen weh tat.

Auch das deutsche Kaiserreich griff zum Mittel der Geldvermehrung, um die gigantischen Kosten des Krieges 1914–1918 zu finanzieren. Doch diesmal verursachte das „Papiergeld drucken“ eine Inflation, denn die Geldmenge verzehnfachte sich in diesem Zeitraum, während das Warenangebot zurückgegangen war. So verteuerten sich schon von 1914 bis 1917 die Grundnahrungsmittel um rd. 40%, das war aber erst der Anfang des Verfalls der deutschen Währung.

1909, als der deutsche Physik-Nobelpreisträger von 1901 Wilhelm Conrad Röntgen sein Haus in der Weilheimer Sonnwendgasse gekauft hat, war er ein sehr reicher Mann gewesen. Er liebte die Jagd in den Wäldern um Weilheim und verbrachte viel Zeit in der Stadt, die ihn schließlich 1909 mit der Ehrenbürgerwürde auszeichnete. Durch die stetige Inflation nach 1918 verlor er den größten Teil seines Vermögens, auch die regelmäßige Pension als ehemaliger Professor wurde immer weniger wert. Als er am 10 Februar 1923 starb, vermachte er einen Teil seines restlichen Besitzes der Armenpflege Weilheims.



50 Milliarden Mark mit Prof. Röntgens Portrait

Als das Bezirksamt (= Landratsamt) Weilheim 1923 Notgeldscheine über 50, 100 und 200 Milliarden Mark herausgab, zierte Prof. Röntgens Portrait diese Geldscheine und erinnerte an den berühmten Mann.

Preise für staatliche Investitionen vervielfachen sich

Dass sich staatliche Investitionen von der Planung bis zur Realisierung oftmals drastisch verteuern, kommt nicht gerade selten vor und ist uns auch heute noch bestens bekannt. In den Inflationsjahren bis 1923 war das natürlich besonders dramatisch. Das zeigte sich auch beim Bau der Eisenbahnlinie Schongau – Kaufbeuren. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts gab es Pläne, die Region des Voralpenlandes in Ost-West-Richtung mit einer Eisenbahn zu verbinden. Die Idee war, eine Bahnlinie von Tölz über Penzberg, Weilheim, Peißenberg, Schongau bis Kaufbeuren. Diese Idee zerschlug sich aber schnell wieder. Vor dem Ersten Weltkrieg wollte man wenigstens eine Verbindung von Peißenberg bis Kaufbeuren herstellen, um Peißenberger Kohle ins Allgäu zu transportieren. Der Bau stockte anlässlich des Krieges und konnte erst 1919 beginnen. Während des Baues explodierten die Preise und die Bahn kostete, statt der veranschlagten 3 Mio. Mark, nun rund 250 Mio. Die hauptsächlich dem Güterverkehr dienende Bahn wurde am 17. Februar 1923 in Betrieb genommen, ihr höchstes Güteraufkommen war zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Später ging es abwärts mit der Bahn, besonders auch durch das Ende des Peißenberger Bergwerksbetriebs. So wurde sie 1972 schließlich stillgelegt und später überwiegend abmontiert. Während der Bauphase war die herrschende Materialnot insbesondere bei Metall eine große Hürde, es wird berichtet, dass sogar die Kabel des Baustellentelephons auf eine Länge von 6 km von den Masten gestohlen worden sei. Aber auch derartige Metalldiebstähle sind heute nicht völlig unbekannt.

Fasching wird verboten, Bier wird teurer

Weil Deutschland – aus wirtschaftlicher Not – Ende 1922 in Verzug mit seinen Reparationen gekommen war und speziell zu wenig Kohle und Telegrafmasten an Frankreich und Belgien geliefert hatte, rückten Anfang 1923 französische und belgische Truppen ins Rheinland ein und besetzten dies. Gegen die Unterdrückungen, Enteignungen und Übergriffe wehrte sich die dortige Bevölkerung vehement. Auf den

Aufruf durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert (SPD), „passiven Widerstand“ zu leisten, kam es zu Massenstreiks und Arbeitsverweigerung. Dies führte zu noch heftigeren Repressalien durch die Besatzer und zur Ausweisung von ca. 150.000 Menschen aus ihrer Heimat an Rhein und Ruhr. All das verursachte einen noch stärkeren wirtschaftlichen Niedergang, befeuerte die Inflation massiv und außerdem wurden radikale politische Kräfte von extrem Links und Rechts erheblich gestärkt. Die deutsche Bevölkerung wurde durch scharfe Medienberichte zu antifranzösischer Stimmung aufgeheizt, auch das Weilheimer Tagblatt und das Oberländer Volksblatt schrieben in diesem Sinne. Um die Empörung aller Deutschen zu betonen, wurden überall Faschingsfeiern, Tanzveranstaltungen und Kostüme verboten.

Der Weilheimer Landrat (Bezirksamtman) Theodor Faigl ordnete dies auch für den Landkreis unter Androhung strenger Kontrolle und Strafen an. Angesichts der wirtschaftlichen Not, Nahrungsmittelknappheit, Arbeitslosigkeit und Teuerung, wird das nicht all zu viel Aufregung verursacht haben. Dagegen dürfte die Schlagzeile „Das Bier wird teurer!“ großen Ärger verursacht haben. Eine Maß Vollbier kostete nämlich inzwischen 520 Mark, ein Liter Milch dagegen nur 250 M.

Die Regierung findet keinen Ausweg

Im Februar 2023 haben sich die Preise für Lebensmittel in Deutschland zum Vorjahr um über 21% erhöht, das ist eine stattliche Inflation, aber nicht vergleichbar mit der 100 Jahre zuvor.

Damals wurde erstens – durch den ersten Weltkrieg – die Produktion von Waren und Lebensmitteln massiv reduziert, was zu einer Verteuerung führt. Zweitens wurden die gigantischen Kriegskosten durch eine maßlose Staatsverschuldung finanziert. Drittens wurden im Versailler Vertrag hohe Reparationen gefordert, wodurch sehr viele Goldmark und sonstige Werte aus Deutschland abflossen. Da darauf mit dem ständigen Drucken neuen Geldes reagiert wurde, wurde dieses – abschätzig „Papiermark“ titulierte Geld – natürlich immer noch weniger wert.

Die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 und der Generalstreik verschlimmerten die Lage weiter. Die Experten-Regierung um den parteifreien Kanzler Dr. Wilhelm Cuno fand keine Lösung. So kam es zu gigantischen Preissteigerungen, es wurden z. B. im Februar



Bayerischer Geldschein 20.000 M vom März 1923

die Fahrpreise der Bahn um 100% erhöht, ein Telefon-Ortsgespräch kostete ab März 30 Mark. Um den Menschen im Ruhrgebiet zu helfen, wurden überall Sammlungen und Wohltätigkeitsveranstaltungen abgehalten. So luden der TSV und der katholische Gesellenverein Weilheim zu einem Benefiz-Fußballspiel ein. In Antdorf wurden 102.000 Mark „Ruhrspende“ gesammelt, in Schongau spendete die Haindl'sche Papierfabrik 650.000 M und auch die Mitarbeiter des Schongauer Finanzamtes spendeten 50.000 M für die leidenden Landsleute im Rheinland und Ruhrgebiet.

Autos waren nur für wenige Reiche

Im März 1923 waren ca. 1/6 der Deutschen auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Da die Regierung die Lage nicht wirklich verbesserte (z. T. wohl auch gar nicht konnte), wurden die politischen Extremisten stärker und ihre hohlen Heilsversprechen fanden weitverbreitet Gehör. Die hetzerische Propaganda Hitlers und die Agitation seiner Anhänger war gerade auch hinsichtlich der Inflation völlig skrupellos. Schon Ende 1922 fürchtete die bayerische Regierung unter Eugen v. Knilling (BVP) einen Putsch der NSDAP und verhängte deshalb im Januar 1923 den Ausnahmezustand. Aber Hitler versprach dem aus Oberzell bei Kaufbeuren stammenden Innenminister Dr. Franz Xaver Schweyer (BVP), der

ihn als Ausländer sogar in sein Heimatland Österreich ausweisen wollte und Strafantrag wegen Landfriedensbruch gestellt hatte, dass er nie einen Putsch unternehmen werde. Die Regierung glaubte seine Lügen und hob deshalb die Sanktionen im Februar 1923 wieder auf. Der sich ab 1.7.1924 in Ruhestand befindliche Dr. Schweyer, der auch danach wiederholt vor Hitler warnte, wurde 1933 von den Nazimachthabern verfolgt und gequält.

Während viele Menschen 1923 unter der Not sehr litten, gab es aber auch durchaus Wohlhabende. Autos waren noch absoluter Luxus, zu jener Zeit gab es rund 100.000 Automobile im Gebiet des ganzen Deutschen Reichs. Auch in Weilheim gab es damals schon eine Tankstelle für die „Benzinkutschen“. Untenstehendes Bild zeigt die des Kaufmanns Kratzmeier am damaligen Postplatz (heute Rathausplatz). Im Hintergrund sieht man das kleine Gebäude, an dessen Stelle 1936 das heutige Rathaus errichtet wurde. Ein durchschnittliches Auto kostete Anfang 1923 rd. 11 Mio. Mark. Kleinwagen mit 4 bis 16 PS wurden als „kostengünstig“ beworben. Aber auch das Benzin war teuer geworden, es kostete im Januar 1922 noch 17 Mark pro Liter, ein Jahr danach 686 M.



Weilheim, Postplatz – Herr Kratzmeier an einer Tankstelle um 1925/30

und im Juni 23 schon 4.800 M. Die Betriebskosten betrugen inzwischen bis zu 3.000 M pro Kilometer, ein Ausflug nach München und zurück kostete also über 250.000 M. Die Marke Dapolin die Kratzmeier hier vertrat, war die Deutsch-Amerikanische Petroleums-Gesellschaft, später in ESSO umbenannt.

Arm und Reich nebeneinander

Die grassierende Inflation stürzte immer mehr Menschen in Not und Armut, ganz besonders Rentner und Pensionisten sowie Ältere die von den Zinsen ihrer lebenslang angesparten Altersversorgung lebten. Insofern gab es im März 1923 wenig Verständnis für die großzügige „Fürstenentschädigung“ des 1918 abgesetzten Königshauses, als der Freistaat seinen Ex-Monarchen bzw. deren Nachfahren Schlösser, Grund und Kunstwerke zusprach. Andere dagegen, die nichts mehr besaßen und auch nichts mehr zu verlieren hatten, nahmen sich einfach das was ihnen das Überleben sicherte. Besonders Metallediebstähle nahmen zu. So zertrümmerten Diebe z. B. ein Denkmal mit einer Bronzestatue des Verlegers Eduard v. Hallbergers auf Tutzing's Ilkahöhe und raubten das edle Metall. Ebenso wurden überall Kupferleitungen, Dachrinnen usw. gestohlen. Das Innenministerium ordnete darauf an, dass Metallhändler regelmäßig zu kontrollieren seien, um der Hehlerei entgegen zu wirken.



Bayerisches Staatswappen mit Volkskrone auf einem Geldschein vom März 1923

Besonders dreist war der Diebstahl von mehreren Glühbirnen aus Peitings Pfarrkirche St. Michael, bei dem die Diebe offenbar das Zitat „Es werde Licht!“ falsch verstehen wollten. Elektrische Beleuchtung war damals noch sehr „modern“ und auch teuer, der Diebstahl also nicht unerheblich.

Im bayerischen Landtag wurde der Antrag der SPD, walle Lebensmittel zu beschlagnahmen und zu rationieren, von der BVP und anderen Parteien abgelehnt, denn man wollte nicht wieder in die Zwangswirtschaft des Krieges zurückfallen. Dafür wurde aber mit 75:56 Stimmen beschlossen, einen eigenen Bayerischen Staatspräsidenten einzuführen. Auch das Staats-Wappen wurde erneuert und statt der Königskrone sollte nun „Volkskrone“ auf den Souverän hinweisen.

Extrem Rechts oder extrem Links?

Die gewaltige Inflation untergrub immer mehr die Reputation der jungen Republik und stärkte seine Feinde. Die Linksaußen wollte keine bürgerliche Republik sondern eine kommunistische Diktatur wie in Sowjetrussland, die Rechtsaußen einen völkischen Führerstaat. Die Parteien der Mitte aber waren hilflos, ratlos und zerstritten.

Aus Angst vor marodierenden Arbeitslosen wurden staatliche Notstandsarbeiten durchgeführt. Straßenbauten und Flussbegradigungen waren angesagt. Bei der „Ammerkorrektur“ und Moosflächen-Trockenlegung zwischen Weilheim und dem Ammersee waren 1923 stets rd. 500 Arbeiter beschäftigt. Es sollten neue nutzbare Landwirtschaftsflächen geschaffen werden, um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu

Für Mk. 1100000
bekommen Sie von uns
1 Schreibmaschine
mit sichtbarer Schrift, fabrikneu, nebst 3 Farbbändern, sowie
1 Schreibmaschinenteilschen
nebst Stuhl.

Zeitungs-Announce aus dem Weilheimer Tagblatt 1923

verbessern. Ende März 1923 wurde das neue Wehr bei Wielenbach in Betrieb genommen. Das neu geschaffene Flussbett verkürzte den Flusslauf um 1 1/2 Kilometer, was als großartige Leistung allseits gepriesen wurde. Auch diese auf Kredit finanzierten Notstandsarbeiten verschärften die Inflation natürlich.

Alles wurde immer teurer, z. B. eine Schreibmaschine kostete nun über eine Million Mark, wie man aus Zeitungsreklame entnehmen kann.

Große Not und trotzdem Innovationen

Wenn im ersten Quartal 2023 die Lebensmittelpreise in Deutschland wieder um über 22 % zum Vorjahr gestiegen sind, kann man sich vorstellen, wie das bei jedem Einkauf vielen Menschen Sorgen bereitet. Und das betrifft nicht nur die ärmsten, sondern auch die breite Bürgerschaft. 1923 war das ebenso, damals brachte die sich stets beschleunigende Inflation viele in absolute Existenznot, selbst bekannte Persönlichkeiten. Weil beispielsweise Richard Wagners 87-jährige Witwe Cosima (1837–1930) durch den Wertverfall ihres Ersparnis und ihrer Rente in höchste Not kam, versprachen ihr alle deutschen Musiker 1% aller Einnahmen aus Wagneraufführungen als Ehrengabe zu spenden. Cosima Wagner, Tochter von Franz Liszt und einer französischstämmigen Gräfin, war bis zu ihrem Tode den völkisch-antisemitisch gesinnten Rechtsradikalen sehr zugewandt.

Die Preise stiegen damals allerdings innerhalb des ersten Quartals um rd. 25 %, so dass ein Zentner Getreide im Januar 65.000 Mark, im Mai aber schon 82.500 Mark kostete. Andere Bürger waren weniger betroffen.

Im Mai 1923 konnte W. C. Conrad Röntgens Villa in Weilheim für 60 Millionen Mark an den neuen Bezirkstierarzt verkauft werden. Das brachte der Stadt laut Zeitungsbericht eine Wertzuwachssteuer von immerhin 8 Mio. Mark ein. Allerdings genügte diese Summe nicht zur Finanzierung einer geplanten dringend nötigen Neupflasterung der Schmied Straße, weswegen der Stadtrat diese gewünschte Baumaßnahme schließlich ablehnte.

Es gab aber auch positive Nachrichten, denn das Weilheimer Tagblatt konnte ankündigen, dass am 16. Mai 1923 der weltweit erste

Selbstwähldienst samt automatischer Gebührenerfassung im Weilheimer Postamt zum Einsatz komme. Damit war Weilheim ein Leuchtturm für die neue Kommunikationstechnik.



Post- und Telegrafienamt Weilheim um 1930, Foto: Stadtarchiv Weilheim

Ein Pfund Kirschen zu 10.000.– Mark

Nachdem sich im April und Mai 1923 die Preissteigerungen etwas beruhigt hatten, stiegen sie ab Juni wieder drastisch. Ein Pfund Kirschen kostete inzwischen 10.000 Mark. Die Bergarbeiter erhielten zwar ab Mitte Mai 24% Lohnerhöhung, aber die Preise erhöhten sich viel schneller. Der Hass auf Franzosen, insbesondere wegen deren harten Haltung in der Reparationsfrage und ihrem Verhalten in den besetzten Rheingebieten wurde immer weiter angeheizt. Heinrich Mann berichtete von Plakaten vor Geschäften in München, auf denen stand: „An Franzosen wird

nicht verkauft!“ Generalfeldmarschall von Hindenburg sagte in einem Zeitungsinterview, dass er keinen Groll gegenüber amerikanischen Soldaten verspüre, aber bezüglich Frankreich: *„Wir werden eine Vergeltung haben und wenn es 100 Jahre dauert...“* Der Begriff des „Dolchstoßes“ wurde schon öffentlich benutzt und die Saat des Hasses und für einen neuen Krieg ging langsam auf. Es sollte aber gar keine 100 Jahre dauern, sondern nur 15 bis wieder die Waffen knallten. Im Kochelsee gab es eine U-Boot-Übung, das Militär probte schon wieder für den nächsten Krieg. Die Bürger wurden dazu in den Zeitungen ernsthaft zu „Stillschweigen“ aufgefordert, wegen „Entente-Spionagegefahr“.

Aber es gab auch Gutes, so wurde in Peißenberg eine Sanitätskolonne des Roten Kreuzes gegründet und in Schongau wurde die Leitung des Altenheims der Stadt den barmherzige Schwestern übergeben.

Fahrräder als „gefährliches“ Vermögen

„Achtung auf Fahrräder!“ unter dieser Schlagzeile brachte das Weilheimer Tagblatt mehrere Berichte die mit Fahrrädern zusammenhingen. Einerseits wurde gewarnt, weil so viele Fahrräder gestohlen wurden, sogar mitten in der Stadt und am helllichten Tage. Ein neues Fahrrad kostete im Juni 1923 über 2 Millionen Mark (ein Jahr zuvor noch 1.400 M), war also fast ein Vermögen. Andererseits weil Radfahrer immer wieder schwere Unfälle verursachten. So wurde beispielsweise am 19.5.1923 in der



50.000 österreichische Kronen entsprachen zuletzt 5 Schilling

Münchner Straße in Weilheim ein fünfjähriger Knabe mit einem Fahrrad überfahren und schwer verletzt.

Die Post kündigte an, dass ab 1. Juli das Porto wieder verdoppelt würde, ein normaler Brief kostete inzwischen 200 Mark.

Die galoppierende Inflation war nicht nur ein deutsches Phänomen, auch in anderen europäischen Staaten verfiel die Währung nach dem Ersten Weltkrieg. In Österreich kollabierte die Kronenwährung schon etwas früher und vernichtete alle Geldwerte. Die dortige Inflation konnte Ende August 1922 mittels einer großen Anleihe beim Völkerbund gestoppt werden. Dabei wurden 10.000 Kronen in einen neuen Schilling getauscht. Auch Jugoslawien, Ungarn, Polen und Russland erlitten im Zeitraum 1921–1924 dramatische Hyperinflationen.

Inflation in Deutschland zieht wieder an

Im Juli 2023 hat die Inflation in Deutschland nach 3 Monaten Verlangsamung wieder angezogen und ist mit rund 6 1/2 % Steigerung zum Vormonat hoch. Auch im Frühjahr 1923 gab es, nach ein paar Wochen weniger rasanter Geldentwertung, ab Juni/Juli wieder deutliche Preissprünge. Wie immer profitierte der hochverschuldete Staat vom Verfall des Geldwertes, weil die Staatsschulden weniger wert wurden. Dafür verloren die Ersparnisse der Menschen ihren Wert und viele ihre Existenzgrundlage. Immer höhere Nennwerte wurden auf Geldstücken und Banknoten gedruckt, um mit den galoppierenden Preisen mit zu kommen. Aluminiummünzen wie untenstehendes/nebenstehendes 1000-Markstück waren in der Herstellung viel teurer als der Nennwert des Geldstücks, weshalb auf die Münzprägung langsam ganz verzichtet wurde. Papier war schneller zu bedrucken. Eine Semmel kostete am 19. Juli 1923 bereits 900 Mark, zwei Wochen vorher war sie noch für die Hälfte zu bekommen. Noch teurer war es sich an Bier zu laben, denn eine Maß „Vollbier“ schlug inzwischen mit 1.600 Mark zu Buche. Vor Hundert Jahren war das Weltklima auch schon Thema. Das Weilheimer Tagblatt berichtete über ein entdecktes Phänomen, dass nämlich ca. alle sechs Jahre besonders hohe Temperaturen in Europa herrschten, wie seit 1869 bis 1917 zu beobachten war. 1923 war es wieder so weit (auch 2023 ist ein solches Jahr). Das damals Beobachtete dürfte wohl das inzwischen allgemein als „El Nino“ genannte Wetter-Phänomen

gewesen sein und hat weltweit Auswirkungen auch auf die Temperaturen in Europa.



1000-Mark-Münze aus Aluminium vom Juli 1923

Kriegerdenkmäler entstehen vielerorts neu

Auf den Schock der ersten Zeit nach dem Kriegsende 1918 und der Revolution 1919/20 besann man sich langsam auf das Leid, was 1914–1918 geschehen war. Unzählige Gefallene, Verwundete und Traumatisierte blieben zurück und waren teilweise haltlos in der neuen Realität angekommen. Die politischen Richtungskämpfe zeigen, dass die Demokratie noch nicht in den Köpfen angekommen war. Die einen versuchten das Rad der Geschichte zurück zu drehen, andere wollten, zum Teil auch mit Gewalt, Veränderungen durchsetzen.

Einig war man sich aber weitgehend, dass den Opfern des Kriegs gedacht werden musste, denn sie hatten ihr Leben verloren, egal was sie selbst wollten oder nicht. So entstanden vielerorts Initiativen zur Errichtung von Gefallenendenkmälern in den Gemeinden. Teils wurden alte Denkmäler aus früheren Kriegen erneuert, teils ganz neue errichtet. So wurden beispielsweise in Spatzhausen am 8. Mai. 1923, am 16. Mai in Antdorf und am 13. Mai in Pähl die Kriegerdenkmäler eingeweiht. In Murnau wurde das neue und beeindruckende Denkmalsgebäude am 22.7.1923 feierlich eingeweiht. In Weilheim gab es seit 1834 ein Krie-

gerdenkmal am Kirchplatz, das an die Gefallenen des Napoleonfeldzugs 1812 erinnerte.

Es war aus einem Teil der Reste des 1791 für Kloster Steingaden geschaffenen Brunnens geschaffen worden. Den Brunnen hatte die Stadt aus der Säkularisationsmasse des zwangsaufgelösten Klosters gekauft und daraus den Stadtbrunnen am Marienplatz und das Kriegerdenkmal am Kirchplatz errichten lassen. Untenstehendes Foto zeigt diese Anlage südlich der Kirche. 1923 wurde aber ein neues Denkmal errichtet, nämlich die neubarocke Gedenkkapelle im Friedhof. Das alte Denkmal war nicht mehr als „würdig genug“ angesehen worden und wurde 1938 beseitigt. Leider wurde in den danach folgenden Jahren aus den Mahnmälern für die Gefallenen nicht die richtige Lehre gezogen, nämlich statt einer falschen Heldenverehrung ein entschiedenes „Nie wieder Krieg!“ zu lernen.



Kriegerdenkmal von 1834 am Kirchplatz; Foto: T. Wirth

Hinweis: Der 2. Teil folgt im Jahrbuch 2025.

Der lange Weg zum Krankenhaus

Wie sich im Landkreis Starnberg ab dem 19. Jahrhundert die Gesundheitsfürsorge entwickelte

Bereits seit Einrichtung der Physikatsbezirke 1803 gehörte das Abfassen von „Ärztlichen Jahresberichten“ zu den Aufgaben des Gerichtsarztes, „welche schon den bezüglichlichen Bestimmungen des Medicinal-Edictes vom 8. September 1808 zu Grunde lagen“. Zum einen sollten topographische Beobachtungen wie Wetter, Bodenbeschaffenheit oder Ernteertrag, sofern sie gesundheitlichen Einfluss hatten, festgehalten werden. In einem umfangreicheren zweiten Teil wurde neben Auskünften über die Lebensumstände der Bevölkerung auch vom Sanitätspersonal, Krankenanstalten und Erkrankungen berichtet. So bekam die Regierung den notwendigen Überblick über den Zustand des Sanitätswesens in Bayern.

Besonders wurde darauf hingewiesen, möglichst das „getreu und vollständig“ zu schildern, was „ihm für eine gründliche Lösung seiner Berufs-Aufgabe als Arzt und Organ der Sanitäts-Verwaltung dienlich sein“ könne. Da Ärzte auf dem Lande noch nicht so häufig waren, wurden auch Pfarrer und Lehrer zur Auskunft herangezogen.

Entsprechend unterschiedlich waren Aussagekraft sowie Umfang der Berichte und immer subjektiv vom jeweiligen Verfasser beeinflusst. So ließen sie sich nur schwer zusammenfassen und flossen zudem bis Mitte des 19. Jahrhunderts immer spärlicher in die Landeshauptstadt.



Abb. 1: Das „Klosterl“ von Süden 1891, Keimzelle der Missions-Benediktinerinnen in Tutzing.

Physikatsberichte – der „Mikrozensus“ im 19. Jahrhundert

Zur Regierungszeit von Maximilian II. erwachte ein erneutes Interesse an der Volkskultur. Das war in den Interessen des Königs begründet, der sich für volkscundliche Bereiche wie Trachten, Feste und Bräuche begeisterte und schon als Kronprinz eine Gesamtdarstellung Bayerns aus volkscundlicher Sicht angeregt hatte.

So forderte er 1858 mit noch genaueren formalen und inhaltlichen Richtlinien die regelmäßige Erstellung der Physikatsberichte. Aus ihnen sollte sich eine medizinische Topographie und Ethnographie für die einzelnen Regierungsbezirke und das gesamte Königreich ergeben.

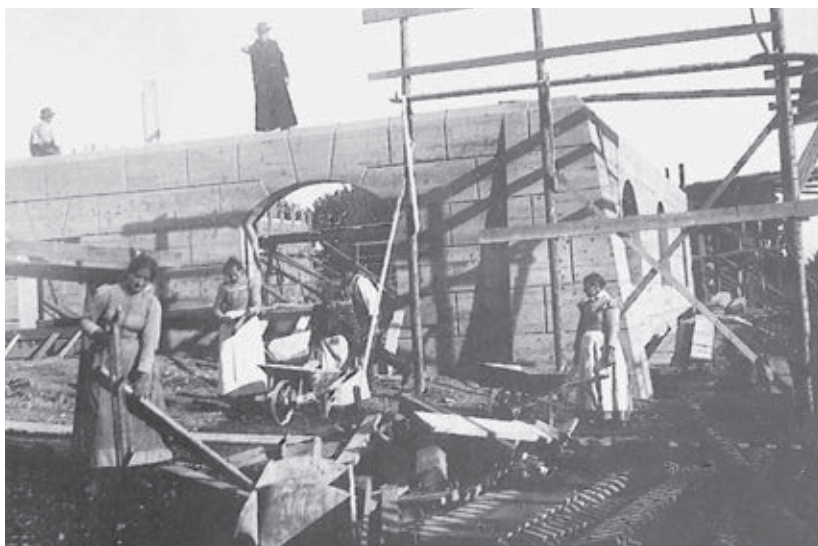


Abb. 2: „Die Mörtelweiber“ halfen beim Bau unter den Blicken des Pfarrers.

Denn der König war sich der Gefährlichkeit sozialer Spannungen bewusst und ließ sich seit seinem Regierungsantritt über die Lebensbedingungen der Bevölkerung informieren, um eine Grundlage für sozialpolitische Reformen zu schaffen. Er sah nicht nur in städtischen Gebieten, sondern auch auf dem Land Handlungsbedarf. Die Ursache für die Missstände dort fand er unter anderem in schlechter, unzweckmäßiger Kleidung, dem Genuss nachteiliger Lebensmittel, Unkenntnis über de-

ren Zubereitung, ungesunde Wohnungen oder frühzeitige körperliche Anstrengungen. Mitte des 19. Jahrhunderts war man der Ansicht, dass soziale Faktoren, aber auch die Umwelt mit zum Beispiel Ausdünstungen zur Entstehung von Krankheiten führen können.

Nach dem Tod Maximilians 1864 wurde dieses Vorhaben aber nicht weiter verfolgt, und die Berichte vergessen. Sie geben aber recht genaue Einblicke in vielfältige Lebensbereiche der Bevölkerung um 1860.

„Wart’ ma, bis’ s schlechta geht“

Man ließ es oft auf das Äußerste ankommen – wehrte nicht den Anfängen. „Viele sind mißtrauisch und falsch gegen den Arzt, aber leichtgläubig gegen Bader, Pfuscher aller Art und unberufene Rathgeber. Den Bader, Chirurgen und Arzt stellen sie auf die gleiche Stufe.“ So beklagte der Königliche Gerichtsarzt Dr. Karl Josef Ritter von Linprun 1861 in seinem Physikatsbericht für das Landgericht Starnberg, dass „der Mangel an Einsicht und Verstand sich bei unseren Landsleuten in keinem Fache so sehr ausspricht, als in der Pflege der Gesundheit“. Arzneimittel müssen eine „sinnlich wahrnehmbare Wirkung“ machen, Brech- und Abführmittel, die aber immer recht „stark seyn“ sollen, Aderlassen, Schröpfen, schweißtreibende Mittel, selbstgemachte (auch von Schäfern oder Kräuterweiblein) Salben und Pflaster – „vor allem das aus neun meist harzigen Zutaten bestehende ‘Dierband’ – stehen bei ihnen am meisten in Ansehen; warme Bäder und Klystire werden von Vielen als heroische [heftig wirkende] Mittel gefürchtet“, berichtet Linprun.

Gesundheitsfürsorge und -pflege fand zu Hause statt. Nicht nur aus Aberglaube oder



Abb. 3: Seine Patienten besuchte Hofrat Dr. Beisele Anfang des 20. Jhs. per Motorrad – 1913 wurde die Ambulante Krankenpflege gegründet.

Angst vor den ärztlichen Anordnungen, sondern auch wegen der Kosten wurde es möglichst vermieden, den Doktor zu rufen. Der Landgerichts-
arzt saß in Starnberg und war für die medizinische Versorgung seiner
Einwohner und der der näheren Umgebung zuständig, für Krankenbesu-
che und in Todesfällen für die Feststellung der Ursache. Bei ihrer Auswer-
tung der Physikatsberichte schreiben Brigitte Neubauer und Wolfgang
Pusch im „Oberbayerischen Archiv“ 1997, dass im Landgericht 1857



**Abb. 4: Max von Pettenkofer (1818 - 1901),
Mediziner und Epidemiologe, widmete dieses
Porträt 1894 seinem Freund Beisele.**

außer Linprun noch zwei aka-
demisch geschulte praktische
Ärzte zur Verfügung standen.
Ansonsten war nur unaka-
demisch ausgebildetes sogee-
nanntes „niederärztliches“
Personal tätig. Das waren drei
Chirurgen, ein Bader neuerer
Ordnung (1861 bereits drei),
neun Hebammen, zwei Apo-
theken, zwei Dispensieranstal-
ten, in denen in Apotheken
hergestellte Arzneien abgege-
ben wurden, sowie eine Di-
striktskrankenanstalt.

Daneben wurde auch
Ärzten in geringerem Umfang
das Führen einer Hausapo-
theke zugestanden, besonders
wenn die nächstgelegene wei-
ter als zwei Stunden entfernt
war. Bader älterer Ordnung,
Magister Chirurgiae, Land-

und Zahnärzte sowie allgemeine Krankenanstalten gab es zu der Zeit
nicht im Landgericht, das mit seiner Ausdehnung in etwa dem heutigen
Landkreis Starnberg entspricht.

Medizinische Hilfe fanden die Untertanen bis zur Auflösung der
Hofmarken 1848 oftmals bei ihrer Herrschaft. Von Cäcilia Freifrau von
Vieregg und ihrer Tochter auf Schloss Tutzing Mitte des 18. Jahrhunderts
ist das durch die Existenz ihrer Haushaltsbücher verbürgt.

Hofmarksherrin mit Hausapotheke

Die Hofmarksherren im Landkreis hatten mit den Rechten zur niederen Gerichtsbarkeit und Steuereintreibung erhebliche Privilegien. Andererseits waren sie ebenso zum Wohlergehen ihrer Untertanen verpflichtet. Maria Theresia Cäcilia Freifrau von Vieregg kam dieser Verpflichtung auch in gesundheitlicher Hinsicht nach. Die Witwe, die Mitte des 18. Jahrhunderts Eigentümerin der Hofmark Tutzing geworden war, besaß ein umfassendes medizinisches Wissen, von dem ihre Umgebung profitierte. Dabei half ihre Tochter Adelheid, die sich wahrscheinlich aufgrund ihrer häufigen Krankheiten für das Thema interessierte und heutzutage wohl den Beruf der Apothekerin ausgeübt hätte. Medizinisches Wissen besaßen nur die Bader und Wundärzte, weshalb nur ihnen Eingriffe am Körper erlaubt waren, was entsprechend zu bezahlen war.

Jedenfalls hatte Lorenz von Westenrieder, der als erster die Gegend um den See in seiner „Reise an den Starnberger oder Wurmsee“ beschrieb, Gelegenheit zu einem Besuch des Tutzinger Schlosses, worüber er 1784 berichtete:

„Ich sah in ein paar Schränkchen eine große Menge Apothekergeschirre, Gläser, Flaschen, Krüge, Schächelchen etc., die sich wenigstens auf etliche hundert belaufen, und deren einige noch mit Pulvern, Essenzen e.d.g. erfüllt seyn mögen“. Weiter berichtet er, dass sich die Freifrauen „zum Orakel der Kranken und Hilfsbedürftigen in der Gegend gemacht“ haben. Die Bewohner sprachen noch lange Zeit in dankbarer Erinnerung von dieser Hilfe.



Abb. 5: Beisele dichtete die Lieder zugunsten des von ihm mitgegründeten Krankenhausbauvereins.

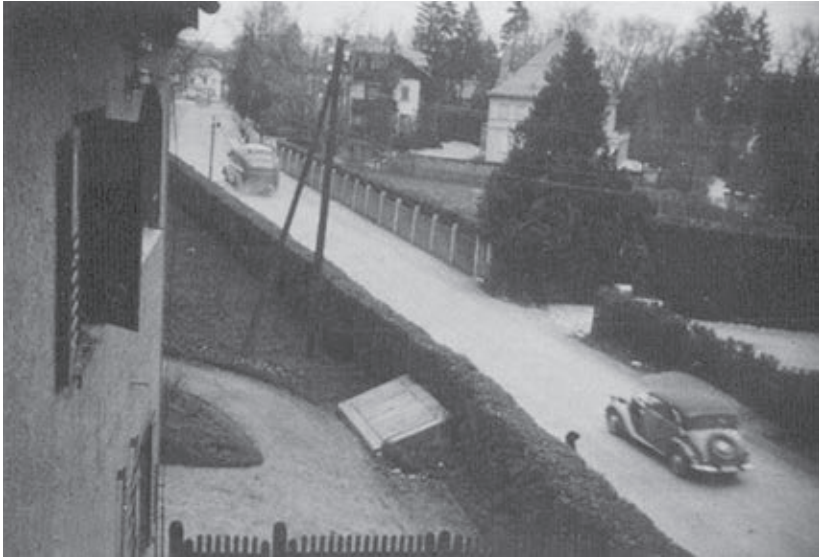


Abb. 6: 1941 Verbannung der Schwestern aus ihrem Mutterhaus nach München

Denn bis dahin galten zur Gesunderhaltung zum einen die vermeintliche körpereigene Lebenskraft sowie im Krankheitsfalle Heilkraft der Natur. Deshalb wußten wirklich Heilkundige, im Gegensatz zu „Kurpfuschern“ – die mit kruden Mitteln in die vom Arzt verschriebene und angewendete „Kur pfuschten“, – um die Anwendung der „officinel-“, das heißt von als Heilmittel anerkannte, Pflanzen, die in Apotheken erhältlich sind.

Die Damen Vieregg hatten gut zu tun. Häufig waren Verletzungen der Wald- und Landarbeiter, die sie mit selber hergestellten Salben und Pulvern zu behandeln suchten. Wirkten die aber nicht, wurde auf ihre Kosten der Bader hinzugezogen, der außer zum Aderlaß und Schröpfen für schwerere Eingriffe zuständig war. Denn die unentgeltliche therapeutische Hilfe der Freifrauen bedeutete für den damals in Tutzing ansässigen Bader natürlich einen Verdienstausschlag. In dem Buch „Adeliger Alltag auf dem Lande“ von Beate Spiegel zeigen die „Hausmanuale“ der Freifrau mit detaillierten Aufzeichnungen die damaligen Gesundheitskosten. Nur bei ernsthaften Erkrankungen ließ man den professionellen Arzt aus München in der eigenen Kutsche holen. Das kostete die Hofmarksherrin sechs Gulden und 40 Kreuzer, den Erlös für eine junge Kuh von ihrer

Schwaige in Rößlsberg. Aus Dankbarkeit für eine Genesung gab es dann noch Kosten für eine Wallfahrt oder Heilige Messe. Im Fall des Sohnes Theodor 1742 kamen für den Gang auf den Heiligen Berg in Andechs inklusive Spesen („auch verzehrt“) 1 fl (Gulden) 8 x zu den 200 fl Behandlungskosten, die sich selbst eine Tutzinger Hofmarksherrin in ihrer Familie zusammenleihen musste.

Kein Wunder also, dass sie aus ihrem stetig erweiterten Rezepturenfundus auch Profit schlagen wollte. So ist in den Hausmanualen vermerkt, dass es zum Tausch mit bekannten Adeligen kam, zum Beispiel Zahnwasserrezept aus Ammerland oder Pflaster gegen frische Seerenken.

Die Zutaten für ihre Rezepturen besorgten sich die Freifrauen gerne in der Klosterapothek in Polling, brachten sie bei Besuchen aus München mit oder schickten einen Boten zur Pharmazie ins damals fußläufig drei Stunden entfernte Weilheim. Kräuter und sonstige Heilpflanzen ließen sie sich auch von den Bauern gegen Entgelt liefern oder von den Kindern pflücken, wie „veichel“ oder „meybliemlein“.

Die Tutzinger kauften sich ihre Arzneien auch in Weilheim oder Starnberg, sowie in Wolfratshausen, das gut mit dem Boot erreichbar war. Weiter ist belegt, dass sich die Hofmarksuntertanen nicht nur des örtlichen Baders bedienten, sondern auch jene in Traubing, Bernried, Wielenbach und sogar in Hohenfurch (bei Schongau) aufsuchten.

Und auch die Nachfahren der adeligen Damen taten sich im 19. Jahrhundert im „Sanitätsbereich“ hervor:

Die letzte Freifrau von Vieregg - Helene, genannt Ilka, verheiratete Fürstin von Wrede – half in den Kriegen 1870/71 als Schwester des Roten Kreuzes in den Lazaretten.¹ Und ihre Enkelin Marie Ilka von Wrede war bis in die 1970er Jahre in weitem Umkreis als Hebamme aktiv. In schneereichen Wintern erreichte die „Wehmutter“ ihre Frauen zuweilen nur per Pferd. 1926 eröffnete sie auf dem Familienbesitz in Pähl, dem Unteren Schloss, ein Entbindungs- und Kinderheim.

Denn auch wenn die Frauen der vergangenen Jahrhunderte vielfältiges medizinisches Wissen erworben hatten, durften sie nur als Hebamme selbständig tätig sein. Für alle anderen Eingriffe waren ausschließlich Ärzte berechtigt. Diese Trennung hat sich bis heute erhalten. Die medizinische Fakultät an den Universitäten öffnete sich für Frauen erst um 1900.

Einfacher wurde die medizinische Versorgung für die Bevölkerung, als Dr. Prunhuber von Wolfratshausen 1882 „durch einstimmigen Gemeindebeschuß“ die ausgeschriebene Anstellung „als praktischer Arzt in loco Tutzing betreffend“ erhielt, für die er sich beworben hatte.

Noch 1901 lehnte der Gemeinderat die Bewerbung eines approbierten Pharmazeuten ab, weil die Drogerie des approbierten Baders Georg Eckerl die Tutzinger seit Jahren zur Zufriedenheit bediente. Ein Jahr später wurde die Konzession dann erteilt – die Schlossapotheke gibt es heute noch.

Hofrat Dr. Hans Beisele in Tutzing

Der erste approbierte Arzt konnte sich also 1882 in dem Fischerort niederlassen, da man bis dahin mit den Diensten des örtlichen Baders zufrieden war. Als die Stelle bereits nach zwei Jahren vakant wurde, war unter den vielen Bewerbern Unterarzt Dr. Johann Beisele vom I. Infanterieregiment in München und erklärte, „daß er auf jede Subvention in Geld verzichte und nur auf eine für einen Arzt entsprechende Wohnung bestehe“ (siehe LIL 2013, S. 17 ff). Er wurde genommen, bald auch als Bahnarzt bestellt, später zum Hofrat ernannt und praktizierte zur vollsten Zufriedenheit der Bevölkerung fast dreißig Jahre lang. Seine Tätigkeiten und Interessen für die Lebensumstände der Tutzinger waren breit gefächert und entsprechend groß seine Verdienste. Das belegen sechs aus dem Nachlass erhaltene „Ärztliche Jahresberichte“ von 1902 bis 1907, in denen er dem Berichtsschema der Physikatsberichte aus dem 19. Jhd. folgt.

Zwei Tätigkeitsschwerpunkte sind festzustellen. Ihm war die gute und richtige Ernährung der Menschen wichtig, zum Beispiel Gemüse anzubauen und ausgewogene Mahlzeiten zuzubereiten. Deshalb gab er in verschiedenen Orten Kochkurse. Außerdem plädierte er fürs Stillen, und versuchte die ablehnend eingestellten Landfrauen dafür zu gewinnen.

Zweitens war er mit den hygienischen Verhältnissen im Ort unzufrieden. In den Familien leistete er Überzeugungsarbeit, wobei er es besonders bei Wöchnerinnen mit manchem Aberglauben um Geburt und Körperpflege schwer hatte. Durch seine Freundschaft zu Max von Pettenkofer, war er auch von der Notwendigkeit einer öffentlichen Hygiene überzeugt, so dass Tutzing 1898 seine Kanalisation bekam.

Pettenkofer war der erste Hygieniker in Deutschland und bekam 1854 an der Universität München einen Lehrstuhl. Er verstand, dass die Seuchenentwicklung von der Beschaffenheit der menschlichen Umgebung abhing – vor allem von der Qualität des Wassers (siehe LIL 2023, s. 276).



Abb. 7: Heutige Ansicht des Klosters von der Hauptstraße aus



Abb. 8: Der Eingang zum Krankenhaus, das heute ein Klinikverbund betreibt.



Abb. 9: *Die Mariengrotte vorm Krankenhaus wurde 1914 aus beim Bau der Eisenbahn gesprengten Kalktuffbrocken gestaltet.*

Im 19. Jahrhundert war der Gesundheitssektor, wie wir ihn heute kennen, lange nicht wichtig – Kriege, keine Zivilisationskrankheiten, keine Zeit und kein Geld für einen Arzt, man hatte seine Naturmedizin, den Glauben und Aberglauben sowie den Hausarzt, das reichte. Allerdings gab es die Infektionskrankheiten, über die Beisele genau Buch führte, denn die Angst vor Epidemien war groß. Zweimal bildete sich eine „Gesundheitskommission“: 1884 forderte sie die „Bereitstellung eines septischen Lokales“ wegen Choleraepidemie, 1892 „wegen Auftretens der asiatischen Cholera“

(siehe LIL 2023, Artikel zu Oberammergau und Mittenwald S. 223–282).

Ruf nach einem Krankenhaus in Tutzing

Bereits im Februar 1900 hatte die Gemeindeverwaltung Tutzing ein ausführliches Schreiben an den „hochlöblichen Distriktsrat München 11“ gerichtet mit dem „Betreff: Gesuch um Erbauung eines Krankenhauses in Tutzing“. Es weist zunächst auf die „in unangenehmster Art fühlbare“ Raumnot des „vor 25 Jahren erbauten Distriktskrankenhauses Starnberg bei dem gegenwärtigen hohen Krankenstande“ hin. Deswegen sollte man es entweder erweitern, einen Neubau erwägen oder doch „in Tutzing ein entsprechendes Krankenhaus als Filiale von Starnberg“ errichten, wie in der „Chronik der Hofmark Tutzing“ zu lesen ist. Das Gesuch führte sechs Gründe dafür an. Vor allem sei der „Transport per

Fuhrwerk oder mit der Bahn für die Ortschaften der Gemeinde, die im Umkreis bis zu 20 Kilometer lagen, zu langwierig und besonders für die Schwerkranken von größtem Nachteil. Es entstünden deshalb erheblich höhere Kosten für die Krankenkassen resp. Gemeinde, da die Pflege häufig in den Wohnungen der Bettlägerigen von fremden Kräften übernommen werden mußte. Außerdem sei „das Bestreben der maßgebenden Faktoren und der bedeutendsten Hygieniker seit geraumer Zeit darauf gerichtet, die Krankenanstalten, selbst in größeren Städten, soviel als möglich zu dezentralisieren“.

Man baue darum statt einzelner großer Gebäude mit Vorliebe mehrere kleinere, gesonderte Krankenhäuser.

In Starnberg wird 1843 in einem ehemaligen Bauernhaus als Krankenzimmer das „Asyl“ mit Labor in der Küche nebst einer benachbarten Isolierstation, dem sogenannten „Blatternhaus“ mit sechs Betten, eingerichtet. Daraus entsteht dann das Distriktskrankenhaus, das drei Jahrzehnte später zu klein ist. 1879 wird ein Neubau eingeweiht, mehrmals erweitert und modernisiert, aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg kann nach längerer Suche nach einem geeigneten Grundstück das heutige Kreiskrankenhaus am Hanfelder Berg 1965 eröffnet werden.

Seit der Fertigstellung der Eisenbahn hundert Jahre zuvor und dem damit einsetzenden Bauboom schnellte die Bevölkerungszahl im Landkreis merklich in die Höhe. Tutzing hatte um die Jahrhundertwende die größten Gewerbebetriebe der Gegend in seinen Gemeindegrenzen und die meisten Betten für den Fremdenverkehr. Entsprechend häufiger wurde ein Arzt gebraucht, zumal den Menschen auch mehr Geld für seine



Abb. 10: Christusrelief über der Klosterpforte von 1904

Hilfe zur Verfügung stand und 1883 die Pflicht-Krankenversicherungen eingeführt worden waren.

Trotz des Argumentes, dass „Dr. Beisele geprüft und auch berechtigt für den ärztlichen Staatsdienst“ sei und sich überdies die Oberin des Schwesternklosters Maria Hilf bereit erklärt habe, „einige geschulte Krankenschwestern unter günstigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen“, wurde das Gesuch abgelehnt. Auch mit Hinweis auf das in Seefeld bereits seit 1874 existierende Krankenhaus.

Daraufhin gründete Beisele mit den Honoratioren des Ortes den „Krankenhausbauverein“, der durch Benefizveranstaltungen wie Konzerte Geld sammelte. In der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre ging das bis dahin beträchtliche Vermögen jedoch vollständig verloren, und 1936 wurde der Verein schließlich aufgelöst.

1902 konnten die Missions-Benediktinerinnen durch das Vermächtnis der Schwestern Ringeis und Kauf der Bräuhauswiese im Ort ihr großes Kloster bauen. Zuvor lehnten sie 1891 die Anfrage aus Pähl, ob sie das dort bestehende Krankenhaus im Unteren Schloss mit einem Bader und einer Hebamme übernehmen wollten, ab. Es war für die Absichten der Schwestern zu klein, die schon seit langem ein eigenes Krankenhaus planten, auch in Hinsicht auf die Ausbildung der Schwestern, die sie in die Mission sandten.

Ab 1935 bis 1939 wurden mehr als 10000 katholische Schulen in „nationalsozialistische Zwangsschulen“ umgewandelt. So auch nach und nach alle Bildungseinrichtungen der Benediktinerinnen in Tutzing: 1938 endgültige Schließung des Lyzeums sowie 1941 des von den Schwestern geführten ersten Kindergartens des Ortes und kurz darauf Beschlagnahme des gesamten Mutterhauses mit seiner Räumung.

Allerdings brauchte man die Krankenschwestern und einige blieben im Kloster, wo sie sich um 360 Jungen aus dem Ruhrgebiet kümmerten, die im Zuge der Kinder-Land-Verschickung dort einquartiert waren.

Die medizinische Versorgung auf dem Klostergelände begann am 15. Januar 1942, als es aufgrund des Kriegsverlaufs auf Weisung aus Berlin für Lazarettzwecke freigegeben wurde. Nachdem die Spuren der Kinder gründliche Renovierungen erforderten, erfolgte 1943 der Ausbau zum Schwerverwundeten-Lazarett mit 300 Betten, Operationssaal und

Röntgenraum, da in München durch Bombenangriffe immer mehr Lazarette ausfielen. 1945 löste die US-Militärverwaltung das Wehrmachtslazarett auf und gab den Schwestern ihr Mutterhaus zurück.

Aufgrund des Mangels an Krankenhäusern im ehemaligen Distriktsbezirk – neuerdings Landkreis – und den praktischen Pflegeerfahrungen der Schwestern im Krieg beantragte die Gemeinde mit Einwilligung der Generalvikarin beim Landratsamt, das Reservelazarett in ein Zivilkrankenhaus mit 150 Betten umzuwandeln. Aber erst 1951 und einige Gesuche später wurde dem Antrag stattgegeben (siehe LIL 2023, Ringseis, S. 83 ff.).

Mit diesem ersten Vollkrankenhaus im Landkreis Starnberg erfüllte sich auch der Jahrzehnte lang gehegte und beharrlich unterstützte Wunsch der Familie Ringseis weit nach dem Tod der jüngsten Tochter und Gönnerin Bettina hinaus.

Quellen:

Grüdl, Dr., Petra, Chronik der Hofmark Tutzing, Herausgeber Gemeinde Tutzing 1985
Physikatsbericht Obb. Archiv 1997, Bd. 121, Brigitte Neubauer/Wolfgang Pusch S. 7-222
Spiegel, Beate, Adliger Alltag auf dem Land, Münchner Beiträge zur Volkskunde Bd. 18,
Waxmann Verlag Münster 1997
Das Benedictus Krankenhaus Tutzing im Wandel der Zeit, Artemed Kliniken, Tutzing 2010

Bildnachweise:

Abbildungen Nr. 1, 2, 6 Archiv der Missions-Benediktinerinnen Tutzing,
Abb. 3, 4, 5 Archiv Behringer
Abb. 7, 8, 9, 10 Anja Behringer

Anmerkung der Redaktion

- 1 Ihr zum Andenken wurden die Ilkahöhen in Tutzing und Marnbach mit ihrem Namen titulierte.

GUIDO TREFFLER

Die romanische Kirche St. Jakob in Unterschondorf

Restaurierungsarbeiten 1947–1988

Im Jahr 2024 stehen in Schondorf am Ammersee mehrere historische Feierlichkeiten an. Die Freiwillige Feuerwehr gedenkt ihrer Gründung vor 150 Jahren, die alte Pfarrkirche St. Anna in Unterschondorf wurde vor 525 Jahren geweiht und eines der bedeutendsten Gotteshäuser im Ammerseegebiet, die romanische St. Jakobs-Kirche in Unterschondorf fand vor 875 Jahren zum ersten Mal Erwähnung in den Quellen. Auf die ältere Baugeschichte dieser geschichtsträchtigen Kirche ist der frühere Kreisheimatpfleger des Landkreises Landsberg am Lech, Wilhelm Neu, anlässlich

des Kirchenjubiläums im Jahr 1999 eingegangen. Daran anschließend behandelt dieser Beitrag die neuere Baugeschichte bis 1988, verbunden mit einer kurzen Erinnerung an das große Schondorfer Kirchenfest vor 25 Jahren im Jahr 1999.¹



Unterschondorf, St. Jakob

Zu den zeit- und arbeitsaufwändigsten Pflichten, die ein Pfarrer und mit ihm die Kirchenverwaltung zu erfüllen hat, zählt die Instandhaltung der Kirchengebäude einer Pfarrei. Dies betont Pfarrer Johannes May in seinem Vorwort zur Festschrift „Schondorf feiert seine Kirchen“. Bei seinem Dienstantritt im Jahr 1977 befanden sich die beiden älteren Kirchen in einem desolaten Zustand. Bis dahin wurden St. Anna und St. Jakob bereits seit längerem nicht mehr für die Feier von Gottesdiens-

ten genutzt.² Die Mühen der kleineren und größeren Reparaturen an allen drei Kirchen in Schondorf begleiteten Pfarrer May während seiner ganzen Tätigkeit in Schondorf. Bereits in seinem ersten Rundschreiben an die Pfarrgemeinde im April 1977 sah er sich gezwungen, seine Gemeindemitglieder um finanzielle Unterstützung zu bitten, damit Bauarbeiten an St. Jakob und Hl. Kreuz durchgeführt werden konnten: *„Glauben Sie mir, es wäre mir viel lieber gewesen, wenn ich nicht im ersten Pfarrbrief, den ich Ihnen schreibe, gleich hätte um Spenden bitten müssen. In diesem Jahr scheint es mein Los zu sein, den ‚Bettler von Schondorf‘ machen zu müssen.“* Drei Kirchen in einer Pfarrei bringen es unweigerlich mit sich, dass notwendige Renovierungsarbeiten regelmäßig wiederkehren.

Schondorf steht insofern in einer besonderen Verantwortung, als sich mit St. Jakob eine der wenigen, gut erhaltenen romanischen Kirchen im bayerischen Voralpenland auf seinem Gemeindegebiet befindet. Ein Streifzug durch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts soll die Anstrengungen von Pfarrer May und seinen Vorgängern beleuchten, diesen unersetzlichen Sakralbau für die Nachwelt zu erhalten.³

Die Schäden an der St. Jakobs-Kirche machten es nötig, bereits in den Jahren 1940–1942 Vorbereitungen für Reparaturen zu treffen. Ein Gerüst wurde aufgestellt, doch damit hatte es zunächst sein Bewenden. Pfarrer Kuhn, der seit 1946 die Pfarrei Oberschondorf vikarierte, nahm die Bemühungen wieder auf und erhielt eine Zuteilung von 200 Zentner Kalk. In einem Schreiben an Landrat Otto Gerbl vom 17. Juni 1947 bat er nochmals um Zuweisung von 120 Zentner Kalk, 10 Festmeter Holz und Nägeln, um mit den Reparaturen beginnen zu können. Dass die Arbeiten nicht mehr aufschiebbar waren, verdeutlicht die Mitteilung einer Unterschondorferin, die beinahe von einem herunterfallenden Dachziegel erschlagen worden wäre. Der Landrat unterstützte das Ansuchen von Pfarrer Kuhn. So wandte sich Gerbl an Baron Perfall in Greifenberg mit der Bitte, 5 cbm Schnittholz leihweise zur Verfügung zu stellen. Die Materialknappheit der Nachkriegszeit machte es unmöglich, die angeforderten 110 kg Nägel zur Verfügung zu stellen. Gerbl übergab Pfarrer Kuhn einen Freigabeschein über 30 kg Nägel, die bei der Landsberger Firma Haggenmüller zu beziehen waren. Baron Perfall konnte der Bitte des Landrats ebenfalls nicht nachkommen, da die Kapazitäten seines Sägewerks mit Holzlieferungen an die Besatzungsarmee

und nach Großbritannien ausgeschöpft waren. Für Perfall sprang ein Zimmermeister aus Oberfinning ein. Die Baumaterialien standen im Februar 1948 endlich zur Verfügung; jetzt galt es, die nötigen Gelder für die Bezahlung der Handwerker zusammenzubringen. Die beauftragten Firmen erklärten zunächst, am 14. Juni 1948 mit den Reparaturen beginnen zu wollen. Am 21. Juni jedoch machten sie Pfarrer Kuhn jedoch klar, dass sie erst mit ihrer Arbeit beginnen könnten, wenn die Bezahlung sicher gestellt sei. Der Oberschondorfer Pfarrer war damit gezwungen, sich zunächst um die Sicherstellung des Baugeldes zu bemühen. Die Unterschondorfer Kirchenstiftung konnte DM 500,- beisteuern, die Kirchenverwaltung der Pfarrkirche in Oberschondorf ebenfalls DM 500,-. Bei veranschlagten Baukosten von insgesamt DM 4.500,- fehlten also noch DM 3.500,-. Eine Haussammlung, so Pfarrer Kuhn, könnte ca. DM 1.500,- einbringen. Die fehlenden DM 2.000,- sollten über einen Kredit und über einen Zuschuss des Landkreises finanziert werden. Landrat Gerbl sagte die Hilfe des Landkreises zu, wollte aber über die Höhe des Betrages keine Aussage treffen, da die verfügbaren Mittel dringend für den Wohnungsbau benötigt wurden. Ohne dass eine definitive Zusage des Landkreises vorlag, wurde Anfang September 1948 mit der Dachreparatur begonnen. Am 29. Dezember 1950 stellte der Landsberger Kreisbaumeister in einer kurzen Notiz fest, dass „die Filialkirche in Unterschondorf ordnungsgemäss instandgesetzt“ sei.

Die Amtszeit von Pfarrer Dr. Peter Gehring (1953–1976) war vom Bau des neuen Pfarrhofs und der neuen Pfarrkirche Heilig Kreuz geprägt. Dennoch wurden auch unter Pfarrer Gehring wiederholt Renovierungen an den beiden älteren Kirchen durchgeführt, obwohl diese für die Seelsorge nicht mehr genutzt wurden und lediglich als einzigartige, die Landschaft und das Dorf prägende Kulturdenkmäler erhalten werden mussten, wie Pfarrer Gehring in nahezu jedem seiner Zuschussanträge ausführte. 1954 wurde die Apsis der St. Jakobs-Kirche mit einem neuen Dach versehen, 1965 musste der Turm repariert werden. Wie Pfarrer Gehring in seinem Schreiben an das Landratsamt Landsberg erläuterte, war die Zwiebelkuppel mit verrostetem Blech bedeckt. Zudem hatte das Blech bei der Besetzung Schondorfs durch französische Soldaten „durch mutwillige Einschüsse“ Löcher. Daher bestand die Gefahr, dass die Holzkonstruktion im Inneren verfaulte. Die Renovierung des Turmes wurde am 3. November 1965 mit der Anbringung eines ca. 2 m

hohen vergoldeten Kreuzes beendet, das das 230 Jahre alte verrostete Vorgängerkreuz ersetzte. Bereits im folgenden Jahr mussten das Dach und die Mauer auf der Nordseite der Jakobskirche erneuert werden. Doch all diese Renovierungen blieben offensichtlich nur Stückwerk. Ein Gutachten des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege vom 1. April 1968 listet 15 mehr oder weniger große Mängel und Verbesserungsvorschläge auf, die St. Jakob davor bewahren sollten, vollends zu verfallen. Die Renovierungsarbeiten waren zunächst für das Jahr 1972 vorgesehen, wurden aber letztlich nicht durchgeführt. Die Kirche verwahrloste zusehends, Gottesdienste wurden in ihr nicht mehr abgehalten. Da das behelfsmäßige Dach den Regen nicht abhalten konnte, wurden größere Teile des Mauerwerks vollkommen durchnässt. Pfarrer May sah sich also bei seinem Amtsantritt sogleich mit einer größeren Baumaßnahme konfrontiert.

Bereits im Februar 1977 hatten Kirchenpfleger Richard Rösch und der kurz als Vikar der Schondorfer Pfarrei amtierende Greifenberger Pfarrer Wolfgang Schmid die Schondorfer Bürger um eine Spende für die Renovierung der St. Jakobs-Kirche gebeten, da die Renovierung unerlässlich und unaufschiebbar geworden sei. Pfarrer May ging die organisatorischen Vorbereitungen mit Elan an und so konnten noch 1977 die notwendigsten Arbeiten zur Sicherung der Jakobskirche durchgeführt werden. Um die Kirche wurde ein stählernes Korsett errichtet, das den Austausch von schadhaften Tuffsteinquadern ermöglichte. Die Fassadenrenovierung und die Dachdeckerarbeiten waren im November 1977 abgeschlossen. Damit war dem Verfall Einhalt geboten. Als nächste Baumaßnahme stand die Renovierung des Innenraums an. Seit 1984 bemühte sich Pfarrer May in langwierigen Verhandlungen um Zuschüsse. Der umfangreiche Schriftverkehr mit verschiedenen staatlichen und kirchlichen Stellen dokumentiert die intensiven Bemühungen, die notwendig waren, um mit den Renovierungsarbeiten beginnen zu können. Den Auftrag für die Innenrenovierung erhielt die Firma Pfister aus Heinrichshofen. Restauriert wurden die Raumschale, die Heiligenfiguren und der frühbarocke Hochaltar. Das Hauptaugenmerk der Restauratoren galt dem romanischen Mauerwerk. Ziel war, den optischen Eindruck des originalen, präzise gesetzten und verfugten Mauerwerks wiederherzustellen. Die Farbe der Wände sollte auf die natürliche Färbung der Tuffsteine abgestimmt werden. Auch der Hochaltar erfuhr eine intensive Restaurie-

rung. Er musste von Holzschädlingen befreit werden; zudem wurde die Bemalung aufgefrischt.

Im März 1988 konnte die Jakobskirche nach zweijähriger Renovierungszeit wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die erste hl. Messe wurde am Donnerstag, dem 3. März, um 19 Uhr gefeiert. Damit wurde ein Wunsch von Pfarrer May Wirklichkeit, den er bald nach seiner Installation in Schondorf geäußert hatte: *„Mich bewegt der Gedanke, religiöse Familienfeste wie Taufe, Hochzeit, Silberne oder Goldene Hochzeit u.a.m. in diesem herrlichen Kirchlein zu feiern, weil in einem solchen Raum viel eher eine persönliche, familiäre Atmosphäre entstehen kann, die ich für sehr wichtig halte.“*

Die Renovierung der St. Jakobs-Kirche war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass für das Jahr 1999 Jubiläumsfeierlichkeiten geplant werden konnten. Die Anregung zu dieser Doppelfeier – neben der 850-Jahr-Feier der Jakobs-Kirche wurde auch das 500-jährige Weihejubiläum der alten Pfarrkirche St. Anna begangen –, kam von Pfarrer Johannes May in seiner Silvesterpredigt des Jahres 1996.⁴ Für die inhaltliche Gestaltung des Jubiläumsjahres konnten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger Schondorfs gewonnen werden. Der Ammersee-Kurier titelte in seiner Ausgabe vom 29./30. Januar 1999: *„Schondorf feiert seine Kirchen. Das ganze Dorf macht mit – 19 Arbeitskreise haben alle Hände voll zu tun.“* Als Hauptorganisatoren wirkten der zweite Bürgermeister Wilhelm Wagner und der Pfarrgemeinderatsvorsitzende Wolfgang Leichtenstern, unterstützt von Pfarrer Johannes May, erstem Bürgermeister Gerd Hoffmann und Kirchenchorleiter Erich Unterholzner. Das Festkomitee richtete an die Schondorfer Bevölkerung den Aufruf, Vorschläge einzubringen und löste damit einen regelrechten Boom aus. 19 Arbeitskreise kümmerten sich um die inhaltliche Umsetzung der eingegangenen Ideen.⁵ Vorträge und Kunstaussstellungen führten auf das Festwochenende hin, das am 23. Juli mit einem Festabend in der Aula der Schondorfer Realschule begann, bei dem Prof. Dr. Andreas Kraus den Festvortrag hielt,⁶ am folgenden Tag mit dem von Gabi Unterholzner koordinierten St. Jakobs-Pilgerfest rund um die St. Jakobs-Kirche seine Fortsetzung fand, und schließlich am 25. Juli mit dem von Wagner und Leichtenstern organisierten historischen Markt in Oberschondorf sein Finale fand.⁷ Geprägt wurden die Festtage durch die von einem Arbeitskreis geschneiderten historischen Gewänder, durch Tanz- und Musikeinlagen verschiedener Gruppen und durch zahlreiche

historische Theaterstücke, die Erwin Ulrich und Notburga Dietrich bearbeitet hatten. Für den Festgottesdienst am Sonntag konnte Abt Vitalis Altthaler OSB aus Ottobeuren als Zelebrant gewonnen werden.⁸

Dem Schondorfer Jubiläumsfest des Jahres 1999 war es gelungen, Vergangenheit und Gegenwart so zu verknüpfen, dass sich viele Einwohner angesprochen fühlten. Dementsprechend konnte der Ammersee-Kurier feststellen: „Es ging ein Ruck durch ganz Schondorf.“⁹ Die Erinnerung an historische Ereignisse bot die Grundlage, einerseits in die Vergangenheit einzutauchen, andererseits sich durch Arbeiten in den vorbereitenden Arbeitskreisen für die Gemeinschaft zu engagieren und eigene Ideen und Fähigkeiten einzubringen. Eine Fortsetzung fand der Jakobspilger-Gedanke mit einem Pilgerfest im Jahr 2003, als in Schondorf der „Münchner Jakobsweg“ offiziell eröffnet wurde. Im Jahr 2024 stehen die 875-Jahr-Feier der St. Jakobs-Kirche und die 525-Jahr-Feier der St. Anna-Kirche an. Diese Jubiläen bieten den Anlass, die beiden älteren Schondorfer Kirchen wieder in den Mittelpunkt der Gemeinde zu rücken.

Quellen

- 1 Zu den Kirchenjubiläen 1999 erschien eine Festschrift: Schondorf feiert seine Kirchen. 850 Jahre St. Jakob – 500 Jahre St. Anna, Schondorf 1999. Vgl. darin zur älteren Baugeschichte von St. Jakob den Beitrag von Wilhelm Neu, Die Filialkirche St. Jakob in Unterschondorf, S. 10–15.
- 2 Johannes May, Grußwort des Pfarrers, in: Schondorf feiert seine Kirchen. 850 Jahre St. Jakob – 500 Jahre St. Anna, Schondorf 1999, S. 3.
- 3 Die folgenden Ausführungen beruhen auf Unterlagen, die sich in der Altregistratur der Pfarrei Schondorf-Heilig Kreuz und im Privatarchiv Hoffmann, Schondorf, befinden.
- 4 Johannes May, Grußwort des Pfarrers, in: Schondorf feiert seine Kirchen. 850 Jahre St. Jakob – 500 Jahre St. Anna, Schondorf 1999, S. 3.
- 5 Ammersee-Kurier, 29./30. Januar 1999, S. 1.
- 6 Andreas Kraus, St. Martin – St. Jakob – St. Anna. Geschichte der Kirchen und der Pfarrei zu Schondorf. 1149 – 1499 – 1999, in: Schondorf feiert seine Kirchen. 850 Jahre St. Jakob – 500 Jahre St. Anna, Schondorf 1999, S. 16–32.
- 7 Ammersee-Kurier, 28. Juli 1999, S. 1.
- 8 Programmflyer „Schondorf feiert seine Kirchen“ (Privatarchiv Hoffmann, Schondorf).
- 9 Ammersee-Kurier, 28. Juli 1999, S. 1.

500 Jahre Forstgeschichte Jachenau

– 1. Teil –

Von den 12 893 ha Gemeindeflur sind 11 060 ha (86 %) Waldungen, davon wurden vor der Forstrechtsablösung ca. 5 456 ha, also ca. die Hälfte von den Jachenauern über Jahrhunderte selber bewirtschaftet. Diese Besonderheit führte auch schon vor der Säkularisation hin und wieder zu Auseinandersetzungen zwischen dem Kloster und den Jachenauern. Doch seit der Klosteraufhebung 1803 entwickelte sich der Streit zwischen dem Bayerischen Staat als Rechtsnachfolger des Klosters und den Jachenauern zu einer schier unendlichen Geschichte. Die Jachenauer und die übrigen Klosteruntertanen Benediktbeuerns fühlten sich durch die weitgehenden Schmälerungen ihrer Forstbezüge, Streu- und Weiderechte¹ benachteiligt und in ihren Lebensquellen bedroht. Um was ging und geht es eigentlich in dieser langwierigen Angelegenheit?

Beim Versuch, die besonderen Holzbezüge der Jachenauer zum Zeitpunkt der Klosteraufhebung mit wenigen Begriffen zu definieren, ergibt sich nachstehende Zusammenstellung:

1. in den „Heimhölzern“ oder den „zu den Gütern gelegten Hölzern“
 - die Hausnotdurft (der Eigenbedarf) an jährlichem Brenn- und Bauholz,
 - die Hauszahl, das ist das Recht der 36 Bauern, jährlich eine bestimmte Zahl Stämme (240 oder 160 oder 120 oder 80) ohne Entgelt zum Verkauf zu schlagen,
2. in den „Freibergen“, „Gemeinbergen“ und „Zahlbergen“
 - das Recht, die Hauszahl (bei Bedarf) zu ergänzen und über die Hauszahl hinaus gegen ein geringes Entgelt Holz zum Verkauf zu schlagen,
 - das Recht der 21 Söldner (ohne HsNr. 6, 39, 54), die Hausnotdurft und gegen ein geringes Entgelt Holz zum Verkauf zu schlagen,

3. in den „Bann“- , „Wuhr“- und „Brückhölzern“

- der unentgeltliche Bezug von Holz für Aufgaben der Gemeinde (für Brücken, Stege, Uferbauten und Straßen sowie zur Fürsorge für arme Gemeindemitglieder).

Im Folgenden wird versucht, die Historie der Jachenauer Forstverhältnisse in ihrer Entwicklung über mehrere Jahrhunderte bis in die heutige Zeit in angemessener Kürze² darzustellen. Dabei muss allen Bewertungen die geographische und klimatische Ausnahme des Jachentales vorangestellt werden, die ein Leben von der Landwirtschaft allein nicht zulässt. Der Jachenauer erntet vornehmlich im Wald. Die Wälder sind seine „Felder“. 60 % der Lebenshaltungskosten werden im Wald erwirtschaftet. Diesen Zusammenhang beachtete das Kloster Benediktbeuern über Jahrhunderte bei der Ausstattung der Jachenauer Forstbezüge. Erst nach der Säkularisation und Annexion des Obereigentums durch den Staat kam dieses System ins Wanken.

Für die Betroffenen wie auch für die Jachenauer allgemein ist bedeutsam, dass die Forstrechtsfragen nach über 200 Jahren immer noch nicht befriedigend abgeschlossen sind. Mit dem Teil- und Zinswaldgesetz vom 24. November 1964³ hat der Bayerische Landtag versucht, in einer Art Vergleich dieses seit 1803 schwelende Problem zumindest für die „zu den Gütern gelegten Hölzer“ oder „Heimhölzer“ zu lösen und Staat und Bauern in gleicher Weise zu befriedigen. Das ist weitgehend geschehen. Die meisten Jachenauer haben sich heute mit der damaligen Regelung – Teilrückgabe und Teilrückkaufmöglichkeit – abgefunden. Inzwischen ist auf den meisten Höfen eine neue Generation herangewachsen, die froh ist, den Rechtsstreit hinter sich zu wissen, die mit den heutigen Fakten lebt und altes Misstrauen unter der Last des Alltags nicht mehr aufkommen lässt.

Ein lange nicht abgeschlossener Fall wurde 2005 gerichtlich gegen den Rechtler entschieden, ein anderer harrt noch der Lösung hinsichtlich einer Teilfläche am Hahnberg.

Darüber hinaus sind die als „zweites Standbein“ für die Jachenauer Bauern und Söldner wie auch für die Gemeinde selber (Wuhr-, Steg- und Brückholz) bedeutsamen Vergünstigungen zur Holzwirtschaft in den Gemeinbergen, Freibergen, Gemeinzahlbergen und den Reservatswäldern vom Staat ersatzlos gestrichen worden.

Ein Erlebnis am Landgericht München II im Herbst 2002 hat auch mich – an sich unbelastet und neutral in dieser Frage – „auf die Palme gebracht“. Bei einer Diskussion vor dem Gerichtssaal meinte der den Forst vertretende Rechtsanwalt auf entsprechende Vorhaltungen, „den Jachenauern möge ja Unrecht geschehen sein, sie sollten das aber genauso hinnehmen, wie all die Menschen, die durch die Wirren der beiden Weltkriege persönliches Unglück und Verluste erlitten hätten. Das sei nun mal Geschichte, vorbei und nicht reparierbar!“

Das sehe ich allerdings anders. Wenn die Jachenauer wirklich vom Staat um ihre Rechte gebracht worden sind – was der Rechtsvertreter mit seiner Äußerung zugab –, dann sind heute – im Gegensatz zu den in den Kriegen Geschädigten – die beiden beteiligten Parteien dieser Auseinandersetzung noch als Rechtspersonen existierend: die Forstrechter und der Bayerische Staat. Deutschland hat nach dem II. Weltkrieg wesentliche Erfahrungen mit Wiedergutmachungen gesammelt, die auch Bayern im Zusammenhang mit den Forstrechten anwenden sollte.

Leider hat sich die Gemeinde Jachenau schon 1956 aus der Auseinandersetzung um die Gemein- und Wuhrhölzer zurückgezogen. Wegen der ablehnenden Haltung des Landtags in dieser Frage und der geringen Aussicht auf einen Erfolg wurde die Einstellung der Bemühungen um die kommunalen Hölzer beschlossen. Vielleicht wollte man auch negative Auswirkungen auf die beginnenden Überlegungen zum späteren Teil- und Zinswaldgesetz vermeiden oder man wurde sogar zum Stillhalten gezwungen nach dem Motto: Das eine ja, aber beides auf keinen Fall! Bei entsprechendem Willen und Sinn für Gerechtigkeit ließen sich auch nach bereits vollzogenem Teil- und Zinswaldgesetz Restitutionen der Jachenauer Forstrechte in den Gemeinbergen, Freibergen, Gemeinzahlbergen und Gemein-, Bann- und Wuhrhölzern durchführen. Die Wälder würden dann – wie zu Klosterzeiten – mit Beratung des Forstes von Jachenauern bewirtschaftet. Das wäre eine ortsbezogene, soziale und für den Staat sicherlich wirtschaftlichere Lösung als die zur Zeit praktizierte Waldwirtschaft durch den Forstbetrieb Bad Tölz, der die Arbeiten zum größten Teil an Auswärtige und Ausländer vergibt.

Für Kenner der Historie und der Aktenlage ist ohne Zweifel nach der Säkularisation die vom Staat gewollte und forcierte „Bauernbefreiung“ im ehemaligen Verantwortungsbereich des Klosters Benediktbeu-

ern anders, restriktiver verlaufen als im übrigen Bayern. So ist dieser Prozess bei den beiden benachbarten Benediktinerklöstern Tegernsee und Ettal völlig anders gestaltet worden⁴. In ersterem hat der letzte Abt kurz vor der Säkularisation die Übertragung des vollen Eigentums an die Berechtigten verfügt. In letzterem Fall hat unmittelbar nach der Säkularisation der Staat selbst die Übertragung des vollen Eigentums an die Berechtigten durchgeführt. Kürzungen sind dabei nicht erfolgt. Auch in den außerhalb des Klostergerichtes Benediktbeuern gelegenen Forsten (nördlich Bichl) sind nach der Säkularisation die Wälder vom Staat den Berechtigten zu vollem Eigentum ohne Kürzung übertragen worden. Was waren also die eigentlichen Gründe für diese nachteilige „Sonderbehandlung“ der ehemals Benediktbeurischen Untertanen in der Jachenau?

1800 kaufte der Bayerische Staat die Anwesen und riesigen Wald- und Jagdgründe der beiden Bauern von Fall. Drei Jahre später, „1803 entstand durch die Aufhebung des Klosters Benediktbeuern im Isarwinkel ein großer geschlossener Staatswald. Damit waren im Isarwinkel optimale jagdliche Verhältnisse gegeben“⁵. Neun Jahre später, 1812 entdeckte der erste bayerische König, Maximilian I. Joseph wieder die Schönheit und den Reiz der Gebirgsjagd. Im Gebirge wurden königliche Leib- und Reservejagden eingerichtet wie z. B. das Leibgehege Vorderriß⁶, zu dem auch Teile der Jachenauer Waldungen gehörten. Maximilian II. ließ um 1850 die Jagdhütte am Altacher Hochkopf erbauen. Sie diente ab 1864 seinem Sohn Ludwig II. häufig als eine seiner „heimlichen Residenzen“⁷. Nach dessen Tod 1886 wurde die Hütte weiter als Stützpunkt bei den Hofjagden genutzt. Der überzogen hohe Stellenwert der Jagd beim bayerischen Königshaus wie auch bei der bayerischen Staatsforstverwaltung war mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen Zeitraum von 180 Jahren ausschlaggebend für staatliche Willkür, Schikane und Benachteiligung der Jachenauer Waldbauern. Dabei muss ich zugeben, beim Studium der Berge von Forstrechtsakten kein einziges Mal auf das Wort „Jagd“ gestoßen zu sein. Gerade das peinliche Vermeiden dieses Themas lässt erahnen, welch hohe Bedeutung es im Hintergrund hatte. Die Jagd ist seit jeher an das Grundeigentum gebunden. Deshalb setzte das Bayerische Forstärar alles daran, das Obereigentum über die Wälder der ehemals Benediktbeurischen Untertanen für sich und den Staat zu erhärten. Nur so konnte man den „großen Staatswald“ mit „optimalen jagdlichen Ver-

hältnissen“ auch weiter und vor allem auf Dauer für forstärarische und königliche Bedürfnisse erhalten.

Im Laufe der Auseinandersetzungen zwischen den Jachenauern und dem Bayerischen Staat sind u.a. folgende, im Gemeindearchiv⁸ vorhandenen Gutachten und umfangreichen Darstellungen der Verhältnisse erstellt worden:

- „Vorstellung mit Beschwerde der Gemeinde Jachenau, LGer Tölz, gegen die Beschränkung der nutzeigentümlichen und nutznießlichen Forstrechte in ihren grundbaren Waldungen als Gutsptinenz u. in den ehemaligen Kloster Benediktbeuerischen Herrn- und Ärarial-Hölzern an seine Majestät ...“, 89 Seiten Klageschrift der Gemeinde Jachenau, gefertigt von Gattinger vom 9. August 1831.
- „Die Guts- und Gemeinde-Waldungen, dann Alpen im ehemaligen Klostergerichtsbezirke Benediktbeuern“ von Dr. Ferdinand Hartter, München 1869.
- „Beitrag zur Forstrechtsfrage“ von Peter Göring, Joch bei Kochel 31. April 1902.
- „Forstrechtsverhältnisse im Bezirk des ehemaligen Klosters Benediktbeuern, hier die Jachenau betreffend“ von Claus Freiherr von Knöringen, Arbeitsgemeinschaft der Forst- u. Weiderechter-Verbände im Bayer. Oberland, Rosenheim 23. April 1913.
- „Die Hauszahlen in Jachenau“ von Rechtsanwalt Laturner, München Mai 1914
- „Die Forstrechte der Jachenau“ von Dr. Rupert Schrötter, München 1935.
- „Forstrechts-Denkschrift“ des Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München, den 21. Januar 1949.
- „Geschichte der Jachenauer Forstverhältnisse“ von Dr. Harald Jäger, Leiter des Staatsarchivs Oberbayern, Juni 1952.
- „Die Entwicklung der Forstrechtsverhältnisse“ von Dr. Rupert Schrötter, München, 29.10.1954.
- „Fast 1000 Jahre Streit um Forstrechte wegen der Teil- und Zinswaldungen in den Forstamtsbezirken, Benediktbeuern, Fall, Jachenau und Walchensee“ von Helmut Lindner, Presse- und Wirtschaftsdienst München, 30. November 1959.

- „Die Forstrechte im Benediktbeurer Rechtsgebiet im Wandel der Zeit“, Vortrag von RA Günther Meindl anlässlich der Feier der Gemeinde Jachenau über den Vollzug des Teil- und Zinswaldgesetzes am 7. Mai 1983.

Alle diese Gutachten stimmen darin überein, dass sowohl das Kloster vor 1803 wie auch die Bayerische Staatsforstverwaltung im Zeitraum 1803 bis 1983 nicht nur versuchten, die besonderen Holzrechte der Jachenauer zu schmälern oder gar aufzuheben, sondern dies auch wirklich in Teilbereichen vollzogen.

Zu Klosterzeiten

Die Jachenauer Forstgeschichte beginnt mit den Rodungsarbeiten und der Besiedlung des Jachtals im 12. Jahrhundert.

Rechtsanwalt Hartter (Die Guts- und Gemeindewaldungen im ehemaligen Klostergerichtsbezirk Benediktbeuern, München 1869), fernerhin Peter Göring (Beitrag zur Forstrechtsfrage, München 1902) und andere betonen, dass das Obereigentumsrecht des Klosters, wenigstens für die früheren Jahrhunderte keineswegs unbestreitbar klar gewesen sei. Ihre herangezogenen Tatsachen und Belege sind jedenfalls beachtenswerte Indizien für die besonderen Forstrechte der Jachenauer.

Die erste Aufzählung des Klosterbesitzes, wahrscheinlich aus dem Jahre 1032 (Mon. Germ. Tom. XL. Script. XI. 223) zählt weder das Tal Nazareth, noch Joch, weder Wälder noch Bannhölzer aus diesen Gebieten auf. – Harter schreibt in seinem Gutachten: „Die Jachenauer scheinen keine vom Kloster zusammengebrachte Holzhauerkolonie, sondern eine alte freie Gemeinde gewesen zu sein, und trieben Holzhandel und Viehzucht, namentlich Alpenwirtschaft weniger Ackerbau, welchen die Ortslage nicht begünstigt. Zum Betriebe der Wirtschaft gehörten zu jeder Hube eine Anzahl Wiesen und Äcker, dann aber auch eine im Walde gebildete Alpenlichtung und nebstdem diente der Wald den Hübner zur Heimweide. Den Holzschlag im Walde hatte die Hübnerschaft mit der herkömmlichen Beschränkung, dass kein Hübner mehr schlagen sollte als ein Pfund Bäume, das Pfund zu 8 Schilling, der Schilling zu 30 Einheiten, so dass sich für jede Hube eine Hauszahl von 240 Stämmen ergab.“

Die zweite Aufzeichnung aus dem Jahre 1294 nennt (KLBB 32, Fol. 14) die dem Kloster gehörigen Bannhölzer zu Sonderleiten, Nandeltsbuch, Flozzen u. a., erwähnt jedoch mit keiner Bemerkung Jachenauer Waldungen, nicht einmal die reinen Klosterbannhölzer, obwohl zu dieser Zeit in Jachenau schon 17 Anwesen bestanden. Dies passt auch zur Erkenntnis an anderen Orten, dass die meisten grundherrlichen Forsten erst seit dem 12. und 13. Jahrhundert entstanden sind. Es war die Zeit eines dynamischen Bevölkerungswachstums und einer rasanten Entwicklung der Städte mit ihrem immensen und ständig steigenden Bedarf an Brenn- und Bauholz. Für München – um 1330 schon mit rund 10 000 Einwohnern – war die ungehinderte und stetige Versorgung mit Holz von größtem wirtschaftlichen Interesse. Die zunächst unerschöpflich scheinenden waldreichen Gebirge südlich München und die Isar als billiger Transportweg hatten einen nicht unwesentlichen Anteil am schnellen Aufstieg der Stadt.⁹ Die regierenden Herzöge und die als Grundherren auftretenden Klöster wurden sich bald ihrer Pflichten wie auch ihrer Verdienstmöglichkeiten bewusst. Zum einen mussten sie die sich rasch ausbreitenden Kahlschläge an den Hängen des Flusssystems Isar, also im Isarwinkel, unterbinden und die Waldwirtschaft in nachhaltige Bahnen lenken. Zum anderen wollten sie an diesem florierenden Holzhandel ihren Anteil haben. Dazu wurden beginnend ab 1300 sowohl die Flößerei wie auch der Zugriff auf die Wälder durch Verordnungen in zunehmendem Maße geregelt.

Solange die Jachenau im Stadium der Waldrodung stand, um mehr Grund für Weide, Gras- und Ackerwirtschaft zu gewinnen, war eine genaue Fixierung des Holzbezuges und der Holzfüllung nicht zweckmäßig. Eine solche erfolgte erst, nachdem die Rodung im Wesentlichen vollendet war, das ist um das Jahr 1480.

Im Rechnungsbuch des Klosters von 1487 ist unter der Bezeichnung „Jachener privilegium“ auf ein herzogliches Schreiben vom 28. Juni 1480 verwiesen, dem folgende Bestimmungen zu entnehmen sind:

Vermerkt hie Tannen, was Ainem yedlichen guet in der Jachenau ist erlaubt Holzschlagen an das Wasser.

Item den Vier Höfen in der Jachenau mit Namen zu der Khirchen, zu der Müll, und die 2 Höf, die man nennt zu den Höfen, mag yedlicher Hof schlagen 7 Schilling Päm (1 Schilling = 30; 7x30 = 210 Stämme) an das

Wasser. Aber die anderen Guetter daselbs sollen an das Wasser nit mer schlagen dann 6 Schilling Päm (180 Stämme). Welicher von benannten Gütern großen oder kleinen über solche Anzahl schlägt, denselben hat ein Prälat und herr zu Peyrn darumb zu wandelen.

Von der alten Anzahl des Holzschlages. Item zu vermerken, dass die alt Zahl des Holzschlages der von Jachenau ist gewesen und erlaubt an das Wasser zu schlagen, den großen Höfen ain Pfundt (Pfund als Zählmaß: 1 Pfund = 8 Schilling = 240) päme und den anderen kleine Guttern 6 Schilling päme. Aber nun hierfür sollen sie nit mehr schlagen, dann die New Zahl, wie oben steht, bei einer Straf, die sich ein Herr von Peyrn vorbehalte wie die sein soll. Es besteht dann Ursach halben aus besondern Vergunth und erlaubnis eines Herrn von Peyrn oder seiner Anwält. Und die obgemelt New Zahl haben gemacht und gesetzt unsers gn. Herrn Herzog Albrechts Rät und Anwält die Zeit, als die von Jachenau in irrung sein gestanden mit dem Gotteshaus und vorbenannten unsern G.H. zu Hof entscheiden sein, Laut eines Briefs darumb gegeben, das Copi oben geschrieben ist A 52, das Datum steht am Mittwoch S. Peter u. Pauls Abend anno domini 1480 Jar.¹⁰

Das „Jachener privilegium“ ist der älteste Nachweis dafür, dass die Bauern im unwirtlichen Tal Jachenau vom Kloster als Vogtherr nicht nur jährlich bis zu zwei Metzen Hofkorn als Saatgut, sondern auch zur weiteren Förderung ihrer Hauswesen eine begrenzte Menge von Floßbäumen erhielten. Solche Stämme brachten Bargeld oder dienten als begehrtes Tauschobjekt für alle Notwendigkeiten des täglichen Lebens.¹¹ Als einzige Gegenleistung mussten die Bauern dafür jährlich den sogenannten Probstbaum entrichten oder ihn in Geld ablösen¹². Diese „Hauszahl“¹³ der Jachener Bauern hatte über mindestens 500 Jahre bis in die Zeit der Forstrechtsablösung im 20. Jahrhundert entscheidende Bedeutung für den Wohlstand im Tal. So ergab allein die Hauszahl der Jachener Bauern jährlich 3090 Floßbäume.

Die Nennung der „alten Anzahl des Holzschlages“ und der „New Zahl“ zeigt, dass schon früher steuernd auf den Holzschlag der Bauern Einfluss ausgeübt worden war und nun erneut das Kloster mit Unterstützung des Herzogs seine Rechte als Grundherr beanspruchte und „bei einer Straf“ auch durchzusetzen versuchte.

Das Saalbuch 1497 bestimmt, dass die vier großen Höfe zu der Kirche, zur Mühle und den zwei Höfen, darauf Hans und Ull die Marzen sitzen, jeglicher nicht mehr als 6 ½ Schilling Bäume (195 Stämme) an das Wasser schlagen dürfe. Die anderen Güter (Saherbach, Berg, Leypolder, Laynen, Ahornethof, Pranthof, Heinz Friedl, Hans Nickl, hinterm Pichl, Heinz im Loch, Kunz, Kunz Zäh, Peter März, Kunz am Ort, Ull Ganslar am Krembs-hof, , Anderl zu der Tannen) nicht mehr als 5 ½ Schilling Bäume (165 Stämme) schlagen dürfen. Desgleichen ist für jeden Floß durch die Klamm eine Schuld von 8 Pfg. zu geben.

Für Überschreitungen der Hauszahl sind Holzzinsstrafen eingeführt worden. Im Jahre 1542 wurden beispielsweise bestraft:

Zu merken die Straf der Jachner vurb den Holtzschlag die si über Ir Zahl haben geschlagen mit sambt dem Zins bey dem Wallensee des 42 Jar:

Item zu dem ersten hat abraham ab der tannen uber sein zal gehabt 78 stem, ist um 2 fl. gestraft worden.

Item Chlas Kirmair von heffen hat über sein Zahl gehabt 40 stem Straf 1/2 fl.

Item Chlas Fridel hat über sein Zal 3 stem, straff ein mas wein.

Item Christoff Nickl hat über sein Zal 36 stem ist gestraft worden um 40 Kr.

Item Casper Nickl hat auch über Zal 36 stem, straff 40 Kr.

Item Peter Kriner ab im Laich hat über Zahl 45 stem, straff darumb ist 40 Kr.

Item Welffl hindern bichl hat bei dem see 40 schnitstem hat darumb geben 3 Sch. Pf. (3x30 = 90 Pfg.).

Item Wolffl Sarenpacher hat geschlagen bei dem see 44 schnittstem hat geben 3 Sch. Pf. KLB 148.

Die Jachenauer haben sich nicht sonderlich schrecken lassen von diesen Strafen. Im Jahre 1543 waren schon wieder einige unter den Be-
straften von 1542.

Die oben aufgeführten Quellen bestätigen die Wahrnehmung der forstpolizeilichen Aufgaben durch das Kloster, die aber auch gleichzeitig den grundherrlichen Besitzanspruch festigten. Umso verwunderlicher ist

aber folgendes Schreiben¹⁴ von 1504, in dem das Kloster dem Herzog mitteilt, dass:

In der Jachnaw der merer thail dem Herrn Prälaten zue Benedictenpeurn gehörig am Labersperg 30 000 Holz.

Bernhaupt a in em Baur n Jr. Ge. gehörig 2 500 000 Holz. Item widerumb gehen Mitternacht ein Berg an Bernhaupter stoßent 400 000. Gegen den Nidergang ein gepirg ebenmäßig an Bernhaupt stoßend 1 200 000. Item in einem Thal Theybalan negst beim Wallensee 1 400 000. dis Holz mues khlaust werden.

Item ein Waldt den Paur n von Beurn gehörig 1 500 000 khan durch Flisen one Clausen ausgebracht werden.

Item ein Pach der Wilfspach hegst beim Fahl in die Isar felt dem Herrn von Beurn gehörig 400 000.

Item in Schrompach dem Herrn von Beurn thails gehörig 400 000.

Item am Reichenperg Jr. Fr. Ge. gehörig 180 000 die khan mitt Risen one Clausen auf die Isar gebracht werden.

Am vorgemelten Schrambach Jr. Fr. Ge. gehörig 300 000. Summa der Holzer, dem Prälaten zue Beurn 83 mal hunderttausend und 80 Tausend Holz.

Hier ist neben dem Prälaten von Benediktbeuern ein Bauer, nämlich der „Wirt“ von Jachenau als Besitzer des Bärnhaupts genannt. Peter Göring führt 1902 eine Fülle von Beispielen an für Handlungen der Bauern von Jachenau, die sie nur als Eigentümer ihrer Wälder haben vornehmen können, wie z. B. gerichtliche Streitigkeiten wegen Holzschlag im nachbarlichen March. Die Grenzen zwischen Eigentum und Recht waren wohl noch nicht so eindeutig gezogen, wie später immer behauptet.

Göring weist auch in seinem Gutachten darauf hin, dass die Aufzeichnungen des an sich hochgeachteten Pater Meichelbeck nicht einwandfrei seien, dass diese weder genau, noch vollständig, ja mitunter absichtlich gefälscht worden seien und dass er Schriftstücke immer zu Gunsten des Klosters abgefasst habe. Reichsarchivrat Baumann gibt 1897 in seiner Schrift über Meichelbeck zu, dass dieser Urkunden nicht veröffentlicht habe, die „Schaden anrichten“ konnten.

So wundert es nicht, dass sich Ministerialreferent von Koch in seinem Gutachten Kr. A. München FA. 588/44 Pr. 74 zur Jachenauer Eingabe vom

16. August 1849 entsprechend äußert: „Das Kloster Benediktbeuern war vor 200 Jahren schon Besitzer und Eigentümer der fraglichen Waldungen.“ Er behauptet nicht, dass es von Anfang so gewesen sei. Ist das Kloster auf rechtmäßigem Wege Besitzerin geworden? – Unrecht verjährt sich nie. Mit der Erklärung „Bestimmtester Ablehnung“ (so von Koch) ohne historisch-wissenschaftliche Widerlegung wird kein Mensch beruhigt, kein Rechtszweifel behoben und keine Gerechtigkeit gesprochen.

Als im frühen 8. Jahrhundert dem Kloster Benediktbeuern von dem Adelsgeschlechte der Huosi die gewaltigen Ländereien von über 90 000 Tagwerk überwiesen wurden, geschah das weniger um ein Gotteshaus sicherzustellen – dazu hätten einige hundert Tagwerk genügt – sondern um den Raum mit den Zugängen zum Gebirge durch die Ansiedlung von vielen Menschen zu sichern. Dabei hat sich das Kloster frühzeitig das Vogteirecht über diese „Untertanen“ gesichert. Das Vogteirecht beinhaltete an sich den militärischen Schutz, insbesondere eines kirchlichen Herrschaftsbereiches; als Gegenleistung mussten die Untertanen Vogteibgaben abführen oder Vogteidienste erbringen. Die Vogteiherrschaft begründete kein Eigentumsrecht (Obereigentum) an den Bauerngütern, es sei denn, der Vogt war in Personalunion Grundherr¹⁵. Zu dieser Konstellation kam es aber durch die Praxis des Kloster, sich die Schutzherrschaft durch jährlich wiederkehrende Abgaben der Jachenauer vergelten zu lassen, und letztlich dadurch, dass die Jachenauer zu Leibeigenen und ihre Huben zu Leibgedinggütern¹⁶ gemacht wurden. Helmut Lindner schreibt um 1960 in seiner Arbeit „100 Jahre Streit um Forstrechte“: Von Historikern wird die Einverleibung von Bauern – Land und Wald in den Klosterbesitz – allgemein als Anmaßung und Willkür bezeichnet. Dazu mögen angebliche Schenkungsurkunden aus dem Jahr 1048 ebenso beigetragen haben, wie die hier wiederholt offenkundig gewordene Veränderung von Dokumenten, der Austausch von Urkunden und die stetige Schmälerung jeglicher, bäuerlicher Rechte.“ Die auf diese Weise erworbene Grundherrschaft haben das Kloster und nach ihm der Bayerische Staat zur Grundlage ihrer Ansprüche herangezogen.

Bereits im Benediktbeurer Salbuch aus der Zeit um das Ende des 13. Jahrhunderts¹⁷ sind die Abgaben gegenüber dem Kloster Benediktbeuern aufgeführt. Im Jahre 1442 haben sich die Jachenauer von Anfang an sehr widerspenstig gezeigt, den Zehnten, den sie früher schon gaben, zu entrichten. Erst „durch vieles Predigen und durch das rasche Hinsterben

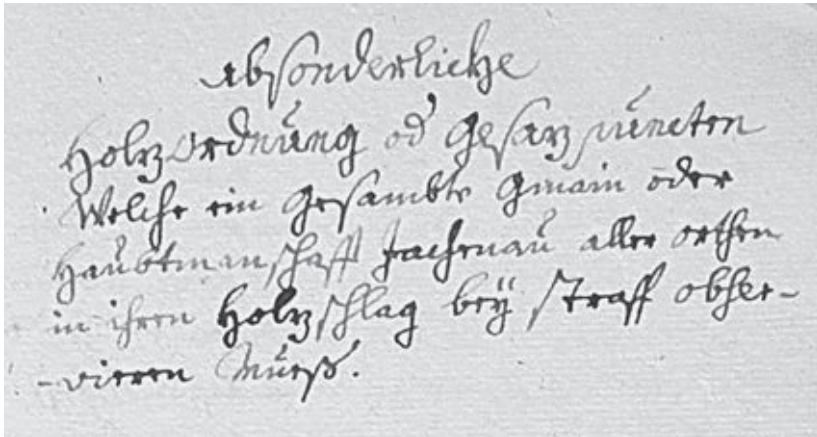
der Rädelsführer“ hat sich die Gemeinde ergeben. (Arch. Ben. 97.) – Herzog Albrecht hat seine Entscheidungen vielfach, soweit es möglich war, zu Gunsten des Klosters gefällt. Er und seine Unterbeamten, darunter auch die Winzerer von Tölz, waren dabei für Geschenke des Klosters wohl empfänglich (Gutachten Peter Göring, Seite 8f.).

Das 15. Jahrhundert war allgemein die Zeit der beginnenden Verrechtlichung und Präzisierung von Rechten und Pflichten sowie von Eigentum und dessen Grenzen schlechthin. So wurden um diese Zeit wie im Bereich des Klosters auch im benachbarten Isarwinkel zunehmend Maßnahmen zum Schutz der Wälder getroffen. „Weil die Gebirge, Wälder und Hölzer weithin aufgenutzt und erschöpft sind, was sich täglich noch verschlimmert“ erließ Herzog Albrechts IV. mit den beiden Landgeboten von 1476¹⁸ genaue Vorgaben für den Holzschlag und den Betrieb der Großverbraucher, nämlich die „holzfressenden“ Kalköfen von Tölz. Diese Regeln waren Vorläufer der ersten bayerischen Forstordnung¹⁹, die von den Herzögen Wilhelm und Ludwig am 14. April 1528 erlassen wurde und auch vom Kloster zu beachten war. Durch die Landgebote von 1476 und die Forstordnung von 1528 bekam das Kloster die forstpolizeiliche Aufsicht über alles Holz und sogar über dasjenige, was in den Wiesen und Weiden wuchs, sobald es 10 Jahre dort stand.

In der Zeit um 1700 entstand die „Holzordnung“ des Kloster als Sammlung verschiedenster Anweisungen an die klösterlichen Holzhaye; sie wurde nie vom Kloster als Gesamtwerk bewertet oder gar als solches amtlich erlassen. Sogar bei Meichelbeck finden diese Direktiven keine Beachtung und Erwähnung. Anders verhielt es sich mit der

„Absonderliche Holzordnung oder Gesazpunten, welche die gesamte Gemain oder Hauptmannschaft Jachenau aller Orthen in ihren Holzschlag bey straf observiren muss“

Diese Holzordnung von 1733 – wegen der Sonderstellung der Jachenau in allen Holzsachen wohl extra gefertigt – ist ein Beweis dafür, dass der fürstliche Absolutismus und Übermut auch im Kloster Benediktbeuern Eingang gefunden hatte. Schwerpunkte waren die scharfe Betonung der Oberherrlichkeit des Klosters und die grundsätzliche Entrechtung der Untertanen. Im Artikel 1 der Holzordnung ist das wie folgt formuliert: „so wird doch Keinem solche (die Hauszahl) für beständig zugesprochen, sondern der Herrschaft ein für alle Mal vorbehalten, selbe



Absonderliche Holzordnung von 1733

nach Gestalt der Sachen ohne Widerrede, besonders bei Ermanglung des Gehölzes in den Gemeinde- und Freibergen: zu verändern, zu vermindern, oder gar aufzuheben.“

Eine Kernpunkt bei der Beurteilung der Jachenauer Forstverhältnisse ist die zu bejahende Frage, ob die Heimberge oder „die zu den Gütern gelegten Hölzer“ als Gutzugehörungen anzusehen sind? So wurden in den Freistiftbriefen die Waldungen der Güter in der Regel unter den Pertinzen²¹ stillschweigend einbegriffen. Dies ergibt sich neben vielen anderen Beispielen aus der Tatsache, dass der Handlohn oder das Laudemium²², das ist die Besitzübergangssteuer, die der Übernehmende in der Regel zu zahlen hatte, sich nach der Übernahmssumme errechnete, und die war selbstverständlich ausnahmslos mit Rücksicht auf den Wert der Gutswaldungen festgesetzt worden. So verleibte auch Abt Magnus das Fleckhaus-Anwesen 33 am 22. April 1727 ausdrücklich „sein und des Klosters eigenthümlich Söldengütl zu Dorf und Veldt mit allen rechtlichen Ein- und Zugehörungen an Wung (Wohnung), Waidt, Wasser, Aekher, Wismad und Holzsschlägen.“ Ohne Zweifel erscheinen die hier zum verleibten Söldengute gelegten Gemeinbergteile als Gegenstand der durch den Brief vollzogenen Gutsverstiftung.

Mit entscheidend für die rechtliche Beurteilung der Heimhölzer war deren Zuordnung zum „dominum utile“, dem Nutz eigentum der Grunduntertanen im Gegensatz zum „dominum directum“, dem Obe-

reigentum des Klosters. Waren Obereigentum und Nutz Eigentum in einer Hand, dann sprach man vom vollen Eigentum oder „dominium plenum“, wie es für die Herrenhölzer galt. Hatten darüber hinaus Untertanen auch Nutznießungsrechte an fremden Eigentum, so sprach man vom „usus fructus“. In der Bayerischen Forstordnung von 1616 heißt es im Artikel 45: „Es begibt sich bei den schönsten Gebirgen und Wasserströmen, als an ... der Yser, in der Riß, der Jachna, ... und anderen Orten viel mehr, auch meisten Teils um der Clöster Gehülz, die den Bauern verleibt“. Das heißt, die Wälder des Klosters Benediktbeuern im Gebiet der Jachen wurden den Grunduntertanen verleibt, ihnen zu Leibrecht gegeben. Die Besitzform war die des Nutz Eigentums.²³ In den Anmerkungen zum codicem Maximilianeum bavaricum civilem von Kreittmayr von 1761 heißt es II, cap. 8 § 15, 11 a und b: „Wer zur Beholzung nur in fremden Waldungen berechtigt ist, der mag regulariter und soweit er kein mehreres hergebracht hat, dieselbe nur zur eigenen Notdurft, nicht aber zum Verkauf und Holzhandel prätendieren, ..., wohingegen in e i g e n e n sowohl dem Stand als Bauersmann nicht nur zur Notdurft, sondern auch so viel sich ohne Abschwendung derselben tun lasset, zum Verkauf Holz zu schlagen unverwehrt bleibt.“ Die Jachenauer dürfen seit unvordenklichen Zeiten Holz zum Verkauf schlagen, laut Kreittmayr ein typisches Kennzeichen, dass es ihre eigenen Waldungen waren, Waldungen, die ihnen als „dominium utile“ zustanden.

Besonderes Gewicht bekam in den späteren Verhandlungen nach 1803 der Begriff des „Widerrufs“ (oder auch „aus Gnade“ oder „revokabel“), der sich aus der Holzordnung und noch stärker aus den Verurteilungsprotokollen entwickelt hatte. Die ursprüngliche Bedeutung war die, dass der Herzog dem Kloster die forstpolizeiliche Aufsicht gab, falls ein zum Gute gehöriger Heimberg so sehr ausgeholzt war, dass er nicht mehr die festgesetzten Stämme der Hauszahl (zwischen 240 und 80) per Jahr aufbringen würde, dann diese Zahl aus forstpolizeilichen Gründen für eine gewisse Zeit lang zu widerrufen. Das heißt, sie herabzusetzen, bis der Wald den vollen Ertrag wieder liefern kann. Aus den Akten ist nicht ersichtlich, dass das Kloster jemals diesen Zwang ausüben musste; die ausgeübte Praxis war eher milde, und die Jachenauer haben offensichtlich schon immer ihre Wälder „nachhaltig“ bewirtschaftet. Dennoch waren auf dem Papier die Holzrechte der Jachenauer annulliert, sie wurden zu

einer „Vergünstigung“ und wurden „aus Gnade“ weitergewährt. Diese Formulierung „aus Gnade“ bestärkte später die Bayerische Staatsforstverwaltung über die Dauer von 180 Jahren in ihrem Handeln gegenüber den Jachenauern.

Des Weiteren ist aus den „Gesazpunten“, welche die Jachenauer observieren mussten, ersichtlich, dass der Bauer (über die Hauszahl hinaus) 2 Schilling Bäume (60 Stämme), der Söldner die Hälfte, aus den geöffneten Gemeinbergen jährlich schlagen durfte. War das beste Holz aus solchen Bergen weggeschlagen, dann durfte jeder Bauer und Söldner das Doppelte der gewöhnlichen Zahl schlagen. Der Zins wurde dann ermäßigt, und der Berg auf lange Zeit in Schonung gelegt, bzw. angepflanzt. Auch dieses Recht, Holz zum Verkauf gegen ein geringes Entgelt in den Frei- und Gemeinbergen schlagen zu dürfen, ging nach der Säkularisation völlig verloren.

Die Verrufsprotokolle²⁴ von 1733/1734, von 1766 und 1799 zeigen, dass sich das Kloster das Eigentumsrecht vor den Gemeindemitgliedern weiterhin vorbehalten hat, damit aus den Nutzungsrechten kein Eigentum werde.

Das war der Zug jener Zeit, der sich 70 Jahre später, nach der Säkularisation, massiv und für die Jachenauer folgeschwer auswirken sollte.

Hat aber das Kloster sich zu Unrecht die in der Holzordnung festgelegte Oberherrschaft angemäßt, dann kommt eine Rechtswirksamkeit solcher Verrufungen oder irgendeiner Verjährung nicht in Frage.

Hinweis: Der 2. Teil folgt im Jahrbuch 2025.

Anmerkungen und Quellen

- 1 In der folgenden Darstellung werden alle drei Komplexe Forst-, Streu- und Weiderechte immer unter dem Gesamtbegriff „Forstrechte“ zusammengefasst.
- 2 Die umfassende Darstellung der Geschichte der Jachenauer Forstrechte würde ein eigenes Buch ergeben.
- 3 Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1964, Nr. 17
- 4 Schrötter, Rupert: Die Entwicklung der Forstrechtsverhältnisse in der Jachenau vom 29.10.1954.
- 5 Forstamt Mittenwald: Beitrag zur Ausstellung Vorderriß „Einst und jetzt“, 2002.
- 6 Vorderriß war schon im 15. Jahrhundert ein beliebtes Jagdgebiet, das seit 1490 mehrfach den Münchner Hof mit Gamswildpret belieferte. Bereits 1503 erbaute man dort eine Jagdhütte für die herzogliche Bärenjagd. Vgl Vangerow, S. 53.
- 7 Heindl, Karin und Hannes: Ludwig's Heimliche Residenzen, München 1986.
- 8 Alle Akten zum Streit um die Forstrechte lagern im Gemeindearchiv in fünf Archiv-Kartons.
- 9 Vgl. Vangerow, Hans-Heinrich: Vom Stadtrecht zur Holzordnung, Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 1976.
- 10 BHStA, KLBB 192.
- 11 Vgl. Vangerow, Hans-Heinrich: Vom Stadtrecht zur Holzordnung, Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 1976, S. 48.
- 12 Diese Abgabe ist wie durch ein Wunder nie erhöht worden, sondern hat unabhängig von der jeweiligen Währung bis in die Zeit vor der Ablösung um 1980 immer den gleichen Betrag gehabt; zuletzt waren es 5,50 DM.
- 13 Der Begriff „Hauszahl“ entwickelte sich erst im Lauf der Jahrhunderte.
- 14 BHStA KLBB 174 fasc. 16.
- 15 Riepl, Reinhard: Wörterbuch zur Familien- und Heimatforschung in Bayern und Österreich, Waldkraiburg, 2003
- 16 Ab Mitte des 17. Jahrhunderts wurden die Güter im Rahmen der „veranleiteten Freistift“ übergeben..
- 17 Benediktbeurer Saalbuch (KLBB 32 fol 15)
- 18 Vgl. Vangerow, Hans-Heinrich: Vom Stadtrecht zur Holzordnung, Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München 1976, S. 25.
- 19 BHStA, StV Nr. 1595 und 1599.
- 21 Pertinzen = Zubehör, als Bestandteil einer anderen Sache.
- 22 Das Laudemium beträgt durchschnittlich 5% des Gutswertes.
- 23 Vgl. Jäger, Harald: Geschichte der Jachenauer Forstverhältnisse, Juni 1952, S. 3.
- 24 Protokolle anlässlich der „Verrufung“, des Verlesens von Bekanntmachungen.

Die Hintergründe zur einstigen Trockenlegung des Weilheimer Moores

Vorgeschichte

Heute gelten Moore als solche Gebiete, die erhebliche Mengen an CO₂ binden und es gibt allenthalben Überlegungen zur Renaturierung als Maßnahme zum Klimaschutz. Vor 300 Jahren sah man die Moore anders an. Die bayerischen Kurfürsten hatten schon 1723 und 1762 Generalmandate erlassen, nach denen Moore entwässert und in Kultur genommen werden sollten (vgl. dazu Beitrag von Stefan Emeis S.153–176). Die Flächen galten als Gründe ohne Wert und waren Eigentum des Landesherrn. Hier waren lediglich Weide-, Holz- und Jagdrechte vergeben worden, im bayerischen Oberland waren meist Klöster die Nutznießer.

Niemand wollte nach diesen ersten Mandaten ein solch arbeitsaufwändiges Projekt wie die Moorkultivierung in Angriff nehmen, da zu viel Gegenleistung erwartet wurde. Daher kam es 1762 zu einer modifizierten Erneuerung des Generalmandats:

Jene Ödgründe, welche aus was immer für einem Rechtstitel dem Landesherrn gehören, sollen jedermann, der sich hierum melden würde, er sey In- oder Ausländer, überlassen, und die Mühen der Kultur durch Verleihung von zehn Freyjahren von allen grund- und landesherrlichen Gaben, Steuern, Anlagen, Quartieren, Musterung und Auswahl (Conscription unserer Zeit) in Summa von allen Real- und Personal-Bürden vergolten, zugleich die grundherrlichen Abgaben nach Ablauf der zehn Freyjahre, nicht höher als auf 2 ½ Procent vom 100 fl. Werth des kultivirten Grundes getrieben werden.¹

Auch diese Anreize fruchteten nichts, denn der Arbeitsaufwand blieb zu hoch. Die Filze wurden außer zur Weide zur Jagd genutzt, ein Privileg, das den Landständen, hier also auch den Klöstern, zustand. Besonders ab 1778 wurde seitens der Hofkammer versucht, dem Landeskulturmandat, also der Trockenlegung von Mooren, zu mehr Erfolg zu verhelfen, wie aus einem Brief des Pollinger Ökonomen Ollegarius Seidl an Propst Töpsl zu entnehmen ist.²

Kurfürst Karl Theodor hatte nach seinem Regierungsantritt die Absicht zu Moorkultivierung in dem Mandat vom 16. August 1779 bestätigt. Im Jahr 1783 bereiste er Italien in Begleitung seines Geheimsekretärs Stefan von Stengel, wo er sich auch über die Trockenlegung der *Pontinischen Sümpfe* informierte.³ Man beabsichtigte erneut, die *Moorkultur* in ganz Bayern auf gesetzlichem Wege zu regeln und Freiherr von Stengel entwarf ein diesbezügliches Konzept.⁴

Zu der Weilheimer Senatssitzung am 31. Januar 1785 waren Vertreter der Gemeinden Wielenbach und Raisting geladen worden, um einen Vertrag abzuschließen: Man wollte das Schwattach in drei gleiche Teile untereinander aufteilen, ausmarken, von unbrauchbarem Gesträuch befreien, einen amtlichen Geometer mit der Anfertigung eines Planes zu beauftragen. Die anfallenden Kosten dafür sollten die Gemeinden in gleichen Anteilen übernehmen und das Vieh nur in den der Gemeinde zufallenden Teil ausgetrieben werden. Der Vertrag solle auf ewig gültig sein.⁵ Man war des guten Glaubens, die alleinige Verfügungsgewalt und Entscheidungsbefugnis zu besitzen, da niemand bisher daran gezweifelt hatte. Allerdings bezog sich die bisherige Nutzung auf die Viehweide und nicht auf das Holzschlagen oder das Jagdrecht, das den Klöstern zustand. Das sollte noch Verwicklungen nach sich ziehen.

Umsetzung der Moorkultivierung durch die Forstkammerdeputation

Die Moorkultivierung wurde der Forstdeputation bei der Hofkammer übertragen. Hier war 1784 Joseph Utzschneider als Hofkammerrat eingestellt worden, zunächst ohne Gehalt. Er ging diese Aufgabe neben seinen anderen Arbeiten sehr energisch an.

Joseph Utzschneider (1763–1840) stammte aus Rieden am Staffelsee. Er besuchte 1771 die Lateinschule in Polling, doch vertrieb der Spott der adligen Mitschüler den Bauernbuben schon bald und er ging dann, gefördert von einem Onkel, in München weiter zur Schule. Anschließend studierte er Jura an der Universität Ingolstadt und er schloss als Lizentiat beider Rechte ab. Utzschneider hatte mit Dekret der Landschaft am 20. Juni 1783 sein Geometerpatent von der Marianischen Akademie bei Ingenieur-Oberst d'Ancillon erworben.⁶ Er war ein überaus heller Kopf, der staatsmännisch denken konnte und

in Bayern viele Neuerungen anstieß. Er regte beispielsweise an, das Forstwesen neu zu organisieren, weil Förster bisher nur eine praktische Lehre durchmachten und er festgestellt hatte, dass ihnen ein fachwissenschaftliches Studium fehlte. Viele der von ihm zur nachhaltigen Forstwirtschaft entwickelten Grundsätze haben noch heute Gültigkeit, beispielsweise modernisierte er die Holzversteigerung unter Abschaffung des veralteten Taxsystems, nach dem lediglich feste Gebühren zu zahlen waren.⁷ Er wurde nicht zuletzt ein erfolgreicher Unternehmer und begründete später die optischen Werkstätten in Benediktbeuern, die es zu Weltruhm brachten.⁸ Die Erhebung von Grundsteuern unter Minister Montgelas geht ebenfalls auf seine Vorschläge zurück.⁹ Von 1818 bis 1823 war er Bürgermeister von München.

Lang (1842, Bd. 2, S. 219 f.) schildert Utzschneider als einen von unaufhörlichem Schaffensdrang und Pläneschmieden getriebenen Menschen. Seine Tragik scheint es gewesen zu sein, dass er zwar exzellente Ideen zur Modernisierung hatte, es aber leicht zu Konflikten infolge seiner konfrontativen Vorgehensweise kam, wenn er selbst die Umsetzung in die Hände nahm.

Eines der großen Moorgebiete Bayerns liegt im langgezogenen Zungenbecken des Ammersees, in dem nach dem Abschmelzen des Ammersee-Gletschers der Ver-

landungsprozess einsetzte. Hier befindet sich das Schwattach Filz. Die Bezeichnung Schwattach wird als schwankender Sumpfboden gedeutet (Vollmann, 1926, S. 32). Als Filz bezeichnete man ein innig verflochtenes, auf einer Schlammmasse aufsitzendes Wurzelwerk.¹⁰ Utzschneider bestätigte in einem 1785 verfassten Bericht diese Erklärung: „Dieses große Moos [...] ist [...] zum größten Teil sumpfig, so dass es in den



Abb. 1: Portrait Joseph von Utzschneiders als Bürgermeister von München (Hübler, 1896).

meisten Orten schwanket, und man beinahe nirgends trocknen Fußes gehen kann.“¹¹ Die Eigentumsverhältnisse waren in dem Gebiet unklar, bereits 1781 war der Kartograph Adrian von Riedl bestellt worden, um den Grenzverlauf im Westen des Gebietes zu vermessen.¹²

In den Jahren 1784 und 1785 war Utzschneider von der Hofkammer beauftragt, die Forsten in Oberbayern zu inspizieren und nebenher Informationen über öde Moosgründe zu sammeln. Am 3. Juni 1785 war Utzschneider daraufhin von Weilheim, Wielenbach und Raisting beauftragt worden, das Schwattachfilz zu vermessen, in Grundstücke abzuteilen und an Interessenten abzugeben. Zur Vorbereitung dieser Aktion war zunächst ein „Broullion-Plan“ (d.h. Entwurf, Übersichtsplan) des Gebietes von dem Geometer Joseph Allerding in München gezeichnet worden (Abb. 2). Auftraggeber war wahrscheinlich auch hier die Hofkammer, selbst wenn dazu kein Dokument gefunden wurde. Utzschneider sah vor, anhand eines solchen Übersichtsplans die Aufteilung in Grundstücke und Vergabe an „Kulturlustige“ vorzunehmen.¹³ Die Fortschritte waren aber zäh. Zur Klärung strittiger Fragen war der 1768 zum Weilheimer Landrichter berufene Franz Xaver Lachenmayr als Kommissionsrichter eingesetzt worden. Mitte September 1785 schrieb er an die Stadt Weilheim, dass der vereinbarte Augenscheinbericht noch ausstünde und er erwarte eine Erklärung, warum damit gezaudert würde. Im Oktober lag der Bericht aber immer noch nicht vor. Lachenmayr stellte fest, er könne nicht begreifen, warum die drei Gemeinden ihre abzugebende Final-Erklärung noch nicht geliefert hätten, wo doch Hofkammerrat Utzschneider seinen Bericht unmittelbar nach der Begehung fertiggestellt habe. Würde der Bericht nicht bald vorgelegt, würde er nur Utzschneiders Bericht einsenden und die fälligen Gebühren einfordern. Im November war der Bericht noch ausständig und Lachenmayr setzte jetzt ein dreitägiges Ultimatum, was endlich fruchtete.¹⁴

Die Maßnahmen der Hofkammer wurden von Seiten der Klöster argwöhnisch verfolgt. So schrieb der Pollinger Ökonom Seidl am 6. März 1786 als aktuellste Neuigkeit, die er von dem Seehausener Pfarrer und dem Weilheimer Gemeinderedner Daffner, die beide von München zurückgekommen waren und in Polling zu Mittag speisten, an Prälat Töpsl: demnächst würde der Commissarius (also Utzschneider) zu den nötigen Arbeiten eintreffen. Landrichter Lachenmayr bestätigte diese Nachricht.

Im März und April 1786 führte Utzschneider die Vermessung und Aufteilung des Schwattachfilzes im Ammermoos durch, nachdem er vorher im Gebiet von Habach zahlreiche Anträge um Gebietszuweisung öder Moosgründe bearbeitet hatte.¹⁵ Als Geometer war Utzschneider befugt und in der Lage, selbst die Abmarkung zur Grundstücksverteilung vorzunehmen. Zur Durchführung dieser Arbeit hatte er ein Patent erhalten, das ihm die Unterstützung durch die örtlichen Behörden zusicherte. Der Weilheimer Bürger und Fuhrmann Andreas Lindner hatte Utzschneider von München abgeholt und zweimal ins Schwattacher Moos zu den dortigen Vermessungs- und Aufteilungsarbeiten kutschiert.¹⁶ Vom Forstrevier Eberfing wurden der Oberjäger Barthlme Heiss und sein Nachfolger sowie ein Knecht verpflichtet, bei den drei Wochen andauernden Vermessungsarbeiten Utzschneider zu helfen und Auskunft zu erteilen.¹⁷ Die Vermessung und vorläufige Abmarkung zog sich in den April 1786 hinein. Utzschneider hatte sich vorher einen nicht näher bezeichneten Plan von der Registratur der Landesregierung erbeten, wahrscheinlich handelte es sich um Allerdingers Plan.¹⁸

Ungewöhnlich ist, dass in der Karte Norden nicht oben ist und die Ammer auf der linken Seite des Schwattachfilzes eingezeichnet ist, das Ganze also seitenverkehrt wirkt. Die Römerstraße (Zöpf 1855) ist als Baumallee eingetragen, die von anderen Alleen gekreuzt wird. Bedeutsam sind in diesem Plan die vielen Eintragungen zum Bewuchs, zu Jagdrechten, wo Moos zur Einstreu gemäht wurde und wo sich Brücken befanden.

Am 24. April 1786 stellte Utzschneider seinen Entwurf zum Aufteilungsplan dem Landgericht Weilheim zu, um Interessenten die Einsicht zu ermöglichen. Dieser Plan kann nicht mehr nachgewiesen werden. Für die Vermessung fielen Kosten in Höhe von 609 Gulden, 22 Kreuzern und 2 Pf. an, welche die Gemeinde Wielenbach trug.¹⁹ Ein anteiliger Zahlungsvorgang ist in der Weilheimer Stadtkammerrechnungen erstaunlicherweise nicht ausgewiesen, wohl aber die Entlohnung des Kutschers. Ob die Kosten des Weilheimer Anteils unmittelbar von der Bürgerlichen Gemeinde gezahlt wurden und deswegen nicht in der Stadtkammerrechnung auftauchen, ist unbekannt, aber naheliegend. Über die Arbeitsweise des Bürgerlichen Ausschusses ist nur wenig greifbar, da keine Protokolle angefertigt wurden, sondern die Beschlüsse wohl direkt in die Bürgerschaft hineingetragen und umgesetzt wurden. Auch anfallende Kosten scheinen vom Gemeinderedner, damals der Lebzelter

Daffner, eingesammelt und abgeführt worden zu sein, worüber keine Akten erhalten sind. Der Bürgerliche Ausschuss hatte offenbar auch in den Trockenlegungsmaßnahmen eine wichtige Funktion, da nur ein Teil der Bürgerschaft und nicht die Stadt insgesamt an dem Projekt interessiert war. Aus einigen landrichterlichen Schreiben, die an die „Bürgerliche Gemeinde“ gerichtet waren, wird die Funktion des Bürgerlichen Ausschusses, wenn auch nur schemenhaft, erkennbar.

Utzschneider scheint seine Augen überall gehabt zu haben und andere öde Plätze stachen ihm sogleich ins Auge. An der Töllernkirche in Weilheim hatte er eine solche unbebaute Fläche entdeckt und verlangte Auskunft dazu. Landrichter Lachenmayr erläuterte, dieses zur Leprosenstiftung gehörige Gebiet sei unbebaut, weil es dem Wasenmeister zum Vergraben krepierter Tiere überlassen sei.²⁰

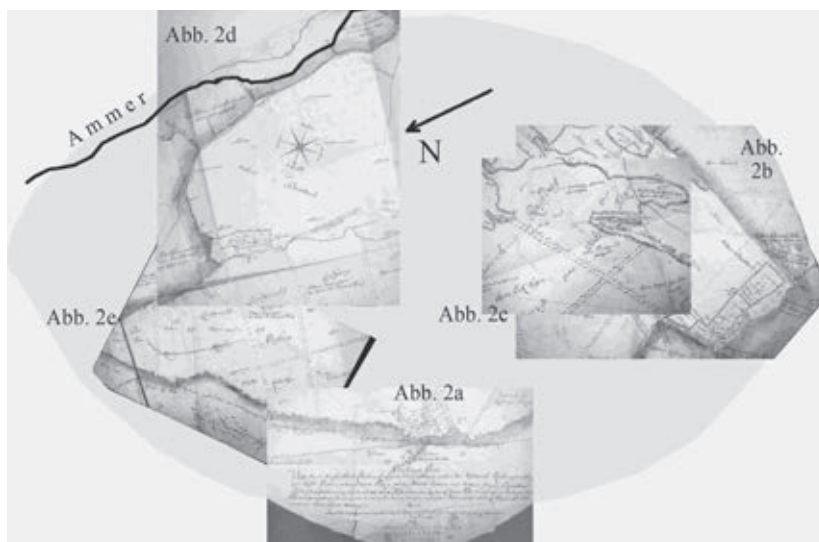


Abb. 2: Schema des Brouillon-Plans (Übersichtsplan) des mittleren Schwattach Filzes von Allerdingen aus dem Jahr 1785 (Bayer. Hauptstaatsarchiv, Plansammlung Nr. 5319), aufgenommen von Landgeometer Joseph Allerdingen im Auftrag von Utzschneider. Ursprünglich gab es dazu mehrere Anlagen mit detaillierten Angaben zum Bewuchs und zu Besitz- und Nutzungsverhältnissen. Diese Anlagen haben sich nicht erhalten. Norden ist nicht oben und West und Ost sind vertauscht. Utzschneider verwendete diesen Übersichtsplan zum Ausmessen und Abmarken von Grundstücken.

Neues Dorf für Obdachlose

In Weilheim hatte Utzschneider bei seiner Waldinspektionsreise im Jahr 1785 von nicht näher bezeichneter Quelle, vermutlich vom Landgericht oder von der Kirche, eine Liste von 61 wohnungslosen Familien mit 252 Köpfen erhalten, die im Land umherzogen, bei Bauern Unterschlupf suchten und nur vom Bettel und gelegentlichem Taglohn und manchmal vom Diebstahl lebten.²¹ Er fasste den Plan, man könne sie im Weilheimer Moos in einem neuen Dorf oder einer Kolonie ansiedeln und unterbreitete dem Kurfürsten am 20. April 1786 einen entsprechenden Vorschlag.²² Die Diskussion des Planes stagnierte allerdings, da Utzschneider bis Ende 1786 mit der Zeichnung von Plänen zur Grundstücksaufteilung beschäftigt war und die angesetzte Konferenz mehrfach verschoben werden musste.²³ Als am 10. Januar 1787 endlich die Konferenz zustande kam, wurde nur deshalb kein Ergebnis erzielt, weil die wesentlichen Schriftstücke in dem Akt fehlten *und anderstwo bey Chft. Hofkammer herum liegen müssen*.²⁴ Sie tauchten auch nicht wieder



Abb. 2a: Ausschnitt 1 aus dem Boullion-Plan 1785. Unten ist die Johannes-Kirche eingetragen, von der aus einige mit Alleebäumen bestandene Wege ausgehen. Am Rand des Raistingener Filzes befanden sich damals Wiesen und Ö-Gärten. Als Ögärten wurden Flächen bezeichnet, die nur alle 3–4 Jahre (oder 6 Jahre) ohne Düngung durch Pflügen in der Form von Bifängen bepflanzt wurden.

auf, möglicherweise sogar mit Absicht, um Utzschneiders Plan zu einem neuen Dorf zu durchkreuzen.

Die Anlegung eines neuen Dorfs im Schwattachfilz wurde von der Hofkammer letztlich nicht akzeptiert, wahrscheinlich sprachen sich auch das Landgericht und der Magistrat von Weilheim dagegen aus.²⁵ Man vertrat in der Hofkammer die Auffassung, die vagabundierenden Leute sollten besser in bestehende Gemeinden integriert oder auf unbemaierte Höfe gesetzt werden.²⁶ Man traute diesen völlig unerfahrenen und nur an Bettel gewöhnten Leuten nicht den Bau von Häusern, Viehhaltung, Bauernwirtschaft und die Organisation eines neuen Dorfes zu. Nicht akten-



Abb. 2b: Grenzbereich zwischen mittlerem und oberem Schwattach-Filz. Rechts zeigt die Eintragung, wo die hohe und niedere Jagdbarkeit des Klosters Polling gelegen war, die an den „Wielenbacher Brand“ (Lichtenau) angrenzte und auch die obere Schwattach mit umfasste. Auch Angaben zum Bewuchs mit Mooskoppfen, Föhren oder Birken sind eingetragen, Die Bezeichnung Dörr zeigt den Bereich, wo gemähtes Moos getrocknet wurde, um es zur Einstreu zu nutzen. Dörren dieser Art gab es an mehreren Stellen. Mit Alleebäumen bestandene Wege führten durch das Filz, das in diesem Bereich weniger sumpfig war. Am oberen Rand verläuft ein Kiesweg „Aufn Hahnenbichel“.

kundig aber möglich ist, dass Weilheim das vagabundierende Gesindel nicht in der Nähe haben wollte. Utzschneider fasste daraufhin auch das Seehauser Moos als potentiellen Ansiedlungsplatz ins Auge.²⁷

Die Landfahrer hielten sich noch lange, wie einer Beschreibung des Landkapitels von Pfarrvikar Airlinger aus dem Jahr 1857 zu entnehmen ist: sie liebten zu sehr ihr arbeitsscheues, aber offenbar lustiges Leben.²⁸

Der Diessener Prälat Bertholdus Wolff (Propst 1755–1797) sah durch die bereits im März 1785 begonnenen Rodungsarbeiten seine Holz- und Jagd- und Jurisdiktionsrechte verletzt und verfasste mehrfach Protestschreiben, zuletzt im Juli 1785, in dem er die sofortige Einstellung beantragte. Seinen Hofmarksuntertanen hatte er verboten, die begonnenen Arbeiten fortzusetzen. Olegarius Seidl vom Kloster Polling hatte Propst Töpsl seinerseits aufgefordert, in München mit Utzschneider zu reden und eine Einstellung der Arbeiten bis zur Klärung strittiger Fragen zu erreichen.²⁹ Die Prälaten von Wessobrunn und Benediktbeuern pro-

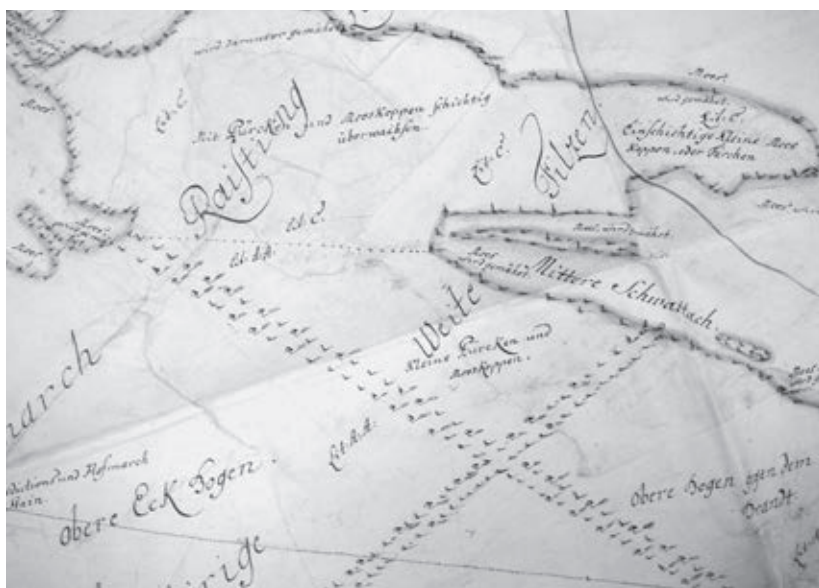


Abb. 2c: In diesem Ausschnitt sind Angaben zum Bewuchs mit Koppen, Birken und kleinen Föhren eingetragen. Am oberen Rand und im Zentrum des Ausschnitts sind Bereiche angegeben, in denen zur Streugewinnung gemäht wurde.



Abb. 2d: Im linken Teil sind die zu Pähl, Fischen und Wielenbach gehörigen Ammerwiesen eingetragen. Links davon verläuft die Ammer. Quer durch das Gebiet verläuft der Moorraith-Graben, in den ein im Zickzack angelegter Entwässerungsgraben führte. Links findet man den Eintrag: Fußsteig nach Weilheim.

testierten gleichfalls und verboten ihren Untertanen jegliche Abräumarbeiten in ihren Hofmarken Iffeldorf bzw. Sindelsdorf zu beginnen oder fortzusetzen.³⁰

Propst Töpsl hatte sich als erfahren und lebensklug gezeigt und keine Klage erhoben, sondern den Kontrahenten ein Angebot gemacht, von dem er wusste, dass die Annahme schwerfallen würde. Die Entscheidung war ihnen jedoch überlassen (s. Folgekapitel).³¹

Propst Mösmer von Rottenbuch, den Utzschneider ebenfalls scharf angegriffen hatte, sah sich seinerseits zu einer Reaktion gezwungen und hielt ihm Realitätsferne entgegen. Utzschneider erkenne die ökonomischen Schwierigkeiten nicht und die Bauern seien mit ihrer normalen Feldarbeit und Viehzucht mehr als ausgelastet. Utzschneider argumentierte dagegen, es wäre versäumt worden, Wege anzulegen als Voraussetzung, die Filze und Moose kultivieren zu können. Allerdings musste er einräumen, dass womöglich nicht genügend Bewohner verfügbar wären,

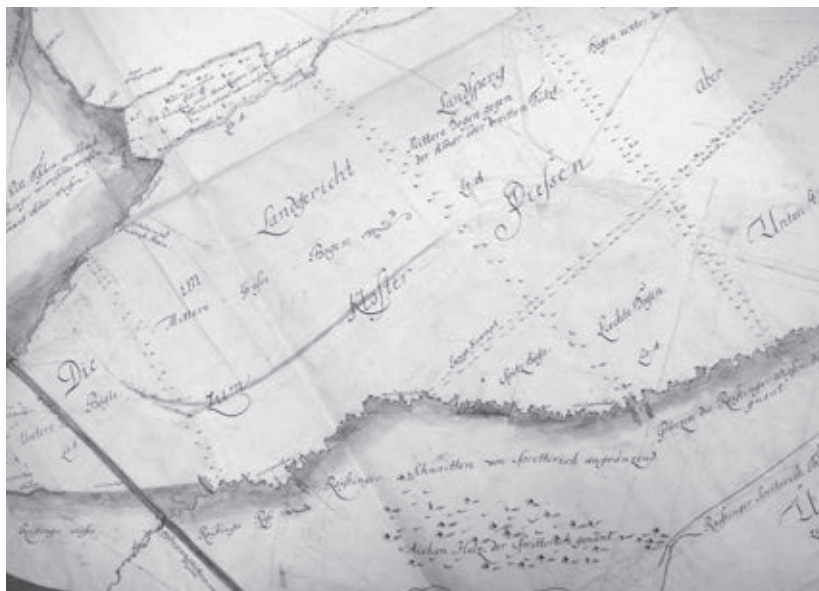


Abb. 2e: Dieser Ausschnitt zeigt einen Teil des zum Kloster Diessen gehörigen Gebietes. Am unteren Rand ist das außerhalb des Ammermooses gelegene Gehölz „Sprittrich“ bei Raisting eingezeichnet, dessen Eichenbestand der Kurfürst beanspruchte.

um eine so umfangreiche Aufgabe durchzuführen. Er ging nicht auf die Gegendarstellung ein, sondern blieb unerschütterlich davon überzeugt, dass es nur an der Bereitschaft und am guten Willen zur Moorkultivierung gefehlt habe und die Klöster lediglich ihr bequemes Leben nicht ändern wollten.³² Da er auf dem Gut Schwaiganger der verwitweten Herzogin Maria Anna als Verwalter tätig war, glaubte er, die Bedingungen gut genug zu überschauen.

Dem Prälaten von Wessobrunn, der das Abräumen untersagt hatte, hielt Utzschneider von, er würde mit seinen arbeitsamen Untertanen zu hart umgehen.

In einem Brief vom 11. Mai 1786 stellte der Pollinger Klosterökonom Seidl fest, die Untertanen fühlten sich inzwischen übervorteilt, denn sie hätten keine Möglichkeit gehabt, sich zu beraten. Utzschneider habe ihnen Vorspiegelungen gemacht und auch teure Gerichtsprozesse in den Raum gestellt. Er hatte im Juli 1785 an die Obere Landesregierung gemeldet, gehört zu haben, Kloster Dießen wolle 300 Gulden auf einen Prozess verwenden. Tatsächlich hatte der Diessener Propst Berthold an das Kommissionsgericht in Weilheim eine umfangreiche Beschwerde eingereicht, in der die strittigen Punkte aufgeführt waren.³³ Ollegarius Seidl seinerseits sah die ungeklärte Rechtslage wegen der vom Kloster Polling teuer erkauften und schon lange bestehenden Jagd- und Weiderechte ebenfalls als das größere Problem an. Er lag mit dieser Einschätzung richtig, da auch von anderer Seite diese alten Rechte als außer Acht gelassen erkannt wurden und zunächst ungeregt war, wie die Rechteinhaber zufrieden zu stellen wären.³⁴ In anderen oberbayerischen Klöstern war die Lage ähnlich wie in Polling bzw. Diessen.

„Gnädigster Herr! Herr! Die Sache ist beträchtlich“

Die Maßnahmen zur Kultivierung des Ammermooses trieb Utzschneider rigoros und sehr energisch und mit großem Nachdruck voran, aber ohne Lebenserfahrung – er war erst 23 Jahre alt – und ging nicht besonders umsichtig dabei vor.

Die Hofkammer vertrat, wie auch die höhere Ebene, den Standpunkt, die höchste Landesherrschaft besitze das volle Recht, „Salutis ex causa necessitatis vel unitatis publicae“ Unterthanen zur Kultivierung öder Gründe anzuhalten, wenn sie es als Notwendigkeit zur Förderung

des Gemeinwohls ansah oder zur Wahrung der öffentliche Einheit für geboten hielt.

Was unter einem öden Platz im juristischen Sinn zu verstehen ist und wer der wahre Eigentümer sei, kommentierte der Rechtswissenschaftler Wiguläus Kreittmayr in seinen Anmerkungen zum Codex Bavaricus (II. Teil, 1761) zum kurfürstlichen Generalmandat als nicht zweifelsfrei: ein öder Grund bestehe dann, wenn die Fläche noch niemals oder wenigstens seit Menschengedenken unbebaut, ungenutzt oder gar nicht verwahrt sei. Vor allem angrenzende Dorfschaften würden das Gebiet nutzen und dort ihr Vieh weiden, also auch benutzen und daher nicht als öde Plätze betrachten.³⁵ Die leitenden Beamten der Staatsregierung wollten diese Auslegung nicht mehr gelten lassen.

Es wurde keine Machbarkeitsstudie vorgenommen, wie es heute für so große Projekte Voraussetzung wäre und woraus die Folgen solcher Eingriff in ein Moor erkennbar würden. Im Donaumoos, dem insgesamt größten Trockenlegungsprojekt des Kurfürsten Karl Theodor musste man Jahrzehnte später erleben, dass nach der Entwässerung ein erheblicher Bodenschwund von bis zu vier Metern (!) gemessen wurde (Angermaier, 1951). Heute weiß man außerdem, dass sich trocken gelegte Torfkörper nicht nur physikalisch, sondern auch chemisch verändern. Zum Teil zerfiel der Torf zu Staub.

Utzschneider hatte im März 1786 zum wiederholten Mal betont, dass im Oberland zu wenig Streu vorhanden sei und von Murnau teuer gekauft werden müsse. In den örtlichen Moosen könne aber genügend Streu gewonnen werden (was aber laut Abb. 2 bereits praktiziert wurde: doch es bestand die Hoffnung, den Viehbestand vergrößern zu können). Er erließ einen Hofkammerbefehl, alle öden Gründe zu melden, bei Nichtbefolgung drohte er eine Strafe von 150 Reichstalern an, und er forderte insbesondere die Klöster auf, innerhalb von zwei Wochen die Lage und Größe „öder“ Gebiete ihrer Hofmarken aufzulisten und einzusenden.³⁶

Bei den praktischen Arbeiten ging es dann drunter und drüber. Am 1. März 1786 war den drei Gemeinden Weilheim, Wielenbach und Raisting genehmigt worden, mit dem Abräumen zu beginnen, aber mit dem Vorbehalt, dass vorher der Aufteilungsplan vorliegen sollte.³⁷ Später räumte Utzschneider in einem undatierten Schreiben ein, er habe den Beginn zum Abräumen erlaubt, weil gerade keine Feldarbeiten anstanden.

Mit einem Signat ordnete die Obere Landesregierung am 6. März 1786 an, dass

- die Abräumung im Prinzip genehmigt werde, außer auf dem zum Kloster Diessen gehörigen Teil,
- dem Kloster Diessen ein „proportionierlicher“ Anteil zukommen müsse,
- nur so viel gerodet werden dürfe, wie in drei Jahren unter Kultur genommen werden könne,
- das geschlagene Holz von den Gemeinden verwertet werden dürfe, doch müssen sie den Wert unparteiisch schätzen lassen und die Beträge hinterlegen, bis über das vom Kloster Diessen beanspruchte Holzrecht abschließend befunden wäre [die Weilheimer Stadtkammerrechnung weist im Jahr 1787 demzufolge eine Zahlung von 8 Gulden 26 Kreuzer $\frac{1}{2}$ an das Landgericht für „Holz auf den Schwattacher Filzen“ aus³⁸],
- die vorhandenen hochstämmigen Fichten sollen nicht angetastet werden,
- das Jagdrecht bleibt dem Kloster Diessen erhalten.
- die Kosten der Untersuchungskommission haben die drei Gemeinden zu tragen.³⁹

Aus dieser Entscheidung wird klar, dass keineswegs alle Rechtsauffassungen, insbesondere die des Klosters Diessen, leicht zu klären waren, doch wollte man deswegen den Beginn der Kultivierung nicht aufhalten. Am 24. März meldete der Weilheimer Bürgermeister an Utzschneider, im Johannes-Filz würden 75 Mann arbeiten und Filzkoppen niederhauen.⁴⁰ Propst Berthold in Diessen gab sich nicht leicht zufrieden und monierte, nach dem Dekret sollen die drei Gemeinden das Abräumen nur sukzessive vornehmen, doch hätten sie bereits die Hälfte des Filzes niedergehauen. Die Oberlandesregierung sah sich bemüßigt, die drei Gemeinden aufzufordern, ihr Vorgehen innerhalb von 3 Tagen zu verantworten. Diese Antwort ist zwar unbekannt, doch entschied die Oberlandesregierung am 31. März 1785, dass alle Rodungsarbeiten einzustellen wären, bis eine entsprechende Entschließung getroffen wäre. Die Stadt Weilheim bestätigte, diese Anordnung zu befolgen.⁴¹

Inzwischen war nach der vielen Aufregung Verunsicherung und Misstrauen entstanden und man sah sich gezwungen, darauf zu achten, dass die Berichte von den Boten in verschlossener Form befördert wurden. Die Gegenseite versuchte offenbar, Kenntnis von den Inhalten zu erlangen.

Ärger gab es auch deshalb, weil das abgehauene Holz für die Aufteilungsarbeiten hinderlich war und abtransportiert und zu Scheitholz gespalten wurde. Das war aber nicht vorgesehen, es sollte vor Ort liegen bleiben, bis der Wert geschätzt wäre, den Kloster Diessen als Entschädigung beanspruchte. Die Schätzung war mit neuen und unerwarteten Kosten für die „Kulturlustigen“ verbunden. Weitere Konflikte entstanden wegen der Auswahl der Schätzer, von denen man befürchtete, die andere Seite würde bevorzugt. Auch hier musste die Oberlandesregierung erst eine Entscheidung treffen. Utzschneider hielt sich in dieser Zeit in Rauhenlechsberg auf, der Briefbote kostete wiederum Geld. Letztlich kam es zu immer neuen Verzögerungen, weil keine sorgfältige Planung vorhanden war.

Kloster Polling hatte wegen seines Jagdrechts einen eleganteren Weg gewählt. Am 6. Juli 1786 machte es dem Magistrat Weilheims den Vorschlag, auf das Jagdrecht im Wielenbacher Filz und im Birket um des gutnachbarlichen Verhältnisses willen zu verzichten, wenn jährlich zu Michaeli ein Jagdzins gezahlt würde. Die Weilheimer Stadtkammerrechnung weisen keine derartigen Zahlungen aus, sie wurden wahrscheinlich von der Bürgerlichen Gemeinde erhoben und abgeführt, wozu keine Akten existieren. Der lebenskluge Propst Töpsl hatte die Entscheidung denen überlassen, die an der Kultivierung interessiert waren. Utzschneider monierte später, dieser geforderte Zins würde als drückend empfunden.

Am 2. Mai 1786 hatte Utzschneider erneut die Erlaubnis zum Abräumen der Schwattach-Filze erteilt. Dort wuchsen in der Regel wenige Erlen, Birken, Koppen (d. h. buschige Fichten und Föhren ohne ausgebildeten Stamm), vielerlei Gesträuch und Hecken, das in aufwändiger Arbeit mit der Wurzel „abgeräumt“ werden musste. Die Landesregierung verbreitete dazu den Hinweis, dass zum Entfernen der Wurzelstöcke sogenannte Stockwinden hilfreich wären.⁴² Stellenweise fanden sich auch hohe Fichten und im Spridrich bei Raisting gab es Eichen, auf die der Kurfürst selbst Anspruch erhob. Außerdem waren Entwässerungsgräben

zu ziehen. Utzschneider wollte die Hauptgräben entlang den Grenzen der den drei Gemeinden zuzuteilenden Flächen anlegen lassen.

Utzschneider begegnete den Protesten und Bedenken der Prälaten seinerseits mit Vorwürfen. Er erwartete die strikte Befolgung seiner Hofkammerbefehle, ohne auf berechnete Einwände einzugehen oder die Klärung strittiger Rechtsfragen abzuwarten. Er wusste zwar den Kurfürsten und den Präsidenten der Hofkammer im Prinzip hinter sich, doch konnte man auf der höheren Ebene die seit Jahrhunderten gültige Situation nicht einfach ignorieren. Am 8. März 1786 wurde Utzschneider als alleiniger „Proponent“ (d. h. ein Beamter der eine Vorgehensweise vorschlägt; Berichterstatter) zwar nicht abberufen, jedoch wurde Hofkammerrat und Hofoberrichter Benno von Hofstetten (1748–1811), der gleichfalls für die Landeskultur zuständig war, als Co-Proponent und „Correscent“ eingesetzt.⁴³ Die Regierung suchte jetzt nach mehr Ausgleich und Verbindlichkeit.

Utzschneider hatte, wie oben erwähnt, gleichzeitig Vermessungsarbeiten zur Unterteilung in einzelne Grundstücke vorgenommen.⁴⁴ Am 20. April entrang sich ihm im Schreiben an den Kurfürsten ein Stoßseufzer: „Gnädigster Herr, Herr! Die Sache ist beträchtlich.“ Schnelle Planungen vom grünen Tisch in die Praxis umzusetzen, erwies sich in der Praxis als aufwändiger als gedacht, denn:

- Die Anteile müssen getrennt und dürfen nicht gestückelt sein, die Teilungslinien sollen Gräben werden.
- Die zugeteilten Gebiete sollen an die Gemeinden angrenzen.
- Jeder muss seinen Teil schriftlich zugewiesen bekommen.
- Jeder muss zu seinem Stück fahren können, ohne fremde Stücke queren zu müssen, d.h. ein geeignetes Wegenetz musste entwickelt werden.

Der Weilheimer Anteil wurde unter 350 Bauern verteilt, der Wielenbacher in 54 Teile und der Raistinger Anteil in 115 Teile. Das Kloster Diessen erhielt ein Teil. Die von Polling geforderte Jagdrekognition (d.h. der vorgeschlagene Jagdzins) würde die drei Gemeinden drücken, auch wenn sie klein wäre.

Ollegarius Seidl verfolgte die Entwicklung aufmerksam und berichtete mehrfach an Propst Töpsl über den Fortgang der Arbeiten: Am

23. März 1786 schrieb er, die Rodung im Raisting Filz würde sehr eifrig vorangetrieben. Kloster Dießen sei über Polling sehr aufgebracht und er könne sich als Grund nur die fehlende gemeinsame Linie vorstellen. Der Dießener Prälat habe nicht verschmerzen können, dass Polling sein Jagdrecht im Wielenbacher Filz mehr oder weniger aufgegeben habe. Polling wollte sich der Kulturmaßnahme nicht entgegenstellen und war dafür von der Oberlandesregierung sehr gelobt worden. In Huglfing kam es zu ähnlichen Eigenmächtigkeiten von Bauern, wogegen das Kloster Polling einschreiten musste.

Am 6. April 1786 schrieb Seidl, im Raisting Filz seien schon auf 30% der Fläche Bäume und Gebüsch gefällt worden und alles Holz sei kreuzweis übereinander liegen geblieben. Den drei Gemeinden Weilheim, Wielenbach und Raisting sei ein sofortiger Arbeitsstopp zugestellt worden, denn die Landesregierung erlaube jetzt nur so viel zu roden, als in drei Jahren unter Kultur genommen werden könne. Er habe von Sachkundigen gehört, dass mehr als 10 Jahre benötigt würden, die gerade freigelegte Fläche zu kultivieren. Er glaubte sogar, wahrnehmen zu können, dass in den drei Gemeinden *solche mit etwas mehr Einsicht schon anfangen würden, sich hinter den Ohren zu kratzen, und zuletzt dürften Sie noch gar untereinander in die Haare geraten*. Er hatte nicht unrecht.

Der Arbeitsaufwand erwies sich tatsächlich als deutlich höher, als von den Interessenten erwartet worden war. Man griff daher zur Brandrodung, doch reagierte die Obere Landesregierung mit der Anweisung an Landrichter Lachenmayr, die Urheber zu ermitteln und im Amtshaus dingfest zu machen.⁴⁵

Im Mai 1786 stellte sich der neue Stadtphysikus Dr. Merz von Weilheim quer. Er hatte wahrscheinlich geglaubt, bei der Verteilung der Moosgrundstücke Anspruch auf Bevorzugung zu haben und hatte dies mit vielen „Attesten“ untermauert. Die Weilheimer Bürger fragten Utzschneider, wie sie dem begegnen könnten. Er empfahl, sie müssten ebenso viele „Atteste“ dagegen beibringen.⁴⁶ Letztlich wurde per Los über die Zuteilung der Grundstücke entschieden.

Am 21. Juni 1786 hieß es in einem neuen landesherrlichen Dekret, dass Moorkultivierung dort nicht erlaubt sei, wo andere ein Weiderecht (*jus pascendi*) besäßen.⁴⁷ Diese Verordnung bestätigt ebenfalls, dass Utz-

schneider mit der Erlaubnis zum Kultivieren öder Gründe zu forsch vorgegangen war und man teilweise zurückrudern musste. *In Entstehung der Güte* behielt man sich im Konfliktfall eine obrigkeitliche Entscheidung vor, wogegen eine Appellation möglich war.

Kloster Polling besaß ein weiteres Jagdrecht im Wannenfilz bei Grasleiten. Dort kam es zu Auseinandersetzungen mit zwei Huglfinger Bauern, die eigenmächtig mit Roden begonnen hatten. Sie hatten sich auf die Aussage der Hofkammer verlassen, wonach jeder, der nur wolle, öde Gründe roden und in Kultur nehmen könne. Die Verhältnisse waren auch dort kompliziert: Die Pollinger Schwaige Grasleiten besaß hier das Recht, Vieh in das Wannenfilz zu treiben und Kloster Rottenbuch stand hier wohl ein Jagdrecht zu.⁴⁸ Doch hielt Pater Ollegarius, um Utzschneider entgegenzukommen, es für denkbar, einen kleinen Bereich zu roden und zur Streugewinnung zu nutzen.⁴⁹

Am 30. März 1786 schrieb Seidl an Propst Töpsl, der in München an den Sitzungen der Landstände teilnahm:

Abgewichenen Montag machte der Jäger von grasleiten die Anzeige, daß der Schmied von Hausen in dem Hauser Filze, und Jos. Frankl Romegg-scher Unterthan von Huglfing in dem sogenannten S.V. Schieder Filze als den besten von Herzog Wilhelm höchstsel. Angedenkens eingetauschten Jagdbögen abzuräumen sich angemäßt, und Er letzterem, den Er in flagranti erwischt; ein Pfand deswegen abgenommen habe, weil der Pfleger in Murnau ungefähr vor 3 Monathen Ihm versichert: Er habe sothanes Abräumen mittels ausgefertigten Sigel so wohl sämmtlichen Huglfingern als Hausern ausdrücklich verboten, und auf erhaltenes Anschreiben von Titl Herrn Hofkammerrat Utzschneider Instand anbefohlen. Ich schickte den Jäger mit ersagtem Pfand nach Murnau erinnerte Herrn Pfleger an all Vorgegangenes und bat um schleunige Abstellung bis auf ein weiteres. dieser war, wenigst dem äußerlichen Schein nach sehr aufgebracht: erwiderte dem Kläger, daß Er beide Frevler auf die Verhör vorschaffen lassen, und solches dem Gerichtsdieners in seinem Namen gleich andeuten solle. wenn nun diese Verhör für sich gehen, und was hierauf erfolgen werde, steht abzuwarten. Der Ruf, daß jedermann ohne mindeste Rücksicht erlaubt sei, besonders in den zu einem Kloster angehörigen Jagdbarkeiten (also legen es die Bauern aus) abzuräumen, wie er will, wird in hiesiger Gegend bereits allgemein, und das Beispiel der 3 Gemeinden Weilheim, Wiedenbach, und Raisting bestärkt diesen täglich noch mehr.

Prälat Töpsl befahl seinen Huglfinger Untertanen daraufhin, sich erstmal ruhig zu verhalten und es ist nahliegend, dass er auf die ungeklärten juristische Fragen aufmerksam gemacht hatte. Er wollte Einvernehmen erzielen und ebenso wenig Hofkammerrat Utzschneider vor den Kopf stoßen.

Gegen die Verordnung der Hofkammer, Moosgründe trocken zu legen und anzubauen, schlossen sich letztlich 15 oberländische Prälaten (Andechs, Diessen, Wessobrunn, Rottenbuch, Steingaden, Ettal, Schlehdorf, Benediktbeuern, Tegernsee, Dietramszell, Schäftlarn, Beuerberg, Bernried, Polling und Fürstenfeld) zusammen und legten mit anderen Ständen der Landschaft am 6.12.1787 Beschwerde ein, die vom Oberstjägermeister Theodor Freiherr von Waldkirch unterstützt wurde, welcher für die Jagd der Landstände zuständig war.⁵⁰ Er monierte, in den bisherigen Entscheidungsprozess nicht einbezogen worden zu sein, obwohl seine Zuständigkeit berührt war.

Dies war scheinbar gut begründet, da in der Verordnung der Forstdeputation angenommen worden war, dass die öden Gründe dem Aerar gehörten. Die Hofkammerräte hatten daher geglaubt, frei bestimmen zu können, dass die aerarischen Moose und Filze ohne weiteres trockengelegt werden könnten, um sie dann zu kultivieren. Die bestehenden Jagdrechte hätte jedoch vorher gekündigt werden müssen, was allerdings nur aus triftigem Grund möglich war, also wenn ein Verbrechen oder ein anderer Gesetzesverstoß vorlag oder ein Verzicht eingeräumt wurde. Zumindest konnten die Klöster erwarten, dass ihnen ein Jagdrecht in einem anderen Gebiet zugewiesen würde, denn sie befürchteten zu Recht, dass der Wildbestand infolge der Kulturmaßnahmen stark zurückgehen würde. Später argumentierte die Hofkammer, das Jagdrecht würde trotz Trockenlegung erhalten bleiben. Doch wurde eingeräumt, dass sich die Art der Jagd vielleicht verändern würde, denn es musste jedem klar sein, dass sehr viel weniger Wild in den gerodeten Filzen Unterschlupf fände.

Einschätzung eines Unbeteiligten

Von dem unkoordinierten Fehlstart der Arbeiten hatte auch der schon erwähnte Eberfinger Oberjäger Barthlme Heiß Kenntnis bekommen und im November 1787 unaufgefordert einem Bericht an den Ge-

heimen Rat verfasst, in dem er seinen Unwillen über die bisherige Vorgehensweise ausdrückte und Realitätsferne feststellte. Der folgende Auszug spricht für sich:

Aber auch als Landmann zu reden, welcher während seiner etlich vierzigjährigen Dienstzeit Gelegenheit genug gehabt hat, die hiesige Gegend und alles dasjenige, was selber nützlich oder schädlich ist, kennen zu lernen, müste ich allzeit bezeugen, daß alles dieses abräumen, und sogenannte Cultiviren also betitelter öden Gründe dem Land selbst nicht den geringsten Nutzen bringen werden. Denn Euer Excellenz erlauben mir über diesen Gegenstand nur folgende Bemerkungen unterthänigst vorzulegen.

- 1. Gewinnt durch dieses abräumen Niemand als der Söldner und Leerhäusler, deren 15 biß 20 miteinander weder dem Landesherrn noch den Grundherrschaften jährlich soviel an Abgaben eintragen, als ein einziger Bauer. Jemehr nun der Söldner Boden gewinnt, desto mehrer Vieh kann er halten, wo er doch ohnehin jetzt schon mehrer unterhältet, als er berechtigt ist. Auf der andern Seite werden durch diese Unternehmungen die Weidenschafts Gründe täglich geschmälert; der bauer kann das zur begailung seiner Gründen notwendige Vieh nicht mehr halten; und auf solche Art werden zuletzt noch selbst die Äcker wieder zu öden Gründen werden. daß die Bauern dieses gar zu gut einsehen, ist das augenscheinliche Zeichen, weil selten ein Bauer in einer Gemeinde es mit denen so culturslustigen Söldnern und Leerhäuslern haltet, sondern nur immer diese die ersten sind, welche solche schädliche Neuerungen anfangen.*
- 2. Hat auch das Forstwesen bei dieser Abräumung den grösten Schaden zuerwarten, denn wenn solche Plätze cultivirt werden wollen, so müssen Sie nothwendiger weise mit Zäunen und Gehägen eingemacht werden, und das es unmöglich ist, daß zu diesen Zäunen erforderliche Holz aus den hiesigen ohnehin schon holzarmen Waldungen abzugeben, das muß selbst der Titl Herr Hofkammerrath Utzschneider, der diese Waldungen durchgangen hat, einsehen, und eingestehen.*
- 3. Macht man sich mit diesen sogenannten Cultiviren selbst an solche Plätze, wo die Cultur auch bei der grösten Mühe zuletzt doch unmöglich ist. Die Wahrheit dieses Nutzes hat sich zum theil*

schon wirklich bestätigt, wie z. b. bei der sogenannten Schwacht, und dem Raisting Vilz, theils wird es die Erfahrung noch überzeugender lehren. Nebst dem liegen viele solche Vilze, die man abzuräumen gedenkt, ziemlich hoch; wenn man nun die Gräben geöffnet, und das Wasser abgeleitet wird, so sind bei den in hiesiger Gegend ohnehin nicht seltenen Wasser Überschwemmungen, wo so gar oft unterirdische Quellen emporsteigen, und nicht die Vilze sondern auch Wiesen und Anger unter Wasser setzen, die niedere liegende Dorfschaften in der größten Gefahr. Durch solche Moor abzapfungen, die keinen gehörigen ausfluß haben, überschwämmt, und zu Grund gerichtet zu werden. Wie dann dieser Gefahr besonders die Därfer Eberfing, Marabach, Deutenhausen, und selbst die Weilheimischen Gründe ausgesetzt sind, Allen diesen gründlichen Einwendungen liessen sich noch viele andere beysetzen, welche besonders von den Grund- und Jagdherrschaften, gehörig höherer Orten werden vorgelegt werden. Ich aber will meinen gehorsamsten Nachtrichts Bericht einsweilen nur mit dem beschließen, daß ich es meiner Schuldigkeit gemäss erachte, sowohl den Huglfingern, als den Söcheringern die wirkliche Abräumung des Wasenmeister Vilzes und auch des grossen Vilzes bei Obersöcherung nach meinen Kräfte, und in solange zu verwehren, biß mir gedachte Gemeinden eine Gnädigste anbefehlung von höheren Orten vorzeigen, wodurch sie zu solchen Unternehmungen berechtigt werden.⁵¹

Heiß kannte aus eigener vierzigjähriger Erfahrung die Forsten, Filze, die Wetterbedingungen, die Entwicklung des Wildbestandes und das Verhalten der Bevölkerung. Er erkannte, auch wenn manche Argumente übertrieben wirken, die unerwünschten Auswirkungen und machte in seinen Bericht keinen Hehl aus seinen Sorgen, sondern gab an, späteres Unheil verhindern zu wollen.

Utzschneider kann nicht der alleinige Vorwurf für die Entwicklung gemacht werden, da das juristische Problem auf höherer Ebene vorher hätte bedacht und geregelt werden müssen. Zudem waren die juristischen Zuständigkeiten für Kleingütler und Großgütler unterschiedlich vergeben, woraus sich widersprüchliche Situationen ergaben: für erstere war das Kloster-Hofmarksgericht zuständig, für letztere der Pfleger in Murnau. Wenn also ein Bauer einer Klosterhofmark ein Stück Moor-

grund erworben und der Klosterrichter zugestimmt hatte, konnte der Pfleger in Murnau als für die Klöster zuständiger Jurist dem widersprechen, wenn das Kloster auf seinem Jagdrecht bestand.

Der Weilheimer Landrichter Lachenmayr unterstützte später die Pollinger Sichtweise und schimpfte in einem Schreiben an die Landesregierung vom 31. Juni 1787 gleich im ersten Satz: *Wenn schon dem also so wäre, daß in dem Churfrtl. Kastenamt Weilheimischen Graß-Leutner Wald weder rothes, noch schwarzes Wildpret anzutreffen, so kann doch ein ächter Kameralist, und Forestal-Wissenschaft-Kenner niemals für gut erachten, daß man einen Wald mit Viehe zur Weyde betreiben solle, wäre vielmehr zuwünschen, daß man alles durch verjährung, und Connivenz der Forst-Aufseher die Weyd suchende Huf- und Kloh Vieh eher aus dem Walde verbannen, als iemand, der einmal ein Weyd-Recht gaudirt hat, mit seinem Viehe neuerdingen einen Blumenbesuch darinn einräumen, weil die Waldungen Wälder, und keine Wiesen seyen, und verbleiben sollen.*⁵² Jede Partei stellte immer wieder unbewiesene Behauptungen in den Raum, von denen sie sich eigene Vorteile versprach.

Reaktion des Kurfürsten

Der Kurfürst (bzw. seine höchsten Beamten) musste einsehen, dass die Widerstände der Klöster nicht ignoriert werden konnten und er wollte die Prälaten nicht mit Gewalt zwingen, die Moorkulturpläne bedingungslos zu unterstützen. Er sah sich nach der Beschwerde der 15 Klöster gezwungen, eine Lösung zur eingetretenen juristischen Konfliktsituation zu finden. Als erste Maßnahme entzog er der zur Hofkammer gehörigen Forstdeputation das Kultivierungsprojekt und übertrug es dem Finanzministerium, doch erwies sich diese Lösung als unpraktikabel und wenig später kam die Aufgabe an die Obere Landesregierung. Die Hofkammerräte der Forstkommision rechtfertigten sich schriftlich für ihr bisheriges Vorgehen.⁵³ Sie gaben in ihrem Bericht vom 12. Januar 1788 an, es seien im Weilheimer Schwattachfilz, welches eine Größe von 3440 Tagwerk⁵⁴ habe, schon mehrere hundert Klafter Entwässerungsgräben gezogen worden und die Grundstücke wären an etwa 500 Interessenten verteilt worden. Auch hätten die neuen Besitzer schon mehrere Heustadl errichtet. Die Bauern hätten erhebliche Mengen an Futter, nämlich 3000 bis 4000 Fuder Heu, ernten können.

Die Darstellung war deutlich übertrieben und beschönigte die Realität erheblich, denn die tatsächliche Fläche war um 1000 Tagwerk zu hoch angegeben und in anderen Stellungnahmen wurde die Heuernte nur mit etwa 1000 Fuder Heu beziffert. Der Weilheimer Landrichter Lachenmayr wurde gebeten, im Frühjahr 1788 über den Stand der Trockenlegungsarbeiten zu berichten. Sein Bericht vom 15. April 1788⁵⁵ fiel dann ziemlich ernüchternd aus:

Euer Churfürstl. Durchl. Hochlobl. Obere Landesregierung haben sub dato 4. et praes 14. curr: die gnädigste Anbefehlung anher erlassen, daß man sub Terno 8 Tagen gehorsamst zu überberichten hätte, wie weit es mit der Cultur des unter die Abraumung genohmenen Schwatacher Filzes gekommen seye.

Gnädigster Herr, Herr! die Sache thätig zu sehen, ist man eigens ad locum abgegangen, und es wurde gefunden, daß gleich zu Anfang dieses Filzes gegen die Wielenbachische Antheil in die etlich 40 solche Stücke cultivirter sich bezeigten, von dem Hauptgraben aber, wohin alle übrige Seitengräben ihren Einfluß haben sollten, war nichts zu sehen, ja einige auch urbar gemachte solche Theile haben nicht einmal den erforderlichen Abseuch-Graben, wodurch der daneben liegende sein Stück mehrers zu beurbaren gehindert wird.

Die allgemeine Beschwerde der alhiesigen Bürger der Vorstat ist, daß keine Zusammenhaltung in Bearbeitung des Hauptgrabens, und der fortdauernden Urbarmachung dieses Filzes seye. Dem Vernehmen nach sind denen von Weilheim gegen 450 Theile zugemessen worden, und dermal, wie oben schon angezogen, möchten etlich 90 solche Abtheilungs Linien, aber nicht mehr cultivirter sich bezeigen, und diese an jenen Orten welche von sich selbst schon gut situiert waren, jene Plätze aber, die viele Arbeiten, viele Kosten erfordern, wurden mit keinem Schaufel Stich noch berühret. Die von Wielenbach haben ihre Filze im Schwatach solchergestalten abgetheilt, daß die Helfte davon zur Fretze [= Weideplatz] gewidmet, und die andere Helfte nach den Häusern unter ihnen zur Strähmad [=Streugewinnung] vertheilt worden, welches zuvor eben auch schon also gewesen ist.

Die von Raisting haben diesen Filz zu bearbeiten zwar angefangen, und einige Gräben aufgeschlagen, noch lange aber ist selber nicht hergestellt, daß man sagen könnte, sammentliche Theile sind wirkl. schon urbar gemacht, denn viele Stücke sind noch in dem alten vorigen Stand.

Die Beschwerde ist immer bey den Leuten, daß diese Urbarmachung mit den hierauf ergehenden Unkosten ziemlich erschwert, man also sagen

därfe, coeperunt aedificare, et non potuerunt consumere [sie begannen zu bauen und konnten es nicht verwenden]. *Der arme Bürger, und der arme Söldner kann es nicht erschwingen, Leute anzustellen, diese Gründe fruchtbar zu machen, und der vermöglichere Bürger wie auch der Bauer ist ohnehin schon mit starken Felddbau und Heuget [=Heuarbeit⁵⁶] versehen, welchen er vor andern zu bearbeiten hat, mithin auf ein neues sich so sehr nicht abgiebt, so die Ursach, daß die Urbarmachung dieses Schwatacher Filzes so langsam, und nur einzelne zu Werk gegangen wird. Welches hiemit unterthänigst überberichten ... wollen.*

Weilheim den 15. April 1788

Franz Xaver von Lachenmayr

Hofrath und Landrichter

Landrichter Lachenmayr hatte den Arbeitsaufwand zur Trockenlegung ebenfalls realistischer als ursprünglich von der Hofkammer eingeschätzt. Die Urbarmachung erwies sich in Wirklichkeit als arbeitsintensiver, als es die Verwaltungsbeamten in München bedacht hatten. Die Oberlandesregierung forderte daraufhin die Bürgerschaft auf, dass sie mit der gemeinsamen Herstellung des Hauptgrabens *in thunlichster Bälde, und mit allem Eyfer fortfahren sollen, als sie sonst zu anderweiten Maasregeln nur selbst Anlaß geben würden.*⁵⁷

Auf die Beschwerdegründe der Klöster ging die Oberlandes-Regierung nicht ein, sondern stellte im Gegenangriff fest, es sei unverantwortlich, öde Gebiete nicht zu kultivieren und so der Nahrungsproduktion vorzuenthalten. Die Prälaten würden sich der Behinderung beeifern. Auch wäre das Argument, die Hofkammer dürfe keine Verfügungen über ständische Waldungen treffen, hinfällig, weil damit nicht die landesherrliche höchste Verfügungsgewalt gemeint sein könne, in deren Ausübung *„Wir Uns niemals behindern, sondern ... durch die Hofkammer ... nach dem Buchstaben der Forstordnung ... und denen ohnehin obhandenen allgemeinen Rechten verordnen werden.“*⁵⁸

Trockenlegungsmaßnahmen lagen im Zeitgeist und wurden in allen Staaten praktiziert. Der Kurfürst durfte da nicht klein beigeben. In konsequenter Verfolgung dieser Ansicht trat er die Flucht nach vorn an und nach einer zweijährigen Pause wies er die Obere Landesregierung mit einem erneuten Generalmandat vom 10. November 1790 an, die Moorkultivierung fortzuführen. Es wurde jetzt allen angedroht, welche

in ihrem Besitz befindlichen öde Gründe nicht kultivieren würden, *sie mögen heißen wie sie wollen*, den Besitz verlieren und ihr Grund zu Gunsten des Fiskus eingezogen werden könne.⁵⁹ Um jedoch die Klöster nicht noch mehr gegen sich aufzubringen, sondern zur Mitarbeit anzuregen, wurden sie besonders bedacht: *Zu Gunsten derjenigen Klöster, Abteyen und anderer geistlichen Stiftungen, welche nicht nur ihre eigenen, sondern andere in ihrer Gegend gelegene öde Gründe cultivieren, wollen Wir hirmit in Ansehung solcher Ihnen dadurch zugehenden neuen Erwerbungen das Amortisationsgesetz aufgehoben haben, Sie auch übrigens mit den in gegenwärtigem Mandat auf die Cultur bewilligte Begünstigungen vollkommen gleichgehalten wissen.*⁶⁰ Sie sollten also einen finanziellen Vorteil erhalten. Diese neue Strategie wurde durch die bald einsetzenden napoleonischen Kriege gestört.

Das Trockenlegungsprojekt blieb letztlich ein unumstößliches Regierungsziel. Sogar die Akademie der Wissenschaften wurde eingebunden und sollte die Maßnahme wissenschaftlich untermauern. Der Münchner Professor Maximus Imhof hielt dazu 1792 eine akademische Rede zur Verbesserung des Klimas in Bayern durch eine allgemeine Landeskultur. Darin stellte er fest, dass vor allem die häufigen Nebel auf die sehr vielen Moore zurückzuführen seien und eine Klimaverbesserung zu erwarten wäre, wenn Trockenlegungsmaßnahmen durchgeführt würden. Es sollte die Erwartung geweckt werden, dass nicht nur die Kultivierung von öden Landstrichen sinnvoll wäre, sondern darüber hinaus wissenschaftliche Argumente vorlägen, um die Trockenlegungsmaßnahmen voranzutreiben, denn von einer Verringerung der Nebelhäufigkeit würde die ganze Bevölkerung profitieren. Imhof Aussagen zur Klimaverbesserung waren aus heutiger Sicht nur vage und basierten auf keinerlei nachvollziehbarer Begründung für seine Hypothese zur Ursache der Nebelhäufigkeit. Daraus lässt sich folgern, dass ein politischer Wunsch Anlass zu dieser Rede war.

Die Moorkultur erforderte in der Praxis eine spezielle und angepasste Arbeitsweise, die sich auch im Landschaftsbild ausprägte, wie folgende Schilderung zum Ammermoos aus dem Jahr 1865 (Noë, 1865, S. 175f.) veranschaulicht:

Was der Landschaft hier weitem einen bemerkenswerthen Zug vermittelt, sind die unzähligen Heuschober, die auf einer Strecke von mehreren

Stunden unabsehbar in den Moorgrund eingerammt sind. Wenn das Gras in den Sümpfen heranwächst, daß man es abmähen kann, wird es in solche Schuppen gelegt, Denn mit einem Wagen kann man es über diesen Boden nicht heimführen, Ladung und Pferde würden versinken.

Der Autor berichtet auch von häufigen Wegspuren, an denen sich ein Wanderer kaum orientieren kann: *nur ein Gott oder ein Moosbauer vermöchte die richtige Bahn festzuhalten.* Die erwähnten Heuschober waren zum großen Teil nur auf der Westseite, manche auch im Süden und Norden mit Wänden versehen, nach Osten hin waren sie allesamt offen, offenbar sparte man, wo man konnte.

Das Heu der neu kultivierten Gebiete konnte erst mit Wagen geholt werden, wenn der Boden gefroren war. Dazu war folgende Beschleunigungstechnik erprobt worden:

*Die Möser müssen aber, wenn es auf ungefrorenes Erdreich Schnee herabwirft, um einen haltbaren Weg zu bekommen, gerührt werden. Es gehen nämlich zwey oder drey gestiefelte Männer, Arm in Arm, mit kleinen Schritten durch das Moos, stampfen den Schnee hinein, und verursachen dadurch nach den Gesetzen der Wärmetheorie, daß die Erde eher und schneller gefriert.*⁶¹

Ein gefrorener Boden war nötig, um im Winter das Heu aus den Stadln im Moos holen zu können. Die Regierungspläne scheinen also, soweit das aus der Aktenlage und anderen Schilderungen zu entnehmen ist, nur teilweise erfolgreich gewesen zu sein, da viele zur Bewirtschaftung erforderliche Voraussetzungen nicht erfüllt waren oder der Arbeitsaufwand als zu gering eingeschätzt worden war.

Zur Renaturierung

Der Mensch berief und beruft sich zur Rechtfertigung seines Handelns immer auf jede mögliche Steigerung zur Nutzung der Landschaft, die er erzielen kann. Vor 250 Jahren galt die Kultivierung der Moore als vordringliches Regierungsziel. Nachdem sich die Atmosphäre infolge des CO₂ Anstiegs durch die Industrialisierung und Technisierung des wirtschaftlichen Lebens unaufhaltsam erwärmt, versucht man inzwischen Moore wieder zu renaturieren, da sie große CO₂ Mengen binden können.

Die Renaturierung erweist sich als komplexe Aufgabe: Die vorgesehenen Gebiete müssen vor allem ausgemagert, also an Nährstoffen

verarmt werden, damit Torfmoose sich wieder dauerhaft ansiedeln können. Der Grundwasserspiegel muss ständig hochgehalten werden. Da die Wasserspeicherkapazität gesackter und chemisch veränderter Torfkörper deutlich verringert ist, ergeben sich heute stärkere Schwankungen des Wasserstands. Daher sind aufwändige Steuerungsmaßnahmen erforderlich. Außerdem ist die Entstehung des Artenreichtums eines intakten Moores bisher keineswegs verstanden.

Die hier dargestellte Entwicklung kann als ein historisches Lehrstück für die heutige Zeit gelten.

Quellen:

- 1 A-l-r (1828), S. 12.
- 2 BayHStA, KL Polling, Nr. 139: Brief vom 25.07.1778: „Herr von Hofstetten, der gegen Uns ungemein höflich ware, scheint für die land Culturs Mandat sehr beeyferet zu seyn, und verrathete sich immer, daß Er von Vorurtheilen wieder die Bauernschaft ungemein eingenommen.“
- 3 Doeberl (1928), S. 350; Bay. Staatsbibliothek: St. v. Stengel (1783), Cgm 1981, S. 121–132.
- 4 Doeberl (1928), S. 351: Frhr. von Stengel leitete ab 1790 die Trockenlegung des Donaumooses.
- 5 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149 Nr. 2, Akt 1 mit Anlage.
- 6 Bauernfeind (1880), S. 10.
- 7 Bayerische Landschaft 1787; Letsch (1939), S. 17.
- 8 Mehr in Bauernfeind (1880); Schneider (2014).
- 9 Hoffmann (1885, S. 27f.) nannte Utzschneider einen der merkwürdigsten Männer, der bald zum inneren Kreis der Verwaltungspolitik gehörte und dann wieder in völlige Vergessenheit geriet, was man wohl seinen Charaktereigenschaften zuschreiben darf.
- 10 Baumann (1894, S. 102). 100 Jahre nach den Trockenlegungsmaßnahmen hatte man die Erfahrung gemacht, dass man im Moor Buchweizen, Roggen und besonders Kartoffeln anbauen und davon kärglich leben konnte, in Missjahren aber vom Hunger bedroht war. Die Moorkultur sollte daher von einer Versuchsstation begleitet werden. Baumann (1896, S. 142) stellte fest, dass Buchweizen nicht so üppig gedieh wie in Norddeutschland und in Bayern von seinem Anbau abgesehen werden sollte. Weißkraut litt sehr unter dem Kohlweißling und Zwiebeln waren (heuer) sehr unbefriedigend.
- 11 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 20.

- 12 Döppl (1982).
- 13 Archiv Deutsches Museum, Nachlass Nr. 15 (Utzschneider) Nr. 185. Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 194/2, Akt 20.
- 14 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 23–27.
- 15 BayHStA, GL Fasz. 4433/86.
- 16 Stadtarchiv Weilheim, Stadtkammerrechnung 1786, fol. 123r (ohne Datum): die Kosten betrugen 6 Gulden.
- 17 BayHStA GL Fasz. 4432, ohne fol. Heiss beklagte sich über die anstrengende Tätigkeit.
- 18 Archiv Dt. Museum Nachlass 15 (Utzschneider), vorl. Nr. 194. Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten Nr. 149/2, fol. 38, Aktenvermerk vom 14.3.1786.
- 19 Schmidtnr (1886, S. 16). Die entsprechenden Akten sind im Gemeindearchiv Wiesenbach heute nicht mehr vorhanden.
- 20 BayHStA, GL Fasz. 4432/86, ohne fol. Schreiben vom 12. Juli 1786.
- 21 BayHStA, Kurbay., Obere Landesregierung Nr. 5183.
- 22 BayHStA, Kurbay., Obere Landesregierung Nr. 5185. Wismüller (1909, S. 60).
- 23 Archiv Dt. Museum Nachlass 15 (Utzschneider), vorl. Nr. 191: Schreiben vom 22.12.1786.
- 24 Wie Anm. 16.
- 25 Akten dazu konnten nicht mehr nachgewiesen werden. In den Hofkammerprotokollen ist über den Bericht Utzschneiders und die anschließenden Beratungen nichts enthalten. Auch in den Weilheimer Magistratsprotokollen findet sich dazu nichts.
- 26 BayHStA, GL 4433 ohne fol.; Schreiben Oberlandesregierung an Hofkammer vom 2.5.1786.
- 27 BayHStA, GL 336/23; Archiv Dt. Museum, Nachlass 15 (Utzschneider), vorl. Nr. 206.
- 28 Archiv der kath. Stadtpfarrei Mariae Himmelfahrt, Weilheim, StpfA MH/WM; Akt Geschichtliches. Den Hinweis verdanke ich Stadtarchivar Dr. Heberlein.
- 29 BayHStA, KL Polling Nr. 140, Schreiben Seidl an Töpsl vom 30.3.1786. Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 22.
- 30 BayHStA GL 4431/86. Im Gebiet von Iffeldorf waren viele wenig begüterte Söldner an der Moorkultivierung interessiert, doch untersagte Kloster Wessobrunn als Grundherr dies strengstens und drohte mit Strafen, wenn die Abräumung weiterbetrieben würde. Wismüller (1909, S. 62) schildert darüber hinaus die unerwarteten Schwierigkeiten, die sich der Kultivierung nicht nur im Oberland in den Weg stellten. Die von der Hofkammer ergriffenen Gegenmaßnahmen werden dort ebenfalls benannt.
- 31 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 21.
- 32 BayHStA GR Fasz. 328/4, Rechtfertigungsbericht der Hofkammer vom 12.1.1788 zur Beschwerde der Klöster.
- 33 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 20.

- 34 BayHStA, KL Polling Nr. 140.
- 35 Kreittmayr (1761, S. 118–120). Den Hinweis verdanke ich Herrn Dr. R. Heydenreuter.
- 36 BayHStA Gl 4431/86, ohne fol. Bericht vom 17.3.1786.
- 37 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 30: Bericht vom 20.4.1786, Utzscheider an Kurfürst.
- 38 Stadtarchiv Weilheim, Stadtkammerrechnung Bd. 207, 1787, Pos. 151; S. 112.
- 39 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, Akt 37.
- 40 Ebd. Akt Nr. 46.
- 41 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, fol. 40–43.
- 42 BayHStA, GR 457, Schreiben vom 9. Mai 1786.
- 43 GL Fasz. 4431/86, ohne fol.; Hofkammer an Utzschneider 8.3.1786. GL Fasz. 4435: Schreiben v. Hofstetten, 20.3.1786: In der Gemeinde Wielenbach seien sehr nasse Grundstücke, die nicht nutzbar wären, jedoch durch Urbarmachen zur Steigerung der Viehhaltung nutzbar würden. Er unterstützte im wesentlichen Utzschneiders Vorgehensweise.
- 44 In den Stadtkammerrechnungen im Stadtarchiv Weilheim (1783, fol. 123r) heißt es: *Andreas Lindner hiesiger burger, welcher den Titl herrn Hofkammer Rath Uzschneider zu ausmark: und abtheillung des hiesigen Schwatacher Moses eigens von München hieber mit seiner Gutsche, und Pferden geführt, auch seine Kutsche für selben 2 mal hergelichen hat, wurde sag Scheins befriedigt mit 6 f.* Der Eintrag ist undatiert, doch ist es wahrscheinlich, dass die Entlohnung noch im April 1786 erfolgte.
- 45 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, fol. 69.
- 46 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, fol. 59.
- 47 Mayr: Sammlung von Landesverordnungen, Bd. 4, 1788, S. 699.
- 48 So ist aus dem Brief O. Seidls an Propst Töpsl vom 23.3.1786 zu schließen (BayHStA, KL Polling, Nr. 140). In Filzen fand das Vieh unter dem Schnee bereits Knospen, wodurch Heuvorräte geschont wurden.
- 49 BayHStA, KL Polling Nr. 140 Brief O. Seidl an Töpsl vom 6.4.1786.
- 50 BayHStA GL 4433-86 (ohne fol.): Schreiben vom 14. u. 19.11.1787.

Die 1787 vorgebrachte Beschwerde der 15 Klöster gegen die Trockenlegung von Mooren stellen einen frühen Versuch dar, ökologische, landwirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge in Erinnerung zu rufen, die den dirigierenden hohen Beamten aus dem Blick geraten waren. Sie ist zusätzlich Beispiel für die Entwicklung, wie sie in ähnlichen Konfliktsituationen ersichtlich wird, in denen der Mächtigere überzeugt ist, im Besitz der Wahrheit zu sein. (Teilabdruck in Warmuth S. 63–67; die dortigen Archivverweise sind zum Teil nicht mehr gültig). Die wesentlichen Punkte der Beschwerde waren:

Die Klöster sahen in der Moorkultivierung eine verdeckte Steuererhebung und eine Maßnahme zur Aufbesserung der Staatsfinanzen.

Die Klöster (Landstände) erzeugen Landesprodukte, wobei es dem Staat gleichgültig sein muss, ob öde Gründe beweidet werden und so der Viehzucht dienen, oder ob Roggen angebaut oder Waldwirtschaft betrieben wird.

Staatsrechtlich ist ungeklärt, was unter öden Gründen genau zu verstehen ist. Wenn Moose und Filze dazu gerechnet würden, würden die Landstände Burgfriedens-Distrikte verlieren.

Der Landesherr hat mehrfach versichert, bisher gewohnte Rechte nicht gewaltsam zu nehmen.

Die Landeskultur-Mandate werden zwar anerkannt, doch sind sie nach der praktischen Erfahrung nicht auf „unsere Gegenden“ anwendbar. Das Oberland ist ein kalter und mäßig fruchtbarer Erdstrich.

Ohne Dünger kein Ackerbau. Zur Düngerproduktion müssen bei der Viehhaltung aus Stroh-mangel Moos- und Laubstreu sowie Dächsen eingesetzt werden. Diese fehlen, wenn Moore kultiviert werden.

Hofkammerräte, die vielleicht noch nie Landwirtschaft betrieben haben, würden die Klostervorstände wie Lehrlinge behandeln. Die seit Jahrhunderten erprobten Verfahren sind daher beizubehalten. Man darf sich nicht auf risikoreiche Neuerungen einlassen.

Die früheren Generationen haben nichts unversucht gelassen, das Land optimal zu nutzen. Ein bestimmtes Verhältnis zwischen Ackerbau, Wiesen zur Viehzucht und Wald hat sich bewährt. Wenn man dieses Verhältnis verschieben will, geht man unbekannte Risiken ein, verbunden mit großen Kosten.

Aus andern Ländern weiß man, dass die Urbarmachung eines Tagwerks Moos Kosten von mehr als 200 Gulden bedeutet. Moose liegen meist in Senken, die nicht leicht zu entwässern sind. Man muss hohe Kosten aufwenden, bevor man von der Trockenlegung einen Nutzen erzielen kann. Armut über viele Jahre ist die Folge.

Die Kosten zur Anlegung großer Abflussgräben dort, wo man hoffen kann, die Kultur zu bessern, sollten vom Fürsten getragen werden, und niemals vom Untertan verlangt werden.

Eingriffe in die Abflussverhältnisse können andernorts Schäden bewirken. Derartige Folgen sind vor Beginn von Trockenlegungsmaßnahmen zu prüfen und zu vermeiden. Wenn Söldner, die bisher als Handarbeiter bei den Bauern geholfen haben, zur Moorkultur aufgehetzt werden, fehlen die Arbeitskräfte. Ein einzelner Bauer zahlt so viel an Steuern wie 30 Söldner.

Um nicht von unbekannten Risiken eingeholt zu werden, müsse man auf mehrere Jahre Vorratswirtschaft betreiben, also neue Scheunen im großen Umfang bauen. Woher kommen die Mittel? Tritt ein Mißjahr wie 1786 ein, wird das ganze Unternehmen um viele Jahre zurückgeworfen.

51 BayHStA, GL Fasz. 4432, ohne fol.

52 BayHStA, GL 4432/3. Blumenbesuch bedeutet: Waldweide, wobei das Vieh unbeaufsichtigt war.

53 BayHStA, GR 328/4, Schreiben vom 12.1.1788.

54 In anderen Berichten gab Utzschneider die Größe nur mit 2450 Tagwerken an (z.B. BayHStA, GL 3431/86 (ohne fol.).

55 BayHStA GL 4431, Nr. 86, ohne fol.

- 56 Schmeller, Bay. Wörterbuch, Ausgabe 1985, S. 1029.
- 57 Stadtarchiv Weilheim, Magistratsakten 149/2, fol. 70.
- 58 Mandat Mannheim 28. Nov. 1788 auf die Beschwerde, s.: Mayr: Sammlung von Landesverordnungen, Bd. 5, 1797, S. 166.
- 59 Wie Anm. 38.
- 60 Mayr: Sammlung von Kurpf.-baier. Landesverordnungen, 6, 1799, S. 209; Mandat vom 10. Nov. 1790.
- 61 Kurzgefaßter chronologisch-genealogischer Handkalender 1800, S. 34.

Literatur

- A-l-r, F. 1828: Historische Rückblicke auf die Landes-Cultur im Königreiche Bayern, München.
- Angermaier, L. 1951: Bodenschwund und Sackungen im Donaumoos, Mitt. für Moor- u. Torfwirtschaft, Bd. 1, 58–64.
- Bauernfeind, C. M. v. 1880: Joseph von Utzschneider und seine Leistungen auf staats- und volkwirthschaftlichem Gebiet. Rede an die Studirenden der Technischen Hochschule beim Antritte des Rectorats für die Jahre 1880 bis 1883; gehalten am 18. December 1880, München.
- Baumann, A. 1894: Die Moore und die Moorkultur in Bayern, Teil 1, mit Karte, Forstlich-naturwiss. Zeitschrift, Bd. 3, 89–110; 293–314; 353–369.
- Baumann, A. 1896: Bericht über die Arbeiten auf dem Gebiet der Moorkultur in Bayern im Jahre 1895. Vierteljahresschrift des bay. Landwirtschaftsrathes. 1, 1896, 134–144.
- Bayerische Landschaft 1787: Vorstellung der bayerischen Landschaft an Se. churfürstl. Durchlaucht von Pfalzbayern verfasst am 14.9.1786, München.
- Döberl, A. 1912: Abt Rupert Kornmann von Prifling, München.
- Doeberl, M. 1928: Entwicklungsgeschichte Bayerns, Band 2, Vom westfälischen Frieden bis zum Tode Maximilians I., Oldenbourg, Berlin.
- Döppl, H. 1982: Die Streitigkeiten der Gemeinde Raisting mit dem königlichen Fiskus wegen der Sprittrich und dem Hart 1805. Lech-Isar-Land, 45–52.
- Hoffmann, L. 1885: Oekonomische Geschichte unter Montgelas. 1799–1817, Deichert, Erlangen.
- Hübler, A. 1896: Abbildungen und kurzgefaßte Lebensgeschichte der Bürgermeister der Königl. Haupt- und Residenzstadt München von der Zeit der Einführung der Gemeindeverfassung in Bayern, d. i. vom 1. Oktober 1818 an bis zur Jetztzeit; aus authentischen Quellen entnommen und zusammengestellt, München.
- Imhof, M. 1792: Maximi Imhof Ueber die Verbesserung des physikalischen Klima Baierns durch eine allgemeine Landeskultur an dem Stiftungstage der Churfürstlichen Akademie der Wissenschaften in einer öffentlichen Versammlung vorgetragen. Eine Rede, München.

- Kreittmayr, W. X. A. von: Anmerkungen über den Codicem Maximilianeum Bavaricum Civilem. Teil 2, 1761.
- Kurzgefaßter chronologisch-genealogischer Handkalender, 1800, München.
- Lang, K. H. v. 1842: Memoiren des Karl Heinrich Ritters von Lang: Skizzen aus meinem Leben und Wirken, meinen Reisen und meiner Zeit, Braunschweig.
- Letsch, H. 1939: Die Entwicklung des Holzverkaufswesens in Bayern von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, München.
- Mayr, G. K.: Sammlung von kurpfalz-baierischen Landesverordnungen. Mehrbänd. Werk, 1784–1799.
- Noë, H. 1865:, In den Voralpen. Skizzen aus Oberbaiern von einem Süddeutschen, München.
- Schmidtner, A. 1886: Zur Geschichte von Raisting, Weilheim.
- Schneider, I. 2014: Joseph von Utzschneider – Vision und Wirklichkeit eines neuen Bayern Beiträge zur Geschichte der Bay. Akad. der Wiss., Bd. 3, Pustet, Regensburg.
- Stengel, S. von 1783: Carl Theodors zweite Reise durch Italien 1783; BSB, Cgm 1981.
- Wismüller, F. X. 1909:, Geschichte der Moorkultur in Bayern, München.
- Zöpf, B. 1855: Historisch-topographische Beschreibung des k. Landgerichts Erding, Freising.

KLAUS GAST

A bairische Weihnachts-G'schicht

(nach einer Idee von Max Bollinger)



Zeichnung: Jos Huber

Es war amoi - s'is lang her scho,
a ned grad armer oida Mo.
Der war - ma kannt ja fast scho sagn,
a bissal reich, tuad echt vui haben.
Er hat a scheens, recht großes Haus,
a mordsdrumm Ochs und guade Kia schaugn
von sei'm Stall da raus.
A bärig große Schafherdn
und a Esel dean eam a no g'hörn.
Es kon eam also gar ned nass nei geh,
kannts Leben genießen, hatts echt schee.

Da kloane Hiatabua, da Hias,
der wo de Schaf und Viecher hiatn muas,
war da dagegen wirklich arm
und g'hört zu dene, wo scho glei gar nix ham.
Eam gheard nix als a kloans Hundal, recht a strubbig,
a wollne Joppn, a oids Gwand - a stupfigs,
a holzern Hirtnstab und a Latern,
de mehra graacht hod, als dass hell dat wern.
Trotzdem war er im Grund recht z'friedn
und is gern bei de Viecher blieb'n.

De Landschaft war ganz weiß voi Schnee,
und zugfroan alle Bäch und See.
Ja es war so richtig greislig kalt,
in derra finstern Winterwelt!
Den Hiatabua hat's ganz schee gfroan,
wie er so steht da draußt, so ganz alloan.
Sogar sei Schafwolljackn war da ned vui z'Nutz,
im Schnee und Wind - so ohne Schutz.

Da fasst er Muat und klopft o am reichen
Herrn sein Haus,
erst nach a paar Minuten scho, schaut der
a wirklich raus.
Der macht a zwiederns, finsters Gsicht,
weil da glatt wer sei Ruah durchbricht.
Da Hias bettelt'n ganz freindli o,
ob er ned mit ins Haus nei ko.
„Kannst i heid Nacht bei dir im Haus drinn bleibn,
weils gar so kalt ist und es tuat so schneibn?“
Aber der Mo hat'n verjagt
und dabei glatt no eiskalt g'sagt:
„I teil koa Wärm, des is mei Feuer,
s' Holz ist rar und furchtbar teuer!
Konnst leicht im Stall bleibn, do is gnua warm!“
Und lasstn steh, den Bua den arm!

So hat er'n glatt im Kaltn draußn lassen,
der Hirtabua konns gar ned fassn.
Träna sand in d'Augen eam g'schossen,
und gfrierend über d'Backerl gflossn.
Ganz traurig und verfroren steht er draußn
und sinniert,
was eam grad Grausams is passiert.
Durchs Hirn schallt no dem Herrn sei rasser Satz,
warum gibt's für an Knecht koan bessern Platz?
I versteh ned was des soll,
dass ma mi draußn lasst im Stall.
Und traurig denkt er über alles nach,
de Kälten halt eam lang no wach.

Erst nach a ganzen Weil wischt er sich d'Tränen
von seim G'sicht,
kann an Kopf nach oben heb'n
und find e wengerl z'ruck ins Leben,
als er am Himme drobn an funklnn Stern da siecht.

Groß war der und so leichtend schön.
des war irgendwia a ganz a b'sondrer Stern,
der leicht so hell, dass glei die Nacht a bisserl hell
tuat werdn.

Der war doch so no nia von uns aus z'sehn.

Denkt er und springt a glei scho auf:
„Jetzt muas i nochschaung, was des is!“
da muas i hingeh, des is gwies!“
denkt a sich, und rafft sich glei auf.

Na nimmt a sein Stab und Lampen mit
und geht halt los, mit Schritt und Tritt,
in de Richtung auf den Stern grad zua,
der am Himmel steht und strahlt so voller Ruah.
Sei kloana Hund is a aufgsprunga
und is mit eam a glei mitkumma,
weil - ohne sein vertrautn Herrn -
wollt er a ned da bleibn bei der Herdn.
Des haben dann d Schaf a glei scho g'spührt,
dass sich da Hirt zum Gehen rührt.

Wia eana Hiatabua und s' Hundal ganga sand,
san si glei außer Rand und Band,
stecken's eanare Köpf schnell zamm
und glei drauf si beschossen ham:
„Ohne de zwoa bleibm mia fei a ned do“
ham's gsagt und fangen s'Laufen o.

Sand de Spuren von Hirt und Hund .
nachglaffn, zu der späten Stund.
Eanane kloana Glöckerl klinga
so fein, als täten Engal singa,
s'klingt wie wann auf silberne Soatn oana zupft
und so sand die Schaf vom Stall naus gschlupft.

„Wo laufen jetzt de Schaf wohl hie?“
fragt sich da Esel und sinniert,
was is denn da herin' passiert?
und kummt zu am Entschluss für si.

Der Platz nebst seiner is ganz laar,
wo sunst de Herdn gstanden waar.
„Ohne de Schaf bleib i ned da!“
is fest entschlossen, ja –

und lafft de Spuren im Schnee drauß nach.
derweil da Wind pfeift über s'Dach.

De Kua, bisher ganz ruhig no gwen
wollt jetzt a gar koa Ruah mehr gebn,
sie reißt sich los und lauft,
dem Esel nach, mit voller Kraft,
so dass de Kuaschelln, de si um an Hals tragn hat,
durch den verschniebenen Wald man z'hörn vermag.

Dadurch is a der Ox im Stall aufg'wacht,
der gmiatlich drin im Stall liegen sollt.
Weil er ned ganz alloa bleimn wollt,
hat er sich in de schneeverwahte Welt aufgmacht.
Trotz dem, dass dauernd g'schnieben no hat,
kunnt er doch eana Spuren sehen,
hinter de Dapper noch no gehen.

So is a eana nachgetrottet,
derweil hat eam der Wind as'Fell verzottelt.

Im Haus drinn sitzt der Mo so voller Freid,
eam duad de Kälten nix zu leid.
Er genießt die scheene Wärm,
so mag ma's gern!
Im Kacheofen s'Feuer knistert
während drauß da Schneewind greislig wispert.
Derweil lasst er sich's guad bei Platzal geh,
a warma Glühwein, des is schee!

Aba irgendwia fällt eam dann auf,
dass ebbas anders word'n is und merkt auf.
Z'erst woas a no ned was is genau,
des Gfui is komisch, da Magn wird flau.
Dann fällt eam doch ganz plötzlich ei,
dass so ganz staad is woardn – wobei? –
Man hört des Feuer im Kamin,
doch gar koa G'räusch is sonst no blieb'n
Ma hört koa Schafglockal im Stall,
koa Kuahschelln tönt mit blecherm Hall,
wia sonst, wann sich de Viecher rührn.
Absolut staad ist's"! Angst lasst sich ganz
 leise spührn.
Weil eam des langsam fremd vorkimmt,
ruaft er dem Hirtabuam bestimmt,
um den z'fragen, „was ist denn da los?“
Trotz allem Ruafen kimmt koa Antwort bloß.
Wohl muas er selbst jetzt drauß schaugen nach.
Vor Wuat verschlagts eam glei de Sprach.
So ziagt a an warma Mantl o,
Stiefe, Huad und Handschua no.

Geht naus so in de kalte Nacht,
numm übern Hof zum Stall.
Saukalt is, schnell!
De Tür fest zua no gmacht!
De Schneeflockn waahn eam ins Gesicht
und schmelzen auf seiner Nasn schnell,
oder friean o glai auf der selben Stell

S'is finster und scheint gar koa Licht.
„Bei dem Wetter...“ er sich jetzt denkt,
„...is ned schee wenn man sei muas drauß,
Do is scho oftmals scheener drinn im
 warmen Haus.
sein Blick er auf de dunkle Landschaft lenkt.

Vielleicht war i doch a bissal gscheert
 zum Hiatabua,
dass ihn ned ins Haus neilassn hab?“
Des lasst eam jetzt schier mehr koa Ruh,
dass des ned guad war, is koa Frag!

Im Stall siecht er do is gar koana,
koa Schaf, koa Ox und Esel, magst ned moana!
Koa Kua, a ned der Hias da Bua.
Da geht's doch mit'm Teife zua!
„Der werd doch ned mei Viech g'stohl'n habn“
reimt er sich selbst im Kopf drinn z'amm,
Er fluacht und malt sich die Verbrechen aus,
de der ogstoit hat, in seinem Haus.

„Dem muass i nach hol mei Viech,
dem werd i helfen, wann i' n dawisch.“

Da fangts no fester s' Schneibn jetzt o,
der Schnee deckt zua die Spuren jetzt scho.
Da Wind der waacht, so dass des Schaungn
oam immer schwarer werd
und pfeift so laut, dass ma nix anders hört.
Und weils a so dunkel wordn scho is,
war sich der Mo bald selber nimmer gwies,
hat si schier auskennt nimmer
und des Wetter werd no immer schlimmer.

De Wut jetzat verfliegt
und in eam wachst jetzt immer mehra d'Angst,
dass er sich da no mehr verlaßn wird,
„...wannst nimmer z' Haus z' ruckfindn
kannst.“

Ja bei so am Schnee und derra Kältn
solls Tote manchmal sogar geben!
Des is fei gar ned a so selten!
„I konn nimma!“ fiacht um sei Leben.
So sinkt er immer mehrer zamm.
Spater legt sich der Schneewind dann
und es klart sogar a bisserl auf.
Es keimt a wengal Hoffnung auf!
Am Himme siecht er jetzt de Stern a bisserl blitzen
zwischen Schneewolken da obi spitzen.
A b'sonders großer und heller eam auffällt.
„Was is des füa a Stern, der leicht da so auf
unser Welt?“
Fragt er sich und geht in de Richtung,
auf eam zu, bis zua ra'Lichtung
Und da siegt er dann den Stern ganz schee,
über a kloana Hittn steh!

Halt so a alte Torfhittn,
wias es oft gibt.
Da lasst er si ned zwoamal bitten
geht zuwe und er siehgt,
dass aus dem Fenstal a kloans Liacht
zum sehen is, weils nach außen bricht.
Des Liacht von am Hirtn sei Latern,
ned hell, doch im Dunkeln siecht ma's gern,
zu sehen ganz schee und gar so warm.
Derweil ist doch der Bau ganz arm!

Wiar er z'letzt beim Hütterl okemma is,
macht er de Tüa auf und - ganz gwies -
voll Staunen er da drinnen siecht,
da warn, umglänzt vom goldnen Licht,
de wo er gsucht hat so verbissen
und eam vom Herd haben wegagrissen.

De Schaf mit eanane Glöckerl, voller Silberklang,
da Esel mit de netten Ohren lang,
und a sei guade Kua,
die schaut und kaut wider voller Ruah.
Und a der Ox steht friedlich hinter der Fuattakrippn,
wo da steht ganz in der Mitten.
Davor kniaglt der Hirtabua, da Hias
und a sei Hundal liegt bei seine Fiaß.

In dera Krippn er dort findt,
a Neigeborens in Heu und Stroh.
Bei Esel, Schaf und Ox und Rind,
so sagtens die Propheten scho,
und hab'n es lang uns so verkündt:
S'is der Heiland, als koanes Kind!

Obwohls so kloa is, schaugts so freindli o
den ganz verdutzten, staunend Mo.
Als ob's auf eam grad g'wartet hät.
Der denkt „Gottseidank, jetzt bin i bin g'rett!“
Des sagt der Mo und kniaglt nieder,
schaugt auf des Kindl immer wieder.
So bleibns da noch de ganze Nacht
und halten bei dem Wunder Wacht.

Erst am nächsten Tag, glei in da Fruah,
sagns Dank und „Gelt s'Gott schee!“
und wenden sich um nachher z'geh.
Richtung dahoam, dann wieder zua.
A de Schaf, da Ox und s'Esal,
natürlich a da Hiartabua,
samt Hundal und der Mo voll Ruah
gehn auf dem verschniebna Wegal.

Unterwegs kemma eana dann
entgegn drei Fremde, mit Sach und Spann.
Am Ausschaugn noch warn's von weit weg,
grad weils a so komisch o'zogn warn,
vom Reisen weit, a wenig voll Dreck.
Am Sach nach, brauchen de ned sparn.
Von aller Herrgotts Länder san de g'wehn
und dass gwies kona Armen warn,
des hat ma glei von Weitem gsehen.
A jeds hat g'habt a mords Drumm Ross
und a no andere Viecher warn dabei,
de warn recht fremd und a recht groß.
Ma woäß ned recht was des könnt sei.
De haben da Hirtabua und Herr ned kennt
nia vorher g'sehen, und gwust wie man si nennt.

De drei Fremden haben a den b'sondern Stern
gsehen g'habt und wollten jetzat gern
do hie. Wo der dahoam waar, haben sie gfragt.
Da muas was B'sonders sei, hab sie dann g'sagt.
Unterwegs warn si scho lange Zeit,
jetzt moanas is aber nimmer weit.
zum Platz wo s'hiegehen solln.
Der Stern hat sie wohl hieführn wolln.

Bois eana den Weg zu dem kloana Stall
an da Waldliachtung g'wiesen haben, sell,
san de mit eanam ganzn Tross
dorthie zogn samt eanare Ross.

A wengal schaungs no hinterher,
wie der seltsam Aufmarsch kloana wird.
Dann sand da Hirterbua und a sei Herr
und alle seine Viecha zamma,
hoam zu wieder ganga.
No oiweils war alles voll Schnee verwaht
und deswegen wars rundum ganz staad.
Irgendwia so richtig feierlich und schee.
Wias dahoam okemma sand, „herrje“,
da hat der Schneewind wieder gaach ozogn
und Flocken san vom Himme abigflogn.
Da Bua wollt in sein Stall naus geh.
auf oamal sagt da Mo: (is des ned schee?)
„Es ist kalt draußen fei,
kimm oafach in mei Haus mit rei.
I glab, i hab gnua Brennholz da.
Wir kenna de Wärm herinna teilen a!“

Und draußn im Stall hört ma de Schafal
 eanre Glöckerl klingen,
 wia wenn d'Engal zur B'scherung
 an Weihnachtn singen ...

(Klaus Gast 3.1.2023)



*Die Drei hl. Könige als Titelbild des Lech-Isar-Lands 1/1932
 (Linolschnitt von LIL-Mitglied Gotthard Bauer)*

„Schreitender, schwarzer Löwe auf goldenem
Feld, rotbezung, Haupt en face....“

Die kommunalen Wappen im Landkreis Weilheim - Schongau

Erste Wappen im europäischen Raum sind seit dem frühen 12. Jahrhundert nachweisbar. In der Folgezeit finden wir sie zunehmend als Identifikations- und Repräsentationssymbole auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens, im höfischen, kirchlichen und bürgerlichen Bereich. Hundert Jahre später sind sie zusammen mit ihren Regeln in Mitteleuropa allgemein in Gebrauch.

Bei Städten und Marktflecken datieren Wappen (und Siegel) vielfach bis in das Hochmittelalter zurück, für nichtstädtische und dörfliche Gemeinden hingegen erfolgt die Wappeneinführung erst in der jüngsten Vergangenheit, und auch da kommt sie nur zögernd in Gang. In Landgemeinden setzt die Wappenentstehung erst in den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts ein. 1927 hatte erstmalig ein preußischer Erlass die Genehmigung zu ihrer Führung erteilt. Vor diesem Zeitpunkt sind Landkreis- und Gemeindewappen nirgendwo nachgewiesen und auch in den Jahren nach dieser frühest bezeugten Zulassung bleibt die Zahl ihrer Neueinführungen gering. Ein größeres Ausmaß erreicht sie erst ab 1935. Damals wurden infolge der neuen deutschen Gemeindeordnung in Fragen der Wappen- und Siegelführung Stadt- und Landgemeinden einander gleichgestellt. Ihren höchsten Zuwachs gewinnt sie jedoch nach dem 2. Weltkrieg, als die Gründung der Bundesrepublik vielfach eine Neustrukturierung und Neuausweisung gemeindlicher Gebiete erforderlich machte.

In diese Zeit fallen die Entstehungsdaten der meisten heutigen Landkreis- und Kommunalwappen. In Bayern spielt sich ihre Zahl in den Jahren nach der Gebietsreform 1972 nach und nach auf den gegenwärtigen Status ein.

Kommunale Wappen (wie auch Siegel) sind Hoheitszeichen und der Kontrolle durch die Landeshoheiten unterworfen. Ohne staatliche

Genehmigung ist demnach die Annahme und Führung eines Landkreis- oder Gemeindewappens nicht zulässig. Das gleiche gilt für Fahnen, die in den Farben des Wappens gehalten sind, bzw. das Wappen aufweisen.

Die Form kommunaler Wappen beschränkt sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, auf den bloßen Wappenschild. Persönlichkeitskennzeichen wie Helm mit Helmzier und Helmdecken fehlen. Die Kennzeichnung von Stadtwappen durch aufgesetzte Mauerkronen, eine Gepflogenheit aus napoleonischer Zeit, ist in Deutschland weitgehend unüblich geblieben.

A) Das Landkreiswappen Weilheim - Schongau

Mit der bayerischen Gebietsreform von 1972, bei der große Teile der bis dahin selbständigen Landkreise Weilheim und Schongau mit der angrenzenden Gemeinde Ingenried, ehemals zum Landkreis Marktoberdorf gehörig, zu einem neuen Kreisgebilde (WM - SOG) zusammengeschlossen wurden, war die Einführung eines Doppelkreiswappens notwendig geworden. Dessen heutige Form geht auf die Ausfertigung von 1974 zurück.

Die aktuelle Gemeindeordnung des Landkreises ist bis 1979/80 abgeschlossen. Die geographischen Angaben in den nachfolgenden Beschreibungen basieren auf diesem Status.

Wappenbeschreibung (Blasonierung) – Dabei ist zu beachten, dass in der Draufsicht die Positionsvermerke seitenverkehrt angegeben sind, d. h. rechte Seite des Wappenbilds steht aus der Sicht des Betrachters für linke Seite und umgekehrt.



Weilheim – Schongau

Die Schildfarben sind Gold (oben) und Blau (unten). Im oberen Teil (Schildhaupt) ein schwarzer, auf rot bewehrten Pranken schreitender Löwe, rot bezung, das Haupt dem Betrachter zugewandt, im unteren Teil ein goldener Abtstab, dem ein silbernes Gezähe (Hammer und Schägel) schräg gekreuzt unterlegt ist (Wappenführung ab 1972)

Wappengeschichte Der Löwe entstammt dem Wappen der Hohenstaufen,

die als Erben der 1191 ausgestorbenen Welfen deren reiche Güter im Lechrain übernommen hatten und als schwäbische Herzöge und spätere deutsche Könige und Kaiser einen historisch bedeutsamen Rang einnahmen. Der Abtsstab verweist auf die zahlreichen im Kreisgebiet liegenden Klöster. Der seit alters so genannte Pfaffenwinkel beherbergte bis zur Säkularisation 1803 die kulturell und wirtschaftlich bedeutenden Stifte Wessobrunn, Polling, Habach, Bernried, Rottenbuch und Steingaden. Die bergmännischen Werkzeuge Hammer und Schlägel (das „Gezähe“) erinnern an den bis zu seiner Stilllegung 1966 bzw. 1971 erfolgreich betriebenen Pechkohlenbergbau in Penzberg und Peißenberg. Die Farbkombination innerhalb des Hauptfeldes, silberne (= weisse) Bergbaugeräte auf blauem Hintergrund, deutet auf die seit Beginn der wittelsbachischen Herrschaft 1268 gebräuchlichen bayerischen Landesfarben hin.

Die Wappenelemente des neu gestalteten Landkreises Weilheim - Schongau, Löwe, Abtsstab, und Gezähe, sind den Altwappen der Landkreise Weilheim und Schongau entnommen:

Landkreis Weilheim (bis 1972)

Auf blauem Untergrund ein goldener Doppelspringer, unter diesem, schräg gekreuzt, ein Gezähe in Silber, dem ein hochragender silberner Abtsstab unterlegt ist. Der Doppelspringer verweist auf das Hauswappen der Hes(s)eloher, deren Angehörige im 15. Jahrhundert als Landrichter in Pähl und Stadtrichter in Weilheim im Dienst waren. Der Stammesletzte, Hans Hes(s)eloher (gest. 1486) hat auch als Lieddichter weithin Bekanntheit erlangt.

Landkreis Schongau (bis 1972)

Auf goldenem Schildhaupt der Stauferlöwe, im unteren Teil über roter Tingierung ein silberner Turm auf drei silbernen, eins auf zwei gestellten Quadersteinen, dem ein silberner Wellenbalken unterlegt ist. Der Turm „Gaden auf den Steinen“ war das „redende“ Wappen der Prämonstratenseräbte von Stein-



Landkreis Weilheim



Landkreis Schongau

gaden, einer Gründung der 1191 ausgestorbenen Welfen. Die romanische Form des Turms deutet auf die zahlreichen Kirchen aus dieser Zeit hin, der Wellenbalken symbolisiert den Lech.

B) Die Gemeindewappen (Wappenbeschreibung = Blasonierung und Wappengeschichte)



Altenstadt

Altenstadt (bei Schongau) – Schilddach kunstvoll geschwungen. Im Vordergrund die Altenstädter Basilika, silbern mit goldener Bedachung, hinter deren Langhaus sich ein silberner, golden bewehrter Greifenlöwe aufbaut. Die Hintergrundfarbe (Grundtönung) ist rot. (Wappenführung seit 1957)

Die um 1180 erbaute Basilika ist das bedeutendste romanische Bauwerk in Bayern und Wahrzeichen der Gemeinde. Der Greifenlöwe (Löwe mit Greifenkopf) ist Teil des (apokryphen) Adelswappens der Welfen, die im Gemeindegebiet begütert waren. Die Wappenfarben Silber (= Weiss) und Rot entstammen ebenfalls der welfischen Farbvorlage.



Antdorf

Antdorf – Rechte Schildhälfte (in der Draufsicht links!): Auf blauem Feld oben eine silberne Sichel, unten ebenfalls in Silber sich kreuzend Schwert und Schlüssel. Linke Hälfte: vier senkrechte Farbbänder, alternierend in Gold und Rot, im linken Obereck eine heraldische Lilie (Führung seit 1984)

Die silberne Sichel rechts oben symbolisiert die Bedeutung der Agrarwirtschaft für die Gemeinde. Schlüssel und Schwert sind die Patronatsembleme der Antdorfer Pfarrkirche St. Peter („Schlüsselgewalt“) und Paul („Tod durch Enthauptung“). Silber (= Weiss) und Blau repräsentieren die bayerische Landeshoheit. Die gold - roten Streifen der linken Schildhälfte verstehen sich als apokryphes (legendäres) Wappen des altbayerischen Stammes der Huosi, dem auch

die Grafen von Antdorf angehört haben sollen (ausgestorben im späten 12. Jahrhundert). Die Antdorfer Huosibrüder Lantfried, Waldram und Eliland gelten als die Gründer und Erstäfte des Klosters Benediktbeuern (8. Jahrhundert). Die blaue Lilie zielt auf das Marienpatrozinium des Klosters Ettal, dem bei dessen Gründung 1330 Antdorf als Ausstattungsgut übertragen worden war und das bis zur Säkularisation 1803 die Niedergerichtsbarkeit über das Antdorfer Gebiet ausübte. Das Liliensymbol (*lilium inter spinas* „Lilie unter den Dornen“) verweist auch auf die Wallfahrtskirche Mariä Himmelfahrt im Gemeindeteil Frauenrain.

Bernbeuern – Wappenschild kunstvoll geschwungen gearbeitet, Konturierung Silber in schwarzer Rahmung, Schildfeld in Rot (oben) und Silber (unten) geteilt. Im Schildhaupt ein silbernes Balkenkreuz, darunter ein roter Dreiberg. (Führung seit 1970)



Bernbeuern

Das Balkenkreuz ist Symbol des hl. Georg, des Schutzpatrons der uralten Wallfahrtsstätte auf dem bereits von den Römern kurzzeitig besiedelten, ca. 1000m hohen Auerberg. Die Dachterrasse über der Gipfelkirche St. Georg bietet einen der schönsten Rundblicke über das Alpenvorland. Der Dreiberg symbolisiert die Gipfelsilhouette und verweist auf ihre geographische Nähe zum Hauptort der Gemeinde. Die Farbteilung in Silber und Rot erinnert an die Wappenfarben des Hochstifts Augsburg, dem Bernbeuern durch seine Zugehörigkeit zum augsburgischen Pflegamt Füssen unterstellt war.

Bernried – Schildform ähnlich dem vorausgehenden Wappen gestaltet. Die in Gold tingierte Schildfläche ist schräg von einem breiten Balken in Schwarz durchkreuzt, der mit fünf silbernen Glocken belegt ist. (seit 1951)



Bernried

Die Ausstattung übernimmt das alte Wappenbild des ehemaligen Augustinerchorherrenstifts. Bernried, das dem nahebei liegenden Ort seinen Namen und

seine Hofmarkstellung gab. Das 1120 gegründete Kloster hatte das Hoheitszeichen von seinem Gründer Otto Graf von Valley (Linie 1238 ausgestorben) übernommen. Das Glockenmuster selbst geht auf das glockenförmige Pelzwerk (Feh) im Valleyer Wappen zurück. Für das Augustinerstift ist der Glockenfehbalken erstmals 1568 belegt.



Böbing

Böbing – Schildhaupt in geschweifter Form, Tingierung waagrecht geteilt. Im oberen Feld ein rotes Balkenkreuz über silbernem Grund, darunter auf blauem Feld eine bewurzelte Buche in Gold (seit 1979)

Das Balkenkreuz, Symbol des hl. Georg, bezieht sich auf das Georgspatrozinium der Böbinger Pfarrkirche. Die bewurzelte Buche entstammt dem Wappen des Klosters Rottenbuch, mit dem die Gemeinde bis zur Säkularisation 1803 in enger Verbindung stand. Das Augustinerchorherrenstift erhielt bei seiner Gründung 1074 durch Herzog Welf IV. das Dorf als erstes Ausstattungsgut. Neben den Hofmarksrechten besaß Rottenbuch ab 1270 auch das Patronatsrecht über die Böbinger Pfarrkirche. Die Tingierung zeigt die bayerischen Landesfarben.



Burggen

Burggen – Waagrechte Farbteilung über gemischtfarbenen Mauerzinnen in Silber (oben) und in Blau (unten), mittig den Zinnen unterlegt ein blauer Pfahl, dem auf seiner Unterseite über silberner Zinne ein grüner Föhrenzweig aufgemalt ist. (seit 1969)

Die zinnenbewehrte Mauerkrone spielt als Burgsymbol auf den Ortsnamen an (redendes Wappen) und verweist zudem auf die früheren Adelssitze am Ort. Im 12. Jahrhundert saßen hier die Ministerialen von Burggen, später bis zum Ende des 14. Jahrhundert die Adelsfamilien der Schmiecher (Anordnung der Wappenfarben Silber und Blau) und der Waal (Wappenbild des Pfahls). 1399 fielen ihre Besitzungen durch Kauf an das Hochstift Augsburg, das bis 1803 die niedere Gerichtsbarkeit über den Ort ausübte. Die Hochgerichtsbarkeit hatte schon vordem bei

Bayern gelegen (Tingierung in Silber/Weiss und Blau) Der Föhrenzweig steht für den ausgedehnten föhrenbestandenen Schneehaldewald im Gemeindegebiet.

Eberfing – Bedachung geschweift. Schildfläche in Gold mit blauem Schräglinksbalken, auf dem zwei silberne Pfeile aufgelegt sind. Im Vordergrund ein stehender rotbezungter Eber in Schwarz. (seit 1979)



Eberfing

Der Eber ist ein für den Gemeindennamen redendes Bild. Der mit zwei silbernen Pfeilen belegte blaue Schräglinksbalken ist dem persönlichen Wappen Franz Töpsls entnommen. Dieser war von 1744 bis 1796 Propst am Augustinerchorherrenstift Polling, wo er neben seiner Amtstätigkeit auch als Geschichtsschreiber und Bibliothekar wirkte. Auf seine Initiative geht auch der Neubau des Eberfinger Pfarrhofs zurück, der den Chorherren bei ihren Jagdausflügen Quartier bieten sollte. Den heraldischen Bezug zu Polling rechtfertigt auch die Tatsache, dass das Kloster bis 1803 der bedeutendste Grundherr am Ort war.

Eglfing – Im oberen Feld über der Grundtingierung Rot zwei goldene, spitzwinkelig verbundene Dachsparren, denen ein silberner Wagenkipf (= seitwärts angebrachte Stütze zur Sicherung der Ladung) aufgelegt ist. Darunter ein grüner Dreiberg. (seit 1984)



Eglfing

Die Wappensymbole sind ehemals heimischen Adelswappen entnommen, der Wagenkipf über dem Dreiberg dem Familienwappen der Tabertshofer, die von 1470 bis 1640 den Edelsitz Unteregling bewohnten, der Sparren über dem Dreiberg dem der Abenberger, die im 16. Jahrhundert als Inhaber des Sitzes Oberegling belegt sind. Der Wagenkipf verweist darüber hinaus auf die landwirtschaftlich geprägte Struktur der Gemeinde.



Habach

hausen, einem Gemeindeteil Habachs, ihren Stammsitz hatten. Das Ulrichskreuz symbolisiert die von Norbert (Nortpert), dem Augsburger Chorherrn und späteren Bischof von Chur, gestiftete Ulrichskirche am Ort (1073 geweiht, 1651 abgebrochen), darüber hinaus die Gründung und reiche Ausstattung des hier ansässigen weltlichen Chorherrenstifts durch denselben (Urkunde von 1085), dem bis zur Säkularisation 1803 die Grundherrschaft und niedere Gerichtsbarkeit über fast alle Anwesen des Ortes unterstand. Ähre und Eichenblatt verweisen auf die wirtschaftliche Bedeutung von Land- und Forstwirtschaft, das Mühlrad erinnert an die insgesamt fünf Mühlen, die ehemals im Gemeindegebiet betrieben wurden.

Habach – Auf blauem Untergrund horizontal ein silberner Regenbogen, darüber ein silbernes Ulrichskreuz, flankiert rechts von einer goldenen Getreideähre, links von einem aufrecht stehenden, goldenen Eichenblatt, darunter ein goldfarbenes Mühlrad. (seit 1987)

Der Regenbogen ist dem apokryphen, d. h. fiktiv-legendären Wappen des altbayerischen Adelsgeschlechts der Huosi entnommen, die der Überlieferung nach in Dürn-



Hohenfurch

Drache dem Wappen des Benediktinerstifts St. Mang (St. Magnus) zu Füßen, das dieselbe über das Unterdorf innehatte. Das Klosterwappen zeigt den Drachen, den der Legende nach der hl. Magnus auf seiner Missionsreise nach Füßen bezwang, ehe er dort ein Kloster gründete und selbst dessen erster Abt wurde.

Hohenfurch – Hintergrund gespalten in Silber und Grün. Rechts ein aus dem Schildrand herauswachsender, schwarzer Stier mit roten Hörnern, links über grünem Feld ein ihm zugewandter, senkrecht gestellter goldfarbener Drache. (seit 1977)

Das Stierhaupt mit Halbrumpf ist dem Familienwappen der Herren von Hohenegg entlehnt, die Ende des 16. Jahrhunderts über einen Teil von Hohenfurch, das Oberdorf, die Niedergerichtsbarkeit ausübten, der goldene

Hohenpeißenberg – Feldtingierung blau. Über der unteren Stammhälfte eine bewurzelte Buche in Silber, der die sich kreuzenden Bergmannswerkzeuge Hammer und Schlägel – Köpfe silberfarben, Stiele in Gold – aufgelegt sind. Der wellenartig eingetiefte obere Schildrand ist ebenfalls in Gold gefasst. (seit 1951)



Hohenpeißenberg

Die bewurzelte Buche, Wahrzeichen des Augustinerchorherrenstifts Rottenbuch, versinnbildlicht die enge Verbindung, die zwischen dem Kloster einerseits und dem Ort sowie der Wallfahrtsstätte Hohenpeißenberg andererseits bestand. Das Kloster selbst war vor 1803 der bedeutendste Grundherr der Gemeinde. Daneben betreute es eine um 1515 auf dem Gipfel errichtete Wallfahrtskapelle (die im frühen 17. Jahrhundert zur heutigen Doppelkirche erweitert wurde), dazu das dortige Hospiz und seit 1772 eine Sternwarte, die 1780 zu einem (dem weltweit ersten) meteorologischen Observatorium ausgebaut wurde. Hammer und Schlägel erinnern an den seit 1837 betriebenen staatlichen Pechkohlenbergbau, der nach Jahren der Blüte (1945 bis 1960) 1971 wegen Unrentabilität eingestellt werden musste. Die Tingierung in Silber (= Weiss) und Blau verweist auf die bayerischen Landesfarben.

Huglfing – Im oberen Teil auf silbernem Untergrund ein züngelnder roter Falke mit ausgebreiteten Flügeln, auf dem blau tingierten Schildfuß ein liegendes, nach rechts gerichtetes silbernes Kreuz. (seit 1977)



Huglfing

Das Wappen nimmt Bezug auf die Besitz- und Herrschaftsverhältnisse im Gemeindegebiet vor der Säkularisation 1803. Der auffällige rote Falke war heraldisches Symbol der Raming von Huglfing und ihrer Nachfolger, die vom 14. Jahrhundert bis zu ihrem Aussterben um die Mitte des 17. Jahrhunderts den Edelsitz Rameck (Romeck) innehatten. In der Folge ging das Gut an das Augustinerchorherrenstift Polling über, das seit dem Spätmittelalter im Gemein-

degebiet über zahlreiche Anwesen die Grundherrschaft ausübte. Das liegende Kreuz ist aus dem Pollinger Klosterwappen entnommen.



Iffeldorf

Iffeldorf – Unter wellenartig bedachtem Schildhaupt eine blaue heraldische Lilie, darunter ein schräg nach links unten gerichteter, in Schwarz und Rot geteilter Balken über silberner Schildfläche. Im blautingerten Wellenschildfuß ein kleeformig ausgeschnittenes, silbernes Seerosenblatt. (seit 1980)

Die heraldische Lilie, ein Mariensymbol, verweist auf die am Ortsrand liegende Wallfahrtskapelle zur Muttergottes auf dem Heuwinkl, die vom Kloster Wessobrunn

1698 auf dem nahen Hügel errichtet worden war. Der Schrägbalken zielt auf das Adelsgeschlecht der Höhenkirchner von Königsdorf, die diesen in ihrem Wappen führten. Ihre Güter und Herrschaftsrechte im Gemeindegebiet, die sie seit 1385 innehatten, gingen Ende des 17. Jahrhunderts in den Besitz der Abtei Wessobrunn über, die sie bis zur Säkularisation 1803 innehatte. Wellenschildfuß und Seerosenblatt sind Sinnbilder der nahen Osterseen und des dortigen Naturschutzgebiets.



Ingenried

Ingenried – Schwarz konturierter, geschwungener Schildrand, Wappenbild gespalten in Silber und Rot. Rechts auf Silber ein blauer, senkrecht stehender Rost, links auf Rot ein silberner, aufrecht stehender Greifenlöwe. (seit 1977)

Der Rost gilt als das Symbol für das Martyrium des hl. Laurentius. Allerdings ist eine Verbindung des Heiligen mit den kirchlichen Einrichtungen der Gemeinde trotz eingehender Prüfung nicht feststellbar.

Weit hergeholt und wenig überzeugend ist die gelegentlich vorgebachte Deutung, dass St. Laurentius in seiner Eigenschaft als Reichsheiliger der Karolinger, die sich im 8. und 9. Jahrhundert durch rege Rodungs- und Siedlungstätigkeit in dieser Gegend hervortaten (Ansiedlung von Sachsen im nahen Sachsenried), gerade in Ingenried besondere Verehrung

genoss, die im Gemeindewappen zu dokumentieren sei. Eher muss man annehmen, dass hier eine Verwechslung mit einem gleichnamigen, im Allgäu gelegenen Ingenried (heute Gemeindeteil von Pforzen, LK Ostallgäu) vorliegt, dessen Pfarrkirche dem hl. Laurentius geweiht ist. Der Löwe mit Greifenkopf erinnert an das legendäre Wappenbild der Welfen, die 1147 das Prämonstratenserklöster Steingaden gründeten. Als Hofmarksherr übte dieses 600 Jahre lang die Grundherrschaft über Ingenried aus. 1785 ging das Gemeindegebiet an die Benediktinerabtei St. Mang zu Füssen über, das dem Hochstift Augsburg (Wappenfarben Silber und Rot) unterstand.

Oberhausen – Wappentingierung ist einheitlich Rot. Auf der Oberseite drei schmale, gebogene Silberbalken, darunter schräg gekreuzt eine goldene Ähre und ein goldener Schmiedehammer. (seit 1966)

Die drei Silberbögen erinnern an das Stammeswappen der um 1318 ausgestorbenen Edlen von Weilheim, die seit dem späten 12. Jahrhundert die Burg Wildenberg oberhalb des Dorfes bewohnten und über das Gemeindegebiet die Grundherrschaft ausübten. Die goldene Ähre bezeugt die ehemals führende Bedeutung der Landwirtschaft als Erwerbsquelle, der goldene Schmiedehammer das seit dem 15. Jahrhundert in der Region beheimatete eisenverarbeitende Gewerbe. Noch im 19. Jahrhundert gab es am Ort zwei Hammerwerke, mehrere Werkzeugschmieden und eine Dreherei.



Oberhausen

Obersöchering – In grünem Schildhaupt eingeschnitten drei silberne Kleeblätter, die sich nach unten in das silbertingierte Wappenfeld öffnen. Auf diesem ein senkrechter roter Schlüssel, in dessen Bart und Reite jeweils ein heraldisches Liliensymbol in Silber eingearbeitet ist. Darauf schräglinks aufgelegt ein grüner Palmzweig. (seit 1966)

Der grüne Kleeblattschnitt verweist auf die gehobene Stellung der Landwirtschaft als



Obersöchering

Wirtschaftsfaktor, die übrigen Darstellungen versinnbildlichen die drei Kirchen im Pfarrbereich, d. h. der Schlüssel die Pfarrkirche St. Peter und Paul (Schlüsselgewalt des Apostels Petrus), die Lilie (Reinheitssymbol Mariens) die benachbarte Frauenkirche, bis 1803 Pfarrkirche am Ort, der Palmzweig (als Symbol ihres Märtyrertums) die Kirche der hl. Margareta in Untersöcherung.



Pähl

Pähl – Unter geschwungenem Silberahmen am Schildhaupt auf goldenem Wapenfeld aufrecht stehend ein schwarzer, rot bewehrter Bär. Im Schildfuß das aus dem bayerischen Landeswappen übernommene, silber (= weiss)- blaue Rautenmuster. (seit 1954)

Der Bär ist die „redende“ Wappenfigur der Herren von Berndorf, die seit dem 16. Jahrhundert zeitweise im Besitz des mittleren sowie unteren und seit 1663 auch des oberen Schlosses Pähl waren und zu dieser Zeit die

Hofmarksrechte über den Ort ausübten. Das Rautenmuster, bayerisches Staatssymbol, wurde der Gemeinde wegen der seit dem 13. Jahrhundertn bestehenden, besonders engen Beziehung zu den Wittelsbachern genehmigt. Diese hatten nach dem Aussterben der Andechser 1248 das Urbaramt und seit 1315 auch das Pfliegergericht am Ort übernommen, das 1520 nach Weilheim verlegt und in Pfliegergericht Weilheim umbenannt wurde.



Peißenberg

Peißenberg (Markt) – Auf schwarzem Wappenschild schäg gekreuzt die Bergbauwerkzeuge Hammer und Schlägel (in Silber mit goldenen Griffen), darunter, zwei über eins gestellt, in Gold drei fliegende Bienen. (seit 1919)

Die Bergmannswerkzeuge (das „Gezähe“) sind heraldische Motive für den seit 1837 betriebenen und bis in die Sechzigerjahre des 19. Jahrhunderts florierenden staatlichen Pechkohlenbergbaus, der 1971

wegen mangelnder Rentabilität eingestellt werden musste. Die Feldfarbe Schwarz symbolisiert die Bodenbeschaffenheit des Gemeindeareals mit

seinen Kohleflözen sowie auch die schwarze Festtagstracht der Bergleute. Die Bienen versinnbildlichen die früher nicht unbedeutende Bienenzucht in der Region, aber auch in allegorischem Sinne den Erwerbsfleiß („Bienenfleiß“) der Bevölkerung. Die Wappenverleihung erfolgte 1919 anlässlich der Namensänderung von Unterpeißenberg in Peißenberg und der Verleihung des Marktrechts.

Peiting (Markt) – Das bayerische Rautenmuster, überdeckt von einem breiten nach links oben geführten Schrägbalken in Rot. (seit 1438)

Das silber (= weiss) - blaue Rautenmuster bezeugt die enge Verbundenheit des Orts mit den wittelsbachischen Landesherren, Der rote Schräglinksbalken steht für die Unterscheidung des Ortswappens zum landeshoheitlichen Bayernwappen. Das Peitinger Wappen wurde 1438 von Herzog Ernst zusammen mit Marktrechten verliehen. Das Wappen, das im jüngster Zeit unerwartet in Vergessenheit geraten war, konnte aus Abbildungen auf den Glasfenstern der Kapelle Maria Egg und einer Veteranenfahne rekonstruiert werden. 1956 erfolgte die rechtsgültige Erhebung Peitings zum Markt.



Peiting

Penzberg (Stadt) – Im Schildhaupt in drei Reihen gestaffelt ein silber - blaues Vierecksmuster, belegt mit einem schwarzen, schräg gekreuzten Gezähe, darunter vor blauem Feld auf grünem Boden schreitend, ein silberfarbenes Lamm, das über seinem rechten Vorderfuß eine goldene Fahnenstange mit silbernem, rotkreuzgeschmücktem Banner hochhält. (seit 1919)



Penzberg

Die Bergmannswerkzeuge erinnern an das über 100 Jahre zuunehmend intensiv betriebene Pechkohlenbergwerk, das zeitweise bis zu 2000 Bergleute beschäftigte, aber 1966 wegen Unrentabilität geschlossen werden musste. Das Lamm mit der Kreuzfahne ist das Patronatsbild des hl. Johannes des Täu-

fers und verweist auf die Vorgängergemeinde St. Johannisrain, die 1911 in Penzberg umbenannt wurde. Der heutige Name ist von einem Weiler aus ursprünglich drei Bauernhöfen übernommen, der im 19. Jahrhundert in das rasch wachsende St. Johannisrain integriert wurde. 1919 wird Penzberg zeitgleich mit der Annahme des Wappens zur Stadt erhoben. Die silber (= weiss)- blaue Feldtingierung betont die bayerische Landeshoheit.



Polling

Polling – Konturenführung bogenartig geschwungen. Schildbedachung mit goldenem Zierrat belegt, in dessen Mitte die Andeutung einer goldfarbenen heraldischen Lilie, darunter über roter Grundtingierung ein schwebendes goldenes Kreuz. In selteneren Prunkausführungen ist die obere Schildhälfte von einem goldenen, flatternden Band gekrönt, dem mittig zwischen zwei Sternen in schwarzen Lettern der Ortsname aufgedruckt ist. (seit 1950)

Das goldene Kreuz erinnert an das 1010 gegründete und bis 1803 blühende Augustinerchorherrenstift, das dem Ort das Gepräge gab. Es soll über den Fundamenten eines Frühklosters errichtet worden sein, das der Tradition nach um 750 von dem Bayernherzog Tassilo III. gestiftet wurde. Um seine Gründung rankt sich folgende Legende: Bei einem Jagdunternehmen des Herzogs soll die Jagdmeute eine Hirschkuh gestellt haben, die ein Kreuz aus dem Boden gewühlt hatte, was der Jagdherr als göttliches Zeichen für den Standort der Gründung deutete. Hirschkuh und Kreuz sind als Wappenbilder des Stifts seit dem 16. Jahrhundert bezeugt. Die Gemeinde führt das Wappen in geminderter Form seit der 1200 - Jahrfeier des Klosters 1950.

Prem – Grundtingierung geteilt in Silber (oben) und Gold (unten) von einem liegenden blauen Balken, der mit drei silbernen Rauten belegt ist. In der oberen Hälfte herauswachsend ein roter Greifenlöwe, der eine stehende blaue Flößerstange in seinen Pranken hält, unten über goldenem Feld zwischen zwei fünfzackigen blauen Sternen ein grüner Lorbeerbaum über grünem Boden . (seit 1967)

Der Greifenlöwe ist Wappenfigur aus dem Hauswappen der Welfen.,das sich in zahlreichen Klosterwappen ihrer Gründung Steingaden

wiederfindet. Zu Steingaden bestand bis 1803 eine enge Verbindung, zumal die Abtei im Gemeindegebiet reich begütert war. Die Flößerstange erinnert an die früher intensiv betriebene Lechflößerei. Der Rautenbalken mit dem von Sternen flankierten Lorbeerbaum über grüner Bodenerhebung entstammt dem Wappen des Johann Georg von Lori, Mitbegründers der bayerischen Akademie der Wissenschaften, der 1723 in Ortsteil Gründl geboren wurde.

Raisting – Farblich zweigeteilt. Auf dem blauen oberen Feld ein goldenes Posthorn, unten über goldenem Feld mittig die Krümme eines Bischofsstabs. (seit 1976)

Das Posthorn steht als heraldisches Symbol für die von der Deutschen Post zwischen 1964 und 2003 betriebenen Erdefunkstelle, die für die Datenübermittlung via Satellit eine maßgebliche Rolle spielte. Ihre weithin sichtbaren Parabolantennen prägen auch heute noch das Bild der Landschaft. Der Bischofsstab verweist auf St. Remigius, Bischof der Franken (5./6. Jahrh.), als Schutzherrn der Raistingener Pfarrkirche. Die Feldfarben Blau und Gold kennzeichnen als Wappenfarben des Augustinerchorherrenstifts Dießen die enge Verbindung mit dem Kloster, das von 1642 bis 1803 die Hofmarksrechte über den Ort ausübte.

Rottenbuch – Konturierung deutet dreidimensionale Schildform an. Auf der Frontseite über silbernem Grund eine dreifach bewurzelte, siebenblättrige rote Buche. (seit 1957)

Rottenbuch war von seiner Gründung im 11. Jahrhundert bis zur Säkularisation 1803 ein blühendes Augustinerchorher-



Prem



Raisting



Rottenbuch

renstift, das über eine ausgedehnte Hofmarksherrschaft längs der Ammer mit Grund- und Niedergerichtsbarkeit verfügte. Sein Name Raitenbuech (eigentlich Rodung von Buchen) schlägt sich schon früh in der volksetymologischen Auslegung als „rote Buche“ nieder, was in der Darstellung einer siebenblättrigen roten Buche im Stiftswappen ihren sichtbaren Ausdruck findet (Wappenbild seit 1433 im Klosterwappen nachweisbar). Das Motiv wird 1957 unverändert in das Gemeindewappen übernommen.



Schongau

Schongau (Stadt) – Auf goldenem Feld ein schwarzer Adler mit roter Zunge, die Schwingen ausgebreitet. Über der Brust ein silber(= weiss) - blauer Rautenschild (seit dem 13. Jahrhundert)

Ob es sich bei dem Adlersymbol um den staufischen Königsadler (Reichsadler) oder um den wittelsbachischen Adler handelt, muss offen bleiben. Jedenfalls bezeugt die Brustplatte, dass die Stadtherrschaft frühestens 1268 von den Staufern in die Oberhoheit der Wittelsbacher überging. Den Wappenadler mit aufgelegtem Rautenschild finden wir auf städtischen Darstellungen seit der Wende zum 15. Jahrhundert, wenig später (1523) auch die Farbgestaltung. Beide Bildelemente wurden in das moderne Stadtwappen übernommen.



Schwabbruck

Schwabbruck – Farbfeld gespalten in Rot (rechts) und Silber = weiss (links), darin ein aufrecht schreitender Greifenlöwe in vertauschten Farben. (seit 1984)

Der Greifenlöwe erinnert als (apokryphes) Welfensymbol an den ausgedehnten welfischen Besitzungen im Gemeindegebiet während des Hochmittelalters. Bezeugt ist er auch in einigen Wappendarstellungen des Klosters St. Mang in Füssen, das bis zur Säkularisation 1803 die niederen Gerichtsrechte über den Ort ausübte. Die Hochgerichtsbarkeit und die Landeshoheit hingegen lagen bis dahin beim Hochstift Augsburg, was die Feldtingierung mit den augsburgischen Farben Rot und Silber (= Weiss) bekundet.

Schwabsoien – Ein nach oben spitz zulaufendes blaues Feld mit silbernem Mühlradmotiv zerschneidet den silbernen Hintergrund in zwei gleich große Teilfelder, die rechts einen heraldischen Lilienstab, links eine Bischofsstab – beide in Rot – aufweisen. Seine Krümme läuft in einem Kiefernzapfen aus. (seit 1982)



Schwabsoien

Das Mühlrad, ein Wassersymbol, erinnert an einen noch um 1600 vorhandenen See, der dem Ort den Namen gab. Der Lilienstab deutet auf das 1978 eingemeindete Sachsenried hin, das bis zur Säkularisation 1803 der Niedergerichtsbarkeit des Benediktinerstifts St. Mang in Füssen unterstand. Das Motiv ist gelegentlich in den Klosterwappen auffindbar. Der Bischofsstab ist Zeichen des Hochstifts Augsburg, das die Niedergerichtsbarkeit über den Hauptort Schwabsoien innehatte. Die Hochgerichtsbarkeit lag beim kurbayerischen Landgericht Schongau. Die silber (= weiss) - blaufarbene Tingierung bezeugt die durch Tauschvertrag 1785 an Kurbayern übergegangene Landeshoheit über die Gemeinde, der Kiefernzapfen die Zugehörigkeit des als ehemals fränkisches Königsgut historisch bedeutsamen Sachsenrieder Forstes zum Gemeindegebiet.

Seeshaupt – Kunstvoll ausgestaltete Schildform, Rand oben in Silber, unten in Schwarz. Liegend auf blauem Feld, schräg nach rechts oben geneigt, ein silberfarbener Fisch. (seit 1951)



Seeshaupt

Der Fisch symbolisiert die Lage der Gemeinde am Südrand des Starnberger Sees und die Bedeutung der Fischerei als ehemals einträglichster Erwerbsquelle der Gegend. Ein Fisch findet sich auch im persönlichen Wappen des Bernrieder Propsts Johannes Tutzing (1520 – 1535) sowie auf der 1522 errichteten sogenannten Seegerichtssäule am Seeshaupter Dampfersteg, vermutlich einer Seegerichtsmarkierung. Die Tingierung in Blau und Silber (= Weiss) gibt ei-

nerseits die Farbeindrücke der Landschaft wieder, andererseits nimmt sie Bezug auf die bayerischen Landesfarben.



Sindelsdorf

Sindelsdorf – Das Wappen ist kunstvoll geformt. Die rote Grundfläche ist durch ein aufgelegtes silbernes Balkenkreuz in vier innenseitig rechtwinkelig begrenzte Felder zerschnitten: im rechten derselben (oben mit unten) ein goldener Abtsstab mit Band, linksseitig oben ein goldenes Widderhorn, unten ein goldener sechszackiger Stern. (seit 1978)

Das Balkenkreuz, Wahrzeichen des hl Georg, verweist auf das Patrozinium der St. Georgs- Pfarrkirche, der Stern als Mariensymbol auf die frühere Frauenkirche, die profaniert wurde und seitdem als Pfarrhof genutzt wird. Der Absstab bekundet die historisch bedeutende Rolle, die Kloster Benediktbeuern für das Gemeindegebiet spielte. Die Abtei war bis zur Säkularisation Inhaber der niederen Gerichtsrechte und Lehensherr der meisten Anwesen. Das Widderhorn erinnert an das Wappen der bis im Mittelalter hier ansässigen Adelsfamilie Von Wildeck, deren Grundbesitz 1476 durch Verkauf an das Kloster überging.



Steingaden

Steingaden – Kunstvoll geformtes Wappen mit Konturierung in Silber und Schwarz, Wappenbild senkrecht gespalten in Rot und Silber (= Weiss). Rechts auf Rot ein silberfarbener lotrecht gestellter, schreitender Greifenlöwe, links über silbernem Grund ein roter Torturm auf drei Quadersteinen, Eingang und Fensterluken schwarz tingiert mit silberner Umrandung (seit 1939).

Der Greifenlöwe steht für die Herzöge der Welfen (ausgestorben 1191), die in der umliegenden Landschaft, dem Lechrain, reich begütert waren und 1147 das Prämonstratenserkloster Steingaden gestiftet hatten. Das Wappentier war seit dem 15. Jahrhundert Teil des Klosterwappens; auch der Torturm über den Quadersteinen, ein für den Ortsnamen redendes Bild („Gaden

am Stein“) ist ein Jahrhundert später im Klosterwappen bezeugt. Beide Bildelemente wurden anlässlich der Eingemeindung der Ortschaften Urspring, Fronreiten und Lauterbach 1939 in das Gemeindewappens übernommen.

Weilheim i. OB (Stadt) – Auf silbernen Untergrund rotfarbene Burg mit drei Zinntürmen, von denen der mittlere stärker und höher ist. Untet diesem ein geöffnetes Tor mit goldenen Torflügeln. (seit dem 14. Jahrh.)



Weilheim

Die mehrtürmige Wehranlage, die uns erstmals auf einem städtischen Siegel des 14. Jahrhunderts begegnet, symbolisiert für Weilheim den Status einer „civitas“ mit Stadtprivileg und Waffenfähigkeit seiner Bürger. Die Stadterhebung selbst erfolgte bereits vor 1261, wie ein Stadtsiegel aus diesem Jahr beweist. Dieses zeigt ein nicht näher deutbares Vorgängerwappen (Halbmond mit drei Sternen). Das heute gebräuchliche Stadtwappen findet sich neben dem Siegelmotiv des 14. Jahrhunderts auch farbig auf Abbildungen aus dem 16. Jahrhundert.

Wessobrunn – Grundtingierung rot. Mittig aufgelegt ein gewaltigen Säulenkapitell in Silber, darunter zwei gekreuzte silberne Schlüssel. (seit 1972)



Wessobrunn

Das Gemeindewappen will die historische Bedeutung der berühmte Benediktinerabtei Wessobrunn in angemessener Form zum Ausdruck bringen. Die gekreuzten Schlüssel, Zeichen für die Schlüsselgewalt des hl. Petrus, sind ein Hinweis auf dessen Klosterpatrozinium, das Säulenkapitell erinnert an die Meisterleistungen der Absolventen der Wessobrunner Kunsthandwerkerschule (darunter die Gebrüder Zimmermann, die Familien der Schmuzer und Feichtmayr/Feuchtmayr u. viele mehr), die als Baumeister, Stuckateure und Maler den Ruhm Wessobrunns über ganz Oberdeutschland verbreiteten.



Wielenbach

Wielenbach – Auf silberfarbenem Untergrund mittig ein horizontal verlaufender blauer Wellenbalken, darüber schräg gekreuzt ein Schlüssel und ein gestutzter Ast, beide in Rot, in der unteren Wappenhälfte ein silbern bewehrter Eberkopf. (seit 1980)

Der Wellenbalken ist ein für den Namen des Ortes „redendes“ heraldisches Gewässersymbol und verweist auf den das Dorf durchfließenden Wielenbach sowie an die das Gemeindegebiet durchströmende Amer-

mer. Der Schlüssel, Vollmachtsattribut des hl. Petrus (Schlüsselgewalt), bezeugt die enge Verbundenheit mit dem Kloster Wessobrunn, das St. Petrus als Stifts- und Kirchenpatron verehrte und bis zur Säkularisation die Patronatsrechte über die Wielenbacher Pfarrkirche innehatte. Der gestümmelte Ast, Martyriumssymbol des hl. Gallus, steht für die 1978 eingemeindete Ortschaft Haunshofen, deren Pfarrkirche St. Gallus geweiht war. Der Eberkopf ist Teil des Wappens der Herren von Wilzhofen (heute Ortsteil, 1808 eingemeindet), die ehemals Herrschaftsrechte in der Region ausübten.



Wildsteig

Wildsteig – Schildrand kunstvoll geschwungen, Bedachung gold, Feldrand, schwarz Grundtingierung horizontal zweigeteilt in Silber und Blau; im oberen, silbernen Feld eine vielblättrige, bewurzelte Buche in Rot, darunter auf blauem Feld über einem silberfarbenen Hügel ein goldenet Bienenkorb mit schwarzer Einfluggöffnung. (seit 1953)

Die rote Buche (als ein für den Namen „redendes“ Wappen) repräsentiert die enge Verbindung der Gemeinde zum Augustinerchorherrenstift Rottenbuch, das bis zur Säkularisation 1803 die Hofmarksrechte über Wildsteig und Umgebung ausübte. Der Bienenkorb als Sinnbild des hl Ambrosius spielt auf den Vornamen von Propst Ambrosius Mösner (alias Mösmer, 1775 –1798) an, unter dessen Leitung die Wildsteiger St. Jakobskirche samt Turm restauriert und mit Stilelemen-

ten des Rokoko und Klassizismus ausgestattet wurde. Die Feldtingierung in den Landesfarben Silber (= Weiß) und Blau betont die politische Zugehörigkeit zu Bayern.

Wappen aufgelassener Gemeinden

Ammerhöfe – Schild kunstvoll geschwungen mit goldener Bedachung. Auf blauer Grundtingierung ein silberner Schräglinksfluss, der von je einem silbernen Bauernhof flankiert und in der Mitte von einem goldfarbhenen Steinbrückenbau überbrückt wird. Im Schildkopf gekreuzt Hammer und Schlägel (Silber mit goldenen Stielen). (von 1955 bis 1978)



Ammerhöfe

Das Wappen (für den Gemeindennamen redend) bezeugt die geographische Lage der von der Ammer durchflossenen Gemeinde, die fast nur aus Einzelhöfen besteht (34 Ortsteile). Pfarrkirche und Schule fehlen. Die Bergmannswerkzeuge Hammer und Schlägel verweisen auf die Erwerbstätigkeit der nicht-bäuerlichen Bevölkerung im Kohlenbergbau im nahen Peißenberg. Die Gemeinde wurde 1978 im Zuge der Gebietsreform aufgelöst und ihr Areal den Nachbargemeinden Peißenberg, Hohenpeißenberg und Oberhausen zu verwaltungstechnisch vertretbaren Teilen zugeschlagen.

Die in der Wappenliste nicht genannten ehemaligen Gemeinden, wie das 1938 aufgelöste Aidenried oder die 1978 in Nachbargemeinden integrierten Gemeinden Deutenhausen, Etting, Oderding, Unterhausen usw., besaßen keine eigenen Gemeindewappen. Sie verwendeten in ihren Siegeln das sogenannte kleine Stadtwappen mit der Umschrift „Gemeinde NN“.

Wenn man das Ammerhöfewappen sowie die Vorgängerwappen der beiden Altlandkreise Weilheim und Schongau in Abzug bringt, umfasst das Wappenregister für den LK Weilheim-Schongau gegenwärtig insgesamt 35 kommunale Wappen:

- das aktuelle Landkreiswappen Weilheim - Schongau,

- die Amtswappen dreier Städte (Weilheim, Schongau, Penzberg) und zweier Märkte (Peiting, Peißenberg)

sowie die Einzelwappen von 29 Landgemeinden.

Bildgestaltung und Blasonierung konnten zeigen, dass die Wappensymbole der Kommunalheraldik weitgehend auf historischen Wurzeln beruhen. Die Felddarstellungen auf den Wappen legen beredtes Zeugnis ab für die enge Verbundenheit der jeweiligen Gemeinde mit den politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Gegebenheiten und Geschehnissen im Rahmen der Regionalgeschichte. Ihre Verwendung als Bildabdrucke in allen die Gemeinde betreffenden Bereichen, insbesondere im kommunalen Schriftverkehr, soll diesen Bezug dem Betrachter sichtbar machen, soll Interesse wecken und Wissen erweitern.

Literatur

Walter Leonhard, Das große Buch der Wappenkunst, Augsburg / München, Erstauflage 1978

Georg Paula / Stefanie Berg-Hobohm, Denkmäler in Bayern, Landkreis Weilheim-Schongau, München 2003, Bd. 1 und 2

Landkreis Weilheim-Schongau 2011, Books LLC; Wiki Series, Memphis, USA, 2011, ISBN 9781159131104. www.booksllc.net

Informationsquelle Internet:

Haus der Bayerischen Geschichte:

- > Liste der Wappen im Landkreis Weilheim-Schongau > gesuchtes Wappen > Einzelheiten > Bayerns Gemeinden > Wappenbeschreibung und Wappengeschichte (Bearbeitung: Emma Mages)

„Die ganze Angelegenheit ist nun Jahre verschleppt ...“

Der Widerstand gegen den Bau einer Müllverbrennungsanlage in Eschenlohe in den 1970er Jahren

Der Garmisch-Partenkirchner Landrat Wilhelm Nau (CSU) zeigt sich am 30. August 1971 zuversichtlich: „Mit den Bauarbeiten ... wird in aller Kürze begonnen“, teilt er dem Bayerischen Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen mit.¹ Da täuscht sich der Kommunalpolitiker. Mit den Bauarbeiten für eine Müllverbrennungsanlage (MVA) an der Bundesstraße 2 bei Eschenlohe wird nie begonnen. Das Projekt – Kritiker sprechen wegen des hohen Kamins von einem „Schandpfahl“² – scheitert.

Die Geschichte der MVA ist bisher nicht erforscht. Der Autor zog für diesen Beitrag vor allem Bestände des Bayerischen Hauptstaatsarchivs heran sowie in geringerem Umfang Unterlagen, die sich im Staatsarchiv München und im Marktarchiv Murnau befinden. Zudem wertete er Ausgaben des Garmisch-Partenkirchner Tagblatts aus.

Die Ausgangslage

Das Problem mit der Müllbeseitigung besteht im Landkreis Garmisch-Partenkirchen, der 1970 insgesamt 16 Gemeinden und rund 64 000 Einwohner zählt, schon seit dem Ende der 1950er Jahre. Eine gemeinsame Lösung mit benachbarten Landkreisen klappt nicht. Eine Deponie in Spatenhausen lehnen die Regierung und alle Fachstellen aus wasserwirtschaftlichen Gründen ab. Mülltransporte in eine entferntere Gegend kommen nicht in Betracht. Der Status Quo ist Anfang der 1970er Jahre, dass jeder Ort seine eigene Müllkippe hat. Die Müllbeseitigung „vollzieht sich auf fünfundzwanzig Tag und Nacht in Augenhöhe rauchenden und stinkenden Halden, die das Landschaftsbild erheblich stören und unser Erholungsgebiet entwerten. Ratten und Krähen, be-

kannt als Überträger von Krankheitskeimen, nehmen überhand. Das Grundwasser wird verseucht.“³ So beschreibt Nau 1973 die Lage, um für die MVA in Eschenlohe zu werben.

Bereits 1971 beschließt der Kreistag dieses Projekt. Voraussetzung ist, dass „mit den Firmen Koppers-Wistra in Düsseldorf, Jakob Altvater & Co. in Bad Wurzach und der Gemeinde Eschenlohe annehmbare Vertragsbedingungen ausgehandelt werden können“. Die Anlage soll auch Randgemeinden der angrenzenden Landkreise zur Verfügung stehen.⁴

Mit Erlass des Abfallbeseitigungsgesetzes vom Juni 1972 wird die erste bundeseinheitliche Regelung auf diesem Gebiet geschaffen. „Dieses Gesetz schrieb vor, dass eine Beseitigung von Abfällen nur in besonders zugelassenen Abfallbeseitigungsanlagen behandelt werden durfte. Für die Beseitigung von Hausmüll war die nach Landesrecht zuständige Körperschaft zuständig (Kommune).“⁵ In Bayern wird die Abfallentsorgung erstmals mit dem Bayerischen Abfallgesetz vom Juni 1973 spezialgesetzlich geregelt. Darin werden die Landkreise als beseitigungspflichtige Körperschaften bestimmt.⁶ Der Garmisch-Partenkirchner Kreistag beschließt also bereits zwei Jahre vor Inkrafttreten des Bayerischen Abfallgesetzes, eine zentrale MVA zu errichten. Möglicherweise deswegen, „weil in Kürze ohnehin eine gesetzliche Regelung zu erwarten sei“⁷, wie es im Juni 1971 heißt.

Die Planung

Die MVA, in der man Hausmüll, Sperrmüll und Industriemüll verbrennen will, soll auf einem Industriegelände nördlich von Eschenlohe entstehen. Der Landkreis kauft dafür von der Gemeinde Eschenlohe für 250 000 D-Mark ein 10 000 Quadratmeter großes Grundstück. Zudem erwirbt er eine weitere Fläche (8000 Quadratmeter) für 160 000 D-Mark, wo Verbrennungsrückstände gelagert werden sollen. Die Firma Koppers-Wistra erstellt die Anlage nach dem System Volund, Kopenhagen. Die Bauzeit soll 18 Monate betragen. Die Kosten werden, Stand September 1971, auf insgesamt 8,2 Millionen D-Mark beziffert. Als Betreiber soll die Firma Jakob Altvater einsteigen. Der Landkreis hofft auf staatliche Zuschüsse.⁸ Es heißt, dass sich die Müllabfuhrkosten für die Haushalte etwa verdoppeln.⁹

Die Kommunalpolitiker gehen sogar auf Reisen: Im Juni 1971 findet auf Einladung von Koppers-Wistra eine Informationsfahrt nach Dänemark statt. Daran nimmt ein Großteil der Bürgermeister und der Kreisausschuss-Mitglieder teil. Die Gruppe besichtigt Müllverbrennungsanlagen.¹⁰

In der MVA Eschenlohe sind, wie die Lokalzeitung schreibt, nur ein, zwei Techniker erforderlich, „um von einem Steuerpult aus, das per Fernsehbild stetigen Einblick in den Verbrennungsvorgang gibt, die Anlage zu ‚fahren‘. Zwei Verbrennungsöfen, von denen einer pro Stunde drei Tonnen Müll schlucken kann, werden in kürzester Frist den Müll in anorganische Schlacke verwandeln, die nur noch zehn Prozent der per Fließband angelieferten Menge ausmacht. Nicht ganz hübsch dürfte nur der Kamin der Maschinerie sein, der mit seiner Höhe von 50 bis 70 Metern (!) ein neues ‚Wahrzeichen‘ von Werdenfels wird.“¹¹ Mit einer Rauchgaswäsche sollen Abgasstoffe auf einen Bruchteil der zulässigen Werte reduziert werden.¹²

Träger der Anlage wird der Landkreis oder ein noch zu gründender Zweckverband. Nur dann gibt es staatliche Fördergelder.¹³

Die Befürworter

Landrat Nau legt sich über Jahre ins Zeug, damit die Anlage gebaut wird. So schreibt er im Mai 1973 an Max Streibl, CSU-Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen: „Ein weiteres Hinausschieben des Vorhabens kann nicht mehr verantwortet werden.“ Das Raumordnungsverfahren „sollte ursprünglich in wenigen Wochen durchgezogen werden. Es ist leider heute noch nicht, fast 1 1/2 Jahre nach seiner Einleitung, abgeschlossen. Der Kreisausschuss



Befürworter: Landrat Wilhelm Nau ist für den Bau der MVA;

Quelle: Landratsamt Garmisch-Partenkirchen

hat sich aufgrund der von den Gegnern des Vorhabens gehegten Befürchtungen ohne Rücksicht auf die Mehrkosten entschlossen, die Anlage zusätzlich mit einer Rauchgaswäsche zu versehen, damit die Chloridemissionen auf ein Mindestmaß reduziert werden können und jegliche Klimabeeinflussung im negativen Sinn ausgeschlossen ist.“¹⁴ Streibl, der aus dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen (Oberammergau) stammt, ist für die MVA. „Der Bau der Anlage hat ... weder eine Verunstaltung der Landschaft noch Nachteile für den Fremdenverkehr zur Folge. ... Das Biotop ‚Murnauer Moos‘ wird durch die Abgase der Müllverbrennungsanlage keine negative Veränderung erfahren. ... Die Abfallverbrennungsanlage wird im Gegenteil die Möglichkeit bieten, wilde Müllkippen, die seit Jahrzehnten als Dauerbrenner Rauch, Gestank und Schadgase unmittelbar über dem Boden emittieren, zu beseitigen und in Zukunft nicht mehr entstehen zu lassen.“ Dem Naturschutz im Werdenfeller Land werde mit dem Bau ein „Dienst“ erwiesen.¹⁵ Auch Dr. Josef Vogl, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, zählt zu den Befürwortern: „Die Situation der Abfallbeseitigung ist nirgends in Bayern so schlecht wie im Landkreis Garmisch-Partenkirchen.“¹⁶ Darüber hinaus betont Vogl: „Die Höhe des Schornsteins schließe eine Konzentration von Schadstoffen am Boden und somit eine Gefahr für Mensch, Tier und Pflanze aus. Auch bei Föhn seien diese Abgase nicht meßbar. Die im Landkreis ansässigen Industriebetriebe hätten in dieser Hinsicht eine gefährlichere Wirkung.“¹⁷

Landrat Nau rät Gegnern, in die Schweiz zu schauen. Dort gebe es eine große Zahl von Müllverbrennungsanlagen, „die fast ausschließlich in Wohngebieten stationiert seien. Er sei überzeugt, daß die fortschrittliche Schweiz nicht beabsichtige, auf fremdenverkehrsmäßigem Gebiet Selbstmord zu begehen. Man solle nicht vergessen, daß eine einzige brennende Müllhalde eine Luftverunreinigung bringe, die um ein Vielfaches höher liege, als bei der kontrollierten Verbrennung allen Mülls des Landkreises in einer MVA.“¹⁸

Die Gegner

Als die MVA-Pläne bekannt werden, regt sich Widerstand. Der Bund Naturschutz in Bayern protestiert aufs Schärfste: „Will man dieses wertvolle Naturgebilde und seine prächtige Bergumrahmung, das Ein-

gangstor zum Werdenfelser Land, durch einen Gebäudekomplex mit einem mindestens 70m hohen Schornstein für alle Zeiten verunstalten? Will man das vielgesungene Lied vom schönen Loisachtal künftig Lügen strafen? ... Wenn diese Anlage steht, gibt es keine Handhabe mehr, weitere Industrieanlagen im Randbereich des Murnauer Moores zu verhindern. ... Der Platz bei Eschenlohe ist also ein Lückenbüßer, eine gewissenhafte, objektive Prüfung aller nur denkbaren sonstigen Standorte hat nicht stattgefunden.“ Der Bund Naturschutz bemängelt, dass kein Raumordnungsverfahren stattgefunden hat und keine Botaniker, Zoologen und Spezialmediziner herangezogen worden seien. „Gerade bei einer solch großen, folgensweren und kostspieligen Anlage, die den Anforderungen noch vieler nachfolgenden Generationen Rechnung tragen muß, muß der Standort, zumal an einer so kritischen Stelle, von Anfang an gewissenhaft geprüft werden und zwar auch unter Mitwirkung aller langjährigen wirklichen Kenner des Gebietes. Der Plan ist aber im wesentlichen nur von dem örtlichen Bürgermeister und Gemeinderat, von dem Landrat und Kreistag ausgearbeitet und vorangetrieben worden. ... Die Absicht ist unverkennbar, daß hier vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen, bevor der gesetzlich vorgeschriebene Weg durchlaufen und alle Instanzen und Fachleute, auch die gegensätzlich eingestellten, gehört worden sind.“

Werde die Anlage gebaut, „wird die ganze weitere Naturschutzarbeit im Murnauer Moos in Frage gestellt und dieses herrliche einmalige Gebiet, diese wertvolle Erholungslandschaft für den gehetzten modernen Menschen, dieses interessante Studien- und Forschungsgebiet für unseren wissenschaftlichen Nachwuchs der langsamen Vernichtung ausgeliefert. Die bayerische Staatsregierung und alle ihre Erklärungen und Bemühungen im Naturschutz werden dann unglaublich.“¹⁹

Auch „besorgte Bürger“ aus Eschenlohe melden sich zu Wort. Sie formulieren eine Resolution. Darin heißt es: „Eschenloher Bürger informiert euch! Schließt euch der Resolution vom 25.10.1971 der Murnauer Bürger wie folgt an:

- 1.) Im Murnauer Moos herrschen bekanntlich, insbesondere im Frühjahr und Herbst lang anhaltende Nebel, welche den Salzsäureniederschlag und sonstige Giftgase in konzentrierter Form über mehrere Tage in diesem Gebiet speichern werden. Unter solchen Witterungs-

verhältnissen festgehaltene Gasmengen müssen sich zwangsläufig auf die Gesundheit der hier lebenden Bürger auswirken.

- 2.) Auch die Terrainkuren der Siemens-Werke in der Gemeinde Eschenlohe sind in Frage gestellt. Ferner wird der Fremdenverkehr in dem Naherholungsraum vor München einen erheblichen Rückschlag erleiden.
- 3.) Die Alm- und Grünlandwirtschaft wird durch den Salzsäureüberschlag auf die Dauer erheblich beeinträchtigt, wenn nicht gar unmöglich gemacht, auch unsere Nadelholzwälder sterben nach Aussage des Direktors von der Müllverbrennung Unterföhring ab. Außerdem wird der Gemüseanbau der Kleingärten in Frage gestellt.
- 4.) Zweifellos wird der ganze Haus- und Grundbesitz in der Nähe der Müllverbrennungsanlage fast gänzlich entwertet.
- 5.) Die geplante Müllverbrennungsanlage liegt in einem Hochwassergebiet. Bei Katastrophenfällen ist vorzusehen, daß der lagernde Müll über einen großen Teil des Murnauer Moores geschwemmt wird.²⁰



„Betonwüste Werdenfels?“ Das Gremium für Umweltschutz macht 1974 mit einer Anzeige mobil; Repro: Lory

- 6.) Außerdem ist bekannt, wie vom Direktor der Müllverbrennung bestätigt wird, mit starker Lärm- und Geruchsbelästigung ... zu rechnen.
- 7.) In der Wahl des Standortes .. ist nicht von sach- und zweckdienlichen Gesichtspunkten ausgegangen worden, sondern das Füllen des Gemeindefeldes scheint hier offensichtlich eine wesentliche Rolle gespielt zu haben und ein Raumordnungsverfahren wurde von der Gemeindeaufsichtsbehörde nicht für notwendig gehalten.“²¹



***Nein zum Standort: Franz Jaeger (Mitte),
Vorsitzender des Gremiums für Umweltschutz, moderiert ein Streitgespräch.
Der Murnauer ist einer der Hauptakteure des Widerstands gegen die MVA.
Der Beitrag erschien 1971 im Garmisch-Partenkirchen Tagblatt; Repro: Lory***

In Murnau formiert sich ein Gremium für Umweltschutz. Der Vorsitzende Franz Jaeger beklagt: „Die Anlage ist ohne jegliche vorhergegangene Gutachten und Stellungnahmen der Fachbehörden in Auftrag gegeben worden.“ Und weiter: „Die Bemühungen des Gremiums sind von höchster Stelle fortgesetzt durch beschwichtigende Worte neutralisiert, z.T. sogar unterwandert worden.“ Er stellt die Frage: „Ist die geplante M.V.A. Eschenlohe als Alpenskandal zu bezeichnen, in dem die staatliche Manipulation dominiert?“ Jaeger weist den Vorwurf nachdrücklich zurück, „daß das Gremium eine Gruppe von Besserwissern sei, von übereifrigen Laien, die die Bevölkerung zu Unrecht beunruhigen u.a.m.

Das Gremium hat von Anfang an die Bevölkerung nur nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage durch qualifizierte Experten aufgeklärt.²² Jaeger spricht darüber hinaus von einer Fehlplanung: „Ursprünglich sollte die Anlage ... 2,5 Millionen DM kosten ..., heute kostet sie bereits über acht Millionen DM“²³. Das Gremium für Umweltschutz erregt Aufsehen mit einem Testfeuer. Es wurde bei mittlerer Inversionslage nahe Eschenlohe entzündet und in Abständen fotografiert, wie sich der Rauch ausbreitet und im Tal hängen bleibt.²⁴

Der Biologe Prof. Dr. Wolfgang Engelhardt, Präsident des Deutschen Naturschutzrings, kritisiert die Stelle, wo die MVA gebaut werden soll: „Der Standort ist als ausgesprochen schlecht zu bezeichnen, und zwar weil er mit einer Fläche von 1,8 ha bei weitem zu klein ist, der Grundwasserstand viel zu hoch liegt, der vorgesehene Platz zwischen Bundesstraße und Loisach eingepfercht ist, keine Möglichkeit für eine Großdeponie (Schlacke) geschaffen werden kann, die Zufahrt des Mülls und die Abfahrt der unverbrennbaren Reste eine starke zusätzliche verkehrsmäßige Belastung des sowieso engen Loisachtales darstellt.“ Engelhardt spricht sich für eine leistungsfähige Großanlage für die Kreise Garmisch-Partenkirchen, Weilheim und Bad Tölz aus.²⁵ „Aber, auf der anderen Seite muß man als Fachmann auch ganz deutlich sagen, daß das Sankt-Florians-Prinzip uns nicht weiterführt. Die wilden Deponien im Landkreis müssen weg und es muß eine befriedigende Lösung gefunden werden.“²⁶

Auch das Kuratorium Bad Murnau sträubt sich gegen die MVA: „Mitten in der Silhouette des zwischen die Berge eingeschnittenen unvergleichlich schönen Loisachtales würde wie ein Schandpfahl für die Fremdenverkehrserwartungen der die Landschaft weithin verunstaltende hohe Kamin aufragen.“

Eine derartige MVA müsse mindestens in die „sich von Westen nach Osten erstreckende aufgelockerte Industriezone von Schongau über Peiting, Peißenberg, Weilheim, Penzberg, Geretsried, Rosenheim, Traunreut bis Burghausen verlegt werden. Dort bestehen auch bereits Industrieanlagen, welche die Energie- und Wärmekapazitäten einer Müllverbrennungsanlage sofort ausnutzen können.“²⁷

Dr. Ingeborg Haeckel (1903–1994), Murnauer Ortsbeauftragte für Naturschutz und stellvertretende Vorsitzende des Gremiums für Umwelt-

schutz, wendet sich direkt an Minister Streibl: „Will sich die Bayerische Staatsregierung wirklich vor der ganzen Welt bloßstellen und ein so bedeutendes Schutzgebiet, das einzigartig in ganz Europa dasteht, preisgeben?“²⁸ Haeckel moniert unter anderem, dass die „ausgesprochen ungünstigen meteorologischen Verhältnisse bei Eschenlohe“ völlig übergangen worden seien, „d.h. die vorherrschenden nord-südlichen und süd-nördlichen Luftströmungen, der Föhn, die starke Nebelbildung und vor allem die häufigen Inversionslagen“²⁹.



*Eine Kämpferin:
Dr. Ingeborg Haeckel setzt alle Hebel in
Bewegung, um die Anlage zu verhindern;
Foto: Beate Seitz-Weinzierl*

Die Murnauer Ehrenbürgerin, auch Ehrenmitglied beim Bund Naturschutz, setzt alle Hebel in Bewegung, um die MVA zu verhindern. Davon zeugt ein Karton in ihrem Nachlass.³⁰ So kontaktiert sie zum Beispiel Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP).³¹ Den BN-Vorsitzenden Hubert Weinzierl tadelt Haeckel: „Der Bund Naturschutz hat sich in der Angelegenheit Müllverbrennungsanlage bisher nicht so eingesetzt, wie es die grundsätzliche Bedeutung dieses Vorhabens erforderte. Denn es geht um nicht weniger als die Freihaltung des gesamten deutschen Alpenraumes von derartigen Anlagen und von deren Folgen. Es geht aber auch um das Ansehen des Bundes Naturschutz, das bereits in unserem Gebiet Einbußen erlitten hat und weitere schwere Einbußen erleiden wird, wenn es nicht gelingt, die Anlage aus Eschenlohe an einen anderen Ort zu verlegen.“³² Die Rettung und der Schutzstatus des Murnauer Mooses sind vor allem Haeckel zu verdanken.³³

Der Deutsche Rat für Landespflege lehnt die MVA ebenfalls ab³⁴, die Industrie- und Handelskammer hält den Standort für ungeeignet.³⁵ Die Gemeinde Eschenlohe ist erst dafür – und später dagegen. Im Dezember 1971 beantragt der Gemeinderat bei der Regierung von Oberbayern

ein Raumordnungsverfahren. „Der Gemeinderat hat durch Mehrheitsbeschluss den Baugrund zu der vorgesehenen Anlage an den Landkreis veräußert. Ebenso wurde durch Mehrheitsbeschluß die bauliche Anlage bewilligt. Erst nachdem dies geschehen war, wurde in Murnau eine Aufklärungsversammlung durchgeführt. Eine Versammlung in Eschenlohe unter Teilnahme von Experten für Müllbeseitigung zeigte erst die große Problematik der Angelegenheit auf.“³⁶

In ganz Deutschland sei „kaum ein Ort denkbar, der unter dem Gesichtspunkt der Landschaftspflege für eine Müllverbrennungs-Anlage mit hohem Schornstein und Abgasentwicklung weniger geeignet wäre“, tut die Gemeinde kund.³⁷

In einem Schreiben an Streibl werden 1973 „falsche Informationen“ genannt und „Unkenntnis der offenen und heimlichen Gefahren“ einer MVA. Weiter heißt es darin, dass „dieser Gemeinderat, sollte ... Eschenlohe die Müllverbrennungsanlage aufgezwungen werden, alle ihm zur Verfügung stehenden Rechtsmittel zur Verhinderung der Müllverbrennungsanlage ... ausschöpfen wird“³⁸.

Die Gemeinde Eschenlohe hatte mit einstimmigem Beschluss des Gemeinderats der Firma Jakob Altvater ein auf 99 Jahre befristetes Erbbaurecht eingeräumt.³⁹ Es ist davon die Rede, dass der Landkreis mit dem Unternehmen auf die Dauer von zehn Jahren einen Betreibungsvertrag abschließt, „unter der Voraussetzung, dass das Erbbaurecht an den Landkreis übertragen wird“⁴⁰. Im Januar 1973 wird bekannt, dass der Landkreis die 250 000 D-Mark für das Grundstück noch nicht an die Gemeinde Eschenlohe bezahlt und die Kommune ihrerseits 150 000 D-Mark an Kreisumlage noch nicht beglichen hat.⁴¹ Kurz darauf erklärt sich die Gemeinde bereit, die Fläche zurückzunehmen, wenn der Landkreis die Kosten wie Notargebühren trägt.⁴²

Der Gemeinderat Ohlstadt votiert Ende 1971 einstimmig gegen die MVA. Das Gremium beantragt ebenfalls ein Raumordnungsverfahren.⁴³ Damit nicht genug: „Schwerste Bedenken“ hat auch das Forstamt. „Es ist aus zahlreichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen bekannt, dass mit den Rauchgasen von Müllverbrennungsanlagen insbesondere Chlorwasserstoff, daneben auch Schwefeldioxyd in einer Menge enthalten sind, die an anderen Orten bereits zu schweren Schädigungen der umgebenden Pflanzenwelt geführt haben. In vorliegendem Fall befinden

sich in unmittelbarer Umgebung der geplanten Verbrennungsanlage sehr wüchsige und ertragreiche Bauernwaldungen der Gemeinden Eschenlohe und Ohlstadt.“⁴⁴ Der Landtagsabgeordnete Sepp Klasen (SPD) fordert, das Projekt müsse sofort gestoppt werden.⁴⁵

Debatten über Alternativ-Standorte

Landrat Nau behagt der Widerstand überhaupt nicht. In einem Schreiben an Minister Streibl äußert er sich kritisch und abschätzig über manche Gegner. „Wie Herr Bürgermeister Riedl/Unterammergau gelegentlich ... geäußert hat, ist oder war Herr Jaeger Vorsitzender der Jusos in Murnau. Er versuche krampfhaft eine politische Plattform zu gewinnen und dabei scheint ihm die Protestaktion gegen die MVA ... der geeignete Nährboden zu sein. Ich habe überhaupt den Eindruck gewonnen, daß die Gegner der MVA im Raum Murnau weitgehend in linken Kreisen zu suchen sind. ... Ich glaube ... nicht fehlzugehen, daß die ‚schweigende Mehrheit‘ sowohl in unserem Landkreis, als auch im Raume Murnau die Errichtung der MVA billigt und daß es nur ein kleiner Kreis von Wichtigtuern und deren Mitläufern ist, die nun meinen, wieder einmal das demokratische Prinzip (mit kleineren und größeren Seitenhieben gegen die CSU) strapazieren zu müssen.“ Nau bittet Streibl „inständig“, dem Raumordnungsverfahren nicht stattzugeben.⁴⁶ In einer handschriftlichen Notiz offenbart sich Naus Ärger: „Jetzt prüfen wir schon über 10 Jahre. Wie lange noch? Sollen wir warten bis ein Verfahren entwickelt ist, wonach man den Müll auf den Mond schießen kann!?!“⁴⁷

Diverse Gutachten werden eingeholt: Vier stehen der MVA positiv, vier negativ gegenüber. Die Gemeinde Eschenlohe fordert daher ein so genanntes Obergutachten.⁴⁸ 1975 beklagt der Bund Naturschutz: „Das von Herrn Staatsminister Streibl in richtiger Erkenntnis ausdrücklich zugesagte Obergutachten von namhaften neutralen außerbayerischen Fachwissenschaftlern ist leider nicht in Auftrag gegeben worden.“⁴⁹

Immer wieder ist auch von möglichen Alternativ-Standorten die Rede. Im August 1973 lehnt der Penzberger Stadtrat einstimmig eine Müllbeseitigungsanlage in seinem Stadtgebiet ab. Zuvor hatten Penzberger Bürger eine Resolution verabschiedet. Für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zeichnet sich eine Lösung in Form einer Deponie ab. Sie soll bei Gut Sterz in der Gemeinde Herrnhäusen entstehen.⁵⁰



Widerstand: Die Gemeinde Eschenlohe läuft Sturm gegen die MVA, wie 1973 einem Bericht des Garmisch-Partenkirchner Tagblatts zu entnehmen ist; Foto: Lory

Auch eine Deponie in Peißenberg ist Thema, doch es gibt Widerstände.⁵¹ Auf Peißenberg bezieht sich auch Franz Jaeger in einem Schreiben an den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Der Murnauer klagt, es gebe leider „noch immer engstirnige Ehrgeizlinge, die versuchen, im Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit dem Baubeginn einer eigenen Anlage (Eschenlohe) vor der Realisierung der MVA Peißenberg durchzukommen.“⁵²

Darüber hinaus gibt es Debatten über eine Mülldeponie in Kiesgruben bei Spatzenhäusern/Obersöchering im benachbarten Landkreis Weilheim-Schongau als Ersatz für eine Verbrennungsanlage. Doch die Chancen stehen Anfang 1974 nicht gut. „Die Vertreter der Landesämter für Umweltschutz sowie für Wasserversorgung und Gewässerschutz wie auch das Wasserwirtschaftsamt warnten übereinstimmend davor, mit einer Deponie ein großes und für die Versorgung des Großraumes Weilheim enorm wichtiges Wasservorkommen durch eine Deponie zu gefährden. Wesentlich günstiger beurteilte das Geologische Landesamt das Vorhaben.“⁵³

In das Raumordnungsverfahren bringt der Landkreis Garmisch-Partenkirchen die Variante Schwaiganger ein. Diese „wird sich infolge der außerordentlich starken Widerstände, insbesondere durch den Grundstückseigentümer (Landwirtschaftsministerium), das Wasserwirtschaftsamt und die Bundeswehr kaum verwirklichen lassen“, mutmaßt Landrat Nau⁵⁴. Der Standort, der sich in der Nähe des Gestüts Schwaiganger befindet, wird besichtigt. „Nach übereinstimmender Auffassung würde sich dieser Platz sogar besser als jener in Eschenlohe für die Errichtung

einer MVA eignen“⁵⁵, schreibt Amtsrat Willy Treiß, Müll-Sachbearbeiter im Landratsamt, in einem mit dem Hinweis „Vertraulich!“ versehenen Aktenvermerk. Darin heißt es weiter: „Bei der zu erwartenden Besprechung aller ... beteiligten Behörden und der Ortsbesichtigung in Eschenlohe sollte zunächst dieser Standort nicht erwähnt, sondern lediglich in Reserve gehalten werden. Erst wenn sich zeigt, daß nach Anhörung aller Beteiligten und abschließender Diskussion der Standort Eschenlohe abgelehnt werden muß, sollte die Variante ins Gespräch gebracht werden. Es wäre zweckmäßig, wenn Herr Staatsminister vorsorglich mit Herrn Staatsminister Dr. Eisenmann des Landwirtschaftsministeriums Gespräche aufnimmt, damit der Platz in Schwaiganger für das Vorhaben des Landkreises gesichert werden kann.“⁵⁶ Das Grundstück – eine aufgelassene Kiesgrube – ist circa 20 000 bis 25 000 Quadratmeter groß.⁵⁷

Die Regierung von Oberbayern lädt für 25. Januar 1973 zu einer Besprechung auf die Kreut-Alm ein. Dabei stellt sich heraus, „daß der Großteil der Behörden und Institutionen, die bezüglich des Standortes Eschenlohe eine ablehnende Stellungnahme abgegeben haben, zugleich den Standort Schwaiganger ablehnen. Außerdem ergibt sich bei Schwaiganger das Problem, daß dieser Standort im äußersten Schutzbereich eines Munitionsdepots der Bundeswehr liegt. Das Bundesverteidigungsministerium gab deshalb zu erkennen, daß es bei der Errichtung der geplanten Anlage in Schwaiganger sich nicht mehr in der Lage sähe, die geplante Erweiterung des Munitionsdepots durchzuführen und deshalb das ehemalige Projekt der Errichtung eines Munitionsdepots zwischen Krün und Wallgau wieder aufgegriffen werden müßte.“⁵⁸

Neben Schwaiganger wird noch über andere Varianten bei Eschenlohe gesprochen. Vertreter des Landratsamts besichtigen den „großen Waldfleck“ an der Straße nach Grafenaschau und einen Standort im Laber-Laine-Tal zwischen Höllenstein und Rappenschrofen.⁵⁹

Ende 1973 befasst sich der Kreistag einmal mehr mit der MVA. Das Gremium beschließt auf Antrag von Garmisch-Partenkirchens Bürgermeister Toni Neidlinger (CSU) dreierlei: Es ist zu klären, wo die Abfallprodukte (Schlacke) deponiert und wie lang sie dort abgelegt werden können; es muss geprüft werden, was die Schlackendeponie und die Verbrennung kosten; es ist zu untersuchen, ob nicht doch auch mit einer so genannten Rottedeponie gearbeitet werden könnte.⁶⁰

Das Projekt zieht sich

Das Verfahren läuft, wie bereits gesehen, nicht im Sinne Landrat Naus. „Die ganze Angelegenheit ist nun Jahre verschleppt und dadurch erheblich verteuert worden. Ich halte es für unverantwortlich, weiter zuzuwarten und das Problem aussichtslos vor sich herzuschieben.“⁶¹ Im April 1974 wird ein Planfeststellungsverfahren für Eschenlohe beantragt. Nau hofft, dass es „alsbald und positiv abgeschlossen wird, damit noch im Frühjahr 1975, nach über 3-jähriger Verzögerung, mit den Bauarbeiten endlich begonnen werden kann“⁶². Der Landrat wird ungeduldig. Zwei Monate später erklärt er: „Eine weitere Verzögerung erscheint unverantwortlich. Die Kosten des Vorhabens haben sich ... bereits verdoppelt. Die beteiligten Dienststellen werden deshalb dringend gebeten, das Vorhaben des Landkreises bestmöglich zu unterstützen und das laufende Verfahren zu beschleunigen.“⁶³

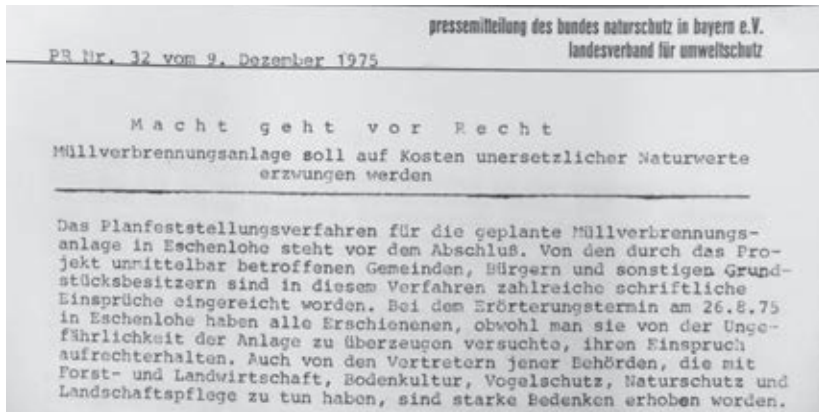
Im November 1974 erreichen die Kosten ein Niveau von 14,4 Millionen D-Mark. Der Landkreis beantragt ein staatliches Darlehen von 5,78 Millionen D-Mark.⁶⁴

Das Finale

Ende 1975 rechnet der Bund Naturschutz damit, dass die MVA bald genehmigt wird. „Diese Entscheidung erfolgt in erster Linie aus politischen Gründen und aus Gründen des Prestiges, in zweiter Linie, weil man keinen anderen Weg sieht und zu suchen bereit ist, um den derzeitigen Müllnotstand im Landkreis Garmisch-Partenkirchen zu beheben. Eschenlohe als Standort wurde seinerzeit nicht ‚gewählt‘, sondern es war der einzige Ort im Landkreis, der aus Unkenntnis der Folgen das Vorhaben nicht von vornherein ablehnte.“⁶⁵

Eine MVA bei Eschenlohe sieht der Bund Naturschutz „nach wie vor als eine ausgesprochene Fehlplanung an. Sie kann vom Standpunkt des Naturschutzes aus nicht verantwortet werden. Müllverbrennungsanlagen gehören nicht in die Alpen!“⁶⁶

1977 wird verkündet, dass sämtliche Deponien bis auf vier geschlossen werden. Zuständig fürs obere Loisachtal ist die Deponie am Lachen in Garmisch-Partenkirchen, fürs Ammertal der Oberammergauer Platz, fürs Isartal die Deponie am Isarhorn und für den Murnauer



*„Macht geht vor Recht“: Ausschnitt aus einer Pressemittellung des
Bund Naturschutz von 1975; Repro: Lory*

Raum eine aufgelassene Kiesgrube bei Aidling.⁶⁷ Hintergrund: Ab Juni 1977 war der Landkreis nun tatsächlich für den Müll zuständig. Denn das Bayerische Abfallgesetz vom Juni 1973 enthielt eine Übergangsvorschrift. Spätestens vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes traten die Landkreise voll in die Beseitigungspflicht ein.⁶⁸

Mit Bescheid vom 10. Mai 1976 wird der Planfeststellungsbeschluss für die MVA Eschenlohe erlassen, die MVA ist also genehmigt. Dagegen werden mehr als 80 Klagen erhoben. „Zwar hätte der Landkreis die sofortige Vollziehung des angefochtenen Beschlusses beantragen können; dies hätte aber zur Voraussetzung gehabt, daß sich der Landkreis hätte verpflichten müssen, für den Fall des Unterliegens in der Hauptsache alle Baumaßnahmen auf eigene Kosten rückgängig zu machen und den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Aufgrund der finanziellen Tragweite mußte eine solche Zusicherung zwingend unterbleiben, d.h., die gerichtliche Klärung musste abgewartet werden. Sie ist bis heute nicht erfolgt“, notiert Landrat Nau 1982.⁶⁹ Bereits im Jahr 1978 sehen laut Naturschützerin Dr. Haeckel „auch die maßgebenden Vertreter der Behörden die unverantwortlichen Folgen einer Planung an dieser Stelle ein – und die Anlage wurde nicht gebaut“⁷⁰.

Bei einem Vergleich verpflichtet sich der Landkreis 1980, an die Firma Koppers-Wistra einen Betrag von 497 200 D-Mark zu bezahlen.⁷¹ Insgesamt kostet es den Landkreis rund 2,2 Millionen D-Mark, aus dem Vertrag

mit dem Ofenbauer auszusteigen.⁷² Das Garmisch-Partenkirchner Tagblatt schreibt 1981 von einem „Staatsbegräbnis erster Klasse“. Die Überschrift lautet „Müllverbrennung schluckt zwei Millionen und der Kreis hat gar nichts davon ...“⁷³ 1985 ist gar von 2,9 Millionen D-Mark die Rede.⁷⁴

Altlandrat Nau wettert noch 1987 in einem Leserbrief mit Bezug auf die Proteste Anfang der 1970er Jahre, dass „plötzlich falsche Propheten aufgestanden“ seien und „das Projekt verteuftelt“ hätten.⁷⁵ Franz Jaeger vom Gremium für Umweltschutz wehrt sich gegen diese Zuschreibungen.⁷⁶

Der Müll kommt nach Schwaiganger

Nachdem es mit der MVA in Eschenlohe nichts wird, nimmt die Kreispolitik den Standort Schwaiganger ins Visier. Ende 1979 beschließt der Kreistag einstimmig, die dortige Kiesgrube Lutz-Pech zur Mülldeponie auszubauen – vorbehaltlich des laufenden Raumordnungsverfahrens. Dagegen sind der Bund Naturschutz, das Gremium für Umweltschutz und das Gestüt Schwaiganger.⁷⁷ Doch am Ende wird die Deponie dort Wirklichkeit.

Anmerkungen:

- 1 StaM, RA 104519, Landrat Wilhelm Nau an das Bayerische Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 30.8.1971; Nau (1916 bis 1990) ist von 1965 bis 1984 Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen.
- 2 BayHstA, Landesamt für Umwelt 344, Stellungnahme des Kuratoriums Bad Murnau v. 21.9.1971, unterzeichnet vom Vorstand Dr. phil. Fritz Kren sen., Dipl.-Volkswirt Dr. jur. Hellmuth Reif, Ludwig Biller und Georg Rieger.
- 3 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 18.12.1973, „Der Landrat informiert“.
- 4 Vgl. StaM, RA 104519, Landrat Nau an das Bayerische Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen v. 30.8.1971; der Kreistagsbeschluss datiert vom 23.6.1971, siehe Privatarchiv Josef Brandner, Niederschrift über die Kreistagssitzung v. 23.6.1971, S.18.
- 5 Auskunft der Regierung von Oberbayern vom 5.11.2021 an den Verfasser.

- 6 Vgl. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 13/1973, S. 324ff; verfügbar unter <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/1973/13/gvbl-1973-13.pdf#page=2> (eingesehen am 14.10.2020).
- 7 Privataarchiv Josef Brandner, Niederschrift über die Kreistagssitzung v. 23.6.1971, S.15.
- 8 Vgl. StaM, RA 104519, Schreiben des Sachgebiets II/10 v. 20.9.71.
- 9 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 26.3.1971.
- 10 Vgl. Privataarchiv Josef Brandner, Niederschrift über die Kreistagssitzung v. 23.6.1971, S.4.
- 11 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 26.3.1971.
- 12 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 18.12.1973, „Der Landrat informiert“.
- 13 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 16.4.1971.
- 14 BayHstA, Landesamt für Umwelt 345, Landrat Nau an Minister Max Streibl v. 7.5.1973.
- 15 BayHstA, Landesamt für Umwelt 343, Minister Max Streibl an Hubert Weinzierl, Vorsitzender des Bund Naturschutz in Bayern, v. 26.10.1971.
- 16 BayHstA, Landesamt für Umwelt 344, Bund Naturschutz in Bayern e.V. und Gremium für Umweltschutz e. V.: Müllbeseitigung im Alpenraum: Geplante Müllverbrennungsanlage bei Eschenlohe – ein Präzedenzfall für die deutschen Alpen, Diskussionsbeiträge zum Umweltschutz, S.30. Der Band dokumentiert eine Podiumsdiskussion, die am 16.11.1973 in Garmisch-Partenkirchen stattfindet, künftig: Diskussionsbeiträge.
- 17 Privataarchiv Josef Brandner, Niederschrift über die Kreistagssitzung v. 23.6.1971, S.15.
- 18 Privataarchiv Josef Brandner, Niederschrift über die Kreistagssitzung v. 17.8.1971, S. 28.
- 19 BayHstA, Landesamt für Umwelt 345, Pressemitteilung des Bund Naturschutz in Bayern vom September 1971.
- 20 Das wäre 1999 beim verheerenden Pfingsthochwasser passiert.
- 21 Ebd., Resolution zur Müllverbrennung in Eschenlohe, undatiert.
- 22 BayHstA, Landesamt für Umwelt 344, Diskussionsbeiträge, S.2.ff.; Franz Jaeger kommt 1938 zur Welt und stirbt 2018. Er leitete in Murnau ein kleines Reisebüro mit Schwerpunkt Studienreisen (Freundliche Auskunft von Heino Herpen/Murnau).
- 23 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 11.12.1971.
- 24 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 8/9.1.1972.
- 25 BayHstA, Landesamt für Umwelt 344, Diskussionsbeiträge S.20, 22.
- 26 Ebd., S. 34.
- 27 Ebd., Stellungnahme des Kuratoriums Bad Murnau v. 21.9.1971.
- 28 BayHstA, Landesamt für Umwelt 343, Dr. Ingeborg Haeckel an Minister Streibl v. 28.7.1971.

- 29 Archiv Bund Naturschutz Kreisgruppe Garmisch-Partenkirchen, Stellungnahme des Gremiums für Umweltschutz e.V. gegen die geplante Müllverbrennungsanlage bei Eschenlohe v. 9.1.1972 (Autorin ist Dr. Ingeborg Haeckel). Bei einer Anhörung zur MVA soll ein Abgeordneter geblafft haben: „Was wui denn die Mooshex?“ Laut Bund Naturschutz war Haeckel auf den Titel „sogar stolz, belegte er doch, dass sie Erstaunliches erreichen konnte, wenn auch nicht mit Hexerei, sondern dank Sachverstand und Menschenkenntnis.“ Siehe <https://www.bund-naturschutz.de/bund-naturschutz/erfolge-niederlagen/murnauer-moos/ingeborg-haeckel.html> (eingesehen am 13.10.2020).
- 30 Der Nachlass von Dr. Ingeborg Haeckel mit einem Karton zum Thema Mülldeponie/Müllverbrennungsanlage Eschenlohe befindet sich im Marktarchiv Murnau.
- 31 MAM, Nachlass Dr. Ingeborg Haeckel, Karton Mülldeponie/Müllverbrennungsanlage Eschenlohe, Mappe mit diversen Schreiben vom 25.10.1971 bis 21.9.1972. Die Briefe an Genscher datieren vom 9.1.1971 und 16.4.1972.
- 32 Ebd., Dr. Ingeborg Haeckel an Hubert Weinzierl vom 19.12.1971.
- 33 Näheres zu Haeckel ist zu finden in: Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege: Blätter zur bayerischen Naturschutzgeschichte, Dr. Ingeborg Haeckel (1903–1994), bearbeitet von Gertrud Fluhr-Meyer 06/2007; Karla Bauer (Hg.): Persönliche Erinnerungen an Dr. Ingeborg Haeckel, 2010, o.O.; <https://www.bund-naturschutz.de/ueber-uns/erfolge-niederlagen/murnauer-moos/ingeborg-haeckel>.
- 34 Vgl. BayHstA, Landesamt für Umwelt 343, Sprecher Graf Lennart Bernadotte an Minister Streibl v. 8.3.1973.
- 35 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 17.1.1973.
- 36 StaM, RA 104519, Beglaubigter Auszug aus der Niederschrift v. 20.12.1971, der Beschluss datiert v. 17.12.1971.
- 37 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 16.10.1972.
- 38 Vgl. Privataarchiv Josef Brandner, Schreiben der Gemeinde Eschenlohe an Minister Streibl v. 20.8.1973; Bürgermeister ist zu dieser Zeit Anton Huber.
- 39 Vgl. BayHstA, Landesamt für Umweltschutz 342, Landrat Nau an Oberste Baubehörde im Bayerischen Innenministerium v. 15.9.1970.
- 40 Privataarchiv Josef Brandner, Niederschrift der Kreistagssitzung v. 23.6.1971, S.6.
- 41 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 12.1.1973.
- 42 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 20.1.1973.
- 43 Vgl. Ebd., Beglaubigter Auszug aus der Niederschrift v. 6.12.1971, der Beschluss datiert v. 3.12.1971.
- 44 StAM, RA 104520, Schreiben der Oberforstdirektion München v. 11.4.1972, zitiert wird darin eine Stellungnahme des Forstamts Murnau.
- 45 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 7.12.1971.
- 46 BayHstA, Landesamt für Umwelt 343, Landrat Nau an Minister Streibl v. 28.10.1971.
- 47 Ebd., handschriftliche Notiz von Landrat Nau auf einem Schreiben von Hubert Weinzierl an Nau v. 18.3.1974.

- 48 Vgl. Privatarhiv Josef Brandner, Schreiben der Gemeinde Eschenlohe an Minister Streibl v. 20.8.1973; Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 23.8.1973.
- 49 MAM, Nachlass Dr. Ingeborg Haeckel, Karton Mülldeponie/Müllverbrennungsanlage Eschenlohe, Mappe mit gutachterlichen Stellungnahmen, Entwurf für die Einwendungen des Bundes Naturschutz e.V. im Planfeststellungsverfahren v. 5.3.1975.
- 50 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 10.8.1973.
- 51 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 14.12.1973
- 52 MAM, Nachlass Dr. Ingeborg Haeckel, Karton Mülldeponie/Müllverbrennungsanlage Eschenlohe, Mappe mit diversen Schreiben vom 12.3.1972 bis 23.12.1975, Franz Jaeger an Franz Josef Strauß vom 29.12.1974.
- 53 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 5.2.1974.
- 54 BayHstA, Landesamt für Umwelt 345, Landrat Nau an Regierung von Oberbayern v. 17.5.1973.
- 55 Ebd., Aktenvermerk v. Amtsrat Willy Treiß (Landratsamt) v. 6.10.1972 (Entwurf).
- 56 Ebd.
- 57 Vgl. Ebd.
- 58 Ebd., Vormerkung zu einem Behördentermin v. 25.1. 1973.
- 59 Vgl. Ebd., Vormerkung über Ortsbesichtigung am 16.8.1972.
- 60 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 20.12.1973.
- 61 BayHstA, Landesamt für Umwelt 343, Landrat Nau an Bund Naturschutz in Bayern v. 29.3.1974.
- 62 BayHstA, Landesamt für Umweltschutz 346, Landrat Nau an Regierung von Oberbayern v. 18.11.1974.
- 63 Ebd., Landrat Nau an Landesamt für Umwelt v. 15.1.1975.
- 64 Vgl. Ebd., Antrag des Landkreises an das Ministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen v. 4.11.1974.
- 65 MAM, Nachlass Dr. Ingeborg Haeckel, Karton Mülldeponie/Müllverbrennungsanlage Eschenlohe, Mappe mit gutachterlichen Stellungnahmen, Pressemitteilung des Bund Naturschutz in Bayern vom 9.12.1975, S.1.
- 66 Ebd., Entwurf für die Einwendungen des Bundes Naturschutz im Planfeststellungsverfahren v. 5.3.1975, S.5.
- 67 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt vom 26./27.3.1977.
- 68 Vgl. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 13/1973, S. 327; verfügbar unter <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/1973/13/gvbl-1973-13.pdf#page=2> (eingesehen am 10.11.2021).
- 69 BayHstA, Landesamt für Umwelt 346, Landrat Nau an Regierung von Oberbayern v. 22.1.1982. Im Garmisch-Partenkirchner Tagblatt vom 8.6.1976 ist von 274 Einsprüchen die Rede.

- 70 Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege: Blätter zur bayerischen Naturschutzgeschichte, Dr. Ingeborg Haeckel (1903–1994), bearbeitet von Gertrud Fluhr-Meyer 06/2007.
- 71 BayHstA, Landesamt für Umwelt 346, Vergleich v. 11.12.1980 vor der 12. Zivilkammer des Landgerichts München II.
- 72 Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 30/31.5.1981.
- 73 Ebd.
- 74 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 24.5.1985.
- 75 Vgl. Murnauer Tagblatt v. 9./10.5.1987.
- 76 Vgl. Murnauer Tagblatt v. 16./17.5. 1987.
- 77 Vgl. Garmisch-Partenkirchner Tagblatt v. 30.11.1979.

Abkürzungen:

BayHstA Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München

MAM Marktarchiv Murnau

StAM Staatsarchiv München

Das Skiparadies am Schnaidberg

Der Schnaidberg bei Peiting-Ramsau war einst das Skisportzentrum im Altlandkreis Schongau und Hausberg der Landsberger und Augsburger Skifahrer. Denkt man an die Schneeverhältnisse früherer Jahrzehnte zurück, wird einem fast ein bißerl wehmütig ums Herz. In den 1960er und 70er Jahren waren schneereiche Winter, in denen man von Dezember bis März am Schnaidberg ununterbrochen Ski fahren konnte, keine Seltenheit. Noch im Jahr 1981 trainierte der heimische Wintersportverein Peiting-Ramsau dort an 81 Tagen mit seinem Nachwuchs. In der Nacht von Samstag auf Sonntag, 10. Januar 1982, fielen gar einmal 72 Zentimeter Neuschnee. Ein Glücksfall war das Engagement des mehrfachen Tiroler Meisters Lissi Schuster, der seine Wurzeln in Peiting hat.



Ideale Schneeverhältnisse herrschten am Schnaidberg selbst noch im März.

Ohne seine Pionierarbeit mit den Schnaidbergliften – der erste entstand 1969 – und der Skischule gäbe es heute wahrscheinlich keine so große Skifamilie im Landkreis Weilheim-Schongau, keinen Kreis-Cup der Skijugend und keine so leistungsstarke Skischule Pfaffenwinkel.

Die ersten Skifahrer in Peiting

Man schrieb das Jahr 1917, als in Peiting die ersten Skier zu sehen waren. Der frühere Bürgermeister und Ortsheimatpfleger Karl Fliegauf wusste zu berichten:

„I woaß no guat, wia de erschte Schifahrer durch Peiting kumma send. Des war 'dr Forschtmoastr vo Schongau und sei Tochter. Es war anno

1917. De ham blos oan langa Bambusstecka ket. Und mir als Buabe send ene nachgschprunge durchs Dorf, bis halbet auf Ramsau num. Noch war des des Geschprächsthema de nächste Dag.“

Die ersten Skibesitzer in Peiting waren der Gärtner Georg Bader, der seine ersten Bretter von seiner in Immenstadt verheirateten Schwester bekam, Uhrmacher Josef Bock und Zahnarzt Hans Kreuzer. Peter Schallhammer von Kreut stellte die ersten in Peiting gefertigten Skier her. Beliebte waren später die Skier vom „Christelewagner“ (Rohrmoser) und in den 1960er Jahren siedelte gar die Skifabrik „plus ski“ (Max Hofbauer jun. aus Murnau) in der Marktgemeinde an. Im Peitinger Kultur- und Naturmuseum im Klösterle ist die Skitechnik im Wandel der Zeit vom Esche-, Hickory- bis hin zum Metall-Kunststoffski (Sammlung Erich Sanktjohanser) zu sehen. Die ältesten Stücke sind Kinderbügelski von Anfang 1800. Norwegerski, die für die Jagd und Fischerei im Einsatz waren, stammen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Selbst die Ski des Fridtjof Nansen von seiner Grönlanddurchquerung im Jahr 1888 dürfen nicht fehlen. Um 1900 wandelte sich der Einsatz vom Gebrauchsski hin zum Sportsski. Ein Alleinstellungsmerkmal hat das Peitinger Museum hinsichtlich der Entwicklung der Skibindungen der Firma Marker.

Der Skisport in Peiting fand immer mehr Anhänger und so gründete 1932 der Hauptlehrer Karl Spiegel eine Abteilung für Skilehre und Bergsteigen. Begeistert von den olympischen Winterspielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen bauten die Peitinger gar eine Sprungschanze, bei der Weiten von 20 bis 25 Meter erreicht wurden.

Schnaidberg ideal für alpinen Skisport

Den Aufstieg zum „Skiparadies“ erlebte der schneesichere Nordhang des Schnaidberg nach dem Zweiten Weltkrieg. Von seiner geologischen Beschaffenheit her entsprach er den Anforderungen des alpinen Skisports der damaligen Zeit. Die Abfahrtsstrecke musste jedoch noch im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern gesichert, hergerichtet und verbreitert werden. Das Filetstück, die sog. "Schnaitbergwiese" mit einer Fläche von 1,2 Hektar, gehörte dem Rottenbucher Bauern Andreas Loth. Mit ihm einigte sich Skiabteilungsleiter Heinrich Danner am 6. Oktober 1954 darauf, dass dieser Hang auf 20 Jahre nicht bepflanzt werde. 1966 konnte der Markt Peiting das Grundstück sogar von der

Erbengemeinschaft Loth erwerben. Die angrenzenden Grundstückseigentümer Xaver Brennauer, Ramsau, und Andreas Keller, Rottenbuch, erklärten sich einverstanden, während der Wintermonate – auf 20 Jahre hinaus – die Abfahrtsstrecke zur Verfügung zu stellen. Unter der Bedingung, dass die dort vorhandenen



Vor dem Bau der Lifte ging es noch zu Fuß den Berg hinauf.

Zäune im Frühjahr von der Skiabteilung kostenlos wiederhergestellt werden. Im Einvernehmen mit dem damaligen Forstmeister Ludwig Mathä wurde im November 1954 die Erweiterung der 100 Meter langen Steilstrecke in Angriff genommen. In 1.200 freiwilligen Arbeitsstunden entfernten die Mitglieder der Skiabteilung allein über 55 Wurzelstöcke. Die Erhaltung der Abfahrtsstrecke am Schnaidberg beschäftigte die freiwilligen Helfer über Jahre hinaus. So wurden beispielsweise im Dezember 1956 circa 60 Meter Drainagerohre verlegt, damit der Hang nicht ins Rutschen kommt.

Mit einer Spezialvorrichtung zum Befestigen der Ski radelten die Peitinger damals nach Ramsau hinaus und die Piste wurde noch gemeinsam eingetreten. Zu den sportlichen Höhepunkten zählten u. a. die Skistaffelläufe der Oberbayerischen Bergwerke und in den 1970er Jahren galt Peiting als Hochburg des Langlaufsportes. Am beliebten "Preis von Peiting" - meist an Hl. Dreikönig ausgetragen, nahmen sogar zwischen 300 und 350 Langläufer teil.

Bau der Lifte und Start der Skischule Schuster

Erste Überlegungen, am Schnaidberg einen Skischlepplift zu errichten, traf der Peitinger Bäckermeister und spätere Bürgermeister Klement Sesar im Mai 1964. Er entschied sich letztlich jedoch für den Ilgen bei Steingaden. 1969 war es dann soweit. Skilehrer Alois Schuster, mehrfacher Tiroler Meister, baute den ersten (300 Meter langen) Skilift am

Schnaidberg und gründete die Skischule Schuster. War sein Vater wegen Arbeitsmangel einst nach Lermoos ausgewandert, kehrte der Lissi der Liebe wegen nach Peiting zurück. Er brachte als international erfahrener Rennläufer und Mitglied des österreichischen Demonstrationsteams beim Skilehrerkongress 1963 in Bad Gastein das nötige Know-how mit. So entwickelte sich der Schnaidberg durch ständige Erweiterungen rasch zum Skisportzentrum des Landkreises und war Naherholungsziel für viele Landsberger und Augsburgs Winterportler. Bereits 1970 wurde eine Flutlicht- und Lautsprecheranlage installiert. 1971 kam der große Lift hinzu, der mit einer Länge von 600 Metern einen Höhenunterschied von 156 Metern überwindet. Worüber auch der neugegründete Fremdenverkehrsverband „Schongauer Land“ (heute Pfaffenwinkel) mit Geschäftsführer Heinrich Vogler sehr glücklich war. So schrieb der Vorsitzende, Landrat Manfred Blaschke, in einer Stellungnahme vom 7. Juni 1971:



Lissi Schuster war im Slalom international erfolgreich unterwegs

Foto Richard Frischauf, Innsbruck

„Wir halten das Bauvorhaben im Interesse für einen weiteren Aufschwung des Fremdenverkehrs im Schongauer Land für sehr wichtig. Durch die äußerst günstige Verkehrslage an der B 23 sind die Skilifte besonders für den Tagesausflugsverkehr sehr geeignet und daher auch förderungswürdig. Der Ausbau eines Grasskizentrums ist als neue Attraktion für die Sommersaison besonders werbewirksam, da ein solches Angebot bisher in der näheren und weiteren Umgebung fehlt.“ Das Forstamt Schongau holte eigens ein Waldstück ab, so dass der neue Lift die Skifahrer bis zum Schnaidberg-Pla-



Schnaidberglifte

teau hinaufbringen konnte. Damit aber niemand wegen dem Steilhang auf diesen Lift verzichten muss, haben die Bauern – die schon immer sehr aufgeschlossen für den weißen Sport waren – eine weitere, flachere 1,5 km lange Abfahrt zur Verfügung gestellt. Für Anfänger, Kinder und Skischule wurde ein Skikuli mit 230 Meter Länge erstellt. Die Skischule verfügte darüber hinaus noch über einen weiteren versetzbaren Skikuli. An der Talstation des ersten Liftes entstand eine Aufwärmstube mit Kiosk, die in den darauffolgenden Jahren zur „Schnaidbergalm“ erweitert wurde.

Geburtsstunde des Ski-Kreis-Cup

Mit dem zunehmenden Skibetrieb in Peiting wuchs auch der Wunsch zur Gründung eines eigenen Clubs mit dem Ziel, den alpinen Nachwuchs zu fördern. Man einigte sich auf den Namen „Wintersportverein Peiting-Ramsau“. Das erste vom WSV organisierte Frühjahrs-Schü-



Konzentration vor dem Start.



In voller Fahrt unterwegs: Der Nachwuchs beim Kinderskitag

lerskirennen am 25. März 1973 war ein voller Erfolg. 153 Buben und Mädchen gingen an den Start. 80 Sachpreise gab es zu gewinnen, jeder Teilnehmer bekam eine Urkunde und eine Tafel Schokolade. 1974 fuhr übrigens Armin Bittner vom SC Partenkirchen, Ende der 1980er Jahre einer der weltbesten Slalomfahrer, die Streckenbestzeit auf der kleinen Strecke. Der WSV gehörte 1978 mit zu den Initiatoren des Kreiscups und führte drei von vier Rennen durch, um diesen bis heute beliebten Wettbewerb zu starten. Hier begann quasi auch die Karriere von Fritz Dopfer

jun., dessen größter Erfolg die Silbermedaille im Slalom bei der WM 2015 in Vail/Beaver Creek (Colorado) war. Ski-Asse von morgen stellten sich regelmäßig bei Werdenfelser Meisterschaften im Slalom vor. Zum festen Terminkalender zählten ebenso die Schülerskitage der Volksschulen des Landkreises und die Nachtslaloms. Großer Beliebtheit der Schnaidberger Skifahrerzunft erfreute sich alljährlich das maskierte Faschingstreiben auf der Piste mit anschließendem Apres-Ski in der Schnaidbergalm. Ein Stell Dich ein gab sich hier zudem die Elite der Trickskifahrer. Interessant auch, dass wegen des Autofahrverbots während der Ölkrise am 1. Dezember 1973 ein Buspendelverkehr zwischen Altenstadt, Schongau, Peiting und dem Schnaidberg eingesetzt wurde. Gut angenommen ebenso der 1973 angelegte 10 km lange Skiwanderweg und die beiden je 5 km langen Loipen dank jährlicher Erwähnung in der Augsburger und Münchner Presse. Der rund um den Schnaidberg ausgeschilderte Skiwanderweg bot besonders für den Fotoamateur eine Fülle lohnender Motive in der stets wechselnden Stimmung des Tageslichts und der immer wieder neuen Landschaftsausblicke auf dem Schnaidberg-Plateau vor der imposanten Kulisse der schneebedeckten Berge des Ammergebirges. Einher ging auch ein vorbildlicher Forstwegebau am Schnaidberg, bis heute eine abwechslungsreiche Runde für Erholungsuchende das ganze Jahr hindurch. Eine attraktive Neuerung die 1977 errichtete Flutlichtanlage beim großen Lift und die beleuchtete Loipe bei Ramsau.

Skikurse höchster Qualität beleben Gastronomie

Ein Trumpf für die Skischule Schuster und die Peitinger Gastronomie war die Zusammenarbeit mit Sport Wengenmeier und dem Reisebüro Reim in Augsburg und Friedberg. „Skikurse in Peiting mit wenig Zeitaufwand“ stand in den Prospekten. Die Kurse in den Weihnachtsferien dauerten jeweils 6 Tage à 3 Stunden am Vormittag oder Nachmittag, wobei die Vormittagsstunden auch ein Mittagessen beinhalteten. Danach starteten die Samstags- und Sonntagskurse sowie am Freitagabend bei Flutlicht. Hatte man 1969 mit 300 Kursteilnehmern begonnen, so absolvierten im Winter 1976/77 bis Mitte Januar bereits 1400 Anfänger und Fortgeschrittene die Kurse („Schongauer Nachrichten“ vom 26. Jan. 1977). Auch die „Augsburger Allgemeine“ und das „Landsberger Tagblatt“ berichteten ausführlich über den „Skizirkus am Peitinger Schnaidberg“ (20. Dez. 1973). Einen wesentlichen Anteil am

Aufschwung trug auch die ständige Ausbildung neuer Skilehrer und die von der Ausbildung her ungewöhnlich starke Besetzung bei. An der Spitze der 35 Skilehrer standen mit Alois Schuster, Otto Riedl, Karl Jakomet und Manfred Vöst vier anerkannt gute staatlich geprüfte Skilehrer: Der mehrfache Tiroler Meister Alois Schuster gehörte schon 1963 zum österreichischen Demonstrationsteam beim Skilehrerkongress in Bad Gastein, Otto Riedl, der auch Ausbilder beim deutschen Skilehrerverband ist, war mehrfach Mitglied der deutschen Vorführmannschaft beim Internationalen Skikongress: 1970 in Garmisch, 1975 in der CSSR, 1979 in Japan, 1983 in Sexten/Südtirol, 1987 in Banff/Kanada, 1991 in St. Anton. Dem alpinen Demonstrationsteam gehörten auch Roswitha Hörterer (geb. Vöst) und ihr Bruder Manfred Vöst (mehrfach) an. Seit dem Zusammenschluss mit der Schongauer Skischule (1980/81) firmiert die Skischule unter dem Namen „Skischule Pfaffenwinkel“. Das Niveau ist bis zum heutigen Tage hoch. So gewann man 1994 und 1997 die Deutsche Meisterschaft im Formationsfahren.

Grasskilauf und Kanapee-Schlittenrennen

Die Grasski, von Peter Nesselrath erdacht, sind 65 Zentimeter lang und fünf Zentimeter breit, damit die Ketten leicht abrollen, werden sie vor dem Start mit Spray eingesprüht. Das erste Grasskirennen der Welt gab es 1967 in Kassel, mit unbekümmerten Unternehmungsgeist folgten 1968 der SC Hammer (bei Inzell) und der SC Oberstaufen. Das „Fieber“ ergriff alle Skinationen. Im Vordergrund stand dabei die Freu-



„Gespartener“ Skilauf beim Grasski: Die Mädels obenrum im Bikini und untenrum in schweren Skischuhen beim Grasskilauf.

de am grünen Sport. Da auch Lissi Schuster und seine früheren Lermooser Sportkameraden zu den Assen gehörten, startete die Grasskielite bald auch in Peiting. Über 1.500 Besucher verfolgten die Premiere am 13. September 1970, das Heimatador Lissi Schuster gewann, bei den Schülerinnen siegte Irene Eppler aus Seeg. Groß

war die Begeisterung bei der Gastronomie, die kostenlose Unterkünfte für die ausländischen Gäste bereitstellte. Lissi Schuster, inzwischen Sportwart des nationalen Organisationskomitees, konnte im Jahr darauf neben der gesamten deutschen Elite internationale Spitzensportler aus der Schweiz, Österreich, Frankreich und England willkommen heißen. Unter den 1600 Zuschauern sah man viele Urlauber aus der gesamten Bundesrepublik, Holland, England und den USA. Das Trainingsgelände am Schnaidberg war zu einer Attraktion für den Frem-



*Auch im Grasski gehörte Lissi Schuster zur Elite
Foto Horst Schlichting*

denverkehr geworden und die Rennen sportliche Höhepunkte. Für das Bayernpokalrennen 1974 hatte gar Franz Josef Strauß, der spätere Ministerpräsident, die Schirmherrschaft übernommen.

Die milden Winter setzten in den 1990er Jahren dem Liftbetrieb arg zu. Wegen anhaltendem Schneemangel musste sich Lissi Schuster schweren Herzens entscheiden, die Anlage ganz aufzugeben. Der Einsatz von Schneekanonen wäre ein zu großer Aufwand gewesen. Die beiden Lifte wurden im November 1994 abgebaut und fanden im Fichtelgebirge eine neue Verwendung. Eine richtige Entscheidung, wie sich im Nachhinein herausstellte. Die Anlage hätte ständig gewartet werden müssen und wäre bei längerem Stillstand womöglich eingerostet. Mit den Kanapee-Schlittenrennen der katholischen Landjugend rückte der Schnaidberg zwischen 2001 und 2019 noch einmal in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens zur Faschingszeit. Bis zu 3.000 begeisterte Zuschauer verfolgten die tollkühnen Fahrten der wagemutigen Piloten

auf ihren illustren Gefährten. Doch der fortschreitende Schneemangel bereitete auch dieser Gaudi ein jähes Ende.

Das Skiabfahrtsgelände ist heute Ausgleichsfläche und lässt in "guten Wintern" als Schlittenberg immer noch Kinderherzen höher schlagen.



Verträumte Winterlandschaft auf dem Schnaidbergplateau.

Moornutzung und Renaturierung im Wandel der letzten drei Jahrhunderte

„Moore fesseln durch ihre Unberührtheit. Geheimnisvoll, wie Ueberreste aus vorgeschichtlicher Zeit, oft düster brütend und unnahbar, ja voll versteckter Gefahr wehren sie den Menschen ab.“ So schreibt P. W. Hartwein 1930 im Jahrbuch Lech-Isar-Land.¹ Lange Zeit fanden unsere Moore, bei uns auch Möser, Filze oder Riede genannt, wenig Beachtung. Sind sie doch weder richtiges Land noch richtiges Gewässer. In der Zeit des Klimawandels erkennt man jedoch immer deutlicher zwei wichtige Funktionen dieser Flächen. Durch ihre Fähigkeit größere Mengen an Kohlenstoff im Torf zu speichern, tragen sie zur Vermeidung des Klimawandels bei. Als natürlicher Speicher für die Wassermengen, die als Starkregen auf uns herniederprasseln, sind sie auch ein unverzichtbares Element in der Anpassung an den Klimawandel.

Der Landkreis Weilheim-Schongau verfügt noch über größere Moorflächen mit ca. 17000 ha², ganz Bayern über 221000 ha³, die mittlerweile nach längerer land- und forstwirtschaftlicher Nutzung teilweise wieder in einen Zustand versetzt werden, in dem sie die beiden zuvor genannten Speicheraufgaben erfüllen können. Deutschlandweit sind 92 Prozent der rund 1,8 Millionen Hektar Moorböden entwässert. Sie konzentrieren sich auf das Norddeutsche Tiefland sowie das Alpenvorland. Obwohl Moore nur rund 5 Prozent der gesamten Landfläche Deutschlands ausmachen, ist in ihnen genauso viel Kohlenstoff gespeichert wie in allen deutschen Wäldern. Bundesweit wird derzeit rund die Hälfte der Moorböden als Grünland, weitere 19 Prozent als Acker- und 15 Prozent als Waldflächen genutzt.⁴

Dieser Beitrag soll die wechselvolle Geschichte der Moornutzung von den ersten Kultivierungsbestrebungen vor einigen Jahrhunderten bis zur angestrebten Wiedervernässung in unseren Tagen, teilweise auch am Beispiel der im Landkreis Weilheim-Schongau gelegenen Moore, erzählen.

Urbarmachung

In Nord- und Nordosteuropa wurde schon seit über 2000 Jahren Brenntorf gestochen. Gaius Plinius Secundus (Plinius der Ältere) schrieb in der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung im ersten Kapitel des 16. Bandes seiner Naturgeschichte über „Völker, die keine Bäume haben“, dass die Chauchen (Chauzen) in Norddeutschland „den mit den Händen aufgefangenen Schlamm mehr durch Wind als Sonne trocknen, ihre Speise mit Erde kochen, und ihre von dem nordlichen Froste erstarrende Eingeweide erwärmen.“⁵ Offensichtlich ist hier von luftgetrockneten Torfstücken die Rede, die als Brennmaterial dienten. In Holland wurden mindestens seit dem 12. Jahrhundert, in Großbritannien schon 1535, in Holland 1658 und in Frankreich 1663 verschiedene Moor- und Torfarten unterschieden.⁶ Die Benediktinerklöster machten bereits im 11. Jahrhundert neben den hauptsächlich von ihnen betriebenen Waldrodungen auch erste Moore urbar. Hierzu zählten die Moore bei Königsdorf durch kriegsgefangene Wenden (Wendenau) durch das Kloster Benediktbeuern und die Moore nach Peißenberg hin durch Brandrodung durch das Kloster Wesobrunn. Durch letztere Aktion entstanden beispielsweise die Kolonien Brand, Birkland und Ried.⁷

Dennoch waren bis weit nach dem 30jährigen Krieg die Moore in unserer Region weitgehend ungenutztes Brachland.⁸ Sie waren Bestandteil der Allmende und wurden vielfach als Viehweiden genutzt. Zusätzlich zur Beweidung wurden die von den Tieren verschmähten Pflanzen für die Einstreu gemäht, Spirken als Weidepfähle oder Brennholz genutzt und Torf gestochen.⁹ Dabei war man schon im 16. Jahrhundert gelegentlich der Auffassung, dass man von der Kultur der öden Moorflächen eine Steigerung der wirtschaftlichen Kraft des Landes erwarten konnte. So machten bereits 1555 die Räte Albrechts V. (1528–1579, ab 1550 Herzog von Bayern) den Vorschlag, dem Ingolstädter Baumeister Kern folgend, die ausgedehnten Moore Bayerns durch Gräben zu entwässern und in gute Wiesen umzuwandeln.⁷ In den 30er Jahren des 17. Jahrhunderts kam es in Norddeutschland, niederländischen Beispielen folgend, zu großflächigen Moorkultivierungen.¹⁰ Wohl auch dadurch inspiriert ordnete am 27. April 1669 Kurfürst Ferdinand Maria (1636–1679, ab 1651 Kurfürst von Bayern) die Besichtigung, Prüfung und Beschreibung der Ödgründe und gamblosen Waisläcker an und ließ hierüber an die

Hofkammer berichten.⁸ Da es nur um Besichtigungen und Berichte ging, hatte das aber keine wesentlichen Auswirkungen.

Anfang des 18. Jahrhunderts veröffentlichte Hanns von Carlowitz sein Buch *Sylvicultura oeconomica*, worin er die nachhaltige Waldnutzung propagierte.¹¹ Das war damals wichtig, da durch die Übernutzung von Holz als Brennstoff für die Metallverhüttung die Wälder weitgehend zu verschwinden drohten. Für diese Gedanken wurde er später zum Vater aller Nachhaltigkeitsbestrebungen erklärt, der diesen Begriff erstmals im heutigen Sinne benutzt habe. Wenn man aber genauer hinschaut, findet man in dieser Schrift auch die Empfehlung, in Übergangszeiten, bis sich die Wälder wieder erholt haben, verkohlten Torf als Brennstoff zu nutzen. Der Begriff „Turff“ (also „Torf“) kommt in dem Buch schon auf dem Titelblatt vor und in der Vignette links oben auf dem Titelkupfer wird Torfabbau und anschließende Verkohlung zu Torfkohle dargestellt. von Carlowitz schrieb auf S. 413 (p. 2, Cap. XII, § 14): „... dahero der göttlichen Allmacht vor dieses erlangte Mittel / nemlich da die Gebürgischen Bergwercke / Hütten Schmiede und Hammerswercke nebst denen davon dependirenden Fabriquen und zum Haußwirthlichen Gebrauch bey denen Communen nöthige Feuerung noch ferner conferviren / und hierdurch die sehr abgetriebenen und jungen Hölzer hinwieder in Anwuchs kommen / nicht genugsam zu dancken.“ Eine solche Torfnutzung bis die Wälder wieder nachgewachsen sind und dann nur noch nachhaltig bewirtschaftet werden, würde man heutzutage als fossile Übergangstechnologie bezeichnen. Was von Carlowitz natürlich nicht ahnen konnte, war, dass gut 50 Jahre später die Dampfmaschine von James Watt patentiert wurde und danach eine ungeheure Steigerung des Energiebedarfs einsetzte, die auch mit nachhaltiger Waldbewirtschaftung und Torfnutzung nicht zu bewältigen war.

Am 20. April 1722 erließ auch der Nachfolger von Kurfürst Ferdinand Maria, Kurfürst Max Emanuel (1662–1726, ab 1679 Kurfürst von Bayern) ein Dekret, dass über alle in Bayern vorhandenen Ödgründe, die bis dato als Weideland genutzt wurden, zu berichten sei, was hierin auszureuten oder anzubauen sei.⁸ Er versuchte durch Privilegien die Bürger für die Kultivierung und Nutzung der Moorflächen zu gewinnen, jetzt allerdings mit der Absicht, Geld beim Verkauf zu erhalten, da der aufwändige Lebensstil des Regenten zunehmend Kapital forderte. Erneut wurde die Begutachtung der Moosländereien befohlen, die nach

dem fürstlichen Selbstverständnis Staatseigentum waren und somit nicht von einzelnen Kommunen für sich eingefordert werden konnten. Die Verkäufe, die ab 1725 beträchtlich zurückgingen, bewirkten aber keine Urbarmachung, vielmehr wurden die Moore von den Bauern weiter als Futterwiesen genutzt.¹² Begleitet wurde das Dekret durch das Generalmandat vom 12. April 1723 zur Notwendigkeit der Bodenkultivierung von Moosgründen. Es sollten beispielsweise Wasserablaufgräben gezogen werden.⁸ Der übernächste Kurfürst, Maximilian III Joseph (1727–1777, ab 1745 Kurfürst von Bayern) erließ, auch getrieben durch die schlechte wirtschaftliche Lage gegen Ende des Siebenjährigen Krieges, 1762 ein neues Mandat zur Ödlandkultivierung. Außerdem begann er, die Moorkultivierung zu institutionalisieren. Es wurde im selben Jahr eine Landesverbesserungs- und Landesökonomiekommission errichtet und beispielsweise auch eine Anordnung zur Stallfütterung und des Verbots der Nachtweide erlassen, um das Vieh der Bauern zumindest zeitweise aus den Mösern und Filzen fern zu halten.⁹

In den Jahren von 1762 bis 1790 blieb der Flächenumfang der beweideten Moore jedoch weiterhin erhalten, da sowohl bei der Moorkultivierung als auch bei der Aufteilung der Allmenden nur sehr langsam Fortschritte erzielt wurden. Warmuth schrieb zur erfolglosen Durchsetzung des Mandats von 1762: „So konnten also die besten Kulturgesetze in Bayern nur geringe Wirkung erzielen, mussten doch die Beamten erst gezwungen werden zur Veröffentlichung der Mandate, und die Landbevölkerung gab ihre Widersetzlichkeit gegen jede Neuerung selbst nach den härtesten Schicksalsschlägen nur selten auf.“¹³ Auch die Klöster stellten sich gegen die Urbarmachung. „Die nächste Ursache zur Gegnerschaft der Klöster mag wohl das gepriesene Waidwerk gewesen sein, denn die Jagd in den Filzen war trotz mancher Gefahren selbst im Winter bei den Klosterherren sehr beliebt.“¹⁴ Deshalb wurde 1775 das Mandat von 1762 im Wesentlichen wiederholt.

1777 ging die Macht an den nächsten Kurfürsten Karl Theodor (1724–1799) über. Dieser schuf 1779 die Oberlandesregierung, welche auch die Aufgaben der Landesökonomiekommission übernahm.⁹ Am 20. Oktober 1779 verordnete er 10 Jahre Zehendfreiheit für alle neukultivierten öden Gründen.⁸ Nicht bewirtschaftete Flächen sollten zur Abschreckung nach einer bestimmten Frist als herrenlos erklärt werden und damit in das Eigentum des Kurfürsten übergehen. Aufgrund von zahlrei-

chen Beschwerden und um den Sorgen um die Zukunft der Weidewirtschaft Rechnung zu tragen, wurde in einem weiteren Mandat von 1786 stärker auf die Beweidung Rücksicht genommen.⁹ Jetzt kam die Moorkultivierung, insbesondere die des Donaumooses, erstmals richtig in Gang. 1785 legte der Hofkammerrat Joseph Utzschneider (1763–1840, ab 1808 in den Adelsstand erhoben) seine praktischen Überlegungen zur Vermessung und Verteilung der Oberlandmoore schriftlich nieder.⁸ Die erste größere Maßnahme kam dann 1786 durch sein Engagement zustande. Er konnte sein Vorhaben, 61 bedürftige Familien im Moor bei Weilheim anzusiedeln, noch übertreffen, indem er die gesamte Moorfläche unter 500 Familien aufteilte und kultivierte.¹⁵ Details zu Utzschneider und seinen Kultivierungsbemühungen finden sich im Aufsatz von P. Winkler (siehe Seite 57–88 in dieser Ausgabe).

1787 wandten sich die Äbte und Pröpste von 15 Klöstern, darunter die von Diessen, Wessobrunn und Polling gegen die Urbarmachung.¹⁶ Unter anderem argumentierten die Prälaten, dass die Wasserableitungen aus den Mösern den an den Flüssen liegenden Städten, Dörfern und Mühlen durch Überschwemmungen gefährlich werden können.¹⁷ Eine durchaus moderne Sicht, der man sich heute wieder anschließen könnte. Moore sind Wasserspeicher und dämpfen damit Überschwemmungen. Wie vehement sich die Klöster gegen die Kultivierung und damit gegen die vom Kurfürsten wiederholt ausgegebenen „Kulturmandate“ wehrten, zeigt in besonders krasser Art das Vorgehen des Klosters Wessobrunn, über das die Hofkammer in einer Beschwerde von Söldnern aus Iffeldorf im Mai 1787 informiert wurde. Die Söldner hatten ein ihnen zugewiesenes Feuchtgebiet zum Teil in Ackerland und zum Teil in eine Wiese umgewandelt und eingezäunt. Der Abt des Klosters verlangte daraufhin unter gotteslästerlichen Flüchen und unter Androhung von Gefängnis, die Abzugsgräben wieder zuzuschütten und die Zäune einzureißen. Als sich die Söldner der Forderung des Abtes widersetzen, wurden die Gräben zugeschüttet, die Zäune eingerissen und der auf dem Acker angebaute Hafer von einer Viehherde zertrampelt. Einer der Söldner erhielt sogar öffentlich 15 Stockschläge, weil er das Vorgehen des Klosters als gesetzwidrig bezeichnet hatte.¹⁸ Als Söldner wurden die Moorkolonisten bezeichnet, denen vom Staat Moorgrundstücke zur Urbarmachung und Bewirtschaftung überlassen wurden. Die alteingesessenen Bauern sahen hier natürlich eine unliebsame Konkurrenz.

Am 29. November 1788 drückte Kurfürst Karl Theodor abermals seinen absoluten Willen zur Verbesserung von öden Flächen aus. 1790 wurde beispielsweise ein Verbot der Waldweide erlassen.⁸ Mit dem Ende der Regierungszeit Karl Theodors 1799 war aber die Blütezeit der Kultivierungsbestrebungen schon wieder vorbei. Es war dafür kein Geld mehr vorhanden und auch der Einfluss der Kulturgegner hatte zugenommen. Allerdings gingen unter dem 1799 angetretenen Kurfürsten Maximilian IV. Joseph (1756–1825, ab 1806 König Maximilian I.) Kultur- und Siedlungstätigkeiten weiter. Da mit der Säkularisation 1803 viele Moorgebiete von den enteigneten und aufgehobenen Klöstern an den Staat gefallen waren, musste nun überdies entschieden werden, wie mit diesen zu verfahren war. So war es nicht verwunderlich, dass die Kultivierungsbestrebungen wieder verstärkt wurden.¹⁹ Auch wurde 1799 die Oberlandesregierung, wie alle anderen oberen Behörden, zugunsten der Generallandesdirektion aufgelöst.²⁰

Trotz allem muss der Weilheimer Raum immer noch relativ ärmlich gewesen sein. Staatsrat Joseph Hazzi (1768–1845, ab 1816 Ritter von Hazzi) schrieb 1802 in seinen statistischen „Aufschlüssen über das Herzogthum Baiern“, die auf eigene Erfahrungen während seiner Reisen zurückgingen, zum Bezirk Weilheim: „Dies (...) Terrain ist fast bloß Sumpf, Filz oder Gehügel.“²¹ „Die Naturscenen (...) um Weilheim am Amersee (...), sind zwar schön, durch die armen Bewohnungen der Leute aber, durch die schlechte Kultur, den Sumpf, Filz und Schmutz auf allen Seiten, verlieren sie so ziemlich.“²² „Die elenden Ställe werden zur Zeit noch die Stallfütterung unmöglich machen, zur Streu wird theils Moosstreu genommen, theils Abfall aus den Wäldern geholt.“ „Es giebt immer viel Streit zwischen den Bauern und Söldnern, wenn letztere nach und nach einen Ochsen halten, da sie sich durch Abräumung einiger Filzgründe ein Feld erwarben.“²³ Hazzi schrieb weiter: „Es mangelt nirgends an Torf“.²⁴ Über den Raum Schongau hieß es: „Für das bebaute Land bleibt nur ein Drittel, die 2 anderen überziehen auf einem griesigten oder thonigten Boden, Wald, Moos, Filz oder andere öde Weidgründe. Peiting ausgenommen, wo nach und nach der Kulturgeist erwacht, ist alles blos eine durchgehende Weide, einer wahren Wildnis nicht unähnlich.“²⁵ Hazzi war Verwaltungsjurist und Anhänger der Physiokratie, einer Strömung der Aufklärung, die annimmt, dass allein die Natur Werte hervorbringt und somit Grund und Boden der einzi-

ge Ursprung des Reichtums eines Landes sind.²⁶ Das erklärt, warum er unberührte Möser und Filze so verächtlich ansah und nur bearbeiteten Boden als schön empfand.

Der Weilheimer Chronist Böhaimb schrieb etwas sachlicher über dieselbe Zeit: „Um 1805 begann die Vertheilung der bisher mittelst Abweidens durch das von ungefähr Georgi an schon auf die Weide getriebene Vieh gemeinsam benützten Grundstücke oder Gemeindegünde (Moos und Waldungen). Diese Vermessung, wie zugleich die der gesamten Gemeindeflur, führte P. Eliland Ehardsberger, geboren 1771 zu Raisting, Exconventual zu Benediktbeuren, mit Anlegung von Situationsplänen, die abgedruckt wurden, aus und nach geschehener Vertheilung begann die Cultivierung der Moos- und sogenannten Filzböden, die sich vom Tankenrain und Gollner und Madenberg gegen Weilheim her bis zum Unter-Wiesmat und bis zum Bächlein hinter dem städtischen Ziegelstadel erstreckten. Nach etlichen Jahren war der größere Theil des Moores schon in guten Grasboden verwandelt“.²⁷

Ausgiebige Moornutzung, weitere Institutionalisierung und erste Industrialisierung

Ab 1848 begann, auch getrieben durch den Brennstoffbedarf der neu errichteten Eisenbahnlinien, eine zweite Phase der Moornutzung. In ihr wurde der Torfabbau gegenüber der bisher dominierenden Landesentwicklung immer wichtiger. Brenntorf diente vor allem der Salzgewinnung aus Sole und als Heizmaterial beim Aufbau des Eisenbahnnetzes. Daneben wurde Torf aber auch in großem Umfang beim Bierbrauen, bei der Porzellanherstellung, beim Ziegelbrennen, bei der Eisenverhüttung, in textilverarbeitenden Fabriken und chemischen Werken verfeuert. Streutorf wurde als Einstreu für das Vieh in stroharmen Gebieten gewonnen.²⁸

Dies betraf auch die Möser und Filze im heutigen Landkreis Weilheim-Schongau. Über das Schwarzlaich-Filz bei Peiting hieß es beispielsweise im Königlich Bayerischen Kreis-Amtsblatt von Oberbayern vom 8. April 1864 im Jahresbericht des Kreiscomités des Landwirthschaftlichen Vereins von Oberbayern pro 1863 über ausgeführte Arbeiten: „Die Entwässerung der Schwarzlaichfilze, k. Bezirksamt Schongau, 375,34 Tagwerke zu Torfstich (16–18‘ Tiefe) und Feldebau geeigneten Grundes

durch die zu einer Kulturgenossenschaft vereinigten 156 Antheilsbesitzer. Es wurden bisher Gräben auf 19.000⁴ gezogen; die Gesamtkosten sind auf 1160 fl 50 kr veranschlagt.“²⁹

Der Zustand der Ammerseemoore bei Weilheim wurde 1865 von Böhaimb so beschrieben: „Von den Mösern der Flußthäler unterscheidet sich dieser sumpfige Grund durch die verkrüppelten Föhren (Filzkoppen), von denen es noch theilweise bedeckt ist und deren Ansehen ganz dem durch andere Urachen verkrüppelten Bergföhren (*Pinus sylvestris*) auf den Alpen gleicht. Innerer Quellenreichthum und fortwährende Torferzeugung ist noch vorhanden, man sehe nur die 3 Quellen zwischen Unterhausen und Wielenbach.“³⁰

Bei Iffeldorf kaufte 1856 und 1858 der Münchner Industrielle Wilhelm von Weber die drei Staltacher Höfe, um in den benachbarten Filzen Torf abzubauen. Dafür holte er den kapitalkräftigen, ebenfalls aus München stammenden Joseph Anton von Maffei mit ins Boot, der den Torf für sein Lokomotivenwerk in München benötigte.³¹ Im Jahre 1861 – die Kooperation zwischen beiden funktionierte nicht – zahlte Maffei Weber mit 150.000 Gulden aus und wurde Alleinbesitzer des Staltacher Gutes. Der Gutsbetrieb Staltach mit Land- und Forstwirtschaft, moderner Viehhaltung, Brauerei, Sägewerk, Schmiede, Wagnerei und Torfwerk entstand. 1860 muss das Torfwerk in einem beeindruckend guten Zustand gewesen sein, der sich wesentlich von den mehr provisorischen Zuständen ähnlicher Werke unterschied.³² Das Werk bestand aus einem 140 Fuß langem Maschinengebäude, welches die Dampfmaschine, die Verkohlungsapparate, eine Schmiede und Wohnungen für mehrere Arbeiter enthielt. Um dieses Gebäude reihten sich in einem großen Viereck die Trockenhäuser, welche teilweise aus offenen Schuppen und teilweise aus gemauerten Gebäuden für die künstliche Trocknung bestanden. An der Seite befand sich ein weiteres 100 Fuß langes Steingebäude, das die Wohnung des Werkmeisters, Werkstätten, Küche, Restauration, und Schlafräume für die Arbeiter enthielt. Gleise verbanden das Werk mit dem Moor sowie auch die Gebäude untereinander. Der Torfabbau selbst sah so aus, dass der Torf von Arbeitern gestochen und auf Rollwagen verladen wurde. Diese Rollwagen wurden von den Arbeitern auf Schienen zum Werk geschoben, wo der Torf dann zu Brei verarbeitet, geformt, an der Luft und dann künstlich getrocknet, und zuletzt verkohlt wurde.³² Im Juli 1870 besaß Maffei bereits 2885 Tagwerk Grund. Zudem ließ er

sich in Staltach eine Villa als Sommerwohnsitz errichten. 1865 wurde die Eisenbahnlinie Tutzing–Penzberg mit der Station Staltach eröffnet. Infolge des Zuzugs auswärtiger Arbeitskräfte des Guts, des Torfwerks und des Penzberger Bergwerks wuchs das Dorf.³³

Ein knappes halbes Jahrhundert später, um die Wende zum 20. Jahrhundert, wurde die Moorkultivierung und der Torfabbau wieder mehr staatlich organisiert, unterstützt und teilweise auf eine wissenschaftliche Basis gestellt. Hierzu wurde am 3.7.1900 die königliche bayerische Moorkulturanstalt in München gegründet. Zunächst wurden in der Anstalt umfangreiche Entwässerungsversuche und Grundwasserbeobachtungen ausgewertet. Mittels selbstregistrierender Pegel wurde die Grundwasserbewegung und die Durchlässigkeit des Bodens genau studiert, um sie im Zusammenhang mit den meteorologischen Aufzeichnungen für die Praxis nutzbar zu machen. Weiter wurden Fragen der Torfstreubereitung, der Fundierung von Gebäuden im Mooruntergrund, der Trinkwasserversorgung durch Enteisung und chemische Reinigung des Moorwassers bearbeitet. Wichtig waren Probleme mit der Entwässerung, Bodenbearbeitung, Düngung, Sortenwahl, Erprobung der Bodenbearbeitungsmaschinen, Saatenpflege, Erntemethoden und Ertragsfeststellungen. Nebenher fanden auch rein wissenschaftliche Fragen nach chemischen und botanischen Untersuchungen Bedeutung.³⁴ Politisch bedingt wurde die Anstalt 1917 in Bayerische Landesanstalt für Moorbirtschaft umbenannt.³⁵

Weitere Industrialisierung des Torfabbaus und der Torfverwertung

Nach dem ersten Weltkrieg herrschte in Deutschland ein erheblicher Brennstoffmangel. Die Kohlegruben in Lothringen gehörten wieder zu Frankreich und das Oberschlesische Kohlerevier nun zu Polen. Durch die Rheinlandbesetzungen standen auch die dortigen Kohlegruben nicht zur Verfügung. Die deutsche Regierung ordnete die verstärkte Torfnutzung an. Im Bayerischen Gesetz zur Torfwirtschaft („Torfwirtschaftsgesetz“) vom 25.02.1920 und im Bayerischen Ödlandgesetz vom 06.03.1923 wurden die Flächeneigentümer, teilweise unter Androhung einer Enteignung, zur Moorkultivierung verpflichtet.³⁶ Zur Umsetzung wurden die Bayerischen Landestorfwerke GmbH als Zusammenschluss der Salinen- und Forstverwaltungen mit der Bayerischen Staatsbank als

Gesellschafterin im Juni 1920 gegründet. Alte Torfwerke wurden durch die Landestorfwerke übernommen und ausgebaut.

Es entstanden auch neue Torfwerke wie das Torfwerk Peiting.³⁷ Die Bayerischen Landestorfwerke errichteten im Jahr 1921 in der Peiting-Kapellenstraße (heute Nr. 23) ein Wohnhaus mit Büro, das auch als Dienstwohnung für den am dortigen Forstamt tätigen Revierförster diente. Östlich davon befand sich die 1926 erbaute Streutorffabrik mit Durchfahrt für Bahnwaggonen zur Verladung von Streutorfballen. Die Werkstätten sowie der Torfstich befanden sich am „Süßen Flecken“ im Weiten Filz. Als Unterkunft für die Arbeiterfamilien wurde am Süßen Flecken eine Wohnbarackensiedlung gebaut. Zum Abtransport des abgebauten Torfs baute man eine sieben Kilometer lange Feldbahn bis zur Kapellenstraße in Peiting. Ein weiteres Unternehmen, die Bayern-Torfwerke AG in Burgfarrnbach bei Fürth, erwarben im Jahr 1921 von den Hauser Bauern das Recht, auf den dortigen Viehweiden liegenden Torfgrundstücken Torf abzubauen. Sie hatten am Bahnhof Peiting-Ost ein Büro sowie eine Streutorffabrik. Der Zu- und Abtransport erfolgte mit Lastwägen. Der Betrieb hatte wohl Probleme, und beendete 1930 die Torfarbeit und das Unternehmen ging an die Landestorfwerke über. Der Torfstich war vermutlich im Hirtenwiesfilz bei Hausen und der Abtransport zum Bahnhof Peiting-Ost erfolgte mit Lastwägen. Über den genauen Standort sowie die Abbaumethoden und weitere Details gibt es keine Informationen und nähere Hinweise. Im Jahr 1990 wurde der Torfabbau aus ökologischen Gründen eingestellt und das Filz wird seitdem renaturiert.³⁸ Die Eisenbahn transportierte den Torf von Peiting Ost teilweise nach Kaufbeuren, wo er in Textilfabriken der Firma Momm zum Beheizen von Dampfkesseln verwendet wurde.³⁹ Die heute nicht mehr existierende Bahnstrecke Schongau-Kaufbeuren war 1922/23 eröffnet worden und zwischen 1972 und 1977 sukzessive wieder stillgelegt worden. Sie diente im Güterverkehr auch dem Transport von Kohle aus Peiting.⁴⁰

Industrielle Verfahren zur Torfnutzung wurden in den 1920er Jahren weiterentwickelt. Hierzu zählten auch Pressverfahren, um den Torf zu trocknen. Erste Patente datierten aus dem Jahr 1922. So wurden bei Iffeldorf am Weidfilz neue Torfwerke errichtet, in denen der Torf nach dem Madruck-Verfahren (maschinelle Druckentwässerung unter Beimengung von Trockenmaterial. Der trockene Zusatz hat den aus-

schließlichen Zweck, im Pressgut Kanäle für den Wasserabfluss offen zu halten, wodurch Pressdauer und Druck sich wesentlich herabsetzen lassen⁴¹⁾ zu Briketts als Brennstoff gepresst werden sollte.⁴² Die erste Anlage entstand 1922 in Sanimoor (ungefähr in der Mitte zwischen St. Heinrich und Untereurach gelegen), wurde aber wegen Mängel der Pressen bald wieder stillgelegt. Eine weitere Anlage mit hydraulischen Großraumpressen entstand 1931 in Staltach und funktionierte technisch einwandfrei, ließ aber mengenmäßig zu wünschen übrig.⁴³ Bis zu hundert Arbeiter waren in der 60 m langen und bis zu 30 m hohen Werkshalle beschäftigt. 1950 ging die Gesellschaft für maschinelle Druckentwässerung mbH Staltach (Madruck) in Konkurs, 1960 wurden die Werksanlagen abgebrochen.⁴⁴ Andere Energieträger auf Basis von Braun- und Steinkohle waren wesentlich preiswerter zu haben. Eine Kommission zu Artikel 160 der Bayerischen Verfassung (Bodenschätze, Energieversorgung, Gemeineigentum) des Bayerischen Landtags besuchte noch am 7.2.1956 die Madruck GmbH in Staltach.⁴⁵ Der Torfabbau im Weidfilz wurde 1955 vollständig eingestellt.⁴² Fast hundert Jahre Industrietätigkeit fanden somit ein Ende.

Ganz in dem Sinne der Zustände nach dem ersten Weltkrieg erfolgte auch eine Darstellung der landwirtschaftlichen Moornutzung im Lech-Isar-Land-Jahrbuch 1930 durch Hartwein. Zur Urbarmachung heißt es dort, dass drei Maßnahmen nötig sind: gründliche Entwässerung durch Gräben, tiefe Lockerung des Bodens, und Düngung mit Kali und Phosphor, bei Hochmooren auch viel Kalk. Man lasse dazu von der „Landesanstalt für Moorwirtschaft in Bayern“ den Boden untersuchen und sich beraten. Weiter schrieb der Autor, dass vielfach der Torfabbau der landwirtschaftlichen Nutzung vorgezogen wird und der gewonnene Torf zu Brennzwecken oder nach dem Ausfrieren und Verkleinern als Streu verwendet wird. nach einigen weiteren Ausführungen zur Torfverwendung folgte ein Appell: „Nutzen wir noch mehr als bisher dieses köstliche Geschenk der Natur! Allerdings sollte man es leichter und in jeder Menge zu kaufen bekommen. (...) Es ist kaum zu glauben, das eine Aufforderung um Angebote von Torfmull (Ballen oder Fuhre) im weitverbreitesten Tagesblatt unseres moorreichen Gaus ohne jede Antwort blieb.“⁴¹

Erste Naturschutzmaßnahmen

1934 verlegte die Landesanstalt für Moorwirtschaft die 1913 in Benediktbeuren geschaffene Moorwirtschaftsstelle nach Weilheim. Der Zuständigkeitsbereich der Moorwirtschaftsstelle Weilheim umfasste außer den Loisachmooren die großen Moore zwischen Königsdorf und Beuerberg, die Ammermoore bei Weilheim und viele andere größere und kleinere Moore.³⁴ Die Stelle betreute die Spätphase der Moornutzung als Brennstoffquelle. Schon in Zeiten des intensiven Abbaus im „Weiten Filz“ durch das Peitinger Torfwerk stellte der Altlandkreis Schongau 1940 den Oberoblandfilz mit 40 Hektar und 1951 das Schwarzlaichmoor mit 127,35 Hektar unter Naturschutz. Nach dem zweiten Weltkrieg ging der großflächige Torfabbau immer mehr zurück. Alternative billigere Heizmaterialien brachten ihn in den 50er und 60er Jahren zum Erliegen. Auch die Streutorfgewinnung wurde wegen der höheren Qualitätsansprüche der Milchwerke und der Entwicklung neuer Stallreinigungsverfahren zur gleichen Zeit eingestellt. 1988 existierten nur noch einige wenige größere Torfwerke, die Torf für gartenbauliche Zwecke verarbeiten.²⁸

Laut Adressbuch für den Landkreis Weilheim 1949 befand sich die Moorwirtschaftsstelle in Weilheim in der Murnauer Str. 10. Leiter war damals der Regierungsrat Wilhelm Spengler.⁴⁶ Auch auf bayerischer Ebene begann eine Umorientierung. Am 12. Dezember 1956 wurde die Verordnung über die Bayerische Landesanstalt für Moorwirtschaft und Landkultur erlassen. Sie regelte die Aufgaben der Landesanstalt (Förderung der Moor- und Torfwirtschaft) und legte die acht Dienstsitze der Außenstellen fest, darunter auch die Moorwirtschaftsstelle Weilheim. Als Amtsbereich wurde definiert: Land-(Stadt-)kreis Garmisch-Partenkirchen, Landsberg/Lech, Schongau, Starnberg-Süd, Weilheim, Wolfratshausen-Süd, Bad Tölz, ferner Amtsger. Bez. Tegernsee und vom Regierungsbezirk Schwaben im Ldkrs. Füssen die Gemeinden rechts des Lechs.⁴⁷ Die Weilheimer Stelle ging dann 1962 mit der Verordnung vom 26.11.1962 im Rahmen der Zusammenlegung mit der Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz in der Bodenkulturstelle Südwestbayern mit Sitz in Buchloe auf, die auch die Zuständigkeit für den Weilheimer Raum hatte.⁴⁸ 1972 erfolgte eine weitere Reorganisation der Bodenkultur in Bayern, weg von geographischen Einteilungen hin zu den Regierungsbezirken. Es wurden unter der Fachaufsicht der Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau neun Ämter für Landwirtschaft und

Bodenkultur geschaffen, die auch die Aufgaben der Bodenkulturstellen übernahmen.⁴⁹

Ab ca. 1960 wandelte sich der Charakter der Torfnutzung abermals. Von einem Maximum im Jahre 1956 abgesehen, war ein ständiger Rückgang der Brenntorferzeugung von 1953 bis 1960 festzustellen gewesen. Nach 1960 stieg die Produktion wieder leicht an und verlief danach in etwa gleichbleibender Höhe. Gegenläufig war dagegen die Düngetorfproduktion, die einen starken Anstieg von 1959 ab erkennen ließ. Der im Jahre 1962 einsetzende Rückgang von Ballentorf war auf die zunehmende Verpackung in Kunststoffsäcken zurückzuführen.³⁷ Im Rahmen dieses Trends begann in den frühen 60er Jahren auch die Familie Faltermeier mit dem Abbau von Torf im Weilheimer Moos. Bestehende Kulturgräben wurden erweitert und Drainagen angelegt, um auch die landwirtschaftliche Nutzung im Moos zu intensivieren. Dies erleichterte aber auch den Umstieg zum Frästorfabbau für Gartenbau mit seinen großflächigen Eingriffen in die Landschaft. Bereits zehn Jahre später, Anfang der 70er Jahre, wurde Torf, damals unter dem Namen Südflor, bis nach Nordbayern und in den Raum Stuttgart geliefert.^{50, 51}

Der Naturschutz wurde durch das 1962 erschienene Buch von Rachel Carson „Der Stumme Frühling“⁵² stark befördert. Obwohl es in dem Buch im Wesentlichen um die vernichtende Wirkung von Pestiziden ging, hatte es eine deutlich breitere Wirkung. Der Schutz unserer vor allem biologischen Umwelt wurde zum Thema, auch in der Politik. Erste Renaturierungsmaßnahmen von Hochmooren in Deutschland fanden in den 1960er-Jahren zum Schutz der Biodiversität statt. In den 1970er Jahren wurden die ersten Wiedervernässungsmaßnahmen durchgeführt. In den 1980er und 1990er Jahren wurden erstmals größere Renaturierungsprojekte wie beispielsweise im Federsee, dem Schwenninger Moos oder im Arrisrieder Moos realisiert.⁵³ Weitblickend war in diesem Zusammenhang die Verhinderung einer zentralen Mülldeponie für den Landkreis Weilheim-Schongau auf dem Gelände der Firma „Südhumus“ in den 1970er Jahren durch den vehementen Einsatz des damaligen Peitinger Bürgermeisters Karl Fliegau.⁵⁴

Das Bayerische Naturschutzgesetz von 1973 stellte die Naturschutzbestrebungen auf eine klarere rechtliche Grundlage. Es hieß im Art. 12: „Durch Rechtsverordnung können Landschaftsbestandteile ge-

schützt werden, die die Voraussetzungen des Art. 9 nicht erfüllen, aber zur Belebung des Landschaftsbildes beitragen oder im Interesse des Naturhaushalts, insbesondere der Tier- und Pflanzenwelt, Erhaltung verdienen. Dazu gehören insbesondere Bäume, Baum- und Gebüschgruppen, Raine, Alleen, Hecken, Feldgehölze, Schutzpflanzungen, Schilf- und Rohrbestände, Moore, Streuwiesen, Parke und kleinere Wasserflächen.“⁵⁵ 1982 wird das Gesetz um den Schutz von Feuchtgebieten ergänzt (Art. 6d). Eingriffe in diese Gebiete werden erlaubnispflichtig. Die Feuchtgebiete sind definiert als: „Verlandungsbereiche von Gewässern mit Röhricht und Großseggenrieden, Kleinseggensümpfe und Großseggenriede außerhalb von Verlandungsbereichen, Flächen mit Schlenkenvegetation, seggen- und binsenreiche Naß- und Feuchtwiesen, Mädesüß-Hochstaudenfluren, offene Hochmoore, Pfeifengrastreuweisen, Zwergstrauchheiden, Borstgrasrasen, Hochmoorwälder, (...)“.⁵⁶ Zudem wird am 6. April 1981 das Bayerische Torfwirtschaftsgesetz von 1920 auch formal aufgehoben.⁵⁷ Damit sind zumindest bestehende Feuchtgebiete geschützt. Von Renaturierungen ist noch nicht die Rede, höchstens von Rekultivierungen.

In diese Zeit fiel am 16.12.1982 der Stadtratsbeschluss zum immer noch gültigen Bebauungsplan 073 der Stadt Weilheim zum Torfabbau im Weilheimer Moos und im Schwattachfilz, welcher zwei Abbaugebiete A und B regelte. Hierin wurde der Torfabbau im Gebiet B (Schwattachfilz) bis zum 31.12.1990 begrenzt, was auch eingehalten wurde. Für das Gebiet A im Weilheimer Moos gab und gibt es bis heute keine Begrenzung. Es wird lediglich auf einen von der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenschutz, Sachgebiet Landschaftspflege in München, erstellten Abbau- und Rekultivierungsplan verwiesen, der Bestandteil dieses Bebauungsplans ist. Danach ist der Torfabbau im Gebiet A lediglich nach Fläche und Tiefe begrenzt, aber nicht zeitlich.⁵⁸ 1997 gründete sich die Schutzgemeinschaft Weilheimer Moos. Ihr übergeordnetes Ziel ist die Wiederherstellung eines ökologisch möglichst intakten Niedermoorgebietes mit unterschiedlichen Typen von Feuchtflächen. Dazu sollten in einer ersten Stufe umfangreiche Extensivierungen von bisher landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen durchgeführt werden. In einer zweiten Stufe waren Verbesserungen des Wasserhaushaltes geplant.⁵⁹

Sechs Jahre später, am 14.12.1988 beschloss der Bayerische Landtag auf Antrag der SPD-Fraktion das Ende des Torfabbaus auf staats-eigenen Flächen. Ein Abbau sollte nicht mehr freigegeben werden und bestehender Abbau nur noch so weit zulässig sein, dass eine optimale Renaturierung gewährleistet wird. Bestehende Pachtverträge seien hierzu gegebenenfalls zu kündigen oder nicht mehr zu verlängern.⁵⁹

Klimaschutz

In den 1990er Jahren wurde der Klimaschutz dann ein immer wichtigeres Thema. Die UN Konferenz von Rio de Janeiro 1992 setzte die Verminderung der CO₂-Emissionen zum Ziel und mit dem Kyoto-Protokoll wurden erste internationale Abkommen hierzu getroffen. Dazu wurde unter anderem eine Berichtspflicht über die jährlichen Emissionen eines Landes eingeführt. Hierzu gehören auch die aus der Biosphäre stattfindenden Emissionen und damit auch die Emissionen aus trockengelegten Moorflächen. In den 1980er Jahren waren erste wissenschaftliche Studien erschienen, die die CO₂-Emissionen aus trocken-gelegten Mooren thematisierten.⁶⁰

In Deutschland sind laut der Nationalen Moorschutzstrategie von 2022 mittlerweile 92 Prozent der Moorböden entwässert und verursachen jährlich mit etwa 53 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einen Anteil von etwa 7,5 Prozent der gesamten deutschen Treibhausgas-Emissionen (inklusive Methan und Lachgas). Der weit überwiegende Teil (83 Prozent) dieser Emissionen aus Moorböden resultiert aus landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die Höhe der Treibhausgas-Emissionen hängt dabei unmittelbar mit der Intensität der Entwässerung zusammen, da bei tieferer Entwässerung größere Mengen Torf trockenliegen und zersetzt werden. Hinsichtlich der Klimawirksamkeit geschädigter Moore lässt sich in Abhängigkeit vom Moortyp sowie von ihrer Naturnähe und Nutzungsintensität eine Rangfolge bilden. Demnach sind die Emissionen aus intensiv genutzten Niedermoorböden aufgrund der leichter abbaubaren organischen Substanz in der Regel höher als aus Hochmoorböden.⁴ Die Moorstrategie nimmt hierbei auf eine aktuelle Studie unter der Leitung des Wissenschaftlers Prof. Matthias Drösler von der Hochschule Weihenstephan Triesdorf Bezug, die die Treibhausgasemissionen verschiedener ehemaliger Moorböden angibt. Den höchsten Wert haben demnach

Ackerflächen mit ca. 40 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Hektar und Jahr, dicht gefolgt von Grünland mit knapp 32 Tonnen, Wälder mit knapp 27 Tonnen und ungenutzten entwässerten Flächen mit 22,5 Tonnen. Dem gegenüber emittieren wiedervernässte Flächen nur 5,5 Tonnen pro Hektar und Jahr.⁶¹ Der eigentliche Schaden für das Klima entsteht somit nicht durch den entnommenen Torf selbst, sondern durch die Zersetzung der noch vorhandenen Torfkörper in den trockengelegten Moorflächen. Diese Zersetzung des Torfs und Ausgasung des darin über viele Jahrtausende abgelagerten Kohlenstoffs in unsere Atmosphäre wird auch dadurch augenfällig, dass trockengelegte Moorflächen pro Jahrhundert um ein (Hochmoore) bis drei (Niedermoore) Meter einsinken.⁴

Damit wurde klar, dass die Rekultivierungen von Torfabbaugebieten allein aus Gründen des Naturschutzes nicht zum Klimaschutz ausreichten, sondern dass insbesondere bei nicht abgebauten Moorflächen darauf zu achten war, dass der Wasserspiegel ausreichend hoch blieb, um diese Ausgasung der im Boden liegenden Torfschichten zu verhindern. Das bedeutete aber im Wesentlichen, dass die Trockenlegung der Moorflächen durch Wiedervernässung rückgängig zu machen war. Von dieser Problematik war in dem 2003 beschlossenen Moorentwicklungskonzept für Bayern noch nicht viel zu finden. Als eines der vier Ziele des Konzepts wurde zwar die Wiederherstellung der Moore als ökologische Senken im globalen Stoffkreislauf genannt. Die Wiedervernässung kam als Maßnahme vor, wurde aber für viele Niedermoore aufgrund der mittlerweile eingetretenen Nutzungsänderungen als nicht mehr gerechtfertigt bezeichnet.⁶² Das Breitfilz südlich Tradlenz im Landkreis Weilheim-Schongau wurde als einer von 155 Handlungspunkten in diesem Konzept ausgewählt.⁶³

Spezifischer war das am 24.4.2007 beschlossene Klimaprogramm Bayern KLIP 2020, das auch Mittel zur Moorrenaturierung bereitstellte. Im Sektor Naturschutz nehmen die Vorkehrungen zum Erhalt natürlicher Kohlenstoffsenken, das sind vor allem intakte Moore, einen herausgehobenen Rang ein; es sind demnach vorrangig 50 Moore zu renaturieren. Zudem wird der Förderung einer klimafreundlichen landwirtschaftlichen Nutzung von Niedermoorstandorten einschließlich einer Rückumwandlung von Ackerflächen in wiedervernässtes Grünland eine herausragende Bedeutung beigemessen. Für diese erste Phase waren insgesamt 8,8 Mio. € für die Moorrenaturierung vorgesehen. Für das Jahr 2012

und im Doppelhaushalt 2013/2014 standen wiederum ca. 2,5 Mio € jährlich für diese Zwecke bereit.⁶⁴ 2015 wurde das Programm zu KLIP 2050 überarbeitet.⁶⁵

Seit 2009 werden auch Moorrenaturierungsmaßnahmen vom Landkreis Weilheim-Schongau durchgeführt und dafür Moorflächen angekauft. Stand 2021 wurden bisher 343 Hektar erworben. Davon wurden 122 ha bereits renaturiert. Auf den besagten Flächen sei bereits jetzt eine spürbare Zunahme der Artenvielfalt zu erkennen.⁶⁶ Bei einer angenommenen Ausgasung von 15 Tonnen CO₂ pro Hektar und Jahr seien durch die Renaturierungen bis jetzt 1837 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart worden.⁶⁷ Das scheint eine eher vorsichtige Abschätzung zu sein.⁶¹ Neben dem Landkreis sind in unserer Region auch die Bayerischen Staatsforsten, privatrechtliche Institutionen wie die Greensurance Stiftung gGmbH und weitere Akteure in der Moorrenaturierung aktiv.

Renaturierung und Wiedervernässung greift auch der derzeit gültige, 2012 verabschiedete Flächennutzungsplan der Stadt Weilheim⁶⁸ auf, wo es auf S. 90 unter „landschaftsplanerischen Zielen“ heißt: „Um die hohe Bedeutung des Weilheimer Moores für den Naturschutz, den Klimaschutz und den Wasserschutz weiter zu stärken und auszubauen, verfolgt der Landschaftsplan der Stadt Weilheim i. OB folgende Ziele für das Weilheimer Moos:

- Beendigung des Torfabbaus, [wurde auch schon auf S. 83 des Flächennutzungsplans gefordert]
- Sanierung des gestörten Wasserhaushaltes,
- Vermeidung weiterer Streuwiesenverluste,
- Integration der Streuwiesenpflege in Nutzungsabläufe,
- Erhalt der Strukturvielfalt der Lebensräume und Schaffung von Kontaktzonen zwischen Streuwiesen-Beständen und Ergänzungsebensräumen, wie z. B. Gewässer, Torfstiche, Übergangsmoore, Bruchwälder,
- Im Bereich der Moorwälder ggf. waldbauliche Optimierung zu naturnahen Waldbeständen,
- keine Waldneubegründung im Bereich der Feucht- und Nasslebensräume,

- kein weiterer Wegeausbau,
- Konzentration von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen im Bereich des Weilheimer Moores und der Hardtlandschaft,
- Renaturierung des gesamten Weilheimer Moores unter Berücksichtigung der Belange des Natur-, Klima- und Wasserschutzes.“

Allerdings wird auch genannt, was dem derzeit entgegen steht: „Konflikte mit den Belangen des Naturschutzes ergeben sich insbesondere durch den Torfabbau, die Erholungsnutzung (Wegeausbau, Modellflieger), die landwirtschaftliche Nutzung (Gefahr der Eutrophierung) und durch Maßnahmen des Hochwasserschutzes.“⁶⁸ Wobei in diesem Absatz nur der Naturschutz aber noch nicht der Klimaschutz genannt wird. Dem Klimaschutz steht somit die 1982 erteilte unbefristete Genehmigung des gewerblichen Torfabbaus im Feld A im Weilheimer Moos entgegen. Aus diesen rechtlichen Gründen erscheint eine Lösung momentan nur im Einvernehmen mit den derzeitigen Grundstückseigentümern möglich.

Angeichts des immer drängender werdenden Klimaschutzes hat die Bundesregierung am 19.10.2022 die schon erwähnte Nationale Moorschutzstrategie bekannt gemacht. Obwohl vom Klimaschutz geprägt, sieht sie aber auch darüber hinausgehenden Bedarf für den Moorschutz. Es heißt: „Es besteht jedoch nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes und der Klimazielerreichung bis 2030 und 2045 erheblicher Handlungsbedarf. Mit der Torfzersetzung verlieren die meisten organischen Böden langfristig ihre Eignung für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Dieser Prozess wird weitergehen, bis die entwässerte Torfschicht vollständig aufgezehrt ist oder die Wasserstände in den Böden wieder angehoben werden. Die Torfzersetzung führt zudem zu einer Freisetzung von Nährstoffen und deren Eintrag in Gewässer. Auch im Hinblick auf eine langfristige ökonomische Perspektive, sowohl aus gesamtgesellschaftlicher als auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht, ist es daher wichtig, zu nachhaltigen Bewirtschaftungsformen dieser Flächen zu kommen. Möglichst viele Flächen sollten aus diesen Gründen mittel- und langfristig wiedervernässt werden.“⁴

In den letzten Jahren bekommen Wiederrenaturierungsflächen auch Bedeutung im Rahmen von CO₂-Kompensationsmaßnahmen⁶⁹ und als mögliche Aufstellfläche von PV-Anlagen. So werden mit § 37

Absatz 1 Nummer 3 Buchstabe d im EEG 2023 entwässerte Moorböden, die derzeit landwirtschaftlich genutzt werden, für Freiflächenanlagen geöffnet und in diesem Zuge ebenfalls als besondere Solaranlagen im Sinne des § 37 Absatz 1 Nummer 3 des EEG 2023 definiert. Diese Moorböden sind förderfähig, wenn sie im Zuge der Errichtung der Solaranlage – und damit vor ihrer Inbetriebnahme – dauerhaft wiedervernässt werden. Um die Treibhausgasemissionen aus diesen Flächen effektiv zu mindern, sollen dabei Mindestwasserstände von maximal 10 cm unter Flur im Winter und maximal 30 cm unter Flur im Sommer erreicht werden; diese Werte sind zur Beurteilung der Wiedervernässung zugrunde zu legen. Eine Förderung nach dem EEG 2023 erfolgt, wenn eine entsprechende Wiedervernässung durchgeführt und eine Bestätigung der zuständigen Wasserbehörde darüber dem Netzbetreiber vorgelegt worden ist.⁷⁰

Letztlich gewinnen Moore zunehmende Bedeutung als Wasserspeicher bei Starkregen und Überschwemmungen.⁷¹ Damit schließt sich der Kreis zu den 1787 von den Prälaten und Propsten der Klöster vorgebrachten Argumenten gegen die damals geplanten Moorkultivierungen. Eines ihrer Argumente war eine verstärkte Überschwemmungsgefahr für die an den Flüssen gelegenen Dörfer und Städten gewesen (siehe oben).

Fazit

Moorflächen und ihre Nutzung haben eine wechselvolle Geschichte hinter sich. In den letzten ca. 300 Jahren ging das von der Förderung der Landesentwicklung über die Sicherstellung der Nahrungs- und Energieversorgung, dem Landschafts- und Naturschutz bis hin zum Klimaschutz. Dabei fällt auf, dass sowohl die Änderungen in der Moornutzung ab dem 18. Jahrhundert in Richtung Trockenlegung als auch die gegenwärtigen Änderungen der Nutzung in Richtung Wiedervernässung jeweils von oben her vorangetrieben wurden und dabei beide Male auf den Widerstand der zu dieser Zeit vorherrschenden landwirtschaftlichen Nutzung stießen.

Die Moornutzung zeigt dabei deutlich auch die Auswirkungen verschiedener Energiekrisen und -bedarfe. Anfang des 18. Jahrhunderts war es der sich abzeichnende Holzmangel, der als Brennstoff für die Erzverarbeitung benötigt wurde, der zu einer verstärkten Nutzung von Torf als Brennstoff führte. Im 19. Jahrhundert waren es die rasch wachsende

Industrie und die Eisenbahn, die Torf nachfragten. Um 1920 waren es die als Kriegsfolge weggebrochenen Kohlenmengen aus den lothringischen, saarländischen, rheinländischen und schlesischen Bergwerken, die zu einer starken Wiederbelebung der Torfnutzung als Brennstoff führten, bis hin zur industriellen Torfbrikettproduktion. Die Ölkrise von 1972 hatte dann aber keine Auswirkungen auf den Torfverbrauch mehr, auch weil der Naturschutz zu der Zeit bereits eine stärkere Rolle spielte, die möglichen Energiemengen aus Torf zu unbedeutend gewesen wären, und mit Erdgas mittlerweile eine bequeme Alternative zur Verfügung stand. Im Internet werden übrigens noch heute Torfbriketts aus deutscher Produktion angeboten, wobei aus den Internetseiten dieser Firmen häufig nicht klar hervorgeht, woher der Torf dafür kommt. Energetisch ganz aktuell steht hingegen sogar die PV-Nutzung wieder zu verwässernder Moorflächen zur Diskussion.

Die inzwischen erkannte, nicht zu vernachlässigende Rolle der Moorflächen im Klimasystem unserer Erde hat die vor 1990 ergriffenen Maßnahmen im Rahmen des Naturschutzes zwar als sinnvoll aber als nicht ausreichend erscheinen lassen. Das Wiederanheben des Wasserstands ist aus Klimaschutzgründen nahezu unabdingbar, solange noch Torf im Boden ist. Dieser Prozess des Umdenkens in Richtung auf die Wiedervernässung der Moorflächen muss fester Bestandteil der Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens zur Mitte unseres Jahrhunderts werden. Die Zielsetzungen des Weilheimer Flächennutzungsplans von 2012 und der deutschen Nationalen Moorstrategie von 2022 weisen damit eindeutig in die richtige Richtung. Sie müssen jetzt zeitnah in Angriff genommen werden.

Danksagungen

Für weiterführende Hinweise danke ich Frau Angelika Schwan, Greensurance Stiftung gGmbH, Weilheim, Herrn Reinhold Schumacher, Schutzgemeinschaft Weilheimer Moos, Weilheim und Herrn Heberlein vom Weilheimer Stadtarchiv. Herr Peter Winkler hat völlig unabhängig von mir einen detaillierten Aufsatz zur Trockenlegung des Schwattachfilz vorgelegt. Hier danke ich für seine Bereitschaft, unsere beiden Beiträge so weit zu entflechten, dass dem Leser keine unnötigen Doppelungen vorgelegt werden.

Literatur

- 1 Hartwein, P.W., 1930: Unsere Moore und ihre Nutzung. Lech-Isar-Land, 1930, 147–150.
- 2 [https://www.weilheim-schongau.de/landratsamt/geschaeftsverteilungsplan/?Moorrenaturierung\(KlimaschutzprogrammBayern2050\)&view=org&orgid=2369d88e-ad48-454a-93f3-03325284aa7a](https://www.weilheim-schongau.de/landratsamt/geschaeftsverteilungsplan/?Moorrenaturierung(KlimaschutzprogrammBayern2050)&view=org&orgid=2369d88e-ad48-454a-93f3-03325284aa7a)
- 3 <https://www.lfu.bayern.de/natur/moore/moorbodenkarte/index.htm>
- 4 Nationale Moorschutzstrategie, 2022: Nationale Moorschutzstrategie. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, Berlin, 19. Oktober 2022, 57 S. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Naturschutz/nationale_moorschutzstrategie_bf.pdf
- 5 Denso, J.D., 1764: Plinius Naturgeschichte Band 1. Rösens Buchhandlung Rostock und Greifswald. <https://books.google.de/books?id=I29AAAAcAAJ&printsec=frontcover#v=onepage&q&f=false> Hier S. 626
- 6 Gams, H., 1958: Die Alpenmoore. Jahrbuch des Vereins zum Schutze der Alpenpflanzen und -Tiere, 23, 15-28.
- 7 Warmuth, O., 1908: Die Geschichte der Moornutzung in Bayern. Theodor Ackermann, München. 217 S. <https://www.digitale-bibliothek-mv.de/viewer/fullscreen/PPN855602880/44/>, hier S. 19
- 8 Bogner, J., 1969: Die Kultivierung öder Gründe im Dachauer Landgerichtsbezirk. Amperland, 5, 44–49.
- 9 Radlmair, S., 2000: Bodenkultivierung im Donaumoos Ein Beitrag zur Umwelt- und Sozialgeschichte zwischen 1780 und 1830. Laufener Seminararbeiten 4/00, S.33 – 43. Bayer. Akad. f. Naturschutz u. Landschaftspflege – Laufen/Salzach.
- 10 Seeburg, V., 2021: Bodenkultivierung im Donaumoos Ein Beitrag zur Umwelt- und Sozialgeschichte zwischen 1780 und 1830. FAU University Press, Erlangen. 305 S. Hier S. 21
- 11 von Carlowitz, H.C., 1713: Sylvicultura Oeconomica. Johann Friedrich Braun, Leipzig. 414 S. <https://play.google.com/books/reader?id=4exeAAAAcAAJ&pg=GBS.PA432&hl=de>
- 12 Seeburg, a.a.O., S. 33
- 13 Warmuth, a.a.O., S. 32
- 14 Warmuth, a.a.O., S. 56
- 15 Seeburg, a.a.O., S. 37
- 16 Warmuth, a.a.O., S. 63
- 17 Warmuth, a.a.O., S. 66
- 18 Schneider, I., 2014: Joseph von Utzschneider – Vision und Wirklichkeit eines neuen Bayern. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg. 727 S. Hier S. 54ff. https://www.zobodat.at/pdf/Akad-Bayern-Diverse_3_0001-0727.pdf

- 19 Seeburg, a.a.O., S. 38
- 20 Seeburg, a.a.O., S. 36
- 21 Hazzi, J., 1802: Statistische Aufschlüsse über das Herzogthum Baiern: aus ächten Quellen geschöpft ; ein allgemeiner Beitrag zur Länder- u. Menschenkunde / 2. Band, 1. Abtheilung Nürnberg, Stein, 536 S. Hier S. 52
- 22 Hazzi, a.a.O., S. 60
- 23 Hazzi, a.a.O., S. 63
- 24 Hazzi, a.a.O., S. 84
- 25 Hazzi, a.a.O., S. 125f
- 26 https://de.wikipedia.org/wiki/Joseph_von_Hazzi
- 27 Böhaimb, C.A., 1865: Chronik der Stadt Weilheim vom Ursprunge der Stadt bis auf die neueste Zeit. Verlag von Martin Warth, Weilheim. 216 S. Hier § 149
- 28 Poschlod, P., 1988: Vegetationsentwicklung ehemaliger Torfabbaugebiete in Hochmooren des bayrischen Alpenvorlandes. Tuexenia, 8, 31–53.
- 29 Königlich-bayerisches Kreis-Amtsblatt von Oberbayern 1864, hier Spalte 868 https://play.google.com/store/books/details/Königlich_bayerisches_Kreis_Amtsblatt_von_Oberbaye?id=ANdCAAAAcAAJ&hl=de&gl=US
- 30 Böhaimb, a.a.O., § 2
- 31 https://de.wikipedia.org/wiki/Gut_Staltach
- 32 Vogel, A., 1860: LXVIII Die Fortschritte der mechanischen Torfbereitung in Bayern. In Chemisch-technische Beiträge. Christian Kaiser, München. 118–135. <https://play.google.com/books/reader?id=jHJQAAAAcAAJ&pg=GBS.PA118&hl=de>
- 33 <https://www.wikiwand.com/de/Iffeldorf>
- 34 Pfaffl, F., 2003: Aufgaben und Ziele der Moorkulturstationen in Oberbayern. Der Bayerische Wald 17/1 NFS, 6–8.
- 35 o.N., 2000: 100-jähriges Jubiläum der Bayerischen Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau. Nachrichtenbl. Deut. Pflanzenschutzd. 52, 313–316.
- 36 Hübner, R., 2013: Sozioökonomische Bewertung von Landnutzungsstrategien für den Klimaschutz – Auswirkungen auf Flächennutzung, Natur und Landschaft. Dissertation TU München. <https://mediatum.ub.tum.de/doc/1135925/document.pdf>
- 37 Hotz, C.-D., 1998: Zur Geschichte der bayerischen Torfwirtschaft und ihrer Bewahrung. TELMA, 28, 309–315.
- 38 https://de.wikipedia.org/wiki/Torfwerk_Peiting
- 39 <https://weilheim-schongau.bund-naturschutz.de/fileadmin/kreisgruppen/weilheim/dokumente/schwarzlaichmoor.pdf>
- 40 https://de.wikipedia.org/wiki/Bahnstrecke_Kaufbeuren-Schongau
- 41 Steinert, J., 1925: Der Torf und seine Verwendung. Walter de Gruyter & Co. Berlin und Leipzig.

- 42 Siuda, C., 1995: Renaturierung eines teilentwässerten Hochmoores im südlichen Oberbayern (Weidfilz). TELMA, 25, 193 —202.
- 43 Enzyklopädie der Technischen Chemie, 1932, Band 10, Urban & Schwarzenberg, Berlin und Wien. Hier S. 149. <https://archive.org/details/EnzyklopädieDerTechnischenChemieBand10/page/n151/mode/2up>
- 44 Roßbeck, B., 2018: Als in Staltach Industriegeschichte geschrieben wurde. Iffeldorfer Leben, 1/2018, 38–39. Gemeinde Iffeldorf. <https://docplayer.org/103625716-Iffeldorf-leben-fairtrade-geht-uns-alle-an-das-unabhaengige-journal-fuer-iffeldorfer-buerger-ausgabe-1-2018-wohnen-im-alter-ein-immer-wichtigeres-thema.html>
- 45 https://www.bayern.landtag.de/fileadmin/Internet_Dokumente/Sonstiges_Z/Taetigkeitsbericht_03WP.pdf
- 46 Adressbuch für den Landkreis Weilheim 1949, Naumann GmbH, Weilheim. https://wiki.genealogy.net/Landkreis_Weilheim_in_Oberbayern/Adressbuch_1949
- 47 Bayerisches GVBl 1956, S. 315f
- 48 Bayerisches GVBl 1962, S. 335
- 49 Bauer, R., 1983: Handbuch der bayerischen Ämter, Gemeinden und Gerichte 1799–1980. C.H. Beck, S. 271.
- 50 Schutzgemeinschaft Weilheimer Moos. <http://www.weilheimer-moos.de/index.php?id=6>
- 51 Alpenflor Erdenwerke. <https://alpenflor.de/ueber-uns/>
- 52 Carson, R., 1962: Der stumme Frühling (Silent Spring). Biedersten, München. 354 S.
- 53 Rattay, M., P.v. Sengbusch, W. Konold, 2016: Die ökologischen Auswirkungen der Grabenverschließungen im Eschengrundmoos (Gemeinde Hinterzarten). Moorkundliche Untersuchung der ältesten Wiedervernässungsmaßnahme im Schwarzwald. Ber. Naturf. Ges. Freiburg i. Br., 106, 129–172. https://www.zobodat.at/pdf/Berichte-naturf-Ges-Freiburg-Br_106_0129-0172.pdf
- 54 Münchner Merkur, 27.9.21, <https://www.merkur.de/lokales/schongau/peiting-ort49612/das-paradies-liegt-direkt-vor-unserer-haustuer-wie-in-den-peitinger-mooren-die-renaturierung-vorangetrieben-wird-91006088.html>
- 55 Bayerisches GVBl 16/1973
- 56 Bayerisches GVBl 27/1982
- 57 Bayerisches GVBl 6/1981
- 58 <https://weilheim.de/mein-weilheim/buergerservice/rathaus/stadtverwaltung/stadtbauamt/bauleitplanung/rechtsverbindliche-bebauungsplaene/2909-073-torfabbaugebiet-weilheimer-moos-u-schwattachfilz>
- 59 Bayerischer Landtag Drucksache 11/9288 https://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP11/Drucksachen/0000009000/11-09288.pdf
- 60 Moore, T.R., R. Knowles, 1989: The Influence of Water Table Levels on Methane and Carbon Dioxide Emissions from Peatland Soils. Can. J. Soil Sci., 69, 33–38.

- 61 Tiemeyer, B., et al., 2020: A new methodology for organic soils in national greenhouse gas inventories: Data synthesis, derivation and application. *Ecological Indicators*, 109, 105838.
- 62 Meier, W., 2003. Das Moorentwicklungskonzept Bayern. Laufener Seminarbeitr. 1/03, S.37–46. Bayer. Akad. f. Naturschutz u. Landschaftspflege – Laufen/Salzach.
- 63 https://nanopdf.com/download/erstellung-von-umsetzungskonzepten-der-moorrenaturierung-im_pdf
- 64 KLIP 2020 – Ein Sonderprogramm zur Moorrenaturierung, 2013: Bayer. Landesamt für Umweltschutz. 6 S.
- 65 Drösler, M., M. Kraut, 2020: Klimaschutz durch Moorschutz – im Klimaprogramm Bayern (KLIP 2020/2050). – ANLiegen Natur 42(1), 31–38, Laufen; www.anl.bayern.de/publikationen.
- 66 Kreisbote vom 23.2.2021
- 67 Weilheimer Tagblatt vom 20.2.2021
- 68 Weilheim Flächennutzungsplan 2012, <https://www.weilheim.de/mein-weilheim/buergerservice/rathaus/stadtverwaltung/stadtbauamt/bauleitplanung/flaechennutzungsplan/1558-flaechennutzungsplan-der-stadt-weilheim-i-ob-fortschreibung-vom-29-02-2012>
- 69 siehe z.B. <https://www.greensurance-stiftung.de/stiftung-fuer-mensch-und-umwelt/nachhaltigkeitsleistungen/104-kompensation.html>
- 70 https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/04_EEG_2023.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- 71 siehe z.B. <https://klimaanpassung-oberland.de>

Das Gefängnis in Fürstenfeldbruck 1846 bis 1976

Das Fürstenfeldbrucker Gefängnis an der Dachauer Straße 10 bestand 130 Jahre lang. Das Gebäude wurde in den Jahren 1846/47 von dem Münchener Architekten Friedrich von Gärtner im „Rundbogenstil“ erbaut. Es stand lange Jahre unter Denkmalschutz und wurde am 1. Januar 1977 geschlossen, am 6. November 1981 wurde es abgerissen. Das Gefängnis erlebte bewegte Zeiten, von der reaktionären, letzten Phase des Vormärz (ca. 1815 – 1848) über den äußerst repressiven bayerischen Staat bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, über die Zeit der demokratischen Weimarer Republik, die NS-Diktatur bis hin zur demokratischen Bundesrepublik Deutschland. Das Milieu und das Leben hinter Gefängnismauern wurde im 19. und 20. Jahrhundert oftmals literarisch verarbeitet, so beispielsweise bei Ludwig Thoma in dessen „Stadelheimer Tagebuch“, bei Hans Fallada in dessen Roman „Wer einmal aus dem Blechnapf frißt“ oder bei Oscar Wilde in dessen „Zuchthausballade“. Die bekannteste wissenschaftliche und bis heute nachwirkende Auseinandersetzung mit dem Thema Gefängnis stammt von Michel Foucault. In seinem Buch „Überwachen und Strafen“ aus dem Jahr 1975 analysierte er die historische Entwicklung von körperlicher und seelischer Gewalt. Die Hauptfunktion der Strafe war demnach Vorbeugung und ein wesentlicher Teil der Strafe war die soziale Entwurzelung der Täter. Zudem kam es im 18. und 19. Jahrhundert zu einer Individualisierung der Strafe.

Das Grundstück für das zu errichtende Gefängnis wurde im Juni 1847 durch den Bayerischen Staat von der Posthalterswitwe Anne Weiß um 800 Gulden erworben.¹ Alle Gebäude des Amtsgerichtsgefängnisses Fürstenfeldbruck, also das Hauptgebäude, das Nebengebäude, der Garten für die Dienstwohnung, das Vordergebäude, der Hofraum mit Zufahrt und die Umwehrungen, wurden im Jahr 1847 gebaut, die Neubau-

kosten betrugen insgesamt 58 600 Mark, hinzu kamen Bauplatzkosten von 1360 Mark. Das Hauptgebäude umfasste 362 Quadratmeter. Das Gebäude wurde als „Bezirksfronfeste“ errichtet, seit den 1860er Jahren wurde es zugleich für Gerichtszwecke eingerichtet. Für die Diensträume des Amtsgerichts wurde in den Jahren 1910/1911 ein Neubau errichtet. Von Anfang an und mindestens bis zum Jahr 1928 waren 14 Hafträume für 24 Gefangene vorhanden, im Jahr 1928 gab es fünf Diensträume, ein Bad, einen Arbeitsraum, einen Werkzeugraum, eine Dienstwohnung mit vier Zimmern, eine Waschküche, eine Holzlege und einen Dachraum.² Die Hafträume galten als ungenügend, die Wohnung des Gefängniswärters als zu klein und in gesundheitlicher Hinsicht als nicht unbedenklich, Belegungen mit bis zu 30 Gefangenen waren nicht selten, ein Teil der Hafträume war dumpf und feucht.³ Im Jahr 1911 war das Gefängnis für eine ordentliche Belegung von 24 Gefangenen eingerichtet. Die Tageszahl der Untersuchungs- und Strafgefangenen betrug im März 1911 insgesamt 238 Personen, wobei die Fluktuationen zwischen den einzelnen Tagen sehr hoch war.⁴ Dies lässt den Schluss zu, dass auch schon vor dem Ersten Weltkrieg im Fürstenfeldbrucker Gefängnis nur Personen mit kleinen Vergehen inhaftiert waren. In der Finanzperiode 1912/13 wurde das alte Amtsgerichts- und Gefängnisgebäude für 15 000 Mark umgebaut. Seit dem Jahr 1911 wurde das Gefängnisgebäude ausschließlich als Gerichtsgefängnis genutzt.⁵

Im Jahr 1889 wurde der Amtsrichter Simon Angstl am Amtsgericht Fürstenfeldbruck zum Oberamtsrichter befördert, sein Gehalt betrug ab diesem Zeitpunkt 3360 Mark.⁶ Im Jahr 1880 arbeiteten am Amtsgericht Fürstenfeldbruck sieben Personen, davon ein Oberamtsrichter und zwei Amtsrichter. Am Anfang der 1890er Jahre waren am Amtsgericht Fürstenfeldbruck die Richter Angstl, Schwaighofer und Schnizlein beschäftigt.⁷ Die Anzahl der Gerichtsbeschäftigten erhöhte sich in den nächsten drei Jahrzehnten sukzessive. Im Jahr 1908 wies das Amtsgericht Fürstenfeldbruck 16 Beschäftigte auf, beispielsweise einen Oberamtsrichter, zwei Amtsrichter und zwei Sekretäre. Die Zahl der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten schwankte zwischen den Jahren 1880 und 1907 jährlich zwischen 543 und 698, die der Prozesse in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zwischen 217 und 462 jährlich. Bei den Strafsachen gab es in dieser Zeit

zwischen 279 und 429 Hauptverhandlungen pro Jahr.⁸ Vor allem die Urteile in Officialstrafsachen nahmen innerhalb der Jahre 1904 bis 1906 von 270 auf 340 zu. Im Jahr 1905 wurde der Oberamtsrichter Johann Hieber vom Amtsgericht Freyung an das Amtsgericht Fürstenfeldbruck versetzt.⁹ In einem Bericht aus dem Jahr 1908 führte Oberamtsrichter Hieber die gestiegenen Zahlen vor allem auf das Bevölkerungswachstum im Bezirksamt Fürstenfeldbruck und auf die Nähe zur Großstadt München zurück.¹⁰ Im typischen zeitgenössen Duktus schrieb er: „... als eine Menge verkommener Existenzen aus der Grosstadt hierher ihre Zuflucht nehmen und den Strafrichter beschäftigen, ein weiteres Moment der Arbeitszunahme ist in der Gründung industrieller Etablissements im Bezirk Bruck (Hausmüllverwertung München-Puchheim, Papierfabrik Olching, Torfwerk Haspelmoor) zu suchen... Die Geschäftslast des Streitrichters ist deshalb eine so gewaltige, weil durch den wöchentlich dreimaligen Sitzungsdienst, weiter durch die im Ermittlungsverfahren und auf richterliches Ersuchen notwendig werdenden Vernehmungen, weiter Augenscheine, Leichenöffnungen und dgl. Ein ganz beträchtlicher Teil der Arbeitszeit aufgebracht wird und demnach zur gründlichen und sachgemässen Bearbeitung der richterlichen Entscheidungen nicht mehr genügend Zeit zur Verfügung steht. Der bestehende Zustand muss, falls er noch länger andauert, zur völligen Ueberarbeitung und Nervenzerrüttung des betr. Referenten führen...“.¹¹ Im Jahr 1906 war Oberamtsrichter Hieber der Leiter der Vorstandsgeschäfte, der Mahnverfahren und der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Gebührensachen, der Amtsrichter Böhngen stand den Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen des unbeweglichen Vermögens, den Verrichtungen des Konkursgerichts, den Sühnesachen, der Erledigung der Ersuchen um Rechtshilfe in der streitigen bürgerlichen Rechtspflege und in Konkursen, allen sonstigen Geschäften der streitigen bürgerlichen Rechtspflege für die Buchstaben A mit L des Beklagten mit Ausnahme des Mahnverfahrens, den Strafsachen und dem Hinterlegungswesen vor. Dem Amtsrichter Dr. Jaeger unterstand die streitige bürgerliche Rechtspflege vom Buchstaben M mit Z des Beklagten mit Ausnahme des Mahnverfahrens, das Grundbuchwesen und die mit dem Grundbuchwesen zusammenhängenden Angelegenheiten.¹²

Im Jahr 1922 wurde Amtsrichter Anton Schmitt zum Oberamtsrichter in Fürstenfeldbruck befördert, das jährliche Grundgehalt betrug 44 000 Mark.¹³ Im Jahr 1925 hatte der Amtsgerichtsvorstand Hieber immer wieder gesundheitliche Probleme, dem Amtsgericht Fürstenfeldbruck standen zeitweise nur der Oberamtsrichter Schmitt und Amtsrichter Haug zur Verfügung, der Präsident des Landgerichts München II monierte die Besetzung als zu gering.¹⁴ Er beantragte deshalb eine weitere richterliche Aushilfe für das Amtsgericht Fürstenfeldbruck, daraufhin schickte das Präsidium des Landgerichts München II für sechs Wochen den Rat am Landgericht München II, Alfred Hartmann, zur Geschäftsaushilfe an das Amtsgericht Fürstenfeldbruck, diese Abordnung wurde bis zum 30. November 1925 verlängert.¹⁵ Im Jahr 1927 wurden am Arbeitsgericht Fürstenfeldbruck Josef Haug zum Vorsitzenden und August Klinger zum stellvertretenden Vorsitzenden ernannt.

In den „Friedensjahren“ des Nationalsozialismus 1933 bis 1939 war das Gefängnis in Fürstenfeldbruck oft Zwischenstation für Menschen, die von der regulären Polizei oder von der Gestapo schließlich ins Konzentrationslager Dachau oder in ein anderes Konzentrationslager gesperrt wurden. Ein Beispiel hierfür war der ehemalige Gemeinderat Michael Neumeier (SPD), der nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1948 bis 1952 Erster Bürgermeister von Fürstenfeldbruck war. Neumeier verbrachte nach seinem Aufenthalt im Gefängnis in Fürstenfeldbruck einige Monate im Konzentrationslager Dachau. Auch der Finanzbeamte und Fürstenfeldbrucker jüdische Bürger Berthold Lehmann befand sich im Jahr 1938 kurzzeitig im Fürstenfeldbrucker Gefängnis. Es gab noch einige weitere Bürger Fürstenfeldbrucks, die aufgrund von politischen oder rassistischen Gründen für einige Zeit im Fürstenfeldbrucker Gefängnis eingesperrt wurden. In der sogenannten Reichspogromnacht im Jahr 1938 wurde Simon Erlanger aus Gröbenzell verhaftet und kurzzeitig ins Gefängnis des Brucker Amtsgericht gebracht. Erlanger wurde im Jahr 1866 in Buchau, einer stark vom Judentum geprägten kleinen oberschwäbischen Reichsstadt geboren. Im Jahr 1884 ging Erlanger nach München, wo er als Kurzwarenhändler tätig war und im Jahr 1933 zogen Erlanger und seine Ehefrau nach Gröbenzell. Im Jahr 1942 wurde Simon Erlanger ins Milbertshofener Bar-

ckenlager überstellt, im Jahr 1943 konnte er aufgrund seines „Mischehen“-Status nach Gröbenzell zurückkehren, wo er im Jahr 1957 starb.¹⁶ Ebenfalls in der „Reichspogromnacht“ wurde Alfred Rosenberger aus Esting verhaftet und im Amtsgerichtsgefängnis Fürstenfeldbruck festgehalten. Rosenberger war Schuhhändler und war mit der „Nicht-Jüdin“ Franziska Schober verheiratet. Die Tochter Gabriele Karoline wanderte im Jahr 1938 nach Paraguay aus und schließlich emigrierten Alfred und Franziska Rosenberger bald danach in die USA.¹⁷ Es gab jedoch auch andere Gefangene. Im Jahr 1936 musste sich der 32 Jahre alte und verheiratete Fürstenfeldbrucker Hilfsarbeiter Lorenz Lauchner aus Fürstenfeldbruck vor dem Schöffengericht München-Land wegen des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit einem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung verantworten. Der Staatsanwalt hatte zehn Monate Gefängnis beantragt, das Gericht verurteilte Lauchner zu sechs Monaten Gefängnis, das Berufungsgericht verdoppelte nach der Berufung der Staatsanwaltschaft die Strafe auf ein Jahr Gefängnis.¹⁸ Es ist unbekannt, ob Lauchner seine Strafe im Fürstenfeldbrucker Gefängnis abgesessen hat, es ist aber zu vermuten. Lorenz Lauchner wurde am 21. April 1904 in Wandelheim geboren, im Jahr 1925 wanderte er nach Fürstenfeldbruck zu. Der Hilfsarbeiter arbeitete ab dem Jahr 1934 im Überlandwerk, möglicherweise vor allem aufgrund seiner politischen Einstellung, denn er war im Jahr 1931 der NSDAP beigetreten, im Mai 1936 wurde er durch das Kreisgericht wegen Meuterei aus der NSDAP ausgestoßen. Seiner Spruchkammerakte ist zu entnehmen, dass er zu sechs Monaten Konzentrationslager verurteilt wurde, die er nicht verbüßte, da er bei seiner Verhaftung Widerstand leistete und hierfür zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Lauchner war der Schwager von Georg Gillmeyer, der ein aktiver Nationalsozialist sowie SA-Truppführer war und an der schweren Misshandlung des Reichsbannermitglieds Josef Kneidl durch SA-Männer vor dem Jahr 1933 beteiligt war.¹⁹ Lauchner war auch an der Misshandlung von zwei Juden in der NS-Zeit beteiligt. Er wurde von Gauleiter und bayerischem Innenminister Adolf Wagner bei der obersten SA-Führung denunziert und sah sich selbst deshalb als politisch Verfolgten.²⁰ Während der gesamten Zeit seiner NSDAP-Mitgliedschaft war Lauchner Truppführer der SA.

Während des Zweiten Weltkrieges stand das Gefängnis die meiste Zeit leer, da die Bediensteten bei der Wehrmacht waren. Ab dem 20. Mai 1945 wurde das Amtsgerichtsgefängnis auf Anordnung der Militärregierung zur Unterbringung der politischen Häftlinge wieder geöffnet. Die Aufsichtspersonen wurden ebenfalls von der Militärregierung eingesetzt, wechselten häufig und gingen häufig nicht aus dem Gefängnisdienst hervor.²¹ Noch am 8. September 1945 war das Gefängnis geschlossen und wurde als Polizeigegefängnis für die Militärregierung benützt. Der bauliche Zustand des Gefängnisses war nicht gut, zur ebenen Erde breitete sich Feuchtigkeit aus. Die Sicherheitsverhältnisse waren ebenfalls nicht gut, es wurden wiederholt Ausbruchsversuche unternommen.²² Im Jahr 1946 besaß das Gefängnis 14 Zellen mit einer Belegungsfähigkeit von 30 Personen, der Gefangenestand am 15. März 1946 betrug jedoch 91 Häftlinge, das Gefängnis war damit völlig überbelegt.²³ Im Juli 1946 betrug der Gefängnisstand 80 Gefangene. Da das Gefängnis für eine Normalbelegung von 30 Gefangenen eingerichtet war, standen für die 80 Gefangenen nur 30 Essschüsseln zur Verfügung. Die Gefangenen lagen den ganzen Tag auf Strohpritschen.²⁴ Aufgrund der Überbelegung herrschte eine große Ansteckungsgefahr bei Krankheiten der Gefangenen. Am 4. Juli 1946 befanden sich 11 Untersuchungsgefangene für das deutsche Gerichte über sechs Wochen im Gefängnis. Die Delikte waren vor allem Diebstahl und Amtsunterschlagung, jedoch auch Betrug, Urkundenfälschung, Gewerbsunzucht und falsche Papiere.²⁵

Im März 1947 war das Gerichtsgefängnis mit 55 Gefangenen belegt, darunter 17 Frauen. Dazu hieß es: „Der ständige hohe Frauenstand hängt mit der nicht abreißenden Streunerei zu der Garnison zusammen.“²⁶ In einem Bericht vom Januar 1948 hieß es, dass acht Gefangene nach der amerikanischen und achte Gefangene nach der bayerischen Weihnachtsamnestie entlassen wurden.²⁷

In der Nachkriegszeit saßen also wieder vor allem Häftlinge ein die Bagatelldelikte begangen hatten, beispielsweise Lebensmitteldiebstähle oder kleinere andere Wirtschaftsvergehen, oder Häftlinge, die wegen politischen Gründen im Gefängnis waren. Auch viele Prostituierte waren in der Nachkriegszeit kurzfristig „Stammgäste“ im Fürstenfeldbrucker Gefängnis, die Kriminalisierung von Prostitution durch Staat und Teile

der Gesellschaft war jedoch nicht neu. In der Nachkriegszeit gab es in der Kleinstadt Fürstenfeldbruck vergleichsweise viele Prostituierte. Dies war neben anderen Ursachen, wie beispielsweise schlechte ökonomische Verhältnisse und schwierige familiäre Situationen, möglicherweise auch eine Folge der Anwesenheit der amerikanischen Besatzungstruppen geschuldet. Seit dem Ende des Jahres 1946 bis zum November 1949 wurden insgesamt 1637 Prostituierte auf ihren Gesundheitszustand untersucht, unter diesen Frauen befanden sich 134 Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Im Jahr 1949 schätzte die Polizei die aktuelle Anzahl der Prostituierten in Fürstenfeldbruck auf 200 bis 300 Frauen, bei einer Einwohnerzahl von ca. 12 000 Personen. Die Nachfrage nach den „Dienstleistungen“ dieser Frauen muss also sehr groß gewesen sein. Manche der Prostituierten hatten bis zu drei Kinder. Die meisten Frauen hatten eine problematische kriegsbedingte Vergangenheit und wurden zumindest teilweise deshalb zur Prostitution gezwungen. Einige Vermieter wollten mit der Vermietung von Zimmern an Prostituierte das schnelle Geld verdienen.²⁸

Im September des Jahres 1950 saßen im Amtsgerichtsgefängnis Fürstenfeldbruck 13 Frauen und 15 Männer, das Durchschnittsalter der männlichen Gefangenen lag bei 32 Jahren, das der weiblichen Gefangenen bei 25. Die meisten Delikte der Strafgefangenen waren erneut kleine Straftaten. Das Haupterziehungsmittel stellte Arbeit dar. Die Männer hackten Holz oder befanden sich auf Außenkommandos, die Frauen verarbeiteten Papierarbeiten oder schloßen Federn. Vier der Gefangenen verbüßten Strafen bis zu drei Monaten, drei weitere Häftlinge Strafen über drei Monate und insgesamt 21 Gefangene befanden sich in Untersuchungshaft und warteten auf ihr Urteil. Das wichtigste Ziel der Haft bestand in der Rückführung in die Gemeinschaft.²⁹ Ebenfalls im Jahr 1950 wurde der Beschäftigte des Finanzamtes Fürstenfeldbruck, Manfred v. E., der einen Einbruch in das Finanzamt vorgetäuscht hatte, um seine Unterschlagungen zu verdecken, vom Schöffengericht München-Land zu einer Haftstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt, wie das Fürstenfeldbrucker Tagblatt ausführlich berichtete.³⁰ Im Mai des Jahres 1951 fand vor dem Amtsgericht Fürstenfeldbruck die Hauptverhandlung gegen drei sog. „Amimädchen“ statt, die kurz vor Ostern aus

der Frauenabteilung des Gerichtsgefängnisses einen Ausbruchversuch unternommen hatten, der jedoch gescheitert war. Jede der drei Frauen erhielt sechs Monate Gefängnis. Der Gefängnisleitung wurde mangelnde Kontrolle vorgeworfen.³¹

Im August des Jahres 1952 besuchten einige Redakteure des Fürstenfeldbrucker Tagblattes, avisiert durch den Leiter des Amtsgerichts, Oberamtsrichter Schlicker, das Gefängnis in Fürstenfeldbruck. Die Journalisten wurden vom Gefängnisdienstleiter, Hauptwachtmeister Hartmann, durch die Strafanstalt geführt. Das Gefängnis galt auch zu dieser Zeit als „Haus der kleinen Sünder“. Im Brucker Amtsgerichtsgefängnis konnte man am Anfang der 1950er Jahre als Mann höchstens eine Strafe von drei Monaten und als Frau eine solche von acht Tagen absitzen, Untersuchungshäftlinge wurden dagegen länger dort behalten. Das Essen für die Häftlinge umfasste beispielsweise Kartoffelsuppe und Zwetschgenmus. Zwei der Strafgefangenen hatten, als sie ohne Licht radelnd angetroffen wurden, dem sie zur Rede stellenden Polizisten die Nennung ihres Namens verweigert und ihn angepöbelt, hierfür wurden sie zu 16 Tagen Haft verurteilt. Weitere Gefangene saßen wegen Verhaltensverfehlungen bei Trunkenheit im Gefängnis, ein Häftling hatte einem Zechkumpanen im Rausch die Weinflasche auf den Kopf geschlagen und verbüßte deswegen eine Haftstrafe von einem Vierteljahr. Einer der Häftlinge saß wegen Sittlichkeitsvergehen an Jugendlichen ein.

Bei der Wiedereingliederung in das Leben in Freiheit arbeiteten das Gericht und das Arbeitsamt in Form einer Sonderbetreuung zusammen. Das Hauptziel bestand in der Zurückführung in den Produktionsprozess, doch der Mangel an Arbeitsplätzen erschwerte diese Aktionen. Innerhalb des Gefängnisses gab es auch zu wenig Arbeit für die Häftlinge. Grosso modo wurden die Häftlinge im Fürstenfeldbrucker Gefängnis human behandelt, die Verköstigung war ausreichend und auf ca. 3000 Kalorien am Tag berechnet. Es gab eine Bibliothek, die beispielsweise Bücher von Kipling, Guardini, Eichendorff, der Gebrüder Grimm oder Karl May enthielt.³² Im Juli 1955 befanden sich 23 Gefangene im Gefängnis, 19 Männer und vier Frauen. Gänge und Räume waren frisch getüncht. Genau zu dieser Zeit erfolgte die Auflösung des Amtsgerichtsgefängnisses

Dachau, deshalb wurden ab diesem Zeitpunkt auch Gefangene aus dem Bezirk Dachau ins Gerichtsgefängnis Fürstenfeldbruck gebracht³³.

Der katholische Seelsorger hielt regelmäßig Gottesdienste und Besuche ab, auch der evangelische Geistliche besuchte die Gefangenen. Im Gefängnis war ein Arbeitsbetrieb eingerichtet, die Papierfabrik Manzinger in München-Pasing lieferte Tragtaschen aus Papier, die mit Verfestigungstreifen, Lochungen und Tragschnüren versehen werden mussten. Zudem wurden Garten-, Ernte- und Holzarbeiten durchgeführt. Für das Jahr 1964 war die Schließung der Frauenabteilung vorgesehen.³⁴ Die hygienischen Verhältnisse waren infolge des Kübelsystems nicht erfreulich. Im Jahr 1964 wurden im Gerichtsgefängnis Umbauarbeiten größeren Stils durchgeführt. Dabei wurden auch Spülklosetts und Waschbecken in die Hafräume eingebaut und das Gefängnis an die städtische Kanalisation angeschlossen.³⁵ Im Jahr 1965 betrug die Arbeitszeit im Gefängnis im Sommer 7:30 – 11:00 und 12:30 – 16:45. Die Gefangenen hatten täglich Hofgang, außerhalb der Arbeitszeit hatten sie die Möglichkeit, Bücher aus der Gefangenenbücher zu lesen, Gesellschaftsspiele zu machen oder Radiomusik aus den Zellenlautsprechern zu hören.

Im Jahr 1966 befanden sich acht Einmannzellen, zwei Dreimannzellen und vier Sechsmannzellen im Gefängnis. Die Fürsorge für zur Entlassung kommende Gefangener erfolgte durch die Bezirksstelle des Landesverbandes für Gefangenenfürsorge. Im Juli 1967 war das Gerichtsgefängnis mit 25 Strafgefangenen und 12 Untersuchungsgefangenen voll belegt, bei den Untersuchungsgefangenen handelte es sich zum überwiegenden Teil um Verkehrssünder. Das Landbauamt München hatte wenig Zeit für das Gerichtsgefängnis.³⁶ Der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München schrieb am 23. Oktober 1967 nach einer Besichtigung des Gerichtsgefängnisses Fürstenfeldbruck: „Das Gefängnisgebäude macht äußerlich wie auch in allen Innenräumen einen guten und gepflegten Eindruck. Die Fassade ist in tadellosem Zustand, die Geschäftsräume, Zellen und Gänge sind größtenteils frisch getüncht... Sämtliche Einzel- und Gemeinschaftszellen besitzen Spülklosetts, Waschbecken und abgeteilte Wandschränke für die Gefangenen... Die Ausstattung des Gefängnisses genügt den Anforderungen eines modernen Strafvollzugs vollkommen... Die Bücherei umfaßt ca. 300 gut erhaltene und einge-

bundene Bücher. Eine Ausscheidung der teilweise sehr alten Bücher und eine Ergänzung durch etwas modernere Literatur wäre wünschenswert... Die Küche selbst macht einen äußerst sauberen und gepflegten Eindruck und ist teilweise gefliest... Das Gefängnis kann mit 38 männlichen Gefangenen belegt werden... Insgesamt sind 8 Einzelzellen vorhanden, wovon eine,... als Arzttraum Verwendung findet. In den 6 Gemeinschaftszellen (2 Zellen zu je 3 Mann und 4 Zellen zu je 6 Mann) können 30 Gefangene ohne Überbelegung untergebracht werden... Der Vorschrift Ersttäter, Vorbestrafte, Untersuchungsgefangene und Jugendliche zu trennen, kann durchwegs Genüge geleistet werden. Die Heranziehung von Untersuchungsgefangenen und Verkehrssündern zu gemeinsamen Arbeiten erbrachte bisher keine Schwierigkeiten... Freizeitarrüste werden seit Juni 1967 im Gerichtsgefängnis nicht mehr vollstreckt... Die Gefangenen- und Entlassungsfürsorge liegt in Händen des Justizoberinspektors Kick beim Amtsgericht Fürstenfeldbruck... Bei der Besichtigung des Gefängnisses und am Nachmittag des Prüfungstages wurde den Gefangenen die Möglichkeit gegeben, sich bei Oberstaatsanwalt Dr. Dietl über die Behandlung in der Anstalt auszusprechen und über besondere Vorkommnisse, die Anlaß zu Klagen und Beschwerden geben können, zu berichten. Die Vorsprachen ergaben indes keine Besonderheiten. Das Verhalten der Anstaltsbediensteten wurde allgemein als sehr korrekt bezeichnet. Die Verpflegung ist nach den Äußerungen der Gefangenen ausreichend und sehr schmackhaft. Gegen die Unterbringung in Gemeinschaftszellen wurden keine Klagen laut... Dem Vorstand des Amtsgerichtsgefängnisses Fürstenfeldbruck, Amtsgerichtsdirektor Dr. Schlickerrieder, standen am Tage der Prüfung an Aufsichtspersonal zur Verfügung: 1. Hauptwachtmeister Karl Bott 2. Oberwachtmeister Günter Trapp 3. Oberwachtmeister Günter Rast 4. Oberwachtmeisteranwärter Günter Maier. Der bisherige Gefängnisoberverwalter Peter Frank ist am 28. August 1967 verstorben... Der derzeitige Personalstand erscheint im Hinblick auf die oftmalige Überbelegung des Gefängnisses und die laufend anfallenden Außenarbeiten nur knapp ausreichend. Es sind täglich in der Regel zwei Arbeitsgruppen im Außendienst und zwar am Flugplatz Fürstenfeldbruck und im Märchenwald Grafrath eingesetzt und zwei Beamte erforderlich, so daß für den Innendienst, wenn

ein Mann im Urlaub ist und etwa der vierte Beamte seine Freizeit für den Nachtdienst einbringt, oft nur ein Beamter zur Beaufsichtigung der Innenarbeiten im Arbeitsraum und auf den Zellen und für den gesamten Geschäftsdienst zur Verfügung steht... Die Gefangenen werden neben den notwendigen Hausarbeiten zu folgenden Innen- und Außenarbeiten herangezogen: 1. Innenarbeiten: a) Fa. Manzinger Papierfabriken München-Pasing: Papierarbeiten b) Fa. Einzinger & Co. Papierwarenfabrik München: Papierarbeiten c) Fa. Hans Krug, Buchdruckerei München: Parkscheiben stanzen d) Fa. Bayer's Werbeverlag München: Einlegen von Werbekatalogen e) Fa. Correcta GmbH Fürstenfeldbruck: Verpacken von Waschpulver 2. Außenarbeiten: a) Fliegerhorst Standortverwaltung Fürstenfeldbruck: Aufräumarbeiten u.a. (tägliches Arbeitskommando 6 Mann) b) A. Lötscher, Grafrath, Märchenwald: Aufräumarbeiten (Arbeitskommando 5 Mann) c) F. Hamaleser, Müller, Schwarz, Kneuper, Butan-Werke. Landbauamt u.a.: Aufräum-, Gartenarbeiten u.a. ... Die Löhne und Preise sind nach den vorliegenden Bestimmungen für die Lohntarife richtig berechnet... Im laufenden Kalenderjahr 1967 hat die Gefangenenarbeit nach der vorgenommenen Überprüfung der Auftragsliste und eingegangenen Beträge bis heute bereits einen Erlös von ca. 42.000,00 DM erbracht. Die Haupterlöse ergeben sich aus den Außenarbeiten am Fliegerhorst Fürstenfeldbruck und im Märchenwald. Allein die Arbeit im Fliegerhorst erbringt monatlich 2.000,- bis 2.500,- DM“...³⁷ Am 31. Januar 1969 besichtigte der zuständige Staatsminister das Amtsgericht und das Gerichtsgefängnis Fürstenfeldbruck. Nach dem Besuch fand ein Gespräch mit den Vertretern der örtlichen Presse statt. Bei der Pressekonferenz wurde im wesentlichen Fragen des Neubaus, der Renovierung des Gefängnisses, der Aufhebung des Gefängnisses, die Bücherei und die technische Ausstattung des Gerichts angeschnitten.³⁸ Über das Gerichtsgefängnis stand im Bericht: „Am Tag der Besichtigung saßen 33 Gefangene ein, davon 14 Untersuchungsgefangene. Das Gefängnisgebäude ist in ganz erheblichem Maße feucht. Das ist darauf zurückzuführen, daß es nur teilweise unterkellert ist... Die einzelnen Räume befinden sich in verhältnismäßig ordentlichem Zustand... Von den 33 Gefangenen sind 31 beschäftigt. Die Verkehrssünder sind zwar in den Zellen von den anderen Gefangenen getrennt, kommen jedoch bei der Arbeit mit

ihnen zusammen...“.³⁹ Bei einer im Jahr 1973 durch den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München durchgeführten Prüfung wurde festgestellt, dass an der Außenfassade des Hauptgebäudes sowie an der nach Süden abschließenden Außenmauer an mehreren Stellen der Mauer der Putz abgefallen war. Zudem waren die in den Einzelzellen befindlichen Klosettschüsseln mit Pappdeckeln umkleidet, die teilweise sehr stark beschädigt und zerrissen waren. Die ärztliche Betreuung der Gefangenen erfolgte durch die Ärzte des Gesundheitsamtes Fürstenfeldbruck. Der Gesundheitszustand der Gefangenen wurde als gut bezeichnet.

Im Jahr 1969 wurde die Belegungsfähigkeit der Strafanstalten in München auf insgesamt 1426 Gefangene festgesetzt, der Löwenanteil entfiel auf die Strafanstalt München-Stadelheim, der Rest auf die Frauenabteilung München-Neudeck und auf die Jugendarrestanstalt München-Neudeck. Im Gefängnis in Fürstenfeldbruck waren im Jahr 1968 durchschnittlich 34 Personen inhaftiert. Bereits in diesem Jahr 1969 wurde vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz über eine Auflösung des Gefängnisses in Fürstenfeldbruck nachgedacht, schließlich entschied man sich zunächst gegen diese Schließung.⁴⁰ In den Jahren 1970 bis 1973 belief sich die Zahl der Beamten, die im Gefängnis ihren Dienst verrichteten, auf sechs Personen, seit Januar 1974 betrug sie sieben Personen, hinzu kamen noch zwei Angestellte, besondere Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für die Bediensteten auf Anstaltsebene wurden nicht durchgeführt. Die Entwicklung der Vollzugszuständigkeit von Januar 1970 bis April 1972 betrug im Erstvollzug bis zu drei Monaten und im Regelvollzug bis zu neun Monaten, danach belief sich der Regelvollzug auf bis zu sechs Monate. Maßnahmen zur schulischen, beruflichen oder sonstigen Aus- und Weiterbildung wurden nicht angeboten. Gefangenenzeitschriften oder anstaltseigene Rundfunkstudios gab es nicht, ebenso keine Gruppenaktivitäten und Seminare für Gefangene.⁴¹ Im Jargon der Gefangenen hieß das Gefängnis, das auch für den Landkreis Dachau genutzt wurde, „Dachauer Hof“. Die Strafanstalt stand nämlich in den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens in dem Ruf, dass man dort besonders leicht ausbrechen konnte. Die vielen Ausbrüche waren der Grund dafür, dass in den Jahren vor der Stilllegung der Haftanstalt nur noch die „kleinen Sünder“ in diesem Gefängnis untergebracht wurden. Die an-

deren Straftäter kamen ins Münchener Gefängnis Stadelheim. Die Ausbrüche aus dem Fürstenfeldbrucker Gefängnis gelangen den Häftlingen dadurch, dass sie mit einem Suppenlöffel den Mörtel aus der 60 Zentimeter dicken Außenwand kratzten, dann die Ziegelsteine herausnahmen und sich so den Fluchtweg bahnten. Dieser ging über eine Mauer in den äußeren Hof der Strafanstalt und über eine weitere Mauer auf die Straße. In den Jahren 1973 und 1974 entwichen jeweils acht Gefangene aus dem Gefängnis, vorwiegend Untersuchungshäftlinge.⁴² Bis zur Schließung des Gefängnisses am 1. Januar 1977 wurden die Untersuchungsgefangenen in die Justizvollzugsanstalten in München, die Strafgefangenen im Erstvollzug in die Justizvollzugsanstalt Aichach und die Strafgefangenen im Regelvollzug in die Justizvollzugsanstalt Erding verlegt.⁴³ Im Jahr 1976 intensivierte sich die Überlegung verschiedener Behörden innerhalb der Justiz bezüglich der Schließung des Gefängnisses in Fürstenfeldbruck. Der Leitende Oberstaatsanwalt beim Landgericht München II schrieb am 18. März 1976 an den Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht München: „Die Schließung der Justizvollzugsanstalt Fürstenfeldbruck wäre sehr zu bedauern; die Aufhebung der Zuständigkeit des Amtsgerichts Fürstenfeldbruck als Haftgericht aber im Hinblick auf die Sicherheit der Bevölkerung und die Verfolgung von Straftätern sehr bedenklich, wenn nicht sogar verhängnisvoll. Die Bedeutung des Amtsgerichts Fürstenfeldbruck als Haftgericht ergibt sich daraus, daß nach Auskunft der Justizvollzugsanstalt im Jahr 1975 von 313 Untersuchungsgefangenen allein 259 für die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II eingewiesen haben. Hierzu sind noch die zahlreichen dem Richter vorgeführten Personen zu rechnen, bei denen ein Haftbefehl nicht ergangen oder sofort außer Vollzug gesetzt worden ist. Diese Feststellungen zeigen, daß in den Amtsgerichtsbezirken Fürstenfeldbruck und Dachau eine erhebliche Kriminalität in Erscheinung tritt. Die Beseitigung des Haftgerichts Fürstenfeldbruck würde nicht nur eine langsame Austrocknung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II fördern, sondern vor allem die Bekämpfungsmöglichkeiten der Kriminalität zum Nachteil der Bevölkerung erheblich verschlechtern. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II ist mit den örtlichen Gegebenheiten, auch mit allen Polizeidienststellen vertraut. Das wirkt sich naturgemäß auf die

Behandlung aller Ermittlungsverfahren aus dem Haftbereich Fürstentfeldbruck positiv aus. Die Probleme bei der Abgabe von Verfahren, für die ein Haftbefehl besteht, an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II sind mannigfaltig. Die gesamten Schwierigkeiten, wie sie in den Amtsgerichtsbezirken Wolfratshausen und Miesbach seit langem zu beobachten sind, würden in verstärktem Maße auch aus dem bisherigen großen Haftgebiet des Amtsgerichts Fürstentfeldbruck (einschließlich Amtsgerichtsbezirk Dachau) auftreten. Zusammengehörige Sachen könnten auseinandergerissen werden, insbesondere wenn nur gegen einen Teil der Täter Haftbefehl ergeht. Aktenstücke befänden sich jeweils bei der unzuständigen Staatsanwaltschaft und gelangten erst mühsam an den richtigen Ort. Verzögerungen ergeben sich durch Kompetenzfragen, etwa ob Haftbefehl zu beantragen oder aufzuheben ist oder ob Anklage zum Schöffengericht oder zur Strafkammer sachgerecht erscheint. Ebenso treten Unzuträglichkeiten auf, wenn die Strafkammer des Landgerichts München II das Verfahren vor dem Schöffengericht Fürstentfeldbruck eröffnen möchte. Wie in einer Haftsache die Alltagspraxis aus den Bezirken Wolfratshausen und Miesbach lehrt, handelt es sich nicht um Einzelfälle, bei denen allein aus den obengenannten Gründen Vorlagen nach § 121 stopp notwendig werden, wobei die sehr strenge Auslegung des Oberlandesgerichts die Entlassung der Beschuldigten zur Folge haben kann. Genauso nachteilig würde sich die zusätzliche Arbeitsbelastung für die Polizeibehörden erweisen. Ich denke nicht einmal an die Zweifelsfragen, ob sich die Beamten an die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II oder beim Landgericht München I zu wenden haben. Viel bedenklicher ist, daß die Arbeitszeit der stark beanspruchten Polizei durch längere Vorführungen nach München erheblich vermehrt wird. Hinzu kommen noch die andersartigen Praktiken. Schwierigkeiten lassen sich vor allem in einzelnen Anstalten in München bei Zuführung von außerhalb festgenommenen Personen nach Dienstschluß erwarten. In München wird der Richter im Haftbereich nur mit schriftlichem Antrag der Staatsanwaltschaft tätig. All dies würde für die Polizei zusätzliche Verzögerungen und Wartestunden bedeuten. Dies ginge zu Lasten der bereits jetzt sehr knappen Ermittlungskapazität... Die notwendige Folge der Beseitigung des Haftgerichts würde sich somit nicht nur in einer Er-

schwerung der Arbeit, sondern vor allem in einer Verschlechterung des Sicherheitszustandes niederschlagen. Die Polizeistatistik würde hiervon allerdings kaum berührt werden, da auch die Fälle, in denen man den Beschuldigten „laufen läßt“, als geklärt gelten. Die Justizvollzugsanstalt und das Haftgericht Fürstenfeldbruck sollten deshalb beibehalten werden“ ...⁴⁴

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz plädierte hingegen am 8. April 1976 für die Schließung der Justizvollzugsanstalt Fürstenfeldbruck, da aufgrund der baulichen Mängel eine hohe dortige Ausbruchquote feststellbar war.⁴⁵ Nachdem auch das Innenministerium und das Finanzministerium ihre Einschätzungen darlegten, wurde der Beschluss zur Auflösung des Gefängnisses in Fürstenfeldbruck gefasst. Die Gründe für die Schließung und den anschließenden Abriss des Gefängnisses waren die Tatsache des leichten Ausbruchs, der Personalmangel der Beschäftigten des Gefängnisses und die Tendenz zur Zentralisierung des Gefängniswesens in Bayern.⁴⁶

Quellen

- 1 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (= HStA), 22346.
- 2 HStA, MJu 5324.
- 3 HStA, MJu 5324.
- 4 HStA, MJu 5324.
- 5 HStA, MJu 22346.
- 6 HStA, MJu 5969.
- 7 HStA, MJu 5969.
- 8 HStA, MJu 5970.
- 9 HStA, MJu 5970.
- 10 HStA, MJu 5970.
- 11 HStA, MJu 5970.
- 12 HStA, MJu 5970.
- 13 HStA, MJu 5970.

- 14 HStA, MJu 5970.
- 15 HStA, MJu 5970.
- 16 Die Unsichtbaren sichtbar. Jüdische Biografien aus dem Brucker Land, Fürstenfeldbruck 2022, S. 19.
- 17 Die Unsichtbaren..., S. 93.
- 18 Fürstenfeldbrucker Wochenblatt, 13.6.1936 und 30.7.1936.
- 19 Staatsarchiv München (= StAM), Spruchkammern Lorenz Lauchner 2761 und Spruchkammern Georg Gillmeyer 2744.
- 20 StAM, Spruchkammern Lorenz Lauchner 2761.
- 21 HStA, MJu 22346.
- 22 HStA, MJu 22346.
- 23 HStA, MJu 22348.
- 24 HStA, MJu 22348.
- 25 HStA, MJu 22347.
- 26 HStA, MJu 22348.
- 27 HStA, MJu 22347.
- 28 Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 14.11.1949.
- 29 Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 15.9.1950.
- 30 Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 4.10.1950.
- 31 Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 8.5.1951.
- 32 Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 16.8.1952.
- 33 HStA München, MJu 22347
- 34 HStA, MJu 22348.
- 35 HStA, MJu 22346.
- 36 HStA, MJu 22347.
- 37 HStA, MJu 22347.
- 38 HStA, MJu 22348.
- 39 HStA, MJu 22348.
- 40 HStA, MJu 22346.
- 41 HStA, MJu 22346.
- 42 HStA, MJu 22346.
- 43 HStA, MJu 22346.
- 44 HStA, MJu 22346.
- 45 HStA, MJu 22346.
- 46 Fürstenfeldbrucker Tagblatt, 6.11.1981.

Vom Chorherrenhaus zum Bauernhaus

Die bewegte Geschichte des Hauses Hauptstraße 17 in Habach

2. Teil von 1863 bis 1985

Einführung

Der 1. Teil wurde im Jahrbuch 2023 auf den Seiten 175 bis 209 veröffentlicht. Darin wurde in die Geschichte des Chorherrenstift Habach eingeführt. Des Weiteren wurde die Geschichte des Hauses als Chorherrenhaus bis 1804 beschrieben, das dann nach der Säkularisation als Bauernhaus genutzt wurde und so gute und schlechte Zeiten erlebte.

Das Haus nach dem Verkauf 1863

Der damalige Besitzer Jakob Schöttl verkaufte das Anwesen,¹ Habach Hausnummer 46, im Februar 1863 an den „Gütermakler“ Andreas Lipp aus Türkenfeld. Dieser verkaufte alles weiter, was nicht niet- und nagelfest war, und zwar einzeln. Makler wie er wurden im Volksmund auch „Hofzertrümmerer“ genannt, da sie durch den getrennten Verkauf von Grundstücken oder Einrichtungsgegenständen bessere Preise und damit höheren Gewinn erzielten als durch den Verkauf als Ganzes. Das Anwesen, einer der größten Bauernhöfe im Dorf, durch Sanierung wieder auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen war jedenfalls nie seine Absicht. Zwischen Februar und Oktober 1863 war das Haus wahrscheinlich nicht bewohnt und wurde völlig ausverkauft.²

Auch das Hausgrundstück³ mit ca. 4400m² wurde vom Makler Andreas Lipp aufgeteilt. Die Fläche westlich des Wohnhauses mit ca. 580 m² wurde abgetrennt und verkauft ebenso wie die Stallung, die darauf in West-Ostrichtung gestanden hat. Man baute sie 1863 ab und stellte sie hinter dem Gasthaus Orterer, heute Hauptstraße 28 Antdorf, wieder auf, wo sie sich noch heute befindet. Dieses westliche Grundstück, auf dem die Stallung gestanden hatte, kaufte der Sattlermeister Peter Diepold



Lageplan 1810 mit Haus Nr. 46



Die ehemalige Stallung von ca. 1780 bis 1863 in Habach

zukünftige Familie. Er sollte die Jaudenmühle übernehmen, während Vater Ignaz Freisl sen. das Haus Hauptstr. 46 als Alterswohnsitz und Aus-
tragshaus für sich und sein Gesinde nutzen wollte mit landwirtschaftlicher Selbstversorgung.

und baute darauf ein Haus für seine Familie, heute Hauptstr. 15.

Außerdem gehörte zum Anwesen noch ein weiterer großer, freistehender Stadel, der bis ca. 1864, ungefähr in der Mitte des großen Hausgartens, nördlich der heutigen Tenne, stand. Auch dieser Stadel wurde wahrscheinlich von Andraes Lipp verkauft. Als letztes der ehemals drei Gebäude blieb noch das Wohnhaus bestehen. Der Käufer dieses letzten Gebäudes war Ignaz Freisl sen.,⁴ ein erfahrener Mann, der schon 1822 mit 21 Jahren die völlig heruntergekommene Jaudenmühle erworben und zu einer anerkannten Mühle mit Sägewerk aufgebaut hatte.

Am 29. Oktober 1863 erwarb also Ignaz Freisl sen. das fast leere Anwesen in der Dorfmitte, heute Hauptstraße 17, für 3000 Gulden, wie im Kaufvertrag vermerkt. Denn sein Sohn Ignaz Freisl jun.⁵ stand kurz vor der Hochzeit und benötigte Platz für seine

Das neu gekaufte Anwesen Habach 46 sollte als Bauernhaus genutzt werden. Fehlende Gebäude und Grundstücke mussten also wieder neu beschafft werden. Daher baute Ignaz Freisl sen. 1864 an das Haus eine Tenne mit darunterliegender Stallung an der nördlichen Hausseite an, die noch 2022 vorhanden ist. Nun war das Anwesen landwirtschaftlich wieder nutzbar. Dieser Tennenanbau von 1864 war durch seine Höhe von 12 m für die damalige Zeit ungewöhnlich groß. Eine dendrochronologische Untersuchung der damals verwendeten Baumstämme durch das Denkmalamt Weilheim von 2015 ergab als Fälldatum der verwendeten Bäume das Jahr 1858. In den nächsten Jahren kaufte Ignaz Freisl sen. auch landwirtschaftlichen Grund hinzu, soweit es seine finanzielle Lage es zuließ. Die kleine Landwirtschaft bildete nun die Lebensgrundlage der Hausbewohner.

Und nun kam wieder Leben in das Haus. Ignaz Freisl sen., seit 1862 verwitwet, zog mit seinen fünf noch unverheirateten Kindern und den langjährigen Diensthöten ein, die vormalig ihr gesamtes Arbeitsleben in der Jaudenmühle verbracht hatten.

Der Vollständigkeit halber: Ignaz Freisl sen. hatte insgesamt 13 Kinder, von denen



Das Haus 46 1900. Das Foto wurde am Fasching 1900 aufgenommen als der „Burenkrieg in Südafrika“ von den Habachern im Fasching nachgestellt wurde.



Ignaz Freisl geb. 1801 – gest. 1875

sechs im Kindesalter starben. Bei der Geburt des 13. Kindes, der Tochter Ursula im Oktober 1842 war Mutter Katharina bereits 45 Jahre alt.

Hier nun die Kinder von Ignaz Freisl, die mit ihm von der Jaudenmühle in das Haus in der Dorfmitte von Habach einzogen. Theresia⁶, eine der Töchter, hatte ein uneheliches Kind, den Joseph Anton Freisl⁷, der als Feldzugsoldat im deutsch-französischen Krieg 1870/71 gekämpft hatte. Nach einem Arbeitsunfall als Müller in der Jaudenmühle eröffnete er im vorderen linken Zimmer des Hauses, von der Straßenseite aus gesehen, ein kleines Gold- und Silberwarengeschäft für seinen Unterhalt. Vorbild war sein Verwandter Simon, der ein Silberwarengeschäft in Partenkirchen betrieb. Die Habacher kauften bei Joseph-Anton Freisl gern ein Geschenk für Firmlinge oder ein Hochzeitsgeschenk ein. Nach mündlichen Überlieferungen war Joseph Anton sehr beliebt in Habach. Die Geschäftsbezeichnung aus Marmor mit der Aufschrift „Gold- und Silberwaren von Joseph Freisl“ liegt heute noch auf dem Speicher des Hauses.



Die Geschäftstafel aus Marmor von 1890

Ursula, die jüngste Tochter, starb nach langer Krankheit und von Geburt an behindert, schon mit 35 Jahren am 10.2.1878.

Auch Sohn Johann,⁸ das achte Kind lebte und arbeitete mit im Haus. Ignaz Freisl sen. besaß einen Steinbruch bei Dürnhausen, in dem Johann anfangs als Steinmetzmeister arbeitete. 1872 zog er dann nach Benediktbeuern und gründete dort einen eigenen Steinmetzbetrieb. Übrigens, Johann reiste in den letzten 10 Jahren seines Lebens sehr viel. Ein

Schaukasten mit Reiseandenken von seiner Pilgerreise 1898 ins Heilige Land hängt seit seinem Tod im Jahre 1899 im Obergeschoss hier im Haus. Ebenso sein Wanderstock, auf dem alle seine Reiseziele eingraviert sind.⁹

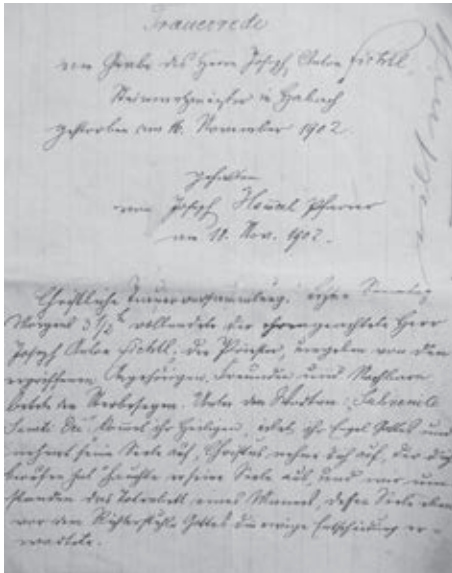
Tochter Anna Freisl¹⁰ wird 1874 das Haus von ihrem Vater übernehmen.¹¹

Sein jüngster Sohn Peter Freisl lebte bis 1870 hier mit im Haus.¹² Er heiratete Josefa Wucherer aus Dürnhausen und zog dann zu ihrer Familie in deren Haus – heute Sindelsdorfer Str. 5 (Schleich) – in Dürnhausen. Dort eröffneten sie gemeinsam eine Gastwirtschaft, die „Fischer Rosl“. Damals begann der Tourismus, befördert durch den Ausbau der Eisenbahnverbindungen von München über Penzberg nach Kochel.¹³ Peter und seine Frau machten aus der „Fischer Rosl“ eine beliebte Ausflugswirtschaft. Peter Freisl legte sogar für die „Sommerfrischler“ in den 1890iger Jahren den Dürnhauser Weiher nördlich der heutigen Bundesstraße an.

Neben den fünf Kindern von Ignaz Freisl sen. lebten auch ehemalige Mitarbeiter der Jaudenmühle in dem Haus. Noch namentlich bekannt sind durch häufige Erzählungen und Aufzeichnungen zum Beispiel der Säger Johann Korntheuer,¹⁴ der 52 Jahre lang in der Jaudenmühle beschäftigt war.

Auch lebte hier ein Knecht, „Wastl“ genannt, der sein Leben lang in der Jaudenmühle gearbeitet hatte. Ebenfalls verbrachten noch andere hier ihren Lebensabend, deren Namen nicht mehr bekannt sind, die aber im Alter die erforderlichen Arbeiten nicht mehr leisten konnten. Damals gab es nämlich noch keine Altersrente für Arbeitnehmer. Sie hätten sonst ein trauriges, armes Warten auf den Tod verbringen müssen. Bismarcks Sozialversicherung wurde erst später eingeführt, Krankenversicherung 1883, Unfallversicherung 1884 und schließlich 1889 die Rentenversicherung.

Ignaz Freisl sen. brauchte für verschiedene Arbeiten auf dem Hof neue tüchtige Mitarbeiter, die ebenfalls in dem Haus wohnten. So sprach eines Tages ein wandernder Steinmetzgeselle namens Josef Anton Fichtl¹⁵ aus Trauchgau bei Ignaz Freisl sen. vor, mit dem Spruch „Gott segne das ehrsame Handwerk“. Er wurde eingestellt und war bis zu seinem Tod 1902 ein treuer, fleißiger Mann.¹⁶ Neben seiner Arbeit engagierte sich



Grabrede für Josef Fichtl



Josef Fichtl 1902

Josef Anton Fichtl auch in der Gemeinde. So war er Gründungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Habach und Leiter des Kirchenchores. Er war ein stattlicher und von allen geachteter Mann, der bei aufkommendem Streit zwischen Habachern im Wirtshaus schlichtete, so Pfarrer Hammerl in der Predigt bei seiner Beerdigung.¹⁷ Übrigens, viele Grabreden von Hausangehörigen aus dieser Zeit sind noch in den Familienunterlagen vorhanden.

Der Habacher Jakob Sonner,¹⁸ ein Postbote in Bad Tölz, schrieb gern über Geschichte und Geschichten aus Habach. In der Serie im Weilheimer Tagblatt „Aus meinen Heimgarten“, berichtete Jakob Sonner über das soziale Verhalten der Freisl's: „Wie nun einmal die Besitzer der Jaudenmühle schon seit Menschengedenken als musterhafte Dienstherrn galten, so wurde auch den Dienstboten, die mit ihrer Herrschaft zwar nicht in verwandtschaftlichen, aber dennoch mehr familiären Verhältnissen gestanden waren, nachdem sie den erforderlichen Arbeiten nicht mehr recht nachkommen konnten,

auf Übereinkommen hier dauernde Unterkunft für ihren Lebensabend gewährt.“

Haus Habach 46 hatte über die Jahrhunderte verschiedene Hausnamen und postalische Anschriften. In jedem Abschnitt der Hausbeschreibung wird immer die Hausbezeichnung aufgeführt, die gerade gültig ist.

Hausnamen

Jedes Haus hatte einen eigenen Namen, den Hausnamen besonders im ländlichen Raum.¹⁹ Sie waren zur eindeutigen Kenntlichmachung eines Anwesens erforderlich, als es noch keine Grundbücher²⁰

und Hausnummern gab. Auch waren sie wichtig um Rechte und Besitz eindeutig zuordnen zu können, z.B. für den Einzug von Steuern.²¹ Die Hausnamen blieben am Haus, auch wenn der Besitzer wechselte oder ein Nachfolger mit einem anderen Familienamen das Anwesen übernahm. In besonderen Fällen waren Haus- und Hausbesitzername identisch, wechselten also mit dem Hausbesitzer.

Bei Haus Habach Nr. 46 wechselten die Hausnamen und Hausbesitzernamen öfters. In der Chorherrenzeit hieß es „das Walserhaus“ nach dem letzten Besitzer Chorherrn Johann Nepomuk Walser, einem gebürtigen Habacher. Nach 1804, nach der Säkularisation kaufte Josef Promberger das Haus und brachte den Hausnamen seines vorhergehenden Anwesen mit, jetzt wurde es daher das „Kailerhaus“²² genannt. Nachbesitzer Jakob Schörtl verkaufte das Haus 1863 und nahm den Hausnamen „Kailer“ für sein neu gebautes Haus mit, heute Höhlmühler Straße 4. Der nächste Besitzer des Hauses, Ignaz Freisl sen. von der Jaudenmühle, brachte wiederum seinen Hausnamen „Jaud“ mit. Das Haus wurde



Alter Schrank zur Aufbewahrung von Milchweidlingen. Ein Weidling ist ein Tongefäß, das sich insbesondere zum Stocken von Milch eignet.

jetzt „Jaudenkailerhaus“²³ genannt, zusammengesetzt aus den bei beiden Hausnamen vom Vorbesitzer und neuen Besitzer. Damit war „Jaudenkailer“ schon der dritte Hausname innerhalb von etwa 60 Jahren. Zugleich existierten die beiden alten Hausnamen in Habach auch noch einzeln weiter. Ab dem 1. Weltkrieg wurde das Haus Jaudenbäck, später immer öfters Freislbäck im Dorf genannt. Ab ca. 1980 ist eine Hausname für dieses Haus nicht mehr gebräuchlich. Der Hausname verlor seine Bedeutung über die Zeit.

Jedes Haus hatte seit ca. 1800 auch eine Hausnummer²⁴ einer eigenen Regel folgend. Zusätzlich zum Hausnamen blieb die Hausnummer 46 bis 1980 auf dem Haus. Schöttl, einer der vormaligen Besitzer des Hauses 46 bekam 1863 für sein neu gebautes Haus am Herrenfeld die Hausnummer 46 1/3 und Peter Diepold, der Nachbar westseitig, für sein neu gebautes Haus die Hausnummer 46 ½.

Später hatte jedes Haus im Dorf eine eigene Postanschrift. Die erste Postanschrift des Hauses lautete „Habach Hausnummer 46“, ²⁵ sie galt von Anfang des 19. Jhd. bis zum 2. Weltkrieg. 1941 wurden in Deutschland Postleitzahlen für Pakete und ab 1944 auch für den Briefverkehr eingeführt. ²⁶ Ab dann lautete die korrekte Anschrift 8121 Habach Hausnr. 46. Ab 1970 wurden auch noch Straßennamen in Habach eingeführt, jetzt hieß die Anschrift 8121 Habach, Hauptstraße 46. Ab 1981 wurde in Habach die heute noch übliche Ordnung der Hausnummerierung²⁷ eingeführt; eine Straßenseite mit geraden Hausnummern, die andere Straßenseite mit ungeraden Hausnummern. Nach fast 180 Jahren erhielt das Haus nun die Hausnummer Hauptstraße 17. Am 1. Juli 1993 wurden schließlich die fünfstelligen Postleitzahlen eingeführt, mit der jetzt gültigen Postanschrift: 82392 Habach, Hauptstraße 17.

Das Leben um 1880 in Habach

Die Bewohner des Hauses Habach Nr. 46 sind Zeugen für Kleidung, Bräuche und Lebens- und Arbeitswelten der Vergangenheit.

Das Leben im Dorf: Habach hatte um 1870 379 Einwohner. Das gesamte Dorfleben war früher eingebettet in eine feste Ordnung, die von den Eltern an die Jugend weitergegeben wurde. Es waren häufig Lebensregeln von tiefer Frömmigkeit. Sie gaben allen einen festen Halt, in jeder Lebenslage, in guten und in schlechten Tagen. Die Pfarrkirche war

Mittelpunkt des Dorfes. Dem Pfarrer, dem „Geistlichen Herrn,“ wurde größte Hochachtung entgegengebracht. Die Leute grüßten ihn ehrfürchtig mit „Herr Hochwürden“ oder „Gelobt sei Jesus Christus“. Dieser Brauch des Grußes galt bis ungefähr 1965, dem Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils. Wenn Kinder den Pfarrer so nicht grüßten bekamen sie am nächsten Tag vom Lehrer eine deftige Ermahnung.²⁸

Die Kleidung der Habacher damals war schlicht und meist schwarz, es gab noch keine einheitliche Tracht,²⁹ sonntags trugen die Männer schwarze Anzüge aus Wolle mit einer 2-reihigen Samtweste darunter. Gelegentlich graue Trachtenjacken ähnlich der Miesbacher Tracht heute. Frauen trugen als Sonntags- und Feiertagskleidung dunkle Röcke mit schwarzem Mieder, dazu farbige Tücher. Nur Schwarz war stets Farbe für das festliche Gewand bei besonderen Anlässen. Lederhose und Dirndl³⁰ kamen erst später auf. Unterschiede gab es je nach Geldbeutel in Qualität und Verarbeitung der Stoffe, oft aus grobem Leinen. Flachs wurde bis zum 2. Weltkrieg Flachs hier angebaut und weiterverarbeitet.

Am 1. Oktober 1869 erschien zum ersten Mal die Zeitung „Weilheimer Tagblatt“. Zuvor gab es seit 1863 das Weilheimer Wochenblatt. Jetzt konnten sich Familien, die sich die Zeitung leisten konnten, täglich über das Welt- und Landesgeschehen und regionale Ereignisse informieren.³¹ Etwa ab 1870 konnte man mittels der neuen Fotografie den Lebensalltag optisch festhalten, ein großer Fortschritt für die Ortsgeschichte.

Ab Mitte des 19. Jahrhundert wurden in Habach verschiedene Vereine gegründet: 1878 die Freiwillige Feuerwehr, 1895 der Krieger- und Veteranenverein, 1905 die Musikkapelle Habach, der Obst- und Gartenbauverein sowie der Darlehenskassenverein, die spätere Raiffeisenbank.³²

Auch Mobilität und Erreichbarkeit der Menschen veränderten sich Anfang des 20. Jahrhunderts.³³ Wichtig war die Verbesserung der Straßenverhältnisse. 1855 wurden die Straßen von Habach nach Murnau über Hofheim und die Straße von Murnau über Lothdorf, Habach nach Antdorf bis nach Seeshaupt in ihrer Trassenführung verändert und grundlegend saniert.³⁴

In den 1890er Jahren setzte sich mit der Entwicklung des Sicherheitsniederrads und des Luftreifens das Fahrrad als neues Verkehrsmittel

tel durch.³⁵ Allein in München stieg zwischen 1900 und 1910 die Zahl Fahrräder von 38.000 auf 63.000.³⁶ Daher überrascht es nicht, dass Johann Freisl in seinem Nachlass noch mehrere Mitgliedskarten hatte z.B. des Vereins zur Wahrung der Interessen der Bayerischen Radfahrer von 1899 und eine Mitgliedskarte des Concordia Vereins Habach. Außerdem besaß er ein Verzeichnis der in Bayern erlaubten Radwege, eine Grenzkarte nach Österreich zum Zwecke der zollfreien Grenzüberschreitung mit dem Fahrrad, gültig für das Jahr 1913.³⁷

Die erste Postagentur von Habach wurde 1898 im Augustinerhaus, heute Hauptstr. 9, eingerichtet. Schon vier Jahre später, am 15. April 1902, wurde das erste Telefon installiert. 1914 feierten die Habacher die Eröffnung des Postautoverkehrs von Tölz über Habach nach Murnau. Übrigens, der damalige Postbus von der Firma Daimler mit 16 Plätzen, hatte 29 PS, 4,5 Tonnen Gesamtgewicht und Vollgummibereifung mit Stahlrädern.³⁸



Entlassungszeugnis aus der Sonn- u. Feiertagsschule 1884 von Johann Freisl

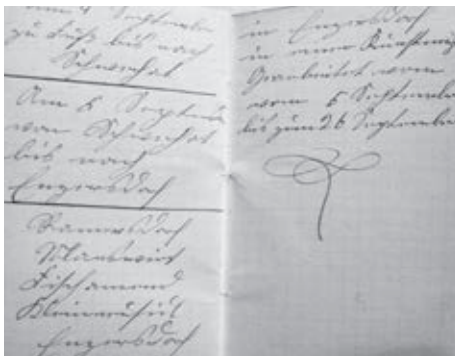
Schule in Habach: In der Chorherrenzeit bis 1802 unterrichtete ein Chorherr, der „Scholastikus“³⁹ die Kinder. 1802 wurde in Bayern die Schulpflicht eingeführt mit einer 6-jährigen, später einer 7-jährigen Elementarschule, anschließend für die 12 bis 16-jährigen eine dreijährige Sonn- und Feiertagschulpflicht⁴⁰, die dazu dienen sollte, neben der religiösen Belehrung die Inhalte der absolvierten Elementarschule zu „wiederholen“.⁴¹ 1864 wurde das neue Habacher Schulhaus eingeweiht, heute Rathaus, Hofmark 1. Das Schulhaus aus der Chorherrenzeit, heute Hauptstr. 6, wurde wegen „Altersschwäche“ abgerissen.

Arbeitswelt

Auch die Arbeitswelt in Handwerk und Handel veränderte sich allmählich. 1834 legte Ludwig I. die Gewerbezulassung in die Verantwortung der kommunalen Gremien. 1869 wurde Gewerbefreiheit eingeführt. Die Zünfte wurden endgültig aufgelöst.⁴² Der Wanderzwang „die Walz“ nach der Lehrzeit, in der ersten Hälfte des 19. Jhd. noch integraler Bestandteil im Leben eines Handwerkers, wurde 1853 abgeschafft. Dennoch gingen bis Ende des 19. Jahrhunderts viele Gesellen auf die „Walz“.⁴³

Auch in Habach hat die Gründung des Deutschen Reiches 1871 sichtbare Spuren hinterlassen. Am 19. März 1871 waren anlässlich der Gründung des Deutschen Reiches und des Sieges im Deutsch-Französischen Krieg über Frankreich drei Lindenbäume im Dorf gepflanzt worden. Einer der drei Bäume steht heute noch auf der Verkehrsinsel gegenüber dem Bistro Trödler. Die beiden anderen standen an den Straßengabelungen von West – und Ostrichtung der Hauptstraße. Sie sind in den 1980iger Jahren zur Verkehrsverbesserung gefällt worden.⁴⁵

Das ganze Dorfbild änderte sich allmählich. Seit etwa 1870 ersetzte man an den Häusern die alten, weit überstehenden Holzdachrinnen



Im Walzbuch⁴⁴ führt Johann Freisl 1887/88 die Orte u. Arbeitsplätze seiner Walz als Müller auf, die ihn bis an die österreichisch-ungarische Grenze führten.

In Ungarn konnte er sich wegen fehlender Sprachkenntnisse nicht mehr verständigen und „walzte“ zurück nach Hause.



Das Haus um 1916 von der Südostseite aufgenommen



Straßenbild von der Dürnhauserstr. – und Hauptstraße in Ost- Westrichtung

durch verzinkte Blechdachrinnen mit Ablaufrohr. Die Dächer, vormals aus Holz- oder Schieferplatten mit Steinen beschwert, wurden erneuert und steiler gebaut.⁴⁶

1896 verlegte die Gemeinde unterirdisch, jetzt frostsicher eine neue Wasserleitung entlang der Dorfstraße ebenso wurden auch Bürgersteige⁴⁷ in der Dorfstraße mit Grünstreifen zwischen Häusern und Fahrbahnen angelegt. Auf den Grünstreifen wurden noch zusätzlich Bäume angepflanzt. 1929/30 wurde der Abwasserkanal in Habach gebaut, sodass die Abwässer der Häuser unterirdisch Abfließen konnten. Auch der Gestank besonders an trockenen Tagen, war damit endgültig vorbei. Die offenen Abwassergräben zur Straße hin verschwanden unter der Erde.

Zurück zum Haus Habach 46: bauliche Veränderungen und Modernisierungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

In der Küche wird die offene Feuerstelle „die Hure“ durch einen gemauerten Grundofen ersetzt worden sein, zum Brandschutz, was Voraussetzung für eine Feuerversicherung war.⁴⁸ Offene Feuerstellen führten häufig zu großen Bränden. Rückblickend waren in Habach jedoch keine großen Dorfbrände bekannt geworden, wie sie viele andere Orte heimsuchten.

Ab 1896 gab es fließendes Wasser im Haus – welches ein Luxus!⁴⁹ Das ständige Wasserholen mit schwerem Kübel aus dem Brunnen vor dem Haus oder dem Dorfbrunnen war endgültig vorbei. Lange Zeit wuchsen an der Ost- und Westseite des Hauses Obstspalierbäume, die Äpfel, Birnen oder Kirschen trugen und



Grundofen von 1920 in der Küche

die Hausbewohner mit frischem Obst versorgten. Man fällt sie erst etwa 1960, als sie keine Früchte mehr trugen.⁵⁰ Die Fensterläden des Hauses waren grau gestrichen nicht grün wie bei den meisten anderen Häusern. Später um 1930, als der Gartenzaun aus Drahtgeflecht durch einen Holzzaun ersetzt wurde, erhielt er ebenfalls dunkelgraue Farbe, was im Dorf eher unüblich war. So sah das Haus bis Anfang der 1980iger Jahre aus.

Als 1904 das Nachbargrundstück vom damaligen Nachbarn Bischl an der Ostseite des Hausgrundstückes Habach 46 zum Verkauf stand, erwarb es Viktoria Bocksberger und baute darauf ihr eigenes Haus, in dem sie bis zu ihrem Tod mit 90 Jahren im Juli 1962 wohnte, heute Hauptstraße 19. Viktoria Bocksberger, eine geb. Freisl, war eine Schwester von Johann Freisl, der 1904 das ehemalige Chorherrenhaus übernommen hatte.

Viktoria war für ihr ausgezeichnetes Gedächtnis bekannt, konnte noch im hohen Alter Geschichten aus ihrem Leben und frei Gedichte vortragen und damit ihre Zuhörer fesseln. Ihr Haus Hauptstraße 19 besaß, dem Zeitgeschmack entsprechend, einen Vorgarten, der das Haus als jünger auswies als die umgebenden Chorherrenhäuser, die direkt an der Straße lagen. 1935 baute man auf der hinteren Ostseite des Grundstückes des HsNr. 46 eine ca. 20 m lange Holzhütte als Garage und Lageraum für Kohle und Holz, die heute noch vorhanden ist.

Steinmetzbetrieb

Schon 1842 war ein Sandsteinvorkommen auf einem steilabfallenden Waldgrundstück im Besitz von Ignaz Freisl sen. östlich der Jaudenmühle entdeckt worden. Es war im Kataster eingetragen unter der

Flurnummer 1559, „unterer Steinbruch mit 1,790 ha“ und Flurnummer 1572 „Wald mit Steinbruch 1,534 ha“, in der Gemarkung Habach, also eine Gesamtgröße von 3,324 ha. Umgangssprachlich wurde diese Fläche nur „der Steinbruch“ bezeichnet.

Dieser Sandstein eignete sich gut für Futterbarren, Viehtränken, Wassertröge und einiges mehr. Die Steinhauerei, wie sie auch genannt wurde, erlebte einen Aufschwung.

Peter Freisl, ein Sohn von Ignaz Freisl, erhielt 1865 die Konzession für ein Steinmetzgeschäft, welches hier im Haus bis 1907 betrieben wurde. Schon als Bub – so berichtete seine Tochter später in ihren Aufzeichnungen⁵¹ – erzählte ihr Vater Peter immer, wie er mit dem Fuhrwerk mitlaufen musste, wenn die „Barren“ oder Wassertröge an die Käufer geliefert wurden. Peter musste die Gatter öffnen, zu den Bauernhöfen, damit der Fuhrmann nicht immer absteigen musste. Die Straßenverhältnisse Mitte des 19. Jhd. waren schlecht. Es gab viele kleine Weiler nur mit holprigen Feldwegen. Übrigens, 1779 wurde die Straße Tölz-Sindelsdorf-Dürnhausen-Habach-Söchering zur Landstraße ausgebaut. Bis dahin war sie jahrzehntelang in einem erbärmlichen, mit großen Schlaglöchern gespickten Zustand.

Um 1866 baute Ignaz Freisl sen. mit seinen Söhnen Peter und Johann, die beide Steinmetzmeister waren, am Steinbruch eine gemauerte Werkstatt, die in den folgenden Jahren erweitert wurde. Südlich des Steinbruchs verlief eine ansteigende Schotterstraße, die zum Schlossberg führte, der ehemaligen Burg von Dürnhausen.^{52, 53}

Durch die Jaudenmühle hatte auch der Steinmetzbetrieb weitläufige Geschäftsbeziehungen von Miesbach bis Landsberg. Ein handschriftliches Lieferbuch zeigt den weitgestreuten Kundenstamm.⁵⁴ Grabsteine und Kreuze aus Sandstein kamen nun in Mode, gefertigt im Steinbruch. Schmiedeeiserne Grabkreuze oder Holzkreuze hingegen waren nicht mehr gefragt. Nach alten Aufzeichnungen⁵⁵ wurde noch um 1890 eine Marmorsäge angeschafft, um Grabkreuze und Marmorplatten für die Gräber zu schneiden. Durch diese Neugestaltung der Gräber änderte sich nicht nur in Habach das Erscheinungsbild der Friedhöfe.

Noch heute liegen verschiedene Steinmetzwerkzeuge auf dem Speicher des Hauses. Anhand der Werkzeuge kann man die Schwere der Arbeit erahnen. Die Arbeiten im Steinbruch waren nicht nur körper-

lich hart, sondern auch gefährlich. Einmal wurde ein Steinbrecher bei Sprengarbeiten getötet, einige Arbeiter auch verletzt.⁵⁶

Als ab 1880 neue Materialien auf den Markt kamen, bekam der Sandstein zunehmend Konkurrenz, Beton der neue Werkstoff war sehr viel einfacher zu verarbeiten. Schon um 1870 hatte in Deutschland die Produktion von Betonrohren begonnen. Auch Wassertröge, wurden vermehrt aus Beton hergestellt. Damit hatte der Sandstein als Baumaterial allmählich ausgedient.

Als Johann Freisl im März 1904 das Anwesen von seiner Tante Anna Freisl übernommen hatte, führte er über alle Bereiche genau Buch. Auch für den Steinbruch hatte er ein kleines Geschäftsbuch angelegt. Hier können wir lesen, dass ein Wassergrand⁵⁷ von 91cm auf 55cm und einer Höhe von 55 cm 22 Reichsmark kostete. Dies entsprach ungefähr einen Monatslohn. Die Arbeiter im Steinbruch wurden im Akkordlohn bezahlt. Die Einnahmen jährlich betrugen 423 Mark, die Ausgaben und Steuern beliefen sich auf 337 Mark, das ergab einen Überschuss von 86 Mark im Jahr. Anhand der Aufzeichnungen erkennt man, dass die Nachfrage nachließ. Schließlich gab Johann Freisl den Steinbruch 1907 auf.

Nicht nur harte, gefährliche Arbeit im Steinbruch und in der Steinmetzwerkstatt prägte den Alltag der fleißigen Arbeiter. Auch lachten sie von Herzen gern und waren für Späße offen, wenn sich eine Gelegenheit bot: Nach einem Wirtshausbesuch kamen Joseph-Anton Freisl, Mitarbeiter Josef Fichtl und Nachbar Peter Diepold erst gegen 4 Uhr morgens aus dem Wirtshaus nach Hause. Bevor sie zu Bett gingen, schoben sie einen knarrenden, eisenbereiften Heuwagen von der Tennenbrücke des Freisl-schen Hauses herunter in die morgendliche Stille, die nun durch Knarren und Knirschen weithin gestört war. Die Nachbarin, die Frau von Peter Diepold war erbost, dass ihr Mann stark angeheitert, erst früh am Morgen nach Hause kam. Sie beschimpfte ihn



Heuwagen mit Joseph-Anton Freisl auf der Tennenbrücke um 1900

heftig und las dem zerknirschten Ehemann die Leviten: „Die Nachbarn bereiten sich schon für die Feldarbeit vor und du kommst erst vom Wirt heim.“ Nachdem Freisl und Fichtl die Standpauke der resoluten Nachbarin Frau Diepold gehört hatten, gingen sie genüsslich ins Bett und schliefen ihren „Rausch“ aus.⁵⁸

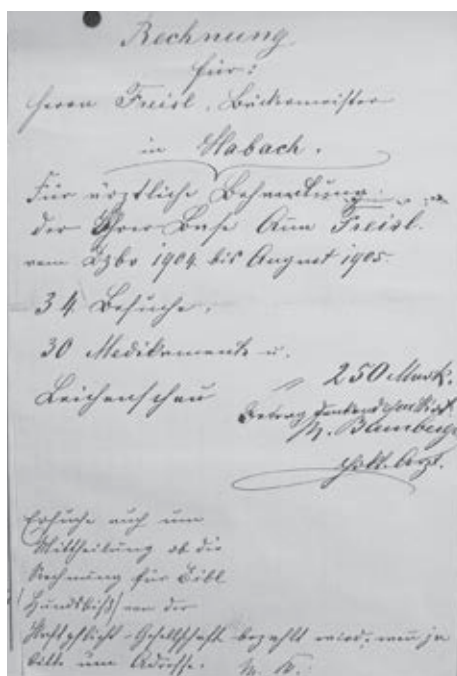
Die Neuausrichtung

Nunmehr 30 Jahre lang hatte Anna Freisl, die Tochter von Ignaz Freisl sen., als letzte Überlebende der Gründerfamilie das Haus Habach 46 geführt. Bevor Anna nach langer Krankheit 1905 verstarb, hatte sie am 29. März 1904 das Anwesen verschuldet an ihren Neffen Johann Freisl⁵⁹ übergeben. Johann war, 1868 noch in der Jaudenmühle geboren, ein Enkel von Ignaz Freisl sen., der das Haus 1863 gekauft hatte. Nach der Übergabe musste Johann Freisl die Kredite der letzten 30 Jahre für den Kauf von landwirtschaftlichen Grundstücken und zur Auszahlung der Erbanteile an

die Geschwister zurückzahlen. Zusätzlich noch die Arzt- Medikamentenrechnungen für die Krankheit von Anna Freisl.⁶⁰ Er suchte also Verdienstmöglichkeiten, um diese Verbindlichkeiten abzulösen.

Die Übergabe eines Hofes und die Regelung des Austrages war ein wichtiger Vorgang. Die entweder bei Heiratsverträgen des Hofnachfolgers oder in Erb- und Übergabeverträgen mit Hilfe und oder Aufsicht von Notaren oder Rechtsanwälten gewissenhaft geregelt wurde, so auch in der Familie Freisl.

Bewährte Sprüche „Vertrag kommt von vertragen“ oder „alles, was geschrieben



Arztrechnung für Anna Freisl

ist, gilt“ bildeten die Grundlage für ein auskömmliches, friedliches Miteinander. Der nicht mehr gebräuchliche Begriff „Austrag“ stammte daher, dass der bisherige Besitzer aus dem Kataster und anderen Büchern ausgetragen wurde. Die Bewohner des Austragshauses hießen dann „Austragler“ in Bayern. Durch den Umzug in ein Austragshaus machte die ältere Generation Platz im Haupthaus für die nachfolgende Generation. Nur größere Bauern konnten sich ein Austragshaus leisten, weniger begüterte mussten sehr beengt im Bauernhaus mit mehreren Generationen unter einem Dach weiterleben.



Sterbemedaille Anna Freisl 1905⁶¹

Die Regelung des Austrags: Insbesondere wurden Rechte und Pflichten der Vertragsparteien festgelegt. Welche Leistungen wie Essen, Kleidung, monatliche oder einmalige Unterhaltszahlungen erhalten die Übergebenden. Die weiteren Regelungen betrafen das Wohnrecht für die Übergebenden und der übrigen Hausbewohner, wie werden die Geschwister des Übernehmenden abgefunden zum Beispiel mit Abstandszahlungen oder mit Überlassung von Grundstücken. Auch spezielle Verhältnisse des Hofes oder der beteiligten Personen, wie behinderte Kinder, mussten ebenfalls festgeschrieben werden.

Eröffnung der Bäckerei

In Habach war der Bäcker Isidor Mall⁶² gestorben und man suchte dringend einen Nachfolger für Bäckerei mit Mehlhandlung. Diese Lücke füllte nun Johann Freisl, denn er war gelernter Müller. Platz war in dem großen Haus Nr. 46 genug vorhanden. Johann richtete im vorderen,

südlichen Teil des Hausganges einen Laden ein. Im jetzigen Vorraum bei der Haustüre Ost wurde ein Holzbackofen eingebaut und in der alten Steinmetzwerkstatt wurde eine Backstube eingerichtet. Am 15.10 1904 wurde die Bäckerei als Gewerbe angemeldet. Echtes Roggenbrot fand bald guten Zuspruch bei den Habachern. Habach und Dürnhäusen mit zusammen etwa 450 Einwohnern war allerdings ein zu kleiner Absatzmarkt für die Bäckerei, um davon leben zu können, insbesondere da viele Habacher Bauern noch selbst Brot buken. Als weiterer Absatzmarkt bot sich die wachsende Bergarbeiterstadt Penzberg an.⁶³ Mit Pferd und Leiterwagerl wurde nun zweimal wöchentlich zum Brotverkauf nach Penzberg gefahren. Die Tochter Franziska Freisl durfte mit einer Ausnahmegenehmigung schon mit 16 Jahren 1929 den Führerschein machen um mit dem Auto Brot nach Penzberg zu liefern. Allmählich wuchs der Kundenkreis.

Langsam ging es aufwärts. Johann Freisl wirtschaftete sparsam. Stück für Stück wurden die Schulden getilgt. Johann Freisl führte über alle Geschäftsaktivitäten sehr genau Buch. Verschiedene Geschäftsbücher wie das Dienstbotenbuch mit Gehältern, für den Steinmetzbetrieb, für die Bäckerei ebenso über Finanzangelegenheiten mit Schuldenstand, Gläubigern und Zinszahlungen, und einiges mehr sind noch im Familienarchiv vorhanden. Sie ermöglichen einen Einblick in das Geschäftsleben und die finanzielle Situation Johann Freisl's.

Am 8. Oktober 1906 heiratete Johann Freisl⁶⁴ die Bauerstochter



Franziska und Johann Freisl

Franziska Jochner vom Bros⁶⁵ aus Unterau bei Schlehdorf. 2000,- Reichsmark und ein schöner Kuchelwagen⁶⁶ waren ihre Aussteuer. Die Hochzeit fand im Gasthof Floßmann statt. Die Bewirtungsrechnung vom Gasthaus Floßmann ist noch vorhanden⁶⁷. Der 8. Oktober 1906 war ein Montag. Bis in die 1960iger Jahre fanden Hochzeiten, vor allem Bauernhochzeiten nach altem Brauch immer

am Montag statt. Franziska und Johann hatten drei Kinder, Johann Freisl, jun.⁶⁸ starb 1922 mit 15 Jahren an einer Blutvergiftung, Ignaz Freisl geb. 1909, der spätere Besitzer des Hauses und Franziska geb. 1913.

**Leben in der
Dorfgemeinschaft**

Vorab ein kurzer Blick in die Statistik: 1904 hatte Habach 409 Einwohner und 83 Wohngebäude. Bei einer Viehzählung wurde 576 Rinder, 48 Pferde, 6 Schafe, 41 Schweine und 4 Ziegen gezählt.⁶⁹

Soziales Verhalten und christliche Werte wurden in der Familie Freisl seit Generationen gelebt. So brachte sich Johann Freisl sen. ehrenamtlich für die Dorfgemeinschaft ein, wie es schon sein Vater Jahre zuvor getan hatte. Er bewarb sich um das Bürgermeisteramt bei den Gemeindewahlen 1919 und wurde mit 2/3 Mehrheit zum 1. Bürgermeister der Gemeinde Habach gewählt,⁷⁰ obwohl Pfarrer Josef Hammerl den Gegenkandidaten unterstützte. Johann Freisl's Sohn Ignaz schreibt in seinen Lebenserinnerungen, dass er und sein Bruder Hansi darunter sehr zu leiden hatten, dass der Pfarrer seinen Kandidaten nicht hatte durchbringen können. Mit dem traurigen Satz „Politik ist nicht schön“ beendet er diese Schilderung. Johann Freisl sen. war mehrere Wahlperioden Bürgermeister, bis er aus gesundheitlichen Gründen⁷¹ am 31.12.1934 sein Amt niederlegen musste. Er starb ein halbes Jahr später am 10.4.1935.

Habach 22. November 1906.
Rechnung v. d. *Festzeit*
bei Johann Johann Freisl Seidenreißer
von Franz Hopmann, Gastwirt

14.00. Wein	20	2.	80
13.00. Bier	12	2.	56
18.00. Essen	10	8	80
1. Kaffee		2.	00
14.00. Kaffee Wein	2.	8.	00
12.00. Kaffee 5. Frühstück, 10.00	2.	20	
Wurstbrot 10.00		-	92
Einzel Essen		-	92
2.00. Frühstück Kaffee		1	20
15.00. Wein		2	60
40.00. Bier		1	20
5.00. Frühstück 3.00. Essen	10.	1	20
Wurstbrot 10.00		-	92
1/2 St. weißer Wein		1	62
Standard anfallen	16.	32	94
Franz Hopmann			
Seidenreißer			

**Franziska und Johann Freisl Rechnung
Bewirtung Hochzeit 1906**

Damals gab es noch kein Rathaus in Habach. Gemeinderatssitzungen, Besprechungen und sogar standesamtliche Trauungen fanden im Wohnzimmer des jeweiligen Bürgermeisters statt. Die Amtstafel des

Bürgermeisters der Gemeinde wurde an seinem Hause angebracht. Erst 1972 wurde das Haus Hofmark 1 zum Rathaus umgebaut.

Weiter beschreibt Ignaz Freisl in seinen Lebenserinnerungen die Zeit in Habach um den 1. Weltkrieg.⁷²

„In unserer Familie war neben der Bäckerei die Landwirtschaft sehr wichtig. Wir mussten schon vor der Schule als Buben früh morgens mitarbeiten, Kühe füttern, Stall zusammenkehren. Im Stall standen 6 – 7 Kühe, 2 Kälber, 2 Schweine und Hühner. Wir hatten auch eine Dirne (heute Hausangestellte) die Nanni. Sie hat über 30 Jahre bei uns gearbeitet: treu und fleißig. Beim Herrichten von Heu auf der Tenne als Futter für die Tiere, sind wir oft auf die Balken geklettert und dann in das lockere Heu gesprungen. Auch mussten wir Holz aufrichten als Brennholz für unsere Öfen, Laub zusammenrechen im Wald als Streu für den Stall, Torf aufstielen aus dem eigenen Torfstich. Torf als Heizmaterial war bis in die 1950iger Jahre neben Holz und Kohle ein wichtiges Brennmaterial. Abends fuhren wir die Milch zur Molkerei – heute Hofmark 5.⁷³ Auch die Zentrifuge Treiben zum Butter Rühren war unsere Aufgabe.

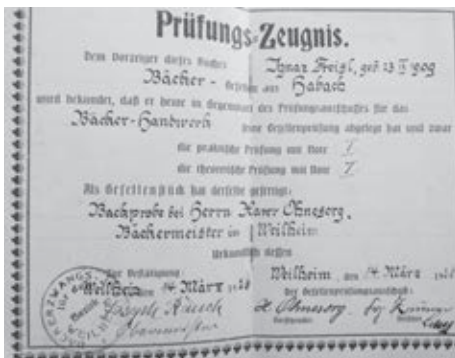


Rückansicht der Tenne und des Stalls um 1920

Im 1. Weltkrieg⁷⁴, schreibt Ignaz Freisl weiter, mussten viele Lehrer als Soldaten einrücken. Da es kaum weibliche Lehrer gab, unterrichtete uns ein aus Niederbayern stammender Lehrer, Herr Weber, der sehr streng war. Noch 50 Jahre später erzählten die Habacher von seinen un-

erbittlichen Strafen und groben Beschimpfungen. So mussten die Schüler zur Strafe ihre Hände auf den Tisch legen, er schlug mit Haselnuss Ruten darauf und beschimpfte sie als Bauernbüffel. Ignaz kam 1915 in die Schule. In dem Schulgebäude, wo heute das Rathaus steht, gab es nur einen Unterrichtsraum. Vormittags von 8 Uhr bis 11 Uhr wurden die älteren Schüler der Klassen 4 bis 7 unterrichtet, da sie nachmittags auf den Bauernhöfen mitarbeiten mussten. Nachmittags von 12 Uhr bis 15 Uhr gab es Unterricht für die jüngeren Schüler der Klassen von 1 bis 3. Wir Kinder gingen täglich um 7:00 Uhr in die Morgenmesse. Wir läuteten die Glocken oder ministrierten. Meist waren wir im Winter schon durchgefroren bevor der Unterricht um 8:00 Uhr begann. 1917 während des Krieges mussten wir Schulkinder Brennnesseln mit ihren langen Pflanzenfasern sammeln, aus denen dann Uniformstoffe hergestellt wurden. Meine Mutter Franziska legte Wert auf eine musikalische Ausbildung ihrer Kinder. Trotz der angespannten finanziellen Lage erhielten wir privaten Musikunterricht. Mein Bruder Hansi konnte gut singen. Ich durfte Zither Spielen lernen und meine Schwestern Franziska⁷⁵ Klavierspielen.“

„Von 1923 bis 1926 war ich Bäckerlehrling bei der Bäckerei Baab am Marienplatz in Weilheim. Die Gesellenprüfung legte ich 1926 ab. Von Oktober 1928 bis Frühjahr 1929 besuchte ich zusätzlich die landwirtschaftliche Winterschule in Landsberg.“ Soweit die Lebensbeschreibung von Bäckermeister Ignaz Freisl über seine Jugend.



Gesellenprüfung Ignaz Freisl 1926

Zur politischen Situation in Bayern

Im November 1918 kam es zu einem Umsturz auch in Bayern in dessen Folge König Ludwig III. abgesetzt wurde und fliehen musste. „Im Frühjahr 1919 kamen Kommunisten auf drei Lastwagen aus Richtung Garmisch nach Habach, sie waren mit Maschinengewehren bewaffnet

und hatten viel Munition bei sich. Hier besetzten sie den Pfarrgarten. Nach Verhandlungen mit Habacher Bürgern zogen sie am nächsten Tag weiter. Jugendliche wie Ignaz Freisl sammelten anschließend zurückgelassene Munition ein. Viele Bürger bildeten damals eine selbst organisierte Einwohnerwehr, aufgestellt zum Schutz in diesen so unruhigen Zeiten.⁷⁶

Im Herbst 1918 zeichnete sich eine deutsche Niederlage im 1. Weltkrieg ab. Hunger und Zweifel am Krieg führten zu Revolution und Ausrufung der Republik im Deutschen Reich. Statt Stabilität zu bringen⁷⁷ kam es jedoch anders: Deutschland als Kriegsverlierer hatte Reparationen (Versailler Vertrag) an die Siegermächte zu leisten. Die Staatsschulden wuchsen ins Unermessliche. Das belastete auch jeden einzelnen Bürger, die Lebenshaltungskosten stiegen immer rasanter. Es kam zur Hyperinflation. Beispiel für die Inflation ist der für eine Bäckerei wichtige Brotpreis: 1914 kostete ein Pfund Brot – 13 Pfennige, 1918 – 22 Pf., 1920 – 1,20 Reichsmark, 1922 – 3,50 RM, Jan. 1923 – 700 RM, Aug. 1923 – 100.000 Reichsmark und im Oktober 1923, auf dem Höhepunkt der Inflation, 670 Mill. Reichsmark.⁷⁸ Dann kam endlich die Währungsreform im November 1923. Danach kostete ein Pfund Brot 50 Pfennig. Ein weiteres Beispiel für die Inflation ist der Mitgliedsbeitrag beim Veteranenverein Habach. Im Mai 1923 betrug er 1000 Reichsmark danach 3 Rentenmark.⁷⁹

Die Geldentwertung hatte viele Verlierer aber auch Gewinner: Johann Freisl war 1923 schuldenfrei.

Die Krisenjahre waren aber noch nicht vorbei. 1929 kam es zur Weltwirtschaftskrise mit großer Arbeitslosigkeit. Penzberg als Bergarbeiterstadt traf diese Entwicklung hart. Arbeitslose Städter kamen in die umliegenden Gemeinden zum Betteln. Johann Freisl, als Bürgermeister von Habach, wurde häufig von arbeits- und mittelosen, durchziehenden Personen aufgesucht, die Anspruch auf einen kleinen Unterhalt hatten.⁸⁰

1929 fuhr Sohn Ignaz Freisl in Habach neben seiner Arbeit noch Mietauto als Nebenverdienst, ähnlich einem Taxi. Nur wenige Leute besaßen damals ein Auto und öffentliche Verkehrsmittel waren kaum vorhanden. Allmählich ging es wirtschaftlich wieder bergauf. Die Gemeinde Habach hatte zu dieser Zeit zusammen mit dem Ortsteil Dürnhausen ca. 550 Einwohner.

In diesen aufgewühlten Zeiten fanden mehrmals Wahlen zum Reichstag statt, die Ergebnisse in Habach lagen im Rahmen vergleichbarer Nachbarorte. Als Beispiel wird das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Nov. 1932 aufgeführt: NSDAP 27 Stimmen, SPD 4, Kommunisten 16, Bayerische Volkspartei 101 Stimmen und Deutscher Bauernbund 71 Stimmen.⁸¹

Das Leben in Habach zwischen den Kriegen

Im März 1921 gab es erstmals elektrischen Strom in Habach.⁸² Die Elektrizität revolutionierte die gesamte Arbeitswelt und wurde zum selbstverständlichen Teil des Lebens.

Ab 1930 kamen nach Habach weitere technische Neuerungen: Radio und Volksempfänger mit täglich 13 Stunden Programm brachten Nachrichten aus aller Welt.⁸³ Ein Volksempfänger kostete damals so viel wie heute ein Laptop.⁸⁴

Habacher Vereine boten ihren Mitgliedern und allen Bürgern Weiterbildungen an. Zum Beispiel bot der Kath. Burschenverein Habach im November 1925 einen Stenographie Kurs⁸⁵ oder 1929 die Sanitätsgruppe einen Erste-Hilfe-Kurs an.⁸⁶

Kulturelles: Theaterspielen war schon seit Jahrhunderten Tradition in Habach.⁸⁷ Ab 1933, mit der Gleichschaltung der Vereine, gab es erstmals staatliche Regelungen. In oberbayerischer Tracht auftretende Musik- und Sängergruppen brauchten nun eine Zulassungsurkunde der Reichstheaterkammer zur „Darbietung von oberbayerischen Sitten und Gebräuchen“. Außerdem war die Mitgliedschaft in der NS-Organisation KdF (Kraft durch Freude) Voraussetzung.⁸⁸

Ab 1934 wurden in Habach an jedem 1. Mai, als „Tag der Arbeit“ große Maimärsche veranstaltet. Ein Foto vom Maimarsch 1935 zeigt viele Teilnehmer mit Vereins- und NS-Fahnen.

Zurück zum Haus Habach 46 und zur Übergabe vom Vater auf den Sohn. Johann Freisl hatte am 31.12.1934 sein Amt als Bürgermeister aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Er starb ein halbes Jahr später am 10.4.1935. Am 22. Mai 1935 wurde der Übergabevertrag im Notariat in Weilheim – wie vorher schon im Testament festgelegt⁸⁹ – amtlich bestätigt. Nachfolgend soll aus diesem Notarvertrag zwischen

Mutter Franziska Freisl, ihrem Sohn Ignaz und Tochter Franziska nur der Abschnitt, der die Absicherung der Übergebenden und Absicherung der einzigen Schwester Franziska betraf, wörtlich aufgeführt werden:

Übergabevertrag

1) Gutabstandsgeld; von 8000 Reichsmark jährlich mit 4% zu verzinsen. Das Kapital selbst ist in einem halben Jahr nach vorausgegangener Kündigung zu bezahlen. Als Sicherheit musste über den Betrag eine Hypothek auf das Haus aufgenommen werden.



„Tag der Arbeit“ Maimarsch 1935



Theatergruppe Habach 1937

2) Leibgeding⁹⁰; Der Übergeberin gebührt das Wohnungsrecht im Haus und zwar sollen ihr das links vom Hauseingang zu ebener Erde gelegene Zimmer zur gemeinsamen Benützung mit ihrer Tochter Franziska und der über dem vorgenannten Zimmer gelegene Raum zur Alleinnutzung zustehen. Außerdem soll sie das Recht haben, die allgemeine Wohnstube und die Küche, sowie die zur gemeinsamen Benützung aller Hausinwohner bestimmten Räume und Einrichtung mitzubedenützen. Die beiden obengenannten Austragsstuben sind vom Übernehmer dauernd in gutem wohnlichem Zustand zu unterhalten. Das untere, links vom Hauseingang gelegene Zimmer hat der Übernehmende mit einem sogenannten Sesselofen, der zum Kochen geeignet ist, zu versehen und dauernd auf diese Weise heizbar zu unterhalten.

3) Die Übergeberin ist mit Licht, Wasser und Brennmaterial freizuhalten. Es gebührt ihr die volle Kost am Tisch des Übernehmers oder an deren Stelle, sofern sie die Tischkost nicht nehmen wollte, eine Geldentschädigung von 2 Goldmark⁹¹ für den Tag, die immer am Ersten jeden Kalendermonats im Voraus zu bezahlen ist. In Krankheitsfällen ist die Übergeberin mit Krankenkost, Wart und Pflege, ärztlicher Hilfe und Heilmittel zu versorgen. Die Übergeberin ist weiter mit standesgemäßer Kleidung, Wäsche und Schuhwerk zu versorgen. Es ist ihr das Waschen und Bügeln, die Reinigung ihrer Kleidung und ihres Schuhwerks, die Reinigung ihre Austragsstuben und das Aufbetten zu besorgen.

4) Schließlich muss der Übernehmer für die standesgemäße Beerdigung seiner Mutter einschließlich des üblichen Gottesdienstes aufkommen.

5) Der Übernehmer räumt weiter seiner Schwester Franziska Freisl auf die Dauer des ledigen Standes das Wohnungsrecht im übergebenen Anwesen ein, und zwar soll ihr das links vom Hauseingang zu ebener Erde gelegene Zimmer zur gemeinsamen Benützung mit ihrer Mutter zustehen, außerdem soll sie berechtigt sein, die allgemeine Wohnstube und die Küche, sowie die zur gemeinsamen Benützung aller Hauseinwohner bestimmten Räume und Einrichtungen mitzubedenützen.

6) Außerdem verpflichtet sich der Übernehmer, seine Schwester, solange sie von ihrem Wohnungsrecht im übergebenden Anwesen Gebrauch macht, mit Licht, Wasser und Brennmaterial freizuhalten.

7) Der Übernehmer bestellt für das seiner Mutter und seiner Schwester eingeräumte Wohnungsrecht je eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit an der Gebäudeliegenschaft und für das übrige seiner Mutter eingeräumte Leibgeding, soweit es sich um wiederkehrende Leistungen handelt, eine Reallast an der Liegenschaft. Diese Rechte sollen gleichen Rang unter sich, aber Rang nach den obengenannten Dienstbarkeiten und nach der oben bestellten Hypothek erhalten.

8) Zur Löschung der Reallast der Übergeberin soll der Nachweis des Todes der Berechtigten genügen. Die Eintragung der vorbestellten beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten und der vorbestellten Reallast samt der Löschungsbestimmung bei der Letzteren in das Grundbuch wird hiermit bewilligt und beantragt.

9) Der Übernehmer verpflichtet sich, seiner Schwester Franziska Freisl bei der Verehelichung, spätestens aber, wenn sie das dreißigste Lebensjahr vollendet hat, zur Ergänzung ihrer Aussteuer 2000 Goldmark zu bezahlen. Eine dingliche Sicherstellung für den vorstehenden Anspruch wird nicht verlangt.

Bäckerei vor dem 2. Weltkrieg

Ignaz Freisl legte 1934 die Meisterprüfung als Bäcker ab und betrieb die Bäckerei des Vaters zusammen mit einem Gesellen weiter. Der



Ignaz Freisl Bäckermeister 1939

Habacher Peter Schwarz arbeitete fast 15 Jahre bis 1936 in der Bäckerei mit. Drei Mal in der Woche lieferte er nach Dürnhausen und Penzberg Brot und Semmeln aus. Nebenher führte Ignaz Freisl bis zum Beginn des 2. Weltkrieges auch noch die kleine Landwirtschaft mit 6 Kühen weiter.

Neben der Arbeit als Bäcker und Landwirt engagierte sich Ignaz ehrenamtlich in der Dorfgemeinschaft. Er

fürhte die Sanitätsgruppe Habach von 1928 bis 1939⁹². Weiterhin war er in vielen Vereinen aktives Mitglied. 1928 war er der erste Schützenkönig des Schützenvereins Dürnhausen-Habach. Seine Schwester Franziska, die auch in der Bäckerei mitarbeitete, heiratete 1939 den Lehrer Max Hasenknopf,⁹³ der seit Frühjahr 1939 in der Habacher Volksschule als Lehrer tätig war. Familie Hasenknopf wurde gestattet, im Haus Nr. 46. im 1. Obergeschoß in den drei westlichen Räumen zu wohnen. Das südwestliche Zimmer war das Schlafzimmer, der mittlere Raum die Küche und das nordwestliche Zimmer wurde als Wohnzimmer genutzt.

Am 1. September 1939 änderte sich alles schlagartig. Der 2. Weltkrieg begann. Ignaz Freisl und Schwager Max Hasenknopf wurden vom Sammelpunkt Peißenberg aus zur Wehrmacht eingezogen.

Laut Meldung der „Deutschen Dienststelle zur Benachrichtigung der Familien von Angehörigen der Wehrmacht“ war Ignaz Freisl als Obergefreiter an folgenden Kriegsschauplätzen eingesetzt: Er nahm am Polenfeldzug teil, beim Russlandfeldzug kämpfte er auf der Halbinsel



Hochzeit von Max u. Franziska Hasenknopf, geb. Freisl am 17.6.1939

Krim und am Dnjepr, beim Rückzug der Wehrmacht kämpfte er auch in Rumänien, Ungarn und Tschechien.⁹⁴ Ignaz geriet in russische Gefangenschaft und kehrte erst nach 4 ½ Jahren heim. Max Hasenknopf war an der Nordflanke der Ostfront in Richtung Leningrad eingesetzt.

Habach im 2. Weltkrieg

Während des Krieges stellte die Bäckerei die Grundversorgung zur Ernährung der Menschen in Habach sicher. Damals führten Mutter Franziska und Schwester Franziska die Bäckerei und die kleine Landwirtschaft allein weiter. Die beiden Frauen wurden von einem älteren Bäckergesellen unterstützt, der nicht in den Krieg ziehen musste.

Ab 1943 wurden ausgebombte Städter im Haus Nr. 46 einquartiert, wie in allen Habacher Häusern. Ab Mitte 1944 wurde dazu noch jeder freie Platz mit sogenannten Flüchtlingen belegt. In einem einzigen Zimmer lebte oft eine ganze Familie. Bis 1964 lebte die Heimatvertriebene Maria Spitzhüttl, eine ältere Frau aus dem Sudetenland, im vorderen linken Zimmer des Hauses Habach 46. Die Vertriebenen versuchten, sich mit einigen Veranstaltungen ins Gemeindeleben zu integrieren, wie dem Flüchtlingsball nach dem Krieg.

Kurz vor Kriegsende, am 1. Mai 1945, marschierte die amerikanische Armee, von Murnau kommend, nach Habach ein und bezog mit ca. 10 Panzern westlich von Habach bei „Roathshöhe“⁹⁵ Stellung. Das Deutsche Reich hatte noch nicht kapituliert. Daher leisteten versprengte SS-Soldaten, nur mit zwei leichten Kettenfahrzeugen ausgestattet, sinnlosen Widerstand. Das brachte Habach in große Gefahr, denn sofort schossen amerikanische Soldaten zurück. Das Anwesen Obersöcheringer Straße 1 wurde getroffen und brannte völlig nieder. Um weitere amerikanischen Angriffe zu verhindern, hissten beherzte Habacher Bürger am Kirchturm eine weiße Fahne als Zeichen der Kapitulation und retteten so den Ort vor der möglichen Zerstörung. Die Gemeinde Habach hatte im 2. Weltkrieg 39 Gefallene und 10 Vermisste zu beklagen.⁹⁶

Habach und Haus Nr. 46 nach dem Krieg

Nach Kriegsende war Habach etwa zwei Monate lang Entlassungs-ort für Wehrmachtsoldaten. Endlose Konvois von Militärfahrzeugen

fuhren nach Habach und lagerten im Dorf oder auf den Wiesen am Ortsrand. Dort, wo heute das Eichbichlstüberl steht, hatten die Amerikaner Zelte für ihre Soldaten und ein Varietezelt zur Unterhaltung für sich aufgestellt. Entlassungsstellen für die Wehrmachtssoldaten waren die beiden Häuser Haus Nr. 46 und Haus Nr. 47.⁹⁷ In diesen beiden Häusern wurden ca. 50.000 Soldaten aus der Wehrmacht entlassen⁹⁸ und anschließend „landkreisweise“ von den Amerikanern mit Bussen in ihre Heimatlandkreise in ganz Deutschland transportiert.⁹⁹

In dieser Zeit musste natürlich auch die Bäckerei weiterlaufen. Die amerikanische Besatzung regelte viele Bereiche des Geschäftslebens. So erhielt im Dezember 1945 Mutter Franziska Freisl eine Konzession zur Führung der „Bäckerei Ignaz Freisl“ vom Landrat des Landkreises Weilheim, genehmigt von der Militärregierung.¹⁰⁰ Tochter Franziska Hasenknopf hatte zudem noch die nicht leichte Aufgabe erhalten, Lebensmittelkarten und Bezugsscheine in Habach zu verteilen und verwalten. Die Spuren dieser massiven Nutzung des Hauses Habach 46 in der Nachkriegszeit als Entlassungslager und Notquartier von Kriegsflüchtlingen wurden von 1958 bis 1961 beseitigt. Alle Böden und Wände im Erdgeschoß mussten erneuert werden, ebenso erneuerte man alle Fenster des Hauses. Kirchenmaler Bauer aus Benediktbeuern renovierte die Holzkassetendecken im Wohn- und Schlafzimmer, sowie das südöstliche Zimmer im Obergeschoß und auch viele Türen.

Am 27. Januar 1946 fand in Bayern die erste Kommunalwahl nach dem Krieg statt. Das Weilheimer Tagblatt vom 29.1.1946 berichtet, „dass das bayerische Volk und die Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone die erste Bewährungsprobe bestanden hätten nach einer Zeit nationalsozialistischer Unterdrückung und wieder fähig seien sich auf den Boden demokratischer Werte zu bewegen.“ In Habach gab es 235 Stimmberechtigte: 203 Stimmen wurden abgegeben. Ungültig waren 10 Stimmen, auf die CSU entfielen 193 Stimmen.¹⁰¹ Bei der nächsten Kommunalwahl 1948 erhielt die CSU ca. 60%, SPD 8%, FDP 4%, KPD 1%.¹⁰²

1946 waren in Habach 397 Heimatvertriebene gemeldet. Insgesamt hatte Habach 1946 dadurch 829 Einwohner, ca. 80% mehr als vor dem Krieg.

Diese vielen hungrigen Menschen wurden etwa 6 Wochen lang hauptsächlich mit Brot aus der „Freislschen Bäckerei“ versorgt. Nach

Erzählungen wurde zwei Monate lang beinahe Tag und Nacht Brot gebacken, eine große Herausforderung für den alten Dampfbackofen, der pausenlos im Einsatz war und nicht abkühlen durfte. Die ständige Beheizung blieb nicht ohne Folgen: der Backofen, 44 Jahre alt, war dann 1948 komplett verbraucht. Die Bäckerei wurde jetzt umgebaut. Die Backstube von der Ostseite zur Westseite des Hauses verlegt und mit einem neuen Ofen ausgestattet. Der neue Dampfbackofen, aus Schamottsteinen gemauert, befand sich nun dort, wo sich heute im Erdgeschoß Bad und WC befinden. Die Backstube selbst mit der Teigmaschine und Arbeitsbereich lag im mittleren Zimmer im westlichen Erdgeschoß, ein Raum mit Kreuzgewölbe. Im offenen Raum mit Außentür zur Ostseite richtete man das Mehllager ein. Hier lagerten meist 20 Säcke (je 50 kg) Roggenmehl und 20 Säcke Weizenmehl.

Max Hasenknopf,¹⁰³ Franziskas Ehemann war vor dem Krieg Lehrer in der Volksschule Habach gewesen. Nach dem Krieg, als Offizier bei der Wehrmacht, durfte er im Rahmen der Entnazifizierung vorerst nicht mehr in der Schule unterrichten.¹⁰⁴ So arbeitete er ab Juni 1945 bis Juni 1947 in der Bäckerei und Landwirtschaft Freisl mit, danach konnte er wieder in der Volksschule Habach unterrichten. 1950 wurde er im Rahmen des US-Kulturaustauschprogramm¹⁰⁵ zu einer „Reeducation Ausbildung“ in den Vereinigten Staaten ausgewählt.¹⁰⁶ Ein dreimonatiger Aufenthalt in den USA, der ihn von der Ostküste in New York über Chicago bis nach Kalifornien führte.

Nebenbei führte er als Kassier die Raiffeisenkasse Habach, die damals noch keine eigenen Räume hatte.¹⁰⁷ Nach der Sonntagsmesse kamen die Leute mit ihren Geldangelegenheiten, wie Einzahlungen, Auszahlung oder Kreditwünschen, zu ihm in das Wohnzimmer von Haus Nr. 46.¹⁰⁸ Max Hasenknopf war auch über mehrere Jahre Leiter der Habacher Theaterspielgruppe. Nach einem erfolgreichen Berufsleben wurde er 1978 als Oberschulamtsdirektor pensioniert.

Franziska und Max Hasenknopf hatten vier Kinder: Johanna¹⁰⁹ starb als Säugling. Johann¹¹⁰ verstarb, nachdem er eine unsachgemäß gelagerte Flasche Brezenlauge ausgetrunken hatte, im Alter von 2 ½ Jahren. Mutter Franziska war zu diesem Zeitpunkt hochschwanger, eine tragische Situation für sie. Die anderen beiden Kinder Max¹¹¹ und Ulrike¹¹² wohnten bis zu ihrem jeweils 10. Lebensjahr mit im Haus. Anschließend

besuchten sie ein Internat. Im Frühjahr 1972 zog Familie Hasenknopf, nach 33 Jahren Miete im Haus 46, in ihr neugebautes Haus am Marienweg in Habach ein.

Zurück zu Ignaz Freisl.

Ende April 1945 war Ignaz Freisl in Tschechien für 4 ½ Jahre in russische Kriegsgefangenschaft geraten, nach seinen Erzählungen in ein Waldlager nordöstlich von Moskau.¹¹³ Erst im August 1949 sah er mit jetzt 40 Jahren die Heimat wieder. „Am 1.8.1949 aus östlichem Gewahrsam kommend im Lager Gronenfelde nahe Frankfurt an der Oder entlassen“ stand in seinen Entlassungspapieren. Er kam geschwächt und herzkrank nach Hause zurück. Er war der vorletzte Habacher, der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte.¹¹⁴ Ignaz Freisl musste sich nach seiner Heimkehr im Leben erst wieder zurechtfinden. Am 18. Mai 1953 heiratete er im Kloster Ettal Hilda Freisl geb. Schilcher¹¹⁵ aus Guglhör bei Murnau. Aus der Ehe gingen zwei Kinder hervor. Sohn Josef Freisl, geb. 1.2.1954 und Tochter Johanna Freisl, geb. 6.2.1955.



Ignaz und Hilda mit ihren Kindern Josef und Johanna



Hausansicht Haus Nr. 46 um 1955

Habach um 1960

Durch das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit gab es auch in Habach immer mehr Autos. Bereits 1951 waren in Habach 86 Kraftfahrzeuge und 14 Zugmaschinen registriert.¹¹⁶ Die Schotterdecke wurde von der Geschwindigkeit der vielen Auto mit ihren Gummireifen geschädigt, Staubwolken legten sich über Landschaft und Häuser bis die Verbindungsstraßen in die Nachbarorte 1956 einen Asphaltbelag erhielten.¹¹⁷ Die Dorfstraße war bereits 1935 geteert worden.

Auch das bäuerliche Leben änderte sich. Immer mehr Maschinen erleichterten die Arbeit. Der bisher ortstypische Flachs-anbau wurde Mitte der 1950iger Jahre in Habach eingestellt. Das violette Blau der Flachsblüten gehörte nun der Vergangenheit an. Ca. 20 Jahre später sollte auch fast kein Getreide mehr in unserer Gegend angebaut werden. Die bäuerlichen Betriebe stellten allmählich auf Milchviehwirtschaft um.

1955 zählte Habach 661 Einwohner.¹¹⁸ Schon 1954 ging der erste Fernseher in Habach (im Pfarrhof) ans Netz. Im Haus Nr. 46 gab es 1960 die ersten bewegten Bilder mit einen neuen Fernseher. Schon 1920 hatte das Haus einen Telefonanschluss, damals der Amtsanschluss

des Bürgermeister Johann Freisl. 1930 empfing man die Funk-Nachrichten durch den neuen Volksempfänger.¹¹⁹

Zurück zur Bäckerei

Für Ignaz Freisl war die Arbeit in der Bäckerei allein zu schwer, da er aus der Kriegsgefangenschaft gesundheitlich eingeschränkt zurückgekommen war. Er brauchte Unterstützung. Daher stellte er Adolf Tomandl von 1954 bis 1960 zuerst als Lehrling, anschließend als Geselle in der Bäckerei ein. Ab 1961 bis 1964 Helmut Köberl ebenfalls als Bäckerlehrling, der während der Zeit seiner Anstellung mit im Hause Freisl wohnte. Ab 1964, halfen Ignaz's Frau Hilda oder

Schwester Franziska Hasenknopf, an Samstagen Sohn Josef (der noch zur Schule ging) abwechselnd in der Bäckerei mit. Von drei Uhr morgens an bestückte Josef ein bis zwei Stunden lang die Brezenstrangmaschine mit Teig, die Franziska am anderen Ende zu Brezen drehte. Diese Unterstützung war eine große Hilfe für Bäckermeister Ignaz Freisl, denn an einem normalen Samstag wurden ungefähr 1200 Laugenbrezen gebacken.

1968 hatte Sohn Josef Freisl die Volksschule Habach beendet. Nun stand die Frage seiner Berufswahl an. Vater Ignaz Freisl stellte seinem Sohn Josef die Berufswahl frei. Sohn Josef sollte also frei nach seinen Neigungen entscheiden. Er entschied sich pragmatisch für eine Ausbildung zum Bäcker: so konnte die kleine, wirtschaftlich gesunde Familienbäckerei fortgeführt werden. Ende der 60iger Anfang der 70iger Jahre wuchs das Geschäft kontinuierlich, da viele Bauern jetzt nicht mehr selbst Brot



Hausaltar Haus Nr. 46 am Fronleichnam 1952. Die Jahrhunderte alten Bräuche und Feste wurden in der Dorfgemeinschaft weiter gepflegt wie Fronleichnam, Osterfeuer oder das Erntedankfest.



Skiurlaub in Habach. Werbebroschüre des Fremdenverkehrsverein Habach 1970 ¹²¹

zember gab es „Kletzenbrot,“ heute als Früchtebrot bekannt, das gedörrte Birnen vom eigenem Birnbaum enthielt. Dieses Kletzenbrot war so beliebt, dass Kunden von weither kamen, um es zu kaufen. Habach hatte 1970, 567 Einwohner.



Luftaufnahme vom Haus von 1985

buken. Außerdem mussten die vielen Sommergäste, die damals in Habach Urlaub machten, versorgt werden.¹²⁰ Im September 1968 begann Josef Freisl die Lehre in der Bäckerei seines Vaters. 1971 legte er die Gesellenprüfung ab.

Während der Sommermonate – Habach hatte in dieser Zeit viele Feriengäste aus ganz Deutschland – buken sie täglich ca. 1000 Semmeln, 200 Mohn- und Salzsemmeln, 300 Brezen sowie 40 Laibe Brot 1 Kilo und 20 Laibe Brot 2 Kilo, je zur Hälfte Misch – oder Roggenbrot, im Winter wesentlich weniger. Ab De-

zember gab es „Kletzenbrot,“ heute als Früchtebrot bekannt, das gedörrte Birnen vom eigenem Birnbaum enthielt. Dieses Kletzenbrot war so beliebt, dass Kunden von weither kamen, um es zu kaufen. Habach hatte 1970, 567 Einwohner.

Im Sommer begann die Arbeit in der Backstube morgens um 2:30 Uhr, im Winter um 3:30 Uhr und endete vormittags gegen 10:00 bis 11:00 Uhr. Mutter Hilda Freisl verkaufte bereits ab 6 Uhr morgens im Laden die ersten frischen Semmeln. Mittwochs und samstags wurden Dürnhäuser Kunden beliefert, die feste Bestellungen hatten z. B. 10 Semmeln, 10 Brezen und 3 Brote pro Kunden. Im Herbst machten Vater und Sohn nachmittags im Wald Brennholz für den Küchen- und Wohnzimmerofen.

Nach einigen Jahren konnte Ignaz Freisl aus gesundheitlichen Gründen, als Folge der langen Kriegsgefangenschaft, nicht mehr arbeiten. Er hatte zwei schwere Herzinfarkte hinter sich und vertrug kaum noch die feuchtheiße Luft in der Bäckerei, besonders, wenn samstags bereits um 0:30 Uhr in der Nacht zu arbeiten begonnen wurde. Wie sollte es mit der Bäckerei weitergehen? Die Rahmenbedingungen änderten sich. Durch den Strukturwandel im Bäckereimarkt wäre eine Modernisierung und Vergrößerung der Bäckerei notwendig gewesen, da viele Maschinen und Geräte veraltet waren. Zudem war Habach alleine ein zu kleiner Absatzmarkt für die Bäckerei. Daher entschlossen sich Josef und Ignaz Freisl, die Bäckerei nicht weiterzuführen. Am 16. Juni 1972 wurde zum letzten Mal gebacken. Danach existierte nur noch der Laden als Verkaufsstelle für Bäckereiwaren, die von der Bäckerei Eberl aus Bichl beliefert wurde.

1979 wurde der Backofen mit Schamottsteinen entfernt, der Raum zum Wohnzimmer umgestaltet. Daneben entstanden ein Bad und eine Toilette. Ebenso wurden Holzböden neu verlegt oder alte abgeschliffen und neu gestrichen. Tochter Johanna Freisl heiratete am 8. Aug. 1980 Prof. Dr. Werner Haisch. 1985 wurde das 80-jährige Blechzinkdach wegen Rostmängeln durch Dachziegel ersetzt. Nach dem Tod von Ignaz Freisl im Jahr 1985 wurde auch der Laden im Feb. 1987 geschlossen. Damit war nach über 82 Jahren die Bäckerei Freisl in Habach Geschichte.

Resümee

Häuser bestimmen über Generationen das Erscheinungsbild eines Ortes. Nicht nur das Erscheinungsbild, sondern auch der Charakter eines Hauses kann begeistern. Ein Haus ist mehr als nur eine Konstruktion aus Stein, Holz, Lehm, Ziegel und Glas. Es ist auch eine Heimstatt für die Menschen mit all ihrem Denken, Fühlen, Wollen und Schaffen.

Herzlicher Dank gilt ganz besonders meiner Frau Sabine, die mich immer wieder kritisch und konstruktiv bei dieser nicht einfachen Aufgabe unterstützt hat.

Anmerkungen und Erläuterungen:

- 1 Ein Anwesen bezeichnet die Gesamtheit eines zusammenhängenden Immobilienbesitzes.
- 2 So die Aussagen von Viktoria Bocksberger, geb. Freisl, geb. 1872 gest. 1962, Sie wohnte später im Nachbarhaus Hauptstr. 19
- 3 Flurnummer 100/3 Gemarkung Habach
- 4 Geb. 15.6.1801, gest. 3.7.1875, Seine Frau Katharina geb. Wörmann, geb. 9.10.1797, gest. 21.8.1862. Der Vater von Ignaz Freisl, Ignaz Fraisl geb. 28.1.1766 in Huglfing wurde noch mit „a“ geschrieben.
- 5 Ignaz Freisl geb. 22.2.1830 – gest. 23.9.1895
- 6 Theresia Freisl geb. 3.7.1827, gest. 22.3.1887
- 7 Joseph Anton Freisl geb. 20.9.1847 – gest. 14.6.1914
- 8 Johann Freisl geb. 1.5.1836 gest. 29.9.1899
- 9 Siehe auch Josef Freisl, Reisebericht von Johann Freisl ins Heilige Land 1898, Lech-Isar- Land Heimatkundliches Jahrbuch 2022, S. 205–220
- 10 Anna Freisl geb. 21.7.1833, gest. 6.Aug. 1905
- 11 Übergabevertrag von 1874 im Familienarchiv
- 12 Peter Freisl geb. 28.6.1840 gest. 21.7.1903
- 13 Die Eisenbahnverbindung von Tutzing nach Kochel wurde 1865 eröffnet
- 14 geb. 1.7.1819 – gest. 30.3.1889
- 15 Josef Anton Fichtl gest. 16.11. 1902
- 16 Ignaz Freisl, Bäckermeister, Aufzeichnungen über das Haus/Familienarchiv
- 17 Grabrede für Josef Fichtl, Familienarchiv
- 18 Jakob Sonner, Weilheimer Tagblatt, Aus meinem Heimgarten, ca. 1924
- 19 Der Hausname ist eine der wichtigsten Wurzeln, aus denen sich die im ausgehenden Mittelalter umgreifende Zweinamigkeit bedient.
- 20 Erst seit der modernen Landesvermessung ab 1808, bei der jedes Grundstück vermessen und in seiner Bonität (Bodengüte) eingestuft wurde, war es möglich, ganz individuell den Besitzstand der Bauern zu erheben und nach seiner Ertragsfähigkeit einzuordnen. Die Vermessung des Landes dokumentierte sich in den ab 1808 entstehenden Flurkarten, der Besitz der Bauern an landwirtschaftlichem Grund in den Grundsteuerekatastern, die ebenfalls ab 1808 in verschiedenen Stufen entstanden. Die frühesten, auf exakter Vermessung basierenden Grundsteuerekataster entstanden in Oberbayern ab dem Jahr 1814
- 21 Adolf Bach, Deutsche Namenkunde, Heidelberg 1952, S. 33 ff.
- 22 Für den Hausnamen Kailer gibt es keine einheitliche Schreibweise, in dieser Arbeit wird die Schreibweise mit „a“ benutzt. Gelegentlich wird es auch mit „e“ geschrieben.
- 23 Ignaz Freisl geb. 1909 u. Franziska Freisl geb. 1913 wurden als Kinder „Jaudenkailer Nazi“ und „Jaudenkailer Fanny“ gerufen.

- 24 Die Einführung von Hausnummern begann in Österreich um 1753 und wurde mit einer Volkszählung unter dem Stichwort „Seelenkonskription“ bis 1769 unter Königin Maria Theresia auf die ganze Monarchie übertragen. Durch diese „Volkszählung“ wurde vor allem die Erfassung von Rekruten erleichtert.
- 25 Wann die Hausnummern in Habach eingeführt wurden lässt sich nicht mehr genau feststellen, vermutlich zwischen Ende des 18. Jhd. und 1810
- 26 Die Einführung der Postleitzahlen wurde durch das hohe Paket- und Briefaufkommen im 2. Weltkrieg notwendig.
- 27 Die über 150 Jahre alten Hausnummerierungen entsprachen keiner Systematik mehr und waren für eine moderne Postzustellung nicht mehr praktikabel.
- 28 So die Jugenderinnerung von Josef Freisl geb. 1954
- 29 Der Begriff „Tracht“ bedeutet einfach die Kleidung, die man getragen hat und dadurch hat sich die Landbevölkerung von der Stadtbevölkerung unterschieden. Der erste Trachtenverein in Bayern wurde 1883 im Leitzachtal gegründet.
- 30 Ab 1880 setzt sich das Dirndlkleid in der Oberschicht des städtischen Sommerfrischepublikums als typisches ländliches Kleid durch.
- 31 Quelle; Weilheimer Tagblatt, Wikipedia
- 32 Übrigens, Deutschland ist „Weltmeister“ was die Anzahl der Vereine angeht. Kein anderes Land der Welt hat so viele Mitglieder in Vereinen organisiert wie Deutschland.
- 33 Mit einer Verordnung vom König Max I. Joseph vom 1.3.1803 wurde die Verstaatlichung des Postwesens in Bayern angeordnet. Die Thurn- und Taxischen Reichspost war damit beendet. Die Postkutschenverbindungen waren bis ca. 1860 besonders auf dem Land sehr spärlich. Siehe auch Transportieren, Telegraphieren, Telefonieren, Pionierleistungen der Bayerischen Staatspost Hrsg. Staatliche Archive Bayerns, 2014 S. 35 ff.
- 34 Der Volksbote für den Bürger und Landmann vom 15.7.1857, Bayerisches Volksblatt vom 16.7.1857
- 35 Noch in den 1880/90 Jahren war die Bezeichnung „Velociped“ für das Fahrrad üblich.
- 36 Hans-Erhard Lessing, Das Fahrrad, eine Kulturgeschichte, 2002, S. 25 ff.
- 37 Die Mitgliedskarten befinden sich im Familienarchiv
- 38 Bay. HStA Generaldirektion, Motorpostlinien 1905–1908, übrigens, 1905 wurde die erste Kraftpostlinie in Deutschland zwischen Lenggries und Bad Tölz eröffnet.
- 39 Die erste Erwähnung eines Scholastikus in Habach datiert von 1246 in Willy Mauthe, Das weltliche Chorherrenstift Habach, S. 56, im Lech-Isar-Land 1968, S. 200 f.
- 40 Folgende Fächer wurden in der Sonn- und Feiertagsschule unterrichtet: Religion, Lesen, Deutscher Sprachunterricht, Schönschreiben, Rechtschreiben, Aufsätze, mündliches Rechnen, schriftliches Rechnen, Gemeinnützige Kenntnisse und Zeichnen.
- 41 200 Jahre Schule in Bayern, Lehrerinfo Nr. 2 2006, Bayerisches Kulturstministerium
- 42 historisches-lexikon-bayerns.de/lexikon/Zünfte
- 43 www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Handwerk_19./20._Jahrhundert
- 44 Das Walzbuch von Johann Freisl befindet sich im Familienarchiv

- 45 Ein Wahrzeichen feiert Jubiläum im Weilheimer Tagblatt vom 19.3.2021
- 46 Hier am Haus kamen Dachplatten von der Tutzinger Ziegelfirma Fred Brenner 1893 auf das Dach
- 47 Zu Ende des 19. Jhd./ Anfang des 20. Jhd. wurden überall Bürgersteige angelegt. Bürgersteige kamen in Mode, die den motorisierten Verkehr von den Fußgängern trennten. Seit ca. 1650 hat die großzügige Hauptstraße in Habach eine Breite von ca. 16 m. Siehe dazu auch: Eine kleine Geschichte der Bürgersteige in www.bund-berlin.de/themen/mobilität/fussverkehr/buegersteige
- 48 Die Brandversicherungen erhöhten im 19.Jhd. ständig ihre Anforderungen an den Brandschutz.
- 49 Josef Freisl, Stille Jubiläen der Ortsgeschichte, in Das Blaue Blatt, Gemeinde Habach März 2021, Nr. 1, 125 Jahre fließendes Wasser durch eine neue Trinkwasserversorgung. Bis zum Bau der Wasserleitung 1896 bestand ein Rohrleitungssystem aus „Daiken“. Das waren ca. 3–4 Meter lange Holzstämme, die längs ausgebohrt, am Ende mit einem Kegelstumpf verbunden und meist in einem Lehmbett verlegt waren. Diese alte Wasserversorgung war reparaturanfällig, auch fehlte der Wasserdruck zum Weitertransport. Hausanschlüsse gab es nicht. Diese hölzerne Wasserleitung und die dörflichen Brunnen entsprachen gegen Ende des 19. Jhd. nicht mehr den gestiegenen Anforderungen: fließendes Wasser im Haus zu haben. Auch brauchte man ein Wassersystem mit großem Wasserdruck, das zur Feuerbekämpfung über Hydranten genutzt werden konnte. Dazu ersetzte man die Holzrohre durch Eisen- oder Bleirohre. Hochbehälter garantierten ausreichenden Wasserdruck in allen Leitungen. Übrigens, die Finanzierung der neuen Wasserversorgung stellte die Gemeinde damals vor enorme Herausforderungen. So wurden innerhalb von 25 Jahren mit fließendem Wasser und elektrischem Licht die Lebensqualität der Menschen erheblich verbessert. So zum Beispiel hatte die Hausfrau fließendes Wasser in der Küche und elektrisches Licht, der Wasserkrug, der ständig nachgefüllt werden musste und das diffuse Licht der Petroleumlampe gehörten der Vergangenheit an.
- 50 Mündliche Überlieferungen und Lebenserinnerungen von Ignaz Freisl Bäckermeister
- 51 Aus der Lebensbeschreibung von Josefa Rückerl, geb. 13.1.1873, gest. 17.5.1936 in Schlehdorf, sie war eine Tochter von Peter Freisl geb. 1840, Familienarchiv
- 52 Siehe auch „Burg war ein klassischer Schwarzbau“ Weilheimer Tagblatt vom 10.10.2206
- 53 Von der ehemaligen Burg stehen nur noch wenige Grundmauern, die Anlage der Burg ist noch zu erkennen.
- 54 Geschäftsbuch Steinmetzbetrieb Johann Freisl, Familienarchiv
- 55 Aus der Lebensbeschreibung von Josefa Rückerl, geb. 13.1.1873, gest. 17.5.1936 in Schlehdorf, sie war eine Tochter von Peter Freisl geb. 1840, Familienarchiv
- 56 Aus der Lebensbeschreibung von Josefa Rückerl, geb. 13.1.1873, gest. 17.5.1936 in Schlehdorf, sie war eine Tochter von Peter Freisl geb. 1840, Familienarchiv
- 57 Wasserbecken
- 58 In Lebenserinnerungen von Ignaz Freisl geb. 23.9.1909, Familienarchiv

- 59 Johann Freisl geb. 13.12.1868, gest. 10.4.1935
- 60 Die Arztrechnung für 7 Monate betrug 250 Reichsmark, ein Jahreslohn für eine Magd betrug ca. 180–200 Reichsmark, Familienarchiv
- 61 Auf dem Sterbebild von Anna Freisl sind für Gebete Ablassstage aufgeführt, z.B. Mein Jesus Barmherzigkeit, 100 Tage Ablass, für Süßes Herz Jesu Maria sei meine Rettung, 300 Tage Ablass.
- 62 Heute Dürnhauser Str. 2
- 63 Reinhard Heydenreuter, 100 Jahre Stadt Penzberg, 2019, S. 136–138
- 64 Johann Freisl geb. 13.12.1868, gestorben 10.4.1935
- 65 Brosl war der Hausname heute Ortsteil Unterau, Gemeinde Schlehdorf
- 66 Auf dem Kuchelwagen, der am Tag vor der Hochzeit vom Wohnort der Braut zur neuen Wohnstätte gefahren wurde war die Aussteuer der Braut sehr liebevoll hergerichtet: Bettwäsche, Stoffe, Geschirr, usw. Hinter dem Kuchelwagen wurde auch noch eine Kuh angehängt, die ebenfalls im Besitz der Braut war/ Familienarchiv
- 67 1 Liter Bier kostete 24 Pfennig, 1 Liter Weißbier 36 Pfennig, 1 Semmel 3 Pfennig oder 1 Kaffee 26 Pfennig
- 68 Johann Freisl geb. 1907 gest. Juni 1922, Ignaz Freisl geb. 23.9.1909 gest. 16.1.1985, Franziska Freisl, geb. 19.6. 1913, gest. 26.8 2011, verheiratete Hasenknopf
- 69 Gemeindliche Aufstellung 1904 – Gemeindearchiv Habach.
- 70 Bereits sein Vater Ignaz Freisl geb. 1830 war von 1890 bis 1896 1. Bürgermeister von Habach
- 71 Johann Freisl war an Nierenkrebs erkrankt
- 72 Handschriftliche Lebenserinnerungen von Ignaz Freisl geb. 23.9.1909 gest. 16.1.1985, Familienarchiv
- 73 Die Käserei in Habach wurde 1970 aufgeben. Heute Hofmark 5
- 74 Josef Freisl, Die Kriegs- und Notzeiten in Habachs Geschichte, 1995, S. 67, Die Gemeinde Habach hatte im 1. Weltkrieg 11 Gefallene zu beklagen
- 75 Franziska Freisl, später verheiratete Hasenknopf, war 60 Jahre Sängerin im Habacher Kirchenchor
- 76 Handschriftliche Lebenserinnerungen von Ignaz Freisl geb. 23.9.1909 gest. 16.1.1985, Familienarchiv. Habach gehörte zum Einwohnerwehrbezirk Murnau. Siehe dazu auch Edith Raim in Revolution und Reaktion, die Anfänge der NS-Bewegung im bayerischen Oberland 1919 bis 1923, S. 37–72
- 77 Klaus Gast, Ende des 1. Weltkriegs und die Anfängerzeit der Republik 1918/19, Jahrbuch Lech-Isar-Land 2020, S. 7–42, auch Edith Raim, Es kommen kalte Zeiten, Murnau 1919–1950, 2020, S.89 ff.
- 78 Eva-Maria Roelevink in Nicolai Hannig/ Detlev Mores (Hrsg.) Krise! Wie 1923 die Welt erschütterte, S. 77–92
- 79 Josef Freisl, Kriegs- und Notzeiten in Habachs Geschichte, 1995, S.53

- 80 Besonders hart traf die Krise die Stadt Penzberg mit ihrem Kohlebergwerk. 1931 ist das Bergwerk wegen Absatzmangel vorübergehend geschlossen. Ein großer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung von Penzberg war arbeitslos und suchte bei den Bauern in den umliegenden Gemeinden Arbeit oder wenigstens eine kleine Mahlzeit für sich und ihren Kindern.
- 81 Weilheimer Tagblatt 9. Nov. 1932
- 82 Josef Freisl, Das Blaue Blatt, Gemeinde Habach März 2021, Nr. 1, Stille Jubiläen der Ortsgeschichte: Wie der Strom nach Habach kam. Elektrizität revolutionierte nicht nur die gesamte Arbeitswelt, sondern wurde zum selbstverständlichen Teil unseres Lebens. Kurz vor dem 1. Weltkrieg gab es schon Planungen: die erste Trasse sollte von Weilheim, Spatzenhäusern nach Aidling und über die Aidlinger Höhe nach Habach verlegt werden. Das heißt, der Strom musste über eine weite Strecke vom Wasserkraftwerk Höllriegelskreuth bei Pullach an der Isar über Stromtrassen in unser Gebiet transportiert werden. Die Aidlinger wehrten sich gegen diese Trasse über die Aidlinger Höhe mit Hilfe des Heimatschutzes einem Vorläufer des späteren Naturschutzes erfolgreich. Übrigens, 1914 waren die meisten Hauseigentümer außerdem nicht bereit, elektrischen Strom zu den Bedingungen der Isarwerke zu beziehen. So kam der Plan auf, durch eine Talsperre im Achgraben und damit verbundener Kraftanlage die umliegenden Ortschaften Habach, Sindelsdorf und Aidling mit eigenem Strom zu versorgen. Das Projekt wurde nie verwirklicht. Nach dem 1. Weltkrieg wurde dann eine Stromleitung von Söcherling nach Habach und Dürnhausen verlegt. Im März 1921 gab es dann endlich Straßenbeleuchtungen und die Hausanschlüsse in Habach, elektrisches Licht per Schalter. In den folgenden Jahren konnten die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten zum Betreiben von Maschinen und im privaten Bereich genutzt werden.
- 83 Im Auftrag von Joseph Goebbels wurde der sogenannte Volksempfänger entwickelt um nationalsozialistisches Gedankengut in die Bevölkerung zu bringen. Es war der erste Röhrenempfänger, der bei einem Großteil der Bevölkerung Absatz fand. Quelle, Volksempfänger Wikipedia
- 84 Historisches Lexikon Bayern, Post- und Telegraphenwesen im 19./20. Jhd.
- 85 Weilheimer Tagblatt vom 18.11.1925
- 86 Handschriftliche Lebenserinnerungen von Ignaz Freisl, geb. 1909, Familienarchiv
- 87 Willy Mauthe, Das weltliche Chorherrenstift Habach, in Lech-Isar-Land 1968, S. 80, Die ältesten Theateraufführungen in Habach sind schon seit 1557 nachgewiesen.
- 88 Edith Raim, Es kommen kalte Zeiten, Murnau 1919–1950, 2020, S. 450 ff. auch Murnauer Tagblatt vom 14./15.4. 1938 und 23./24.7.1938
- 89 Das Testament wurde im Feb. 1935 von Johann Freisl handschriftlich verfasst.
- 90 Ein Leibgeding ist ein höchstpersönliches Recht, das nicht übertragbar ist und im Grundbuch dinglich gesichert wird. Leibgeding ist der Inbegriff von Nutzung und Leistung, die aus oder auf einem Grundstück zu gewähren sind.
- 91 Die Goldmark wurde in der Urkunde folgend bestimmt: Eine Goldmark im Sinne dieser Urkunde ist gleich dem Preis von 1/ 2790 kg Feingold berechnet gemäß der Verordnung vom 29. Juni 1923 und der Verordnung vom 10. Oktober 1931 mit der Maßgabe, dass eine Goldmark mindestens gleich einer Reichsmark gesetzt wird.

- Maßgebend für die Umrechnung der Goldmark in deutsche Reichswährung ist der Tag der Zahlung.
- 92 Handschriftliche Lebensbeschreibung von Ignaz Freisl / Familienarchiv
 - 93 Max Hasenknopf, geb. 26.6.1914, gest. 5.1.1995
 - 94 Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der Familien von Angehörigen der deutschen Wehrmacht, Schreiben vom 21.10.2008: In folgenden Einheiten leistete er seinen Kriegsdienst: Ab 3.11.1939 Fernsprechkompagnie 8/645, Ab 30.9.1940 2. Nachrichten-Abteilung Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, ab 4.4.1942 2. Nachrichten-Abteilung 543, ab 4.4.1943 Nachrichten Kompanie 813, ab 2.2.1944 1. Korps Nachrichten-Abteilung 826.
 - 95 Flurname „Roatshöhe“ liegt ca. 300m vom nordwestlich Dorfe entfernt.
 - 96 Josef Freisl, Kriegs- und Notzeiten in Habachs Geschichte, 1995, S.68
 - 97 Heute Hauptstr.17 und 21
 - 98 Nach neueren Forschungen in amerikanischen Archiven wurden ca. 50.000 Soldaten entlassen. Noch 1995 vermuteten mehrere Zeitzeugen eine wesentlich höhere Zahl von Soldaten.
 - 99 Diese Entlassungsaktion war hervorragend von der US-Armee organisiert, es war über ca. 6 Wochen ein ständiger Zustrom, die Entlassungspapiere wurden innerhalb von 2 Tagen erteilt, anschließend wurden die ehemaligen Soldaten in ihre Landkreise abtransportiert. So die Aussagen von vielen Zeitzeugen.
 - 100 Wortlaut der Konzession zur Führung einer Bäckerei vom 28.12.1945: Franziska Freisl unter der Geschäftsbezeichnung Ignaz Freisl, Bäckerei Habach hat von dem Landrat des Landkreises Weilheim mit Genehmigung der Militärregierung die Ermächtigung und Genehmigung erhalten eine Bäckerei in Habach 46 zu führen. Besagtes Geschäft ist genau auf die näher bezeichneten Waren beschränkt und nicht berechtigt, außer den in der Liste aufgeführten noch andere Artikel zu verkaufen oder Dienstleistungen zu erledigen. Diese Bekanntgabe ist an deutlich sichtbarer Stelle am Eingang zu besagtem Geschäft anzuschlagen. Der Landrat des Landkreises Weilheim – zweisprachig auch in Englisch/ Familienarchiv
 - 101 Weilheimer Tagblatt vom 29.1.1946, Zum Bürgermeister wurde Ulrich Sonner gewählt.
 - 102 Weilheimer Tagblatt vom 27.4.1948, Bürgermeister Ulrich Sonner wurde wiedergewählt.
 - 103 1939 Max Hasenknopf heiratet am 17.6. 1939 Franziska Freisl, Max Hasenknopf geb.26.6.1914, gest. 4.1.1995
 - 104 Nahezu alle Lehrer in Deutschland, die Parteimitglied gewesen waren, wurden nach Kriegsende automatisch entlassen, um zu vermeiden, dass ehemalige NS-Funktionäre wichtige Ämter behielten.
 - 105 <https://www.Historisches-Lexikon-Bayerns.de/Lexikon/US-Kulturaustauschprogramm>
 - 106 Am US-Kulturaustauschprogramm nahmen zwischen 1947 bis Ende der 1950er Jahre nur ca. 14.000 besonders ausgewählte Personen teil. Bevorzugt wurden vornehmlich Personen, die ein ausgeprägtes Multiplikatorenpotential besaßen.

- 107 1967 wurde die Raiffeisenbank mit Lager am Ostende Habachs in der Dürnhauser Str.10 eingeweiht und 2017 abgebrochen.
- 108 Bis ca. 1958 war Hasenknopf Kassier der Raiffeisenkasse Habach
- 109 geb.16.3.1946, gest. 19.3.1946
- 110 geb. 21.2.1947, gest. 1.7.1949
- 111 geb. 24.9.1940,
- 112 geb. 30.9. 1949,
- 113 Nach seinen Erzählungen, das erste Jahr Akkord in der Waldarbeit, dann zwei Jahre Kohlenmeiler betreut, anschließend Arbeit in einem Betonwerk.
- 114 Georg Albrecht war im Okt. 1949 der letzte Habacher, der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrte.
- 115 Hilda Schilcher geb. 31.8.1929. gest. 3.2.2017
- 116 Landratsamt Weilheim-KFZ Zulassungsstelle vom 7.Mai 1951
- 117 Erich Kornmann, Der Automobilverkehr Süddeutschlands, Stuttgart 1928, S. 34 ff.
- 118 Bayerisches Statistisches Landesamt vom 30.6.1955
- 119 Aufzeichnungen von Ignaz Freisl in seinen Lebenserinnerungen/ Familienarchiv
- 120 Anfang der 1970iger Jahre hatten viele Häuser Fremdenzimmer eingerichtet und an Sommergäste vermietet. Gemäß einer Aufzeichnung des Fremdenverkehrsvereins Habach hatte die Gemeinde Habach Ende der 1960iger/ Anfang der 1970iger Jahre über 10.000 Übernachtungen im Jahr.
- 121 Habach hatte Anfang der 1970iger Jahre 3 Skilifte und einige Langlaufloipen

„Frühjahrslied“

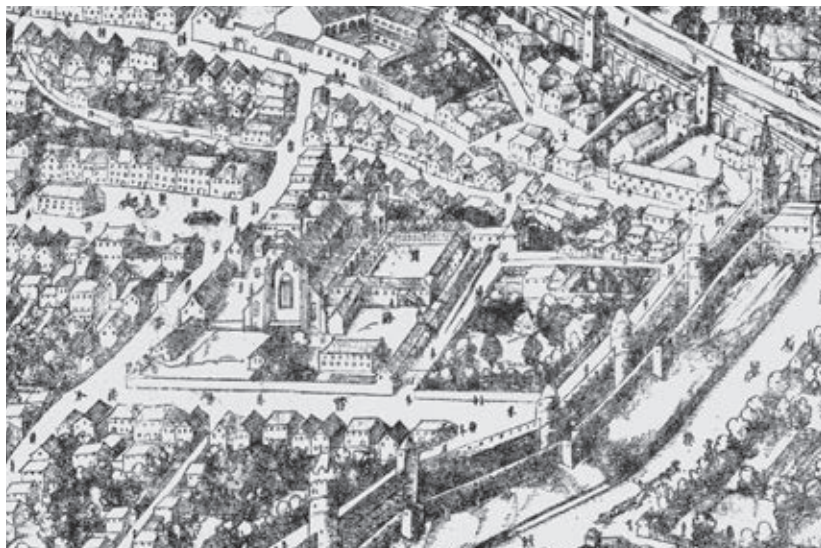
Folgendes Frühjahrslied habe ich geschrieben, nachdem ich bei einem Spaziergang im Hardt auf mehrere blühende Seidelbastbüsche gestoßen war, deren wunderschöne Blüten – in der noch recht farblosen Natur des zeitigen Frühjahrs – freudige Vorboten der bald aufbrechenden Farbenpracht waren. Ihr betörend süßer Duft ist einfach wunderbar und so anregend, dass mir unterwegs der Text und auch die passende Melodie einfielen und nicht mehr aus dem Kopf gingen, bis sie daheim auf's Papier gebracht waren.

1. Ja wenn des schöne Fruajahr kimmt,
die Sonna an letzten Schnee wegnimmt;
Dann freu'n sich die Leut' über die neue Zeit,
die Tag die werdn länger scho.
Holladiridiah, holladiridiah!
Die Tag die werd'n länger ja scho.
2. Und drauß'n da spüht ma a ganz andre Luft,
so honigsüß riacht scho da Seidlbastduft!
Dann singen die Leut': Der Frühling der kimmt heut!
Die Sonn die scheint stärker ja scho.
Holladiridiah, holladiridiah!
Die Sonn die scheint stärker scho!
3. Jetzt treibt's die Leut aus de Stuben naus
und koana halts länger mehr drinnen aus.
Der Winter is gar! Jetzt rüehn sich s'Herz und d'Seel.
Im Frühjahr da wird's uns wohl.
Holladiridiah, holladiridiah!
Im Fruajahr da wird's uns wohl!

Ja wenn das schöne Frühjahr kommt, die Sonna an letzten
 Schnee wegnimmt, dann freuen sich die Leut ü - ber die neu - e
 Zeit die Tag die werden länger ja scho! Holla - di
 ti - di - a ho, holla di - vi - di a ho! Die Tag die werden
 länger ja scho!

Besitzungen der säkularisierten Klöster zwischen Lech und Isar in Südtirol.

Weingüter des Reichsstiftes Sankt Ulrich und Afra



Benediktiner-Reichsstift St. Ulrich und Afra 1521

Die Anfänge des im Zeitraum von 1802 bis 1806 säkularisierten Reichsstiftes in Augsburg gehen auf eine schon sehr früh bestehende Kongregation St. Afra zurück, deren Äbte in Personalunion zugleich Bischöfe von Augsburg waren¹ und welches laut den Aufzeichnungen des Mönches Corbinian Khamm vom Klosters St. Ulrich und Afra im Jahre 1012 ebenfalls als bischöfliches Eigenkloster in eine nach St. Ulrich und Afra benannte Benediktinerabtei umgewandelt wurde.² Über die Priester- oder Klerikergemeinschaft, welche aufgrund der bereits um 575 von Venantius Fortunatus bezeugten Verehrung der Märtyrin Afra (+ verm. 304) und ihrer Grabstätte entstanden ist, wissen wir nur we-

nig.³ Die Beweggründe für die Umwandlung in ein Benediktinerkloster und die zusätzliche Benennung nach dem heiligen Ulrich sind sicher auch auf die ausgeprägte Wesensverwandtschaft von König Heinrich II. mit den benediktinischen Ordensgrundsätzen zu zurückzuführen, aber auch auf sein Selbstverständnis des Königtums und seinen erkennbaren Bemühungen zur Legitimation einer ottonischen Erbfolge der Königswürde. In der ottonischen Zeit gab es eine Reihe von Reichsheiligen, der populärste unter ihnen war der heilige Ulrich von Augsburg (mütterlicherseits mit dem ottonischen Königshaus verwandt), der sich als Bischof von Augsburg in der Schlacht auf dem Lechfeld 955 ausgezeichnet hatte und auf Betreiben des ottonischen Königs Otto III. in Rom mit der päpstlichen Urkunde vom 3. Februar 993 heiliggesprochen und damit in den Kreis der ottonischen Reichsheiligen eingeführt wurde.⁴ In diesem Zusammenhang erhalten der feierliche Akt der Beisetzung der Eingeweide von Otto III. in der Kapelle des heiligen Ulrich in Augsburg, die Inbesitznahme der heiligen Lanze als christliches Siegesymbol sowie die Gründung des Klosters St. Ulrich und Afra in Augsburg durch Heinrich II. erst ihren tieferen Sinn.⁵

Heinrich II. stattete St. Ulrich und Afra 1012 sowie 1021 mit einer großzügigen Güterfundation aus. Nach 1033 kamen noch einige Schenkungen aus dem Nachlass seiner Frau Kunigunde hinzu, ob sich unter diesen Schenkungen auch „ein Weingut in Bozen“⁶ befand, ist nicht bekannt. Der Besitz des Klosters bestand in dieser Zeit überwiegend aus Gütern in der Stadt Augsburg und Umgebung, mit Ausnahme von Besitzungen in Wattens sowie Thaur in Nordtirol sowie dem erwähnten Bozner Weingut in Südtirol. Der erste schriftliche und plausible Hinweis zu der in Südtirol befindlichen Besitzung des Klosters St. Ulrich und Afra ist einer 1128 vorgenommenen Bestimmung von Gräfin Bertha von Kellmünz zu entnehmen (nach dem Tode ihres Gatten nannte sie sich entsprechend ihrer Herkunft von Kellmünz), in der sie den „Weinfuhrdienst von Bozen“ an einen nicht näher bezeichneten Ort am Inn regelte. Die Bestimmung der Gräfin wurde kurz vor ihrem Tode in ein vorarlbergisches Notariatszeugnis von 1127 über Verkäufe ihres Sohnes Graf Rudolf von Bregenz von Gütern in Wattens und Thaur im Gerichtsbezirk Hall an das Kloster St. Ulrich und Afra eingefügt.⁷ Dabei kann es sich bei dem namentlich nicht bezeichneten Weingut folglich nur um einen Hof handeln, den das Kloster bereits vor 1128 besaß. Die-

ser Hof kann jedoch nicht in Bozen selbst gewesen sein, sondern nur in den oberhalb davon liegenden Orten Gries oder Zwölfmalgreien, welche die an der Eisackbrücke „Pons Drusi“ (nahe der heutigen Loreto-Brücke) im Bozner Boden gelegene frühe Siedlung „Bauzanum“ (Bozen) umgaben. Der gesamte Talgrund wurde durch die häufigen Hochwässer der Flüsse Etsch, Eisack und Talfer vermurt und versumpft und war daher für den Weinbau bis zur Regulierung der drei Flüsse im 19. Jahrhundert unbrauchbar.⁸

Das Urbar des Klosters St. Ulrich und Afra enthält erst rund einhundert Jahre später einen um 1225 eingetragenen Vermerk über sechs Besitzungen in vier Orten bzw. Flurstücken. Von den Besitzungen sollen sich zwei in Bozen, zwei in Sibidat bzw. Schibidat (Flurname im Ort Zwölfmalgreien bei Bozen, Viertel Haslach), eine in Kampill (Zwölfmalgreien, Viertel Kampenn, auch Kampill) und eine in Velde (nicht lokalisierbarer Flur- oder Ortsname) befunden haben, jedoch ohne Angaben, ob es sich dabei um Höfe mit Weingärten oder nur um Grundbesitz handelt und ohne Angabe von Höfenamen.⁹ In den Urkunden des Klosters St. Ulrich und Afra aus der Zeit von 1023 bis 1440¹⁰ sind keine Überlieferungen zu Besitzungen in Südtirol enthalten und in den Urkunden des Stadtarchivs Bozen wird 1310 nur eine Mühle am Gerber- bzw. Mühlbach in Zwölfmalgreien / Viertel Zollstange als Besitzung des Klosters erwähnt.¹¹ Der Benediktiner Pater Barnabas Schroeder nannte in seiner 1929 erschienenen Publikation¹² über die Aufhebung des Klosters St. Ulrich und Afra sieben Höfenamen, jedoch ohne Angaben über den Zeitpunkt der Erwerbung: Das Pfluggut ober Leifers, den Unterbergerhof in Leifers, das „Fürst Lichtensteinische“ Urbar mit drei Häusern in Bozen und die dazu gehörenden Grundbesitzungen, das Siedhaus oder Bodengut (ohne Ortsangabe), den Haschithof oder Leithengut genannt (ohne Ortsangabe), den Lagerderhof in Gries und ohne Ortsangabe den Weißhauserhof in der Au. Dabei lokalisierte er das Pfluggut irrtümlich in zwei Orten, das „Pfluggut in Leifers“ und das „Fürst Lichtensteinische Urbar mit drei Häusern“ in Bozen. Es handelt sich dabei um ein und dasselbe Gut „auf der Pflug“ der Herren von Lichtenstein, auch als Ansitz bezeichnet, im Viertel Leifers in der gleichnamigen Gemeinde und heutigen Stadt Leifers.¹³ Das Siedhaus und das Bodengut sind nicht identisch, das 1497 erwähnte und ab 1501 nicht mehr im Besitz von Ulrich und Afra befindliche Siedhaus war eine Es-

sigsiederei und befand sich an der ehemaligen Gerbergasse 7 in Bozen.¹⁴ Das Gut an der Leiten, auch Bodengut genannt, lag in Zwölfmalgreien im Viertel St. Peter auf Karnol und befand sich nach 1200 bereits in Händen anderer Grundherren, es dürfte daher zu den frühesten Besitzungen des Kloster St. Ulrich und Afra zählen.¹⁵ Der Hof Haschitt oder Haschhütt (ohne den zusätzlichen Hofnamen Leithengut), bei dem es sich vermutlich um eine Verwechslung mit dem Bodengut handelt, das auch „Gut Leiten bzw. an der Leiten“ genannt wurde, befand sich in Zwölfmalgreien / Viertel Zollstange und der 1758 erworbene Weis-haushof in Leifers / Viertel St. Jakob, vormals Au bzw. Unterau und ist aufgrund der Namensähnlichkeiten leicht mit der Ortsangabe „Au bzw. untere Au“ im Viertel Haslach in Zwölfmalgreien zu verwechseln.¹⁶

Nach zwei schweren Finanzkrisen des Klosters St. Ulrich und Afra um 1300 und um 1640 war der ursprüngliche Gebäude-, Mühlen- und Weinhöfebesitz von einem Siedhaus in Bozen sowie von zwei Mühlen und vier Weinhöfen in Zwölfmalgreien stark geschrumpft. Abgegeben wurden auch Weingärten in Altrei, Branzoll, Brixen, Eppan, Montan, Salurn, Stilfes bei Sterzing, Tschars-Kastelbell und Vahrn. Übriggeblieben waren danach nur noch der Lagederhof in Gries / Viertel Fagen und der Wincklerhof bzw. Winkler im Dorf in Zwölfmalgreien / Viertel St. Peter auf Karnol, der 1745 zunächst verkauft und zwischen 1753 und 1777 von St. Ulrich und Afra wieder erworben wurde.¹⁷ Trotz einer erneuten Finanzkrise erwarb der neue Abt Josef Maria von Langenmantel nach seiner Wahl 1753 in maßloser und besitzgieriger Manier neben kostspieligen Erwerbungen in Schwaben im großen Stile 5 Höfe samt Weingärten in Zwölfmalgreien bei Bozen und in Leifers sage und schreibe 33 Höfe, die zudem nur mit Fremdkapital finanziert werden konnten, als wollte er in Südtirol den Besitzumfang aller schwäbischen und altbairischen Bistümer und Klöster überbieten. Seine zahlreichen und teuren Erwerbungen sowie die riskanten Kreditvergaben ohne entsprechende Absicherungen führten bis zur Bildung des Schuldenmoratoriums von 1776 und der 1778 erfolgten Einsetzung von Kommissaren durch Kaiser Joseph II. beinahe zum Bankrott.¹⁸ Betrug der Schuldenstand beim Amtsantritt von Abt von Langenmantel bereits 400.000 Gulden, wuchs er bis zur Bildung des Schuldenmoratoriums auf die stattliche Summe von rund 1,4 Millionen Gulden an.¹⁹ Die Abtei wurde in dem Schuldenmoratorium dazu verpflichtet, umgehend 620.000 Gulden an Kapi-

tal durch Immobilienveräußerungen und der Eintreibung ausstehender Forderungen zu erlösen.²⁰ Ferner mussten dem Reichshofrat in Wien halbjährlich Rechenschaftsberichte vorgelegt werden und der de facto entmachtete Abt Joseph Maria von Langenmantel durfte fortan keine finanziell relevanten Entscheidungen mehr treffen, ohne vorher die ausdrückliche Genehmigung der Schuldenkommissare bzw. des Reichshofrates einzuholen.²¹ Im Gegensatz zu Schwaben und Bayern blieben aber die Südtiroler Besitzungen von den eilig durchgeführten Notverkäufen erstaunlicher Weise verschont. Neue Grundherren von Weingütern sind vereinzelt erst ab 1802 und in größerem Umfang in den Jahren 1808 sowie 1818 bis 1828 festzustellen.²²

Hofnamen, Ort, Lage, Erwerb, Tausch, Verkauf und Beschreibung der nachweisbaren Güter des Kloster St. Ulrich und Afra in Südtirol

Erläuterungen zu der bis 1849 bestandenen Agglomeration von Bozen, Gries, Zwölfmalgreien und Leifers:

Bozen bildete ab dem 12. Jahrhundert mit den Gemeinden Gries, Zwölfmalgreien und der südlich davon gelegenen Gemeinde Leifers eine Agglomeration (Gemeindeverband). Ab 1849 wurden Gries, Zwölfmalgreien und Leifers selbstständige Gemeinden. Die Gemeinde Zwölfmalgreien wurde 1911 und die Marktgemeinde Gries 1925 in die Stadt Bozen eingemeindet. Die Gemeinde Leifers blieb selbstständig und wurde 1985 zu Stadt erhoben.

Hofnamen, Ort, Lage, Erwerb, Tausch, Verkauf und Beschreibung der Güter:

Bozen (Stadt)

Viertel Obstplatz bis Barfüßergasse

Siedhaus: Das Anwesen an der ehemaligen Gerbergasse 7 in Bozen wurde erstmals 1190 erwähnt und als „curtis medalis ante portas“ bezeichnet, nach Südtiroler Mundart eine „Kochhütte“, in deutscher Übersetzung ein „Sud- oder Siedhaus vor dem Tor“. Erwähnung 1497 als alter Besitz des Klosters St. Ulrich und Afra, das wahrscheinlich als Essigsiederei

diente. Das Erwerbsjahr ist nicht bekannt, die Siederei wurde vor 1501 verkauft oder gegen ein anderes Gut eingetauscht.²³

Bozen, Gries

Viertel Fagen (vormals Severs)

Lagederhof: Heute Lagederweg 8. Erwerb 1676 mit Grundzinsrecht durch das Kloster St. Ulrich und Afra vom Kloster Schäftlarn im Tausch für den Tenighof bzw. Heinrichshof mit Grundzinsrecht. Das Wohnhaus samt Hofraum und Wirtschaftsgebäude wurde im Jahre 1945 bei einem alliierten Luftangriff schwer beschädigt und im alten Stil wieder hergerichtet. 1816 Erwerb durch Josef Mumelter, seit 1983 im Besitz der Familie Rottensteiner.²⁴

Bozen, Zwölfmalgreien

Viertel Rentsch

Huckenhof, Huck im Bach: Früher Rentsch Nr. 246, heute Rivelaunweg Nr. 8, 9 und 9 A. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Hofraum und Wirtschaftsgebäude, Stallung und Weingarten von ursprünglich 6 Manngraber. 1822 Erwerb durch Franz Wenter, seit 1987 im Besitz der Familie Plattner.²⁵

Viertel St. Georgen in Leitach

Grenhof, Grell, Grel: Früher Leitach Nr. 309, heute Oberleitach 2. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Stadel, Stallung und 32 Manngraber Weingärten. 1806 Erwerb durch Simon Unterhofer, seit 1965 im Besitz der Familie Wenter.²⁶

Oberperlhof, Perl in Leitach, Perl: Früher Leitach Nr. 302, heute Oberleitach 11. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Feuerbehausung (Schmiede), Futterbehausung und 20 Manngraber Weingärten. 1834 im Besitz von Peter Lintner, seit 1998 im Besitz von Elisabeth Nüesch, verheiratete Antoniazza.²⁷

Viertel St. Johann im Dorf

Zuchristianmühl: Früher St. Johann Nr. 104, heute St.-Johann-Gasse 11. Erwerb 1385, Verkauf 1641 an das Spital Bozen. Wohnhaus mit Küche, Kammer, Keller, Stadl, Stall, Mühle mit drei Gängen. Das Gebäude existiert nicht mehr, an gleicher Stelle wurde ein dreigeschossiger Wohnbau errichtet.²⁸

Viertel St. Peter auf Karnol

Bodengut: Genaue Lage nicht bekannt. Erwerb vor 1200, evtl. vor 1228. Unmittelbar vorheriger Grundherr und Jahr des Verkaufes sowie nachfolgender Grundherr nicht bekannt. Das Bodengut wird in Reversbriefen des Grundherren Kaspar Paris Dominikus von Wolkenstein und Trostburg 1717, 1727 sowie 1738 erwähnt. 1777 erwirbt Ferdinand Maria von Goldegg zu Lindenburg zusammen mit dem Heinrichshof bzw. Teniglhof auch das Bodengut mit 27 Manngraber Weingärten, das Anwesen existiert nicht mehr.²⁹

Danighhof, Teniglhof, Heinrichshof: Früher Runkelsteiner Straße Nr. 32–37, heute Selig-Heinrich-Straße 36–38. Erwähnung des Klosters St. Ulrich und Afra als Grundherr 1641. Erwerbsjahr nicht bekannt, unmittelbar vorheriger Grundherr nicht bekannt, 1676 für den Lagederhof des Klosters Schäftlarn getauscht. 1777 wird als Grundherr Ferdinand Maria von Goldegg zu Lindenburg genannt. Mehrere Wohnhäuser, Hofraum mit Nebengebäuden, 25 Manngraber Weingärten und Kirche zum hl. Heinrich sowie Leiten, auch das Bodengut genannt, ein Laubberg „Spitzlumberg“ genannt mit dreieinfünftel Morgen. 1817 Erwerb durch Mathias Mumelter, seit 2005 im Besitz der Familie Oberrauch.³⁰

Judenhof, Wincklerhof, Winkler im Dorf: Früher Runkelsteiner Straße Nr. 39, heute Selig-Heinrich-Straße 42. Erwerbsjahr und vorheriger Grundherr nicht bekannt. Erwähnung von St. Ulrich und Afra als Grundherr um 1540. Wohnhaus mit Hofraum, Wirtschaftsgebäude, mehrere Weingärten und ein Laubberg. 1745 wird das bischöflich augsburgische Probstamt St. Afra als Grundherr genannt, im Steuerkataster 1777 wird erneut das Kloster St. Ulrich und Afra als Eigentümer mit Grundzinsrecht erwähnt. 1809 Erwerb durch Franz Viehweider, seit 1997 im Besitz der Firma Winkler-Bau GmbH.³¹

Viertel Zollstange

Mittermühle: Die Mühle befand sich am Mühlbach, der unterhalb der Burg Klebenstein aus der Talfer abgeleitet wird, im Tal durch Bozen fließt und in den Eisack mündet. Zur Mühle gehörte ein halber Weingarten, Mosen genannt. Das genaue Erwerbsjahr und der vorherige Grundbesitzer sind nicht bekannt, ebenso das genaue Verkaufsjahr und der nachfolgende Grundherr. Erstmals erwähnt wird die Mittermühle mit Grundzinsrecht in einer in Bozen angefertigten Urkunde vom 12. Februar 1310 im Zusammenhang mit einer Baurechtsverleihung durch

Abt Heinrich von St. Ulrich und Afra und letztmals in einer ebenfalls in Bozen erstellten Urkunde vom 9. Oktober 1385. Die Mühle existiert nicht mehr.³²

Gageser an der Eisenköll, Gagesergut, Untergageser: Früher Zollstange Nr. 126, heute Untermagdalena Nr. 1 A und 1 B. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Hofraum, Waschküche, Holzlege und 15 Manngraber Weingarten. 1802 Besitz von Franz Gasser, seit 1967 Besitz von Gertrude Schlechteitner.³³

Haschitt, Haschhütt: Früher Zollstange Nr. 128, heute Untermagdalena Nr. 12 A. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Nebengebäude, Stall und 24½ Manngraber Weingarten. 1808 Besitz von Georg Rössler, seit 1993 Besitz der Familie Widmann.³⁴

Leifers (Bezirksgemeinschaft Überetsch-Unterland)

Viertel Breitenberg

Mauseggergütl, Mausegger, Köfelegut: Breitenberg, ehemaliger Besitz der Herren von Lichtenstein, Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Vormalig ein Weingut. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Acker, 3 Tagmahd Wiesen. 1797 bis 1817 Besitz von Josef Untersalmberger, 1993 Besitz von Josef und Maria Slongo.³⁵

Weigelehof, Puechner, Buchnerhof, Buchner: Breitenberg. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 47 Starland Acker, 1 Tagmahd Wiese. Seit 1991 Besitz der Familie Mahlknecht.³⁶

Pföslhof, Pfösl: Breitenberg, ehemaliger Besitz der Herren von Lichtenstein, Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, 6 Tagmahd Wiese, 26 Starland Acker und 8 Tagmahd Berg und Wald. Seit 1992 Besitz der Familie Hofer.³⁷

Gampenhof, Gampen: Breitenberg. Erwerb nach 1753, grundzinsbar dem Kloster St. Ulrich und Afra, Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, 18 Starland Acker und Weinbau, 2 Tagmahd Wiese und 9 Tagmahd Berg und Waldung. Seit 1971 Besitz der Familie Pfeifer.³⁸

Gobenhof, Unterer Gob, Gob: Breitenberg. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof, Feuerhaus, Futterhaus, 7¾ Starland Acker, 1½ Tagmahd Viehweide, eine Leit von 4½ Tagmahd öden Grund, vormalig eine Weinleit, eine weitere kleine Öde, 1¾ Tagmahd Neuraut, der Bichl genannt, 2 Tagmahd Acker, Großacker genannt, 10½ Starland Acker, Ger-

getzungen genannt, eine Leit mit 5 Manngraber und 40 Tagmahd Berg und Waldung. Seit 1982 Besitz der Familie Zelger.³⁹

Viertel Leifers

Unterbergerhof, Unterberg: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Feuerhaus, Futterhaus, 2 Ställe, oberhalb und unterhalb des Hauses 80½ Starland Ackerfeld und Weinbau. Seit 1912 Besitz der Familie Defranceschi.⁴⁰

Burgerhof, Unteres Burgergütl, Burger, Teisl: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 1 Tagmahd Anger. Seit 1893 Besitz der Familie Pichler.⁴¹

Vorderegarten, Egartherhof, Egartenhöfl, Egarter: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus und Rottfuhrgerechtigkeit, 1¾ Juchart Ackerfeld mit Reben belegt. Seit 1907 Besitz der Familie Paoli.⁴²

Tschauppenhof, Tschaupp, Fidererhof, Fider: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 17½ Starland Acker mit Weinbau, 3 Tagmahd Acker mit Weinbau, genannt in Jauch, 24 Tagmahd Waldung, genannt Eislholz, welche durch die Überschüttung durch den Prantentalerbach unbrauchbar wurde. 1878 Besitz von Dr. med. Franz Gerber.⁴³

Kaltenkellergut, Beim kalten Keller: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Wohnhaus mit Gastwirtschaft, Bauernbehausung, Stadel, Heudillen, Wagenschupfen, Nebengebäude, 42 Manngraber Weingarten in guter Lage, 31 Morgen Berg, zinst dem Kloster 28 Kreuzer, 60 Eier und 4 Hühner. 1803 Besitz von Andreas Mayr, 1818 Besitz des Wirtes Julius Gentili und 1930 Besitz von Johann Plank.⁴⁴

Kalchhöfl, Kalcher: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 13 Starland Ackerfeld und Weinbau. 1834 Besitz von Johann Mair, seit 1886 Besitz der Familie Pircher.⁴⁵

Krueg, Krug, Schmirberhof, Schmirber, Großhaus: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, 36 Manngraber Wiesmahd und Weinbau. 1800 Besitz von Anton Franzelin, 1950 Besitz von Luigi Dellago, heute Gasthaus Großhaus.⁴⁶

Flascherhof, Oberes Flascherhaus, Flascher: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 21 Starland Ackerfeld mit etwas Weinreben belegt und vom Grundwasser beschwert, 4½ Tagmahd moosartig, 11 Tagmahd Moos, 5 Manngraber Weinbau, genannt beim Bachofen, 3 Tagmahd Wiese, zinst dem Kloster 1 Gulden, 16 Star Roggen, 1 Star Fennich, 4 Hennen, 4 Hühner, 30 Eier,

3 Kapaun und eine Kuchlsteuer von 12 Kreuzer. 1828 Besitz von Simon Bernoni, 1967 Besitz von Severin Gamper.⁴⁷

Gaßmannhof, Gaßmann: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 21 Starland Weinbau und Wiesmahd, genannt das Gaßmannfeld, 4 Tagmahd Wiese, genannt die Gföllwies, 5½ Tagmahd Wiese, genannt der Raut. 1815 Besitz von Anton Profaier, 1973 Besitz von Franziska Schacher, verh. Weber, auf dem Gaßmanngrund entstand um die Jahrhundertwende der Neubau von Johann Koch.⁴⁸

Auf der Pflueg, Auf der Pfleg, Pfleg: Ursprünglich Lehen der Bischöfe von Trient, später der Herren von Lichtenstein. Erwerb 1758 mit Grundzinsrecht für 40.000 Gulden, bestehend aus dem Verwalterhaus der Herren von Lichtenstein, einer „uralten, ziemlich vergangenen Baumannbehauung, zum Teil von bereits eingefallenen Mauern umgeben“,⁴⁹ mit Hofreite, Weinkeller, Stadel, Stallung, Feuerhaus, Futterhaus, 10¾ Starland Acker, Wiese und Weinbau, einen mit etwas Holz und Stauden überwachsenen Berg von 10¼ Starland und 4 Klafter, ein Stück Weingut von 1½ Starland und 11 Klafter. 1809 Besitz von Johann von Reich, 1908 Besitz zu vier gleichen Teilen vom Alois Ebner, Franz Pfeifer, Alfred Gerber und Alois Pfeifer, 1961 Besitz von Hilda Hofer, verh. Moser.⁵⁰

Koflmühl, Koflmühl, Tomelemühl: Erwerb nach 1753, mit Grundzinsrecht. Haus mit einer Mühle (Metzmühle mit einem Gang) mit Stampfgerechtsame und ein Stück Berg. 1825 Besitz von Thomas Köhl.⁵¹

Mühl and der Saag, Saag obern Stampfl, Stampflsaag, Bruggerhäusl: Erwerb nach 1753, Grundzinsrecht ungeklärt. Säge und verfallene Behauung mit Weinbau von 4 Manngrabe sowie 15 Starland öden Grund, der vom Prantentalbach überschüttet und daher 1777 bereits als unfruchtbar bezeichnet wurde. 1912 Besitz von Vinzenz Inama, 1935 Besitz von Franziska Pircher, verh. Inama.⁵²

Schadner, Schadnerhöfl, Schaidner, Kirchperger, Goldegger: In der Fraktion Deutschnofen gelegen. Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuerhaus, Futterhaus, Nebengebäude, 1 Tagmahd Wiese mit etwas Reben belegt, 20½ Starland Acker und Weinbau. 1817 Besitz von Josef Pircher, seit 1897 Eigentum der Fraktion und gleichnamigen Gemeinde Deutschnofen.⁵³

Rainman, Romenhof, Rammen, Gasthaus „Zur Goldenen Rose“, Gutleben: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof und Wirtshaus mit Besitz der Tafern- und der Rottfuhrgerechtsame, mit Feuerhaus, Futter-

haus, Nebengebäude, 5 Tagmahd Wiese. 1806 Besitz von Josefa von Dietrich, seit 1892 Besitz der Familie Gerber.⁵⁴

Rauthof, Rautgut: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, Nebengebäude, 19 Tagmahd Wiese, Acker und Weinbau, genannt Gaßmannraut und Leifererin. 1807 Besitz von Karl von Mayrl, seit 1900 Besitz der Familie Curti.⁵⁵

Reifhäusl: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, 15 Starland Wiese, zum Teil mit Reben belegt. 1828 Besitz von Stephan Häusl.⁵⁶

Mausegg: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Heudille, Stallele, 6 Tagmahd Moos, 3 Tagmahd vom Prantenbach überschütteten Grund, 2 Tagmahd Wiese mit etwas Reben belegt. 1828 Besitz von Maria Oberrauch, seit 1946 Besitz der Familie Pircher.⁵⁷

Kirchengüt, Kirchenhäusl: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof neben der St.-Nikolaus-Kirche mit Feuer- und Futterhaus, kleinen Nebengebäude, 1 Manngraber Weingarten, 9 Tagmahd Wiese, Acker und ein wenig Weinbau, 3 Tagmahd Förchwaldele, 2 Tagmahd Wiese beim Landgraben. 1828 Besitz von Jakob Erlacher, gehörte ab 1912 der Gemeinde und wurde nach dem 2. Weltkrieg abgebrochen.⁵⁸

Stelzlhof, Stelzl, Reinischhof, Reinischgut, Reinisch: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, Nebengebäude, 13 Manngraber Weinbau, 1 Tagmahd Förchwaldele. 1826 Besitz von Johann Melchior von Knoll.⁵⁹

Ochsenfußhof, Ochsenfußhäusl, Lachmannhof, Laichmann: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht und Rottfuhrgerechtsame. Hof mit Feuer- und Futterhaus, zwei Nebengebäude, Krautgarten, 22 Tagmahd Wiese, Acker und etwas Weinbau, 23 Tagmahd Wiese, genannt Rautwies, 6 Tagmahd Wiese, genannt Stainbruckwies, 7 Tagmahd Wiese bzw. Moos, genannt Gföllwies, ein Wald oberhalb der St.-Nikolaus-Kirche. 1828 Besitz von Simon Benoni, 1890 Besitz von Peter Visintin, 1913 Besitz der Familie Marignoni.⁶⁰

Viertel Seit

Albgüt, Alpler: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, 10 Starland Acker, 3 Tagmahd Wiese, 12 Tagmahd Bewaldung. 1828 Besitz von Mathias Oberrauch, 1890 Besitz von Guido Graf Thun-Hohenstein, 1948 Besitz von Anton Hofer, 1961 Besitz von Hilda Hofer, verh. Moser.⁶¹

Mihlerhof auf Seit, Müllerhof, Müller: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, Nebengebäude und eine Mühle mit einem Gang und Säge, 37¾ Starland Ackerbau, 16 Tagmahd Wiese, 17 Tagmahd Berg mit Waldung, 4 Starland Acker, genannt Egartackerl, zinst dem Kloster 28 Star Roggen, 2 Star Weizen, 4 Kastrau, 2 Schweineschultern, 1 Kitz, 30 Eier, 1 Huhn, 1 Fuder Brennholz, 1 Körbl Kien und 12 Kreuzer Kuchelsteuer. 1815 Besitz von Alois Plank, 1964 Besitz von Josef Plattner.⁶²

Rutter, Rädermacher: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, Nebengebäude, 13¼ Starland Acker, 4 Tagmahd Wiese, 7 Tagmahd Bewaldung. 1813 Besitz Johann Gadner, seither Besitz der Familie Gadner.⁶³

Lammerer: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Kleines Häusl mit Nebengebäude, Krautgarten, 1 Tagmahd Wiese. 1828 Besitz von Franz Oberrauch, von dem Haus stehen noch spärliche Reste oberhalb der Rutterwiesen.⁶⁴

Viertel St. Jakob (vormals Au bzw. Unterau)

Preglerhof, Thalerhof, Thaler: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht und Rottfuhrgerechtsame. Hof mit Nebengebäude, 24¾ Tagmahd Wiese und Acker, 7 Tagmahd Wiese, genannt Raut, 15 Tagmahd Wiese, genannt Gretlwies, 12 Tagmahd Moos, genannt Thallermoos, zinst dem Kloster 48 Kreuzer Kuchlsteuer. 1828 Besitz des Religionsfonds Bozen, 1838 Besitz von Anton Ritter von Malfér, 1876 Besitz von Heinrich Mumelter, 1901 Besitz der Brüder Johann und Valentin Rizzoli, seither Besitz der Familie Rizzoli.⁶⁵

Weishaushof, Weißhaus: Erwerb 1758 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterbehausung, Nebengebäude, 18 Tagmahd Wiese und Ackerbau von moosartiger Lage, dazu gehören die Fisch-, Krebs- und Fröschgräben. 1809 Besitz von Johann von Reich, 1913 Besitz von Franz Defranceschi, nach einer Hofteilung 1914 Besitz von Josef Targher.⁶⁶

Mangenhof, Laibele, Leibele: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterbehausung, Nebengebäude, 52½ Tagmahd Wiese und Acker, genannt Türacker, mit etwas Weinbau, zinst dem Kloster 6 Yhrn Most, 5 Gulden Weisater, 36 Kreuzer Kuchlsteuer. 1828 Besitz von Anton Macabelli, 1892 Besitz von Maria Raineria Fürstin von Campofranco, geb. Gräfin Waideck, 1949 Besitz von Eberhard Graf Kuenburg.⁶⁷

Steinmannhof, Steinmann: Erwerb nach 1753 mit Grundzinsrecht. Hof mit Feuer- und Futterhaus, Nebengebäude, 11¼ Tagmahd Krautgarten und Hausanger und 59 Manngraber Leit (Weinberg), zinst dem Kloster 6 Kreuzer, 59 Kreuzer für 4 Hühner, 5 Gulden für 100 Schaber Stroh und 44 Kreuzer Kuchlsteuer. 1828 Besitz von Ferdinand Graf Thun, 1870 aufgrund der Erbschaft die Geschwister Grafen Toggenburg.⁶⁸

Quellenverweise:

- 1 Prinz, Friedrich: Frühes Mönchtum im Frankenreich. Kultur und Gesellschaft in Gallien, den Rheinlanden und Bayern am Beispiel der monastischen Entwicklung (4. bis 8. Jahrhundert). R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1965, S. 360.
- 2 Weitlauff, Manfred: Vorwort des Herausgebers. In: Manfred Weitlauff (Hrsg.), Benediktinerabtei St. Ulrich und Afra in Augsburg (1012–2012). Geschichte, Kunst, Wirtschaft und Kultur einer ehemaligen Reichsabtei, Verlag des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte, Augsburg 2011, 1. Auflage, Blatt VIII.
- 3 dto., Blatt VI und VII.
- 4 Weinfurter, Stefan: Heinrich II. (1002–1024). Herrscher am Ende der Zeiten. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2000, S.45.
- 5 dto. S. 45.
- 6 Layer, Adolf Schwaben, D. 1. Geistliche Herrschaftsbereiche, § 113 Die Reichsstifte, b) St. Ulrich und Afra in Augsburg. In: Max Spindler (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Band III/2. C.H. Beck Verlag, München 1979, 2. Auflage, S. 970.
- 7 Bitschnau, Martin und Hannes Obermair: Tiroler Urkundenbuch, Abteilung II: Die Urkunden zur Geschichte des Inn-, Eisack- und Pustertals, Band 1 bis zum Jahr 1140, Tiroler Landesmuseen-Betriebsgesellschaft m.b.H. (Hrsg.), Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 2009, Nr. 324, S. 279–280.
- 8 Tiefenbrunner, Heinz, Hubert Seidner und Gerald Mair: Häusergeschichte von Altbözen. Athesia Verlag, Bozen 2016, S. 8.
- 9 Müntefering, Robert: Die Traditionen und das älteste Urbar des Klosters St. Ulrich und Afra in Augsburg, Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte, neue Folge, Band XXXV, C.H. Beck Verlag, München 1986, S. 231 und 232.
- 10 Hipper, Richard: Die Urkunden des Reichsstiftes St. Ulrich und Afra in Augsburg 1023–1440. Verlag der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Augsburg 1956.
- 11 Obermair, Hannes | Stadt Bozen (Hrsg.): Bozen Süd-Bolzano Nord. Schriftlichkeit und urkundliche Überlieferung der Stadt Bozen bis 1500. Band 1 Regesten der kommunalen Bestände 1210–1400, Karo Druck KG, Frangart bei Bozen 2005, Nr. 237, 1310 Februar 22, S. 170.

- 12 Schroeder, Barnabas: Die Aufhebung des Benediktiner-Reichsstiftes St. Ulrich und Afra in Augsburg 1802 – 1806. Ein Beitrag zur Säkularisationsgeschichte im Kurfürstentum Bayern und in der Reichsstadt Augsburg. Kommissionsverlag R. Oldenbourg, München 1929, S. 39–40.
- 13 Tengler, Georg: Leifers vom Dorf zur Stadt. Die Höfe im Gemeindegebiet von Leifers. Raiffeisenkasse Leifers (Hrsg.), Gesamtherstellung Athesia Druck Bozen 1998, S. 440 und 441.
- 14 Hoeniger, Karl Theodor: Ein Häuserverzeichnis der Bozner Altstadt von 1497. Schlern-Schriften Nr. 92, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1951, S. 347–348.
- 15 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952, S. 125 und Stadtarchiv Bozen: Bestand Archiv Toggenburg, Bestandsverzeichnis Position 379, Nr. 25, S. 26.
- 16 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952, Nr. 295, S. 116.
- 17 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952 und Heinz Tiefenbrunner: Häusergeschichte der Marktgemeinde Gries bei Bozen, Athesia Verlag, Bozen 2008, S. 139 und 156 sowie Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952 Nr. 27, S. 27–28 und Heinz Tiefenbrunner: Häusergeschichte von Zwölfmalgreien, Athesia Verlag, Bozen 2011, Seite 54.
- 18 Wüst, Wolfgang: Ein schwäbisches Reichskloster in der Schuldenfalle. St. Ulrich und Afra zwischen Westfälischem Frieden und Säkularisation, S. 259. In: Manfred Weitlauff (Hrsg.), Benediktinerabtei St. Ulrich und Afra in Augsburg (1012–2012). Geschichte, Kunst, Wirtschaft und Kultur einer ehemaligen Reichsabtei, Verlag des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte, Augsburg 2011, 1. Auflage.
- 19 dto., S. 262.
- 20 dto., S. 263
- 21 dto., S. 259
- 22 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952, S. 15–135.
- 23 Hoeniger, Karl Theodor: Ein Häuserverzeichnis der Bozner Altstadt von 1497. Schlern-Schriften Nr. 92, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1951, S. 347 und 348.
- 24 Tiefenbrunner, Heinz: Häusergeschichte der Marktgemeinde Gries bei Bozen, Athesia Verlag, Bozen 2008, S. 139.
- 25 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952 Nr. 152, S. 67–68 und Heinz Tiefenbrunner: Häusergeschichte von Zwölfmalgreien, Athesia Verlag, Bozen 2011, Seite 187–188.
- 26 dto. Staffler, Nr. 210, S. 88–89 und dto. Tiefenbrunner, Seite 240–241.
- 27 dto. Staffler, Nr. 302, S. 87 und dto. Tiefenbrunner, Seite 235.

- 28 dto. Staffler, Nr. 69, S. 44 und dto. Tiefenbrunner, Seite 95.
- 29 dto. Staffler, Nr.25, 4.Zeile, S. 26 und Südtiroler Landesarchiv Bozen: Bestand Archiv Toggenburg, Bestandsverzeichnis Position 379, S. 126 und Position 367, S. 129.
- 30 dto. Staffler, Nr. 25, S. 26–27 und dto. Tiefenbrunner, Seite 54.
- 31 dto. Staffler, Nr. 27, S. 27–28 und dto. Tiefenbrunner, Seite 54.
- 32 Obermair, Hannes | Stadt Bozen (Hrsg.): Bozen Süd-Bolzano Nord. Schriftlichkeit und urkundliche Überlieferung der Stadt Bozen bis 1500. Band 1 Regesten der kommunalen Bestände 1210–1400, Karo Druck KG, Frangart bei Bozen 2005, Nr. 237, 1310 Februar 22, S. 170 und Nr. 859 1385 Oktober 9, S. 407.
- 33 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952 Nr. 86, S. 49 und Heinz Tiefenbrunner: Häusergeschichte von Zwölfmalgreien, Athesia Verlag, Bozen 2011, Seite 112.
- 34 dto. Staffler, Nr. 88, S. 49 und dto. Tiefenbrunner, Seite 114.
- 35 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952 Nr. 353, S. 130 und Tengler, Georg: Vom Dorf zur Stadt. Leifers. Anfänge, Entwicklung, Chancen. Raiffeisenkasse Leifers (Hrsg.), Gesamtherstellung Athesiadruck, Bozen 1998, S. 464.
- 36 dto. Staffler, Nr. 356, S. 131 und dto. Tengler, S. 463.
- 37 dto. Staffler, Nr. 361, S. 131–132 und dto. Tengler, S. 461.
- 38 dto. Staffler, Nr. 358, S. 131 und dto. Tengler, S. 460.
- 39 dto. Staffler, Nr. 360, S. 131 und dto. Tengler, S. 462.
- 40 dto. Staffler, Nr. 299, S. 118–119 und dto. Tengler, S. 421.
- 41 dto. Staffler, Nr. 350, S. 120 und dto. Tengler, S. 447–448.
- 42 dto. Staffler, Nr. 305, S. 119 und dto. Tengler, S. 423–424.
- 43 dto. Staffler, Nr. 307, S. 120 und dto. Tengler S. 425–426.
- 44 dto. Staffler, Nr. 301, S. 119 und dto. Tengler, S. 422.
- 45 dto. Staffler, Nr. 333, S. 124 und dto. Tengler, S. 440.
- 46 dto. Staffler, Nr. 308, S. 120 und dto. Tengler, S. 426–427.
- 47 dto. Staffler, Nr. 310, S. 120 und dto. Tengler, S. 427–430.
- 48 dto. Staffler, Nr. 316, S. 121 und dto. Tengler, S. 431–432.
- 49 Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster SK Bozen Nr. 6 Adelsfassion Leifers 1775, Folio 4.
- 50 Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. In: Bozner Jahrbuch für Geschichte und Kunst, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952 Nr. 334, S. 124–125 und Tengler, Georg: Vom Dorf zur Stadt. Leifers. Anfänge, Entwicklung, Chancen. Raiffeisenkasse Leifers (Hrsg.), Gesamtherstellung Athesiadruck, Bozen 1998, S. 440–442.
- 51 dto. Staffler, Nr. 335, S.125 und dto. Tengler, S. 442.
- 52 dto. Staffler, Nr. 339, S.126 und dto. Tengler, S. 444.
- 53 dto. Staffler, Nr. 338, S.125–126 und dto. Tengler, S. 443.

- 54 dto. Staffler, Nr. 347, S.127–128 und dto. Tengler, S. 446–447.
- 55 dto. Staffler, Nr. 352, S.129 und dto. Tengler, S. 449.
- 56 dto. Staffler, Nr. 341, S.126–127.
- 57 dto. Staffler, Nr. 348, S.128 und dto. Tengler, S. 447.
- 58 dto. Staffler, Nr. 329, S.123–124 und dto. Tengler, S. 438–439.
- 59 dto. Staffler, Nr. 306, S.119–120 und dto. Tengler, S. 424–425.
- 60 dto. Staffler, Nr. 314, S.121 und dto. Tengler, S. 430–431.
- 61 dto. Staffler, Nr. 369, S.133 und dto. Tengler, S. 465.
- 62 dto. Staffler, Nr. 381, S.134–135 und dto. Tengler, S. 469.
- 63 dto. Staffler, Nr. 383, S.135 und dto. Tengler, S. 470.
- 64 dto. Staffler, Nr. 384, S.135 und dto. Tengler, S. 470.
- 65 dto. Staffler, Nr. 292, S.115 und dto. Tengler, S. 453–454.
- 66 dto. Staffler, Nr. 295, S.116 und dto. Tengler, S. 455.
- 67 dto. Staffler, Nr. 294, S.117–118 und dto. Tengler, S. 455.
- 68 dto. Staffler, Nr. 298, S.116–117 und dto. Tengler, S. 456–457.

Quellenübersicht

Schriftliche Quellen (Archivquellen):

- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.1, Steuerbeschreibung von Leifers 1773.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.2, Rustikalfassionen von Gries 1775.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.3, Adelsfassionen von Zwölfmalgreien 1775.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.4, Adelsfassionen von Gries 1775.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.6, Adelsfassionen von Leifers 1775.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.7, Adelssummar von Bozen, Zwölfmalgreien, Gries, Leifers, Sigmundskron 1775.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.9, Rustikalsteuerkataster von Zwölfmalgreien 1777–1780.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.10, Rustikalsteuerkataster von Zwölfmalgreien 1777–1780.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.11, Rustikalsteuerkataster von Gries 1777–1780.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.12, Rustikalsteuerkataster von Gries 1777–1780.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Steuerkataster Bozen Nr.13, Rustikalsteuerkataster von Leifers 1777–1780.
- Südtiroler Landesarchiv Bozen, Bestand Archiv Toggenburg.

Gedruckte Quellen (Quelleneditionen):

- Bitschnau, Martin und Hannes Obermair: Tiroler Urkundenbuch, Abteilung II: Die Urkunden zur Geschichte des Inn-, Eisack- und Pustertals, Band 1 bis zum Jahr 1140, Wolfgang Meighörner | Tiroler Landesmuseen-Betriebsgesellschaft m.b.H. (Hrsg.), , Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 2009.
- Hipper, Richard: Die Urkunden des Reichsstiftes St. Ulrich und Afra in Augsburg 1023–1440. Verlag der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Augsburg 1956.
- Huter, Franz: Tiroler Urkundenbuch, Abt. I Band 1 bis zum Jahre 1200, Selbstverlag des Landesmuseums Ferdinandeum, Innsbruck 1937.
- Müntefering, Robert: Die Traditionen und das älteste Urbar des Klosters St. Ulrich und Afra in Augsburg. Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte, Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Akademie der Wissenschaften, Neue Folge, Band XXXV, München 1986.
- Obermair, Hannes | Stadt Bozen (Hrsg.): Bozen Süd-Bolzano Nord. Schriftlichkeit und urkundliche Überlieferung der Stadt Bozen bis 1500. Band 1 Regesten der kommunalen Bestände 1210–1400, Karo Druck KG, Frangart bei Bozen 2005.
- Obermair, Hannes | Stadt Bozen (Hrsg.): Bozen Süd-Bolzano Nord. Schriftlichkeit und urkundliche Überlieferung der Stadt Bozen bis 1500. Band 2 Regesten der kommunalen Bestände 1401–1500, Karo Druck KG, Frangart bei Bozen 2008.

Literatur:

- Baer, Wolfram und Pankraz Fried (Hrsg.): Schwaben – Tirol. Historische Beziehungen zwischen Schwaben und Tirol von der Römerzeit bis zur Gegenwart. Rosenheimer Verlagshaus 1989.
- Hoeniger, Karl Theodor: Altbozner Bilderbuch. Hundert Abbildungen und vierzig Aufsätze zur Stadtgeschichte. Alois Auer & Co., Bozen 1933.
- Hoeniger, Karl Theodor: Ein Häuserverzeichnis der Bozner Altstadt von 1497, Schlern-Schriften, Nr. 92, Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1951.
- Prinz, Friedrich: Frühes Mönchtum im Frankenreich. Kultur und Gesellschaft in Gallien, den Rheinlanden und Bayern am Beispiel der monastischen Entwicklung (4. bis 8. Jahrhundert). R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1965.
- Tiefenbrunner, Heinz und Hubert Seidner sowie Gerald Mair: Häusergeschichte von Altbozen. Athesia Verlag, Bozen 2016.
- Tiefenbrunner, Heinz: Häusergeschichte der Marktgemeinde Gries bei Bozen, Athesia Verlag, Bozen 2008.
- Tiefenbrunner, Heinz: Häusergeschichte von Zwölfmalgreien. Athesia Verlag, Bozen 2011.
- Tengler, Georg: Vom Dorf zur Stadt. Leifers. Anfänge, Entwicklung, Chancen. Raiffeisenkasse Leifers (Hrsg.), Gesamtherstellung Athesiadruck, Bozen 1998.
- Schroeder, Barnabas: Die Aufhebung des Benediktiner-Reichsstiftes St. Ulrich und Afra in Augsburg 1802–1803. Ein Beitrag zur Säkularisationsgeschichte im Kurfürstentum Bayern und der Reichsstadt Augsburg. Kommissionsverlag R. Oldenbourg, München 1929.
- Spindler, Max (Hrsg.): Handbuch der bayerischen Geschichte, Band III/2. C.H. Beck Verlag, München 1979, 2. Auflage.

- Staffler, Richard: Die Hofnamen von Zwölfmalgreien und Leifers. Universitätsverlag Wagner, Innsbruck 1952.
- Weinfurter, Stefan: Heinrich II. (1002–1024). Herrscher am Ende der Zeiten. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2000.
- Weitlauff, Manfred (Hrsg.): Benediktinerabtei St. Ulrich und Afra in Augsburg (1012–2012). Geschichte, Kunst, Wirtschaft und Kultur einer ehemaligen Reichsabtei. Festschrift zum tausendjährigen Jubiläum. I. Textband, Verlag des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte, Augsburg 2011, 1. Auflage.

Abbildungen:

- Benediktiner-Reichsstift St. Ulrich und Afra 1521, Ausschnitt aus dem Stadtschaubild von Jörg Seld. In: Die Urkunden des Reichsstiftes St. Ulrich und Afra 1023–1440 von Richard Hipper, Verlag der Schwäbischen Forschungsgemeinschaft, Augsburg 1956.

Franz Joseph Anton von Donnersberg und das Theater der Dämonen

Einführung

Während seiner Aufenthalte im Bodenseeraum, Ellwangen und Regensburg konnte der in den 1770er Jahren eine über das gesamte Alte Reich verbreitete Diskussion über die Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit von Exorzismen provozierende Pfarrer, Hofkaplan und Geistliche Rat Johann Joseph Gaßner auch Heilsuchende aus Landsberg a. L., Weilheim, Indersdorf, Wessobrunn und Schrobenhausen begrüßen. Entsprechende Hinweise befinden sich etwa in den an der fürstpropstlichen Residenz Ellwangen unter Aufsicht des Stiftsdekans und Statthalters Freiherr Franz Bernhard von Hornstein angelegten Protokollen; Auszüge von diesen wurden von dem Ellwanger Hofrat und Bibliothekar Joseph von Sartori in seiner Monographie „Merkwürdige Heilungen und Facta, welche sich zu Ellwangen (...) zugetragen.“¹ und im „Verzeichniß der merkwürdigsten Operationen“² des Sulzbacher Mediziners Bernhard Joseph Schleiß von Löwenfeld publiziert.

Weitere einschlägige Protokolle, handschriftliche Gutachten, Kommentare und



*Johann Joseph Gaßner heilt einen Kranken.
Kupferstich, 1775
(Universitätsbibliothek, Heidelberg).*

Korrespondenz befinden sich im Hohenlohischen Zentralarchiv, Neuenstein; sie entstammen der Sammlung des Gaßner-Förderers Fürst Karl Albrecht I. von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst.³ Die Schriften und einschlägigen Sammlungen des prominenten Gaßner-Kritikers Ferdinand Sterzingers befinden sich in der Bayerischen Staatsbibliothek in München;⁴ die Staatsbibliothek Bamberg,⁵ die Universitätsbibliotheken von München und Freiburg sowie das Generallandesarchiv Karlsruhe besitzen weitere Bestände von Gaßners Exorzismen betreffende Dokumente.⁶ Insgesamt erschienen zwischen 1774 und 1788 über hundert Monographien und Pamphlete, welche für oder gegen den Exorzisten und seine Methoden Stellung bezogen.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags sollen jedoch nicht die angeblichen oder realen Wunderheilungen des Exorzisten, sondern die Rolle des Franz Joseph Anton von Donnersberg im *Casus* Gaßner stehen; liefert sie doch wertvolle Einblicke in das geistesgeschichtliche und intellektuelle Milieu, in dem sich der Exorzist bewegte, in den Zwiespalt einer Umbruchperiode vom „barocken“ Weltbild zur empirisch, materialistisch orientierten Aufklärung und in die Mechanismen der Entscheidungsfindung der Bistümer Konstanz, Augsburg und Freising bezüglich des Exorzisten. Diese Konzentration auf die Person und den Einfluss des Freiherrn von Donnersberg liegt vor allem darin begründet, dass sowohl die regionalgeschichtliche, als auch biographische und kulturwissenschaftliche Forschung dessen bedeutsame Rolle in der Isolierung Gaßners bisher nicht gewürdigt hat.

Auf die Verwurzelung der Freiherrn von Donnersberg in Kaufring, Igling, Erpfting, March, Zell und Au unweit von Landsberg am Lech wurde bereits verschiedentlich hingewiesen.⁷ Ihre Mitglieder bekleideten im 18. Jahrhundert Positionen in der Verwaltung des Kurfürstentums Bayern, der Fürstbischöfe von Augsburg und Konstanz oder im kurbayerischen Militär, andere wurden Geistliche oder Mitglieder des Malteserordens.⁸ Der Pfarrer und eine Generation nach Franz Joseph Anton von Donnersbergs Tod schreibende Heimatforscher Joachim Dellinger fasst die Vita des Protagonisten dieses Beitrags zusammen: „*Franz von Donnersberg wurde Hofmarschall bei Sr. Eminenz Kardinal und Erzbischof von Konstanz, und gelangte dann zur Anwartschaft von Kaufring, und erhielt auch noch durch Heirath das Gut Hurlach, wo er starb und begraben wurde.*“⁹ Das damals mit dem Status einer Hofmark versehene Hurlach (heute

Landkreis Landsberg a. L.) befindet sich etwa 30 Kilometer südlich von Augsburg am westlichen Lechufer.¹⁰ Zu Dellingers Angaben sei hinzugefügt, dass Donnersberg auch für einige Zeit das Amt eines Generals des Schwäbischen Kreises ausübte und am 24. November 1806 in Hurlach im Alter von 70 Jahren verstarb.¹¹ Die 1773 geschlossene Ehe mit Anna Maria von Pemler, geborene von Karwinsky (1739–1821)¹² blieb kinderlos.¹³ Befassen wir uns nun kurz mit dem chronologischen und geistesgeschichtlichen Rahmen der Involvierung Donnersbergs in den *Casus* Gaßner und stellen dabei die Hauptakteure des Geschehens vor.

Einführung in die Bekämpfung des Teufels

„Dieser Mann, einer der berühmtesten Taschenspieler unsers Jahrhunderts, beschloß eine Komödie der Religion.“¹⁴ Der „Fall“ des Exorzisten Johann Joseph Gaßner wurde im ausgehenden 18. Jahrhundert sowohl seitens der zeitgenössischen literarischen Avantgarde als auch von der nachfolgenden Forschung vor allem unter dem Blickwinkel des Konflikts der Aufklärung mit den Mustern „barocker“ Religiosität und tradierten Modellen der Volksreligiosität und des Aberglaubens betrachtet. Die Faszination der von Gaßner bewirkten Wunderheilungen strahlten in verschiedenste Bereiche des Alten Reichs aus, darunter speziell in die Region von Augsburg mit ihrer starken Präsenz der Ex-Jesuiten, von Oberschwaben und dem Donauvorland.

Der Jurist, Historiker und Archivar Felix Joseph von Lipowsky, ein Zeitgenosse, berichtet in seiner Monographie über den bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph hinsichtlich Gaßners Vorstellungen, „daß es dreierlei Gattungen von bösen Geistern gepeinigter Leute gebe, nämlich umgeführte, (*circumfessi*) bezauberte, (*obsessi*) und besessene (*possessi*) Menschen. Ob nun eine Krankheit natürlich seye, oder ob dieselbe ein Spuk des bösen Geistes wäre, offenbare sich bei dem Exorcismus, bei der Beschwörung des Kranken im Namen Jesu, des Seligmachers und Welterlösers“.¹⁵ Dass eine politische Monographie ihre Leser ausführlich über die „Kuren“ Gaßners informiert, dokumentiert die damals weit über theologische und medizinische Belange hinausgehende und auch in das Politische ausstrahlende Bedeutung des Wunderheilers und Exorzisten.¹⁶

Diese Dimension war sowohl Gaßner selbst als auch seinen Anhängern bewusst; sein Anspruch aus reiner Nächstenliebe und auf Grund

seiner priesterlichen Gewalt exorzieren und heilen zu können („*weshalb protestantische Geistliche nicht exorcieren können*“),¹⁷ spaltete die Kirche. Nach eigenen Worten übernehmen seine Heilungen in Zeiten der Aufklärung und des Materialismus eine wegweisende Rolle auf dem Weg aus der geistigen Krise: „*Bei dermaligen Zeiten ist es fürwahr schier wieder nötig, dass Zeichen geschehen, denn der Unglaube hat in der Tat die höchste Stufe erstiegen. Zu Christi Zeiten glaubten wenigstens Viele, wenn sie Zeichen sehen, jetzt glaubt man nicht, wenn sie in die Augen fallen und die Prob gleichsam mit Händen zu fühlen ist, ja man weigert sich, den Augenschein einzunehmen.*“¹⁸

Dabei ist folgende Maxime eine wesentliche Basis: „*Die Wirkungskraft des Teufels durch Hexerei und Zauberkunst macht einen wesentlichen Teil der Religion aus.*“¹⁹ Es besteht die Möglichkeit, dass alle Arten von Krankheiten vom Satan hervorgerufen werden; auch Krankheiten und Gebrechen, die gemäß der Medizin natürlich erklärt werden können, können vom Teufel verursacht worden sein. Sollten die Ärzte nicht in der Lage sein, eine Krankheit zu kurieren, ist es höchstwahrscheinlich, dass es sich bei dem Patienten um einen vom Satan „*Angefochtenen*“ oder „*Verzauberten*“ handelt. In diesem Fall empfiehlt sich die Anwendung des „*im Namen Jesu vorgenommenen Exorzismus*“.²⁰

Mit seiner Forderung eines absoluten Glaubens setzte der Exorzist seine Patienten unverkennbar unter starken psychischen Druck; der Heilsuchende müsse fest davon überzeugt sein, seine Beschwerden kämen vom Einfluss des Satans. Durch seine Exorzismen und Benediktionen müsse und werde dieser Einfluss des Teufels an Macht verlieren. Letztlich wird suggeriert, dass ein Nichtverschwinden der Beschwerden seine Ursache in der Glaubensschwäche des Heilsuchenden habe; sogar ein Rückfall in die früheren Beschwerden wird auf diese Weise als Folge von Glaubensschwäche interpretiert. Es ist unter diesen Voraussetzungen nachzuvollziehen, dass der Großteil der Patienten – auch wenn sich keine Heilerfolge einstellten – von der Wirksamkeit der Gaßnerschen „*Kuren*“ berichtete. Einige kritische Zeitzeugen verwiesen ferner auf den mit der Anwesenheit des Publikums verbundenen sozialen Druck; manche Patienten gaben nur im engsten Familienkreis zu, sie hätten aufgrund der Furcht vor dem Spott der Zuschauer nicht zugeben wollen, keine Linderung der Beschwerden gefühlt zu haben.²¹

Für die orthodoxen Ausleger und Interpreten des offiziellen katholischen „Rituale Romanum“ war bereits die Auswahl von Gaßners „Patienten“ problematisch. Das „Rituale Romanum“ engt die als Besessene zu Klassifizierenden auf Personen ein, die erkennbar überdurchschnittliche Kräfte besitzen, geheime bzw. verborgene Dingen erkennen, ohne Vorbildung fremde Sprachen sprechen, oder auf heilige und geweihte Gegenstände mit spasmatichen bzw. krampfartigen Zuckungen reagieren.²² In den damals protokollierten Fällen Gaßners kamen diese Erscheinungen nur sehr vereinzelt vor.²³ Ferner – so wurde dem Exorzisten vorgeworfen – fehlten seine direkten Erkundigungen nach den Dämonen und warum es zur Besessenheit gekommen sei; vielmehr nehme der Vorarlberger Pfarrer bei fast jedem ihm vorgestellten Patienten „*leichtsinnig*“ eine Besessenheit an. Damit würde er eine unverhältnismäßige und weit übertriebene Teufels- und Dämonenfurcht provozieren.²⁴ Die Zuschreibung der meisten Krankheiten und körperlichen Behinderungen auf Teufels- und Dämoneneinfluss würde ferner den Eindruck erwecken, dass die Arbeit der Ärzte und die offiziellen Medikamente weitgehend überflüssig wären.

Eine moderne Schule der Forschung thematisiert Gaßners Methoden als Vorspiel auf dem Weg zur wissenschaftlichen Psychiatrie, Hypnose und Tiefenpsychologie.²⁵ Bereits Henrick Christian Erik Midelfort und Beate Meißner haben durch ein Studium der von Gaßner durchgeführten „Operationen“ analysiert, inwiefern



Eine Besessene attackiert einen Beobachter während einer Behandlung durch Johann Joseph Gaßner.

Illustration von Johann Rudolph Schellenberg in Johann Pezzl: Faustin, oder das philosophische Jahrhundert.

Zürich 1788 (Privatsammlung).

dieser im Laufe der Zeit mehr und mehr die Patienten zum Selbstexorzismus und zur Selbstkontrolle anleitete.²⁶ Beate Meißner schreibt in ihrer Abhandlung zu den „Urformen der Psychotherapie“: *„Die unmittelbaren Wirkungen seiner Methode lassen sich mit den gesamten Effekten des modernen Hypnosekatalogs vergleichen. Die vom Exorzisten vergebenden, speziellen Formeln weisen deutlich Ähnlichkeiten mit dem Autogenen Training J. H. Schultz’ auf. Verglichen mit den heute gültigen Kriterien psychotherapeutischer Verfahren erweist sich der gaßnerische Exorzismus unzweifelhaft als eine Frühform der modernen Psychotherapie.“*²⁷ Im Gegensatz zu seinem Zeitgenossen Franz Anton Mesmer und anderen Anhängern des sogenannten Animalischen Magnetismus weist Gaßner mit seinem allmählich stärker entwickelten Akzent auf dem Training vom Selbstheilungskräften auf die Zukunft der Psycho- und Hypnotherapie.²⁸

Johann Joseph Gaßner – Skizze einer Vita

Johann Joseph Gaßner wurde am 22. August 1727 im Pfarrdorf Braz im Klostertal in Vorarlberg geboren.²⁹ Nach einem Theologiestudium in Prag wurde er am 27. September 1750 zum Diakon und kurze Zeit später zum Priester geweiht. Zwischen 1752 und 1758 wirkte er als Pfarrer in Dalaas, danach in Klösterle am Arlberg.³⁰ Bereits damals begann er unentgeltlich Mitglieder seiner Pfarrei und später auch darüber hinaus zu behandeln.³¹ Spätestens seit seiner Heilung der Maria Bernardina Gräfin Truchseß von Wolfegg und Friedberg verbreitete sich Gaßners Ruhm auch in Adelskreisen. Nach Fürsprache von Gräfin Maria Bernardinas Onkel, des Generals Karl Erbtruchseß zu Wolfsegg, erteilte ihm der Bischof von Chur Johann Anton von Federspiel eine Dispensation mit der Erlaubnis, auch in andere Regionen zu reisen und dort zu wirken.³²

Nach einiger Zeit der Tätigkeit in Konstanz und anderen Orten des Bodenseeraums³³ im Sommer 1774 begab er sich auf Wunsch des Fürstbischofs von Regensburg und Fürstpropsts von Ellwangen, Anton Ignaz von Fugger-Glött, im November des Jahres nach Ellwangen.³⁴ Als Hintergrund dieser Einladung wird angenommen, Fürstpropst Fugger habe gehofft, Gassner könne ihn von seiner einsetzenden Erblindung heilen.³⁵ Nach der ersten Untersuchung teilte Gaßner jedoch mit, dass er ihm nicht helfen könne, da es sich bei seiner Krankheit um ein natürliches Leiden handle. Graf Fugger-Glött blieb dennoch ein energischer

Fürsprecher für den Exorzisten, dies hatte nicht zuletzt religiöse Erwartungen. Fugger hoffte, die Tätigkeit des Wunderheilers werde die Position der rationalistischen, kirchenfeindlichen Aufklärer erschüttern. Gaßner wirkte zwischen November 1774 und Juni 1775 in Ellwangen. Der Zulauf aus der nahen und fernen Umgebung in die Stadt an der Jagst war enorm. Quellen berichten von zeitweise 1.000 Besuchern täglich,³⁶ darunter waren nicht nur Personen aus dem süddeutschen Raum, sondern auch Hilfesuchende aus Frankreich, Italien und Polen. Ohne Empfehlung durch Bekannte des Fürstpropsts oder hochgestellte Personen in der Verwaltung war kein Termin bei dem Wunderheiler zu erhalten.



*Fürstbischof von Regensburg und Fürstpropst
von Ellwangen Anton Ignaz von Fugger-Glött.
Kupferstich ca. 1775 (Geschichts- und
Altertumsverein Ellwangen).*

Mit Gaßners langem Aufenthalt am Hof des Fürstpropsts ging auch eine Veränderung seines Status einher. Er wurde aus dem Dienst des Bischofs von Chur entlassen und von Fürstpropst und Fürstbischof Fugger zu seinem Hofkaplan und zum Geistlichen Rat ernannt.³⁷ Anfang Juni 1775 reiste Fugger in Begleitung Gaßners in seine Diözese Regensburg.³⁸ Kurz nach Gaßners Eintreffen in der Stadt der Reichstage wurden seine Aktivitäten und Heilverfahren einer theologischen Prüfung des Bischöflichen Ordinariats unterzogen und für unbedenklich beurteilt. Um Konflikte mit anderen Landesherren zu vermeiden, wurde angeordnet, dass Gaßner nur Personen der Diözese Regensburg behandeln dürfe. Wie bereits in Ellwangen wurden Gaßners Heilungen und Exorzismen stets von einer Kommission von Ärzten und Notaren begutachtet.³⁹

Die erste Berührung Franz Joseph Anton von Donnersbergs – in seiner Eigenschaft als Geheimer Rat und Hofmarschall am fürstbischöflichen Hof von Konstanz – mit dem Exorzisten war bereits während dessen Praktizierens in der Diözese Konstanz im Sommer 1774 erfolgt. Während seines Tettninger Aufenthalts hatte Gaßner Anfang Juli des Jahres die Einladung – gleichsam Anordnung – zu einer Audienz bei Fürstbischof und Kardinal Franz Konrad von Rodt in dessen Residenz in Meersburg erhalten. Gaßner begab sich in Begleitung des Hofrats Franz Thadäus Bauer von Tettngang über die Umwege des Dominikanerklosters Löwenthal und Kirchbergs nach Meersburg. Sowohl in Löwenthal als auch in Kirchberg nahm er Exorzismen vor, unter anderem soll er im zum Reichsstift Salem gehörenden Kirchberger Schloss den todkranken Zisterzienserpater Bernhard geheilt haben. Tatsächlich starb Pater Bernhard einige Wochen später in Salem.⁴⁰ Diese Operationen in Kirchberg geschahen unter Beobachtung des Salemer Abts Anselm II. Schwab.⁴¹ Schwab sollte sich im Folgenden als ein treuer Anhänger Gaßners erweisen.

Gaßners Eintreffen in Meersburg datiert auf den 11. Juli. Nach einer etwa zweistündigen Audienz genehmigte Kardinal Rodt die Behandlung einiger bereits auf Gaßner wartender Hilfesuchenden. Der Kardinal selbst verfolgte einige dieser „Operationen“ mit kritischem Blick. Dabei erfolgten auch Behandlungen im unweit gelegenen Dominikanerinnen-Kloster von St. Anna. Am 12. Juli wird berichtet, dass zwei zuvor auf Tragen nach Meersburg transportierte Benediktinerinnen vom Kloster Münsterlingen nach Gaßners Exorzismen wieder zu Fuß in ihr Kloster zurückkehren konnten.⁴² Die im Priesterseminar von Meersburg vorgenommenen Heilungen waren von weniger Erfolg gekrönt und scheinen die Skepsis von Kardinal Rodt gegenüber Gaßners Konzept und Methoden verstärkt zu haben. Einige Tage später erfolgte die Anweisung an den Exorzisten, sich wieder aus dem Bereich der Diözese Konstanz zu entfernen. Ein eigentlich angedachter Besuch von Wangen wurde von Kardinal Rodt untersagt.⁴³

Die damit angeregte Rückkehr Gaßners nach Klösterle erfolgte dennoch nicht; der Exorzist begab sich am 16. Juli in das exemte Reichsstift Salem und in die Obhut Abts Anselm II. Schwab, der auch umgehend von seinen Mönchen zwei Assistenten für Gaßner abstellte. Diese sollten von Gaßner in der Heilpraxis und den Exorzismen angelernt werden.⁴⁴ Gleichsam als Vorstellung seines Credos hielt er am 17. Juli

eine Predigt über das Thema des festen Glaubens an Gott in der Kirche von St. Leonhard.⁴⁵ Auch das Kloster Salem wurde in den nächsten Wochen zu einer Anlaufstation von zahlreichen Heilung Suchenden. Laut zeitgenössischen Kommentaren haben sich bis zum Ende von Gaßners Aufenthalt in Salem am 9. August über 1.200 Kranke – darunter auch aus Weilheim und Landsberg – zum Kloster begeben.⁴⁶

Zur Rechtfertigung seiner hinausgeschobenen Rückkehr an seinen Pfarrort schrieben Gaßner und Abt Anselm Schwab an den Hofkanzler des Bischöflichen Ordinariats von Chur und schilderten den großen Andrang der sich in Salem um Gaßner versammelnden Kranken und Leidenden.⁴⁷ Schwab pries die „*durch die Gnad Gottes ausgeübte ganz herrliche(n) Guttaten und geistliche Wunderkuren*“, welche der Exorzist dort verrichtete.⁴⁸ Einem Ende Juli ebenfalls um Aufschub seiner Rückkehr bittendes Schreiben nach Chur legte Gaßner sein soeben in Kempten publiziertes Traktat „Des Wohlerwürdigen Herrn Johann Joseph Gaßners (...) Weise fromm und gesund zu leben“ bei. Gaßners Schrift fand umgehend große Beachtung und wurde bis 1776 in zwölf leicht veränderten Auflagen nachgedruckt. Gaßner selbst forderte nach dem Erscheinen immer wieder Exemplare an, um sie seinen Gönnern, Förderern und anderen hochgestellten Personen überreichen oder senden zu können.

Bischof Federspiel von Chur genehmigte am 29. Juli diese Verlängerung von Pfarrer Gaßners Urlaub.⁴⁹ Weitaus weniger liberal zeigte sich der Konstanzer Fürstbischof Rodt bezüglich des Aufenthalts von Gaßner innerhalb der Grenzen seiner Diözese. Der den Aktivitäten Gaßners ohnehin skeptisch gegenüberstehende Fürstbischof forderte eine Erklärung für die Verlängerung des Aufenthalts des Exorzisten;⁵⁰ am 5. August schickte Gaßner ein mit der Bitte um eine Abschiedsaudienz versehenes Rechtfertigungsschreiben nach Meersburg.⁵¹ Bereits am 8. August begab er sich von Salem zum Schloss von Ittendorf (heute Stadtteil von Markdorf), dem damaligen Aufenthaltsort Fürstbischofs Rodt. In einer zweistündigen Audienz erhielt Gaßner zwar die Erlaubnis, den Bitten des Reichsgrafen Friedrich von Königsegg zu folgen und seine „*Wunderkuren*“ für einige Tagen in Aulendorf fortzuführen; danach sollte er jedoch die Diözese Konstanz verlassen.⁵² Nach seiner Rückkehr nach Salem reiste der Exorzist noch am Abend des 9. August nach Aulendorf. Auch während seiner zweiwöchigen Residenz im Schloss der Grafen von Königsegg behandelte der Exorzist hunderte von Heilsuchenden. Laut des

die Exorzismen und Benediktionen Gaßners beobachtenden Hausherrn und der als Zeugen hinzugerufenen Theologen und Ärzte verliefen diese Behandlungen mit außergewöhnlichem Erfolg.⁵³

Auch nach dem Ende seines Aufenthalts in Aulendorf verhinderten – so Gaßner – verschiedene unaufschiebbare Einladungen zu „*Operationen*“ und der Dienst an Hilfesuchenden seine Rückkehr nach Klösterle, darunter waren Einladungen der Fürsten von Fürstenberg in Donaueschingen und des Fürstbists von St. Blasien. Besagte hochgestellten Persönlichkeiten und erneut der Graf von Königsegg verwendeten sich daher bei Bischof Federspiel für einen erneuten Aufschub des Aufenthalts in Schwaben.⁵⁴ Erneut zeigte Bischof Federspiel seine Bereitschaft, dem zuzustimmen, legte jedoch in seinem Antwortschreiben vom 26. August den 14. September als endgültig letzten Termin für Gaßners Rückkehr nach Klösterle fest.⁵⁵ Zusätzlich setzte Kardinal Rodt den Exorzisten mit einem Schreiben an den Bischof von Chur unter Druck, in dem eine umgehende Rückkehr nach Klösterle empfohlen wird.⁵⁶ Ende August machte sich Gaßner schließlich auf den Weg Richtung Vorarlberg. Fürstbischof Rodt behielt dennoch weiterhin die Aktivitäten des Exorzisten mit kritischem Blick im Auge.

Freiherr von Donnersberg und sein subversives Arbeiten gegen Gaßner

Wenige Monate nach Gaßners Abreise aus der Diözese Konstanz, im Januar 1775, erschien mit dem Pamphlet „Die aufgedeckten Gaßnerischen Wunderkuren“,⁵⁷ die wohl bedeutendste und auf die folgenden Entscheidungen des Bayerischen Kurfürsten Maximilian III. Joseph und verschiedener Kirchenfürsten, darunter des Mainzer Metropolitens Friedrich Karl Joseph von Erthal und des Augsburger Bischofs Clemens Wenzeslaus, einflussreichste Schrift, die sich mit Gaßners Heilungen auf den Feldern der Ethik und Theologie kritisch auseinandersetzte. Autor war der damals in München wirkende Theatiner Ferdinand Sterzinger; als Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und Lehrstuhlinhaber für Kirchenrecht, Moral und Kirchengeschichte eine sehr geachtete Persönlichkeit der bayerischen *communitas litteraria*. Eine der zentralen Passagen des Werkes war der Abdruck zweier Schreiben Franz Konrad von Rodts.⁵⁸

Sterzinger zitiert einen am 6. September 1774 an den Bischof von Chur geschriebenen Brief Rodts wie folgt: „Auch haben wir unlängst den E. L. Oberhirtenamt unterstehenden Pfarrer aus dem Klösterle bei uns gesehen und selben sowohl über die Grundsätze, als über die Art und Weise seiner an allen Gattungen Kranken und Presthaften versuchenden Hilfe selbst umbständig besprochen. Nun sind wir zwar aller Völle nach überzeugt, daß in der Kraft und durch den Namen des Allerhöchsten alles möglich sei, und daß Gott zu Ausspendung seiner Gnaden und Verherrlichung seines heiligsten Namens besondere Werkzeuge gewählet habe. Wir müssen aber E. L. in freimütigem Vertrauen



**Clemens Wenzeslaus von Sachsen,
Fürstbischof von Trier und Augsburg,
Fürstpropst von Ellwangen.
Gemälde eines unbekannten Künstlers,
ca. 1770 (Geschichts- und Altertumsverein
Ellwangen).**

bekennen, daß wir weder dem Principio des ermeldten Pfarrers, nach welchem er fast alle mögliche Krankheiten und Gebrechen von der gebundenen Gewalt des Satans und von Malefiz herleiten will, geradehin beistimmen, noch auch seine ungewöhnliche Verfahrungsart gut zu heißen vermochten, als welche von jener, so die katholische Kirche durch die Sacram Congregationem Rituum fürgeschrieben und approbieret hat, allzuweit absteht und oftmals bis in das Unanständige hinausgeht. Wir sind von der Absicht weit entfernt, E. L. in gründlicher Prüfung der Grundsätze und Wirkungsart des ermeldten Pfarrers, von deren guten Erfolge man in unserer Residenzstadt Meersburg eben nicht überzeugt worden, vorzugreifen. E. L. wollen wir nur zu selbstigem Gutfinden anheimstellen, ob bei dem Aufmerken, welches in der ganzen Umliegenheit, sonderheitlich bei den Protestanten über diese Sache bereits entstanden ist, nicht ungleich tätlicher sein dürfte, mehr erholten Pfarrer auf die ihm anvertraute Pfarrei und der damit verknüpften Seelsorge als seinem vorzüglichen und wahren Berufsgeschäfte ruckzufordern und ihm wenigstens das zeither gepflogene Umherwandeln einzustellen.“⁵⁹

Der Abdruck dieser Schreiben von Kardinal Rodt sollte umgehend für Kontroversen sorgen. In der bereits wenige Monate später veröffentlichten Gegenschrift von Joseph von Sartori („Die aufgedeckten Sterzingerische Lügen ...“) wird die Authentizität der Schreiben angezweifelt. Schon Georg Pfeilschifter hat jedoch nach einem Abgleich mit dem in der Bayerischen Staatsbibliothek in München befindlichen Konvolut der Dokumente⁶⁰ zum Fall Gaßner ihre Authentizität nachweisen können.⁶¹ Der um den inneren Frieden der Geistlichkeit in den Ländern Kurbayerns besorgte Geistliche Rat unter Präsident Sigmund von Spreti sah sich allerdings veranlasst einzuschreiten und bat Kurfürst Maximilian III. Joseph um ein Machtwort. Letzterer schrieb an den Münchner Theatiner-Propst und rügte Sterzingers – angeblich ungebührliche – Kritik an Fürstbischof und Fürstpropst Fugger: *„Wir befehlen euch hiermit gnädigst, vermeldeten P. Sterzinger diese Ungebühr pro praeterito ernstlich zu verwiesen, pro futuro aber scharf zu verbiethen und das gänzliche Still schweigen hierin aufzutragen.“*⁶² Diesem Kommentar ließ der Geistliche Rat am 9. Februar 1775 eine Verordnung folgen, in der Sterzinger untersagt wurde, weiteres zu Gaßner zu publizieren. Des Kurfürsten und Geistlichen Rats Versuche, die von Sterzinger befeuerte Kontroverse um den Exorzisten nicht eskalieren zu lassen, sollten sich allerdings als vergeblich erweisen.

Die Wirkung der an Sterzinger „durchgesteckten“ Schreiben des Fürstbischofs von Konstanz hatte sich dennoch ausgezahlt. Es war niemand anderes als Franz Joseph Anton von Donnersberg, der den Theatiner in München mit diesen Dokumenten versorgt hatte. Donnersberg hatte sich nach seiner Heirat und der Übernahme der Güter von Hurlach mittlerweile von Konstanz bzw. Meersburg auf seine Besitzungen am Lech zurückgezogen. Seine Residenz in Hurlach wurde im Folgenden zu einem Knotenpunkt des inoffiziellen subversiven Agierens, um die Tätigkeiten des Exorzisten einzudämmen und die geistlichen und weltlichen Autoritäten von einem umfassenden Verbot zu überzeugen. Neben Sterzinger versorgte Donnersberg auch die Bischöflichen Ordinariate von Augsburg, die kurbayerische Regierung in München und das Erzbischöfliche Ordinariat in Mainz mit kritischen Kommentaren Kardinal Rodts und anderen Schriftstücken über Gaßner.

Rekonstruieren wir im Folgenden wesentliche Momente dieses Austausches zwischen Donnersberg und Sterzinger. Die Korrespondenz zwischen den beiden gibt einen guten Einblick, in welch hohem Maß der

Freiherr auch nach seinem Rückzug nach Hurlach über die Vorgänge an den politischen und geistlichen Schaltstellen des süddeutschen Raumes informiert war. Am 29. Januar 1775 informiert Donnersberg den Theatiner über den Stand der Dinge am Hof des Konstanzer Fürstbischofs: *„Unter uns darf ich Ihnen schon sagen, daß Ihre facti species, Ihre Briefe und Alles der Kardinal zu Konstanz gelesen, und sehr über den Mirakelmacher aufgebracht ist. Doch bitte [ich] es bei sich zu behalten, weil ich nicht gern davor angesehen wäre, daß ich es geschrieben hätte (...). Schreiben Sie mir doch, (...) wie Ihnen das Raisonment des ehrlichen Knaller gefallet. (...) Wenn Sie vielleicht diese Beilage wiederum dem Kurfürsten lesen lassen, so möchte [ich] doch wissen, wie es ihm gefallen [hat].“*⁶³

Der oben genannte Informant Donnersbergs, Joseph Knaller, amtierte damals als Kabinettssekretär des Fürstbischofs, später auch als „*Amts-Einnehmer*“ der zum Bistum Konstanz gehörenden Vogteien Reichenau und Frauenfeld. Donnersberg bezieht sich hier auf die ihm am 5. Januar 1775 von Knaller geschickte „Relation von dem Pfarrer zu Klösterl, wie er Wunder zu Meersburg getrieben hatte. Von einem Augenzeugen geschrieben.“⁶⁴ Auch diese „Relation“ wurde von Sterzinger in gekürzter und von ihm überarbeiteter Form in seiner Schrift „Die aufgedeckten Gassnerischen Wunderkuren“ publiziert.⁶⁵ Donnersberg war zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch nicht informiert, dass sie wenige Tage zuvor in Auszügen in Sterzingers Werk abgedruckt worden war.

Welches vertraute Verhältnis mittlerweile zwischen Sterzinger und Donnersberg bestand, dokumentiert des Letzteren Schreiben – erneut aus Hurlach – an den Theatiner vom 10. Februar 1775. Diesem fügt er die Abschrift eines an ihn – Donnersberg – gerichteten Brief Joseph Knallers vom 2. Februar bei; bittet aber Sterzinger aus Rücksicht auf Knaller selbst und Kardinal Rodt, vom Inhalt dieses Briefes für etwaige spätere Veröffentlichungen keinen Gebrauch zu machen: *„Ich wollte nur, ich dürfte den Brief, den Herr Kardinal [Rodt] dem Klösterlmann von Ittendorf aus eigenhändig geschrieben, bekannt machen. Er würde ihm gewiß vor der ganzen unparteiischen Welt zum Ruhm gereichen. (...) Wenn der Mann [Gaßner] durch die Kraft des heilwertigsten Namen Jesu wirkt, warum hat er den Herrn Kardinal auf denen Knien gebeten, daß er es nicht nach Rom berichten und von da aus eine Untersuchung begehren möchte? Die Wahrheit scheuet keine Untersuchung nicht.“*⁶⁶ Donnersberg bezieht sich hier auf Gesuche des Reichsgrafen Friedrich von Königsegg-Aulendorf vom Ok-

tober 1774 an Abt Anselm II. Schwab von Salem, in der Angelegenheit Gaßner an die Römische Kurie schreiben zu dürfen.⁶⁷

Mittlerweile hatte Sterzinger den Freiherrn von Donnersberg informiert, dass ihm Kurfürst Maximilian III. Joseph untersagt hatte, weiter öffentlich gegen Gaßner zu agitieren. Dessen ungeachtet versorgt Donnersberg im Auftrag Kardinal Rodts den Theatiner („*Monsieur mon tres cher et tres honoré ami*“) weiterhin mit Informationen und Material für seine Kampagne gegen den Exorzisten. Am Beginn des März übersendet der Hofmarschall aus Hurlach die Kopien von drei weiteren Schreiben Kardinal Rodts und kommentiert in seinem Begleitbrief: „*Da ich hoffe, Sie werden doch noch etwas von dem Klösterlpfarrer lesen dürfen, wengleich das Reden verboten ist, so übersende [ich] hier drei Kopien von Briefen, so mir Eminentissimus Selbsten zuschicken lassen durch den Knaller, und zwar mit der Erlaubnis, Ihnen solche zu communicieren. Das (sic) Ort Salem oder sonsten Salmensweiler lieget nur zwei Stund von Meersburg. Dahin ist der Herr Gassner gegangen, nachdem ihm Eminentissimus aus der Diözese zu gehen sagen hat lassen. Dieser Herr Prälat ist exempt und mit dem Kardinal in beständigem Streit wegen verschiedenen Sachen.*“⁶⁸

Wie uns Donnersberg informiert, war er nicht der einzige Empfänger dieser Schreiben: „*Diese nämlichen Kopien hat Eminentissimus dem Herrn Kurfürsten von Trier, dem Herrn Dompropst von Ungelter und der Curia von Augsburg geschickt, welch letztere an ihn geschrieben und seine Meinung wegen Gassner anverlanget. Ich wäre in Augsburg; da habe ich solche Sachen gehört, die mich fast zum Narren gemacht. Wenn Sie die Kopien gelesen haben, so bitte mir solche wiederum zurück. Meine Frau macht ihr Compliment.*“⁶⁹

Am 3. Juli 1775 schreibt Donnersberg – wieder von seinem Wohnort Hurlach – einen weiteren Brief an Sterzinger. Diesmal informiert der Graf den Theatiner über die Differenzen bezüglich Gaßner zwischen Kardinal und Fürstbischof Franz Konrad von Rodt und seinem Bruder – und Nachfolger – dem damaligen Augsburger Dompropst Maximilian Christoph: „*Gestern habe [ich] von dem Kn(aller) [einen] Brief erhalten, der mir die Formalia, aber sub sigillo schreibt. Folglichen bitte auch, niemand etwas zu sagen ohne Ausnahme. Wegen dem Klösterlmann [= Gaßner] ist der Herr und der Dompropst schon wierum zweimal hintereinander gewesen, wobei ersterer sich so ereiferte, daß er seinen Bruder einen ehrvergessenen Mann*

*gescholten. Es brauchete vieler guter Wort und Nachgiebigkeit von Seiten des Herrn, daß jener nicht tags darauf verreiset ist. Jetzt sind sie miteinander einig geworden, nicht mehr von ihm zu reden. Ich wollte, seine Komödie hätte ein Ende.*⁷⁰

Im Folgenden gibt Donnersberg einen Einblick in seine eigenen privaten Gedanken: *„Kein Mensch hat mir noch so viele heimliche Galle gemacht wie dieser Mann. Möchten doch allen Eiferer die Augen aufgehen und solche sehen, wie wenig die Religion bei solchen equivoque Wunder gewinnt! Der kaiserliche Hof hat durch seinen Minister um das Wesen dieses Mannes sich erkundigen lassen, und der Herr hat alle Brief wie auch an Kur-Trier mitgeteilt. Und nun hat auch Mainz als Metropolitanus eine Auskunft verlangt, und die Abschriften liegen schon fertig. Behalten Sie aber dieses bei sich; denn es könnte dem Kn(aller) vielen Schaden bringen. Wenn Mainz und der Kaiser sich so genau erkundigen, so wird die Historia bald ein Ende haben.*“⁷¹

Am 31. Juli 1775 unterrichtet Donnersberg den Theatiner über die neuesten Entwicklungen in der Diözese Konstanz. Unter anderem befand sich zu diesem Zeitpunkt sein wichtiger Informant, Kabinettssekretär Joseph Knaller, nicht mehr am Hof des Fürstbischofs und Kardinals: *„Der Knaller ist nunmehr von Meersburg fort, folglichen nicht mehr in dem Umstand, mit dem Herrn zu reden. Und schriftlichen in etwas sich einlassen, wissen Sie selbst, wie bedenklich es ist, und wie er mir das erstmal schon über diesen Punkt geschrieben. Er ist auf dem Land auf seinem Amt und von aller Hofconnexion entfernt; und sonst ist alles gassnerisch.*“⁷²

Mittlerweile hatten sich die Gerüchte über ein juristisches Vorgehen Gaßners und seines Förderers, des Bischofs von Regensburg Anton Ignaz von Fugger-Glött, gegen Sterzinger verdichtet; einer der zentralen Punkte der Anklage waren Vorwürfe, der Theatiner habe die Schreiben von Franz Konrad von Rodt gefälscht bzw. manipuliert. Ähnliches hatten bereits zuvor der Augsburger Domprediger Alois Merz und Ellwanger Hofrat Joseph von Sartori öffentlich behauptet.⁷³ Donnersberg kommentiert diesbezüglich: *„Der Herr kann sein Wort und wird es nicht zurücknehmen; er leugnet die Briefe nicht, die in das Publicum gekommen; er hat Abschriften an verschiedene Orte selbst geschickt und auch sub rosa dem Kaiserl. Minister gegeben, folglichen ist von diesen Seiten nichts zu fürchten.*“⁷⁴

Die Vorwürfe der Fälschungen der Schreiben konnte Sterzinger durch die Aussagen Fürstbischofs Rodt entkräften. Dennoch stand im Raum, dass der Theatiner diese Schriftstücke unberechtigtweise abgedruckt hätte. In einer am 11. September 1775 in Hurlach verfassten Mitteilung konnte Donnersberg seinen Korrespondenz-Partner in München auch in dieser Angelegenheit beruhigen. Kardinal Rodt lehne es ab, Sterzinger wegen dieser Affäre zu belangen: *„Dem Kn(aller) habe ich auch ein Porträt geschickt. Er schreibt mir form.: ‘Ich freue mich, den Mann wenigstens im Porträt zu kennen, der der Protomartyr der guten Sache ist.’ (...) Noch eines sub rosa: Herr Fürst von Hohenlohe [Karl Albrecht I. von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst] hat den Kardinal aufgefordert, wegen der Verfälschung seiner Briefe von Sterzinger Satisfaction zu begehren. Der Herr hat den Brief über zehn Wochen liegen lassen. Jetzt hat er geantwortet, daß zwar ein Teil seiner Korrespondenz ohne sein Vorwissen in Druck gekommen, daß er aber zur Zeit noch keine Ursache habe, etwas von dem zurück zu nehmen, was er damals geschrieben habe. Die Antwort wird der fürstlichen Nasen nicht wohl schmecken.“*⁷⁵

In der Zwischenzeit fanden auch die Aktivitäten Franz Anton Mesmers und sein Verfahren des sogenannten Animalischen Magnetismus in der Heilung ein immer größeres Echo. Im Gegensatz zu Gaßner begründete Mesmer diese Erfolge jedoch mit natürlichen, wissenschaftlichen Phänomenen. Freiherr von Donnersberg zeigt sich auch hier umfassend informiert: *„Der Mösmer (sic) fahret noch immer fort; er hat zu Grüenberg [Franziskanerinnenkloster bei Stein am Rhein] zwei Klosterfrauen kuriert, die beide ein Stück Teufel in dem Leib zu haben geglaubt. Der Beichtvater von dem Kloster hat es selbst erzählt und ist ganz von denen gassnerischen Thorheiten geheilt.“*⁷⁶ Vizeverso hält Ferdinand Sterzinger seinen Vertrauten in Hurlach über die folgende Reise Mesmers nach München und dessen heimliche Observierung der Methoden Gaßners auf dem Laufenden. Durch ein Schreiben Donnersbergs vom 4. Dezember erfahren wir, dass es mittlerweile zu einem Treffen zwischen Sterzinger und Mesmer gekommen war und letzterer *„seine [= Gaßners] Churen und anderen Ungläubigen mitangesehen habe“*.⁷⁷

Mit Gaßners durch Druck Kaiser Joseph II. Anfang 1776 erwirkten Versetzung von Regensburg auf die Pfarrei Pondorf⁷⁸ (*„mit dem gemessenen Bedeuten, dass er sich bei widrigenfalls zuzuziehenden schweren Verantwortung aller seiner bisherigen ein besonderes Aufsehen erregten exor-*

zistische Handlungen in dem ganzen römischen Reiche von nun an enthalten sollte“),⁷⁹ verschwindet das Thema seiner Exorzismen und Wunderheilungen auch in der Korrespondenz Sterzingers mit Freiherrn von Donnersberg. Ihr Agitieren hatte mit des Kaisers Anordnungen und der Promulgation der Hirtenbriefe der Bischöfe von Salzburg und Prag gegen Gaßner sein Ziel erreicht.⁸⁰ Obwohl mit der Auflage versehen, seine Heilungen nur an Pfarrangehörigen auszuüben, wurde Pondorf dennoch – wenngleich in geringerer Zahl als zuvor in Ellwangen, Sulzbach oder Regensburg – zum Wallfahrtsort Heilung Suchender. Eine bisher nicht exakt ermittelte Infektionskrankheit endete allerdings Gaßners Leben bereits am 4. April 1779.



*Darstellung von Ellwangen und den lokalen Sehenswürdigkeiten.
Kolorierter Stich, frühes 19. Jahrhundert (Privatsammlung).*

Quellen

- 1 Anonym (= Joseph von Sartori) (Hrsg.): Merkwürdige Heilungen und Facta, welche sich zu Ellwangen bei dem hochwürdigen Herrn Johann Joseph Gaßner, Sr. Hochfürstlichen Gnaden Bischöfen zu Regensburg, Fürsten und Propsten zu Ellwangen etc. geistlichen Rat und Hof-Capellan in dem Jahr 1775 zugetragen. Augsburg 1775; Vgl. auch ders.: Sendschreiben des H. R. von ... an den Herrn H. R. ..., Mitglied der Churbayerischen Akademie in München, über einige von dem Herrn Gaßner, Pfarrer in Klösterle, während seines Aufenthalts in Ellwangen vorgenommenen Operationen. Augsburg 1775.
- 2 Bernhard Joseph Schleiß von Löwenfeld: Verzeichniß der merkwürdigsten Operationen, welche im Jahre 1775 zu Sulzbach, sowohl an dem Hofe und in Gegenwart (...) der (...) Frauen Pfalzgräfin (...) von dem (...) Herrn Johann Joseph Gaßner (...) geschehen sind. Sulzbach 1776 (und weitere Auflagen).
- 3 Neuenstein, Fürstlich Hohenlohisches Zentralarchiv; Fsz. „Die Kuren des Geistlichen Rates Gaßner zu Ellwangen betreffend“.
- 4 Bayerische Staatsbibliothek, München (im Folgenden zitiert als BayStbM), Sammlung, Bavarica, Nr. 4000.
- 5 Bayerische Staatsbibliothek, Bamberg, Hs. E IV.
- 6 Georg Pfeilschifter (Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit in der Konstanzer Diözese im Jahre 1774. In: Historisches Jahrbuch. Bd. 52 (1932), S. 401–441) analysiert den sich mit Gaßners Wirken beschäftigenden 38 Nummern umfassenden Faszikel von Salemer Akten im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA, Salem Gen. Medicinalakten 1774–1776) und das ebenfalls im Generallandesarchiv Karlsruhe aufbewahrte, jene Periode abdeckende „Diarium“ des Klosters Salem (GLA, Handschriften Nr. 1495).
- 7 Vgl. Joachim Dellinger: Die Hofmarch Kaufring, Pfarrdorf am Lech. München 1847; ders.: Hurlach, Schloß und Hofmarch im Landgerichte Landsberg in Oberbayern. In: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte. Bd. 4 (1843) S. 316–325; Karl von Leoprechting, Nachträge über das Geschlecht der Freiherren von Donnersperg. In: Oberbayrisches Archiv für vaterländische Geschichte, Bd. 12 (1851/52), S. 311–316.
- 8 Vgl. Thomas Freller: Zwischen Malta und Bayern. Die Karriere des kurbayerischen Offiziers und Malteserkomturs Sebastian von Donnersberg. In: Lech-Isar-Land. Heimatkundliches Jahrbuch. 2020, S. 173–200.
- 9 Joachim Dellinger: Igling. Schloß und Hofmarch im königlichen Landgericht Landsberg, mit dem Stoffersberg und Erpfting. In: Oberbayrisches Archiv für vaterländische Geschichte. Bd. 12 (1851/52) S. 3–60, hier S. 24f.
- 10 Vgl. Albert Haider / Bernhard Müller-Hahl: Ortsgeschichte von Hurlach (= Unsere Heimat am Lechraim. Bd. 4). Landsberg a. L. 1953.
- 11 Diözesanarchiv Augsburg, Matrikelbücher der Pfarrei Hurlach, Sterberegister.
- 12 Diözesanarchiv Augsburg, Matrikelbücher der Pfarrei, Hurlach, Heiratsregister.
- 13 Vgl. Barbara Kink: Adelige Gesellschaft in Bayern im 18. Jahrhundert. Die Tage- und Ausgabenbücher des Freiherrn Sebastian von Pemler von Hurlach und Leut-

- stetten (1718–1772). München 2007, zu Franz Joseph Anton von Donnersberg vgl. S. 37, 108, 170, 278, zur Heirat mit Anna Maria von Pemler, geborene von Karwinsky vgl. S. 108; vgl. auch Walter Drexl: Gugu Pamperln und Schnig Schnag Schnur oder das verspielte Leben des Landadels im 18. Jahrhundert. Aus den Tagebüchern des Sebastian Joseph Freiherr von Pemler von Hurlach 1718–1772. Landsberg a. L. 1987, S. 274–277.
- 14 Wilhelm Ludwig Wekhrlin: Anselmus Rabiosus Reise durch Ober-Deutschland. Salzburg-Leipzig 1778, S. 90.
- 15 Felix Joseph von Lipowsky: Leben und Thaten des Maximilian Joseph III. in Ober- und Nieder-Bayern, auch der Oberpfalz Herzogs, Pfalzgrafen bei Rhein, des heiligen römischen Reichs Erztruchseß und Churfürsten, Landgrafen zu Leuchtenberg. München 1833, S. 261.
- 16 Vgl. Lipowsky, Leben und Thaten, S. 261–270.
- 17 Hier zitiert bei Gustav Widenmann: Der Teufelsbanner Gaßner unter besonderer Berücksichtigung seiner Ellwanger Tätigkeit. Maschinenschriftliches Manuskript, Stadtarchiv Ellwangen, S. 4. Gemäß den Angaben des ehemaligen Ellwanger Stadtarchivars, Professor Immo Eberl, verfasste Widenmann seine Arbeit am Ende der 1940er Jahre.
- 18 Widenmann, Der Teufelsbanner, S. 4.
- 19 Hans Fieger: P. Don Ferdinand Sterzinger. Lektor der Theatiner in München, Dichter der historischen Klasse der Kurbayerischen Akademie der Wissenschaften, Bekämpfer des Aberglaubens und Hexenwahns und der Pfarrer Gaßnerschen Wunderkuren. Ein Beitrag zur Geschichte der Aufklärung in Bayern unter Kurfürst Maximilian III. Joseph. München-Berlin 1907, S. 201.
- 20 Ebenda.
- 21 Vgl. die Hinweise in Josef Hanauer: Der Teufelsbanner und Wunderheiler Johann Joseph Gaßner (1727–1779). In: Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg. Bd. 19 (1985), S. 303–545, hier S. 347ff.
- 22 Vgl. Adolf Rodewyk: Die Teufelsaustreibung nach dem Rituale Romanum. In: Geist und Leben. Zeitschrift für Ascese und Mystik. Nr. 25 (1952), S. 121–134; Cecile Ernst: Teufelsaustreibungen. Die Praxis der katholischen Kirche im 16. und 17. Jahrhundert. Bern-Stuttgart-Wien 1972, S. 17–23.
- 23 Vgl. Fieger, P. Don Ferdinand Sterzinger, S. 176.
- 24 Vgl. die Hinweise bei Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 398f.
- 25 Vgl. Adam Crabtree: From Mesmer to Freud. Magnetic Sleep and the Roots of Psychological Healing. New Haven-London 1993, S. 8f; Alan Gauld: A History of Hypnotism. Cambridge 1995, S. 3.
- 26 Henrick Christian Erik Midelfort: Exorcism and Enlightenment: Johann Joseph Gassner and the demons of eighteenth century Germany. New Haven-London 2005, S. 77; Beate Meißner: Urformen der Psychotherapie. Die Methode des Exorzisten Johann Joseph Gaßner (1727–1779). In: Zeitschrift für Parapsychologie und Grenzgebiete der Psychologie. Jahrgang 27, Nr. 1–4 (1985), S. 181–208, hier S. 181f.

- 27 Meißner, Urformen der Psychotherapie, S. 181.
- 28 Ebenda, S. 202f.
- 29 Vgl. Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 318.
- 30 Vgl. ebenda, S. 320f.
- 31 Zu Gaßners Erfolge vgl. ebenda, S. 322ff.
- 32 Vgl. ebenda, S. 326.
- 33 Vgl. den Abdruck der diesbezüglichen Korrespondenz Gaßners in Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 413f.
- 34 Vgl. Sartori, Sendschreiben des H. R. von; ders. (Hrsg.), Merkwürdige Heilungen und Facta.
- 35 Zum Aufenthalt in Ellwangen vgl. ausführlich Widenmann, Der Teufelsbanner; Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 338ff.; Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, GR 1210/20.
- 36 Vgl. Widenmann, Der Teufelsbanner, S. 13.
- 37 Vgl. Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 344.
- 38 Vgl. Regensburger Diarium oder wöchentliche Frag- und Anzeige-Nachrichten. 14. Jahrgang, 1775, S. 189.
- 39 Vgl. Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 346ff.; Lipowsky, Leben und Thaten, S. 260f.
- 40 Vgl. Philipp Funk: Archivalische Beiträge zur Geschichte Salems unter Anselm II. In: Freiburger Diözesanarchiv. Nr. 62 (1934), S. 155–214, hier S. 180.
- 41 Vgl. das Schreiben Thadäus Bauers an Abt Anselm II. Schwab vom 7. Juli 1774, zitiert nach, Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 405.
- 42 Vgl. Neueste Sammlung jener Schriften, die vor einigen Jahren her über verschiedene wichtige Gegenstände zur Steuer der Wahrheit im Druck erschienen sind. Hrsg. v. Alois Merz. Bd. 39 (1788), Nr. 1, S. 11–15.
- 43 Vgl. BayStbM, Cod. Bav. 1985a.
- 44 Vgl. das Schreiben Fürstbischofs von Rodt an Clemens Wenzeslaus, Kurfürst von Trier, Österreichisches Staatsarchiv, Wien, St. K. Reich, Berichte, Fsz. 79; hier zitiert bei Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 330.
- 45 Zum Aufenthalt in Salem vgl. Philipp Funk: Von der Aufklärung zur Romantik: Studien zur Vorgeschichte der Münchener Romantik. München 1925, S. 182f.; Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 329f.; Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 435ff.
- 46 Vgl. das Schreiben Anselm II. Schwabs an Gaßner vom 2. März 1776, hier zitiert bei Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 436f.
- 47 Vgl. Gaßners Schreiben vom 26. Juli 1774, hier zitiert bei Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 410.
- 48 Ebenda.
- 49 Vgl. ebenda, S. 410f.

- 50 Ebenda, S. 414.
- 51 Ebenda, S. 413.
- 52 Vgl. das Schreiben Fürstbischofs Franz Konrad von Rodt an Gaßner vom 7. August 1774, hier zitiert nach ebenda, S. 413f; vgl. auch Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 331.
- 53 Vgl. das Schreiben Friedrich von Königsegg an Johann Anton von Federspiel vom 21. September 1774, hier zitiert bei Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 422; vgl. auch das Schreiben Königsegg an Fürst Karl Albrecht I. von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst vom 16. Dezember 1776, Fürstlich Hohenlohisches Zentralarchiv, Neuenstein.
- 54 Vgl. das Schreiben Gaßners an den Churer Generalvikar Christian Jakob Flyri vom 15. August 1774; hier zitiert nach Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 417f; Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 332f.
- 55 Vgl. das Schreiben Bischof Federspiels an Friedrich von Königsegg vom 26. August 1774; hier zitiert nach Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 418.
- 56 Vgl. ebenda, S. 420f.
- 57 Im vollen Titel: Ferdinand Sterzinger: Die aufgedeckten Gaßnerischen Wunderkuren. Aus authentischen Urkunden beleuchtet und durch Augenzeugen bewiesen. München-Augsburg 1775; vgl. auch ders.: Beurteilung der Gaßnerischen Wunderkuren von einem Seelsorger und Eiferer für die katholische Religion. Augsburg 1775.
- 58 Zu den von Sterzinger publizierten Schreiben von Kardinal Rodt, vgl. Die aufgedeckten Gassnerischen Wunderkuren, S. 14–21.
- 59 Ebenda, S. 19–21.
- 60 Vgl. BayStbM, Cod. Bav. 1895, 1.
- 61 Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 403.
- 62 Hier zitiert nach Fieger, Don Ferdinand Sterzinger, S. 200; vgl. auch Anonym: Nachricht von Johann Joseph Gaßners Teufelsbeschwörungen und den dadurch veranlaßten Bewegungen. In: Neueste Religions-Geschichte. Hrsg. v. Christian Wilhelm Franz Walch. Bd. 6 (1777), S. 371–486, hier S. 381f.
- 63 BayStbM, Cod. bav. 1985 c.
- 64 Ebenda.
- 65 Sterzinger, Die aufgedeckten Gassnerischen Wunderkuren, S. 5–9.
- 66 BayStbM, Cod. bav. 1985 c.
- 67 Vgl. Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 426.
- 68 Sterzinger erhielt dieses Schreiben „*praes. 9. Martii 1775*“; BayStbM, Cod. Bav. 1985.
- 69 Ebenda.
- 70 Ebenda.

- 71 Ebenda.
- 72 Ebenda; vgl. auch Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 426.
- 73 Vgl. Anonym (= Joseph von Sartori): Die aufgedeckten Sterzingerischen Lügen, Keckheit und Unwissenheit, aus unwiderstößlichen Wahrheiten beleuchtet. O. O. 1775.
- 74 BayStbM, Cod. Bav. 1985; vgl. auch Pfeilschifter, Des Exorzisten Gaßner Tätigkeit, S. 426.
- 75 BayStbM, Cod. Bav. 1985.
- 76 Ebenda.
- 77 Hiert zitiert bei Fieger, Don Ferdinand Sterzinger, S. 222.
- 78 Vgl. ausführlich Hanauer, Der Teufelsbanner, S. 350f.
- 79 Wienerisches Diarium. Nr. 96 (= 2. Dezember 1775); Neueste Religions-Geschichte, Bd. 6 (1777), S. 485f.
- 80 Vgl. stellvertretend für eine große Anzahl von einschlägigen Schriften gegen den Exorzisten, Johann Salomo Semler (Hrsg.): Sammlungen von Briefen und Aufsätzen über die Gaßnerischen und Schröpferischen Geisterbeschwörungen. 2 Bde. Halle 1776.

Maria und die Evangelisten: Vier Altaraufsätze des Weilheimer Goldschmiedes Franz Sales Ferchl

In der grafischen Sammlung des Stadtmuseums Weilheim hat sich ein handgezeichneter Entwurf zu einer ornamental verzierten Altararchitektur erhalten.¹

Auf einer rechteckigen Basis stehen zwei Säulen die einen Bogen tragen. Dieser Bogen ist oben mit einem Korb geschmückt, aus dem große Blüten quellen. Auf der Basis ist ein sich nach oben verjüngender Sockel angebracht. Die Basis selbst ist mit einer ovalen Kartusche geschmückt. Links und rechts an den Säulen sind pflanzlich-ornamentale Verzierungen angebracht.

Der Entwurf unterbreitet dabei zwei Gestaltungsmöglichkeiten für die Altararchitektur, indem die linke und die rechte Hälfte leicht unterschiedlich gestaltet sind. So weist die linke Säule ein Zierband auf und wird von einer Vase abgeschlossen, während sich rechts vom Scheitel des Bogens bis zum Kapitel der rechten Säule ein Blumengehänge spannt.

Die gesamte Altararchitektur ruht auf kleinen Kugelfüßen. Da dies für einen monumentalen Altar sehr ungewöhnlich wäre, ist wohl anzunehmen, dass es sich hier weniger um den Entwurf für einen Altar handelt, sondern um die Vorzeichnung für eine Goldschmiedearbeit.

Und tatsächlich befinden sich im Kirchenschatz der Weilheimer Stadtpfarrkirche Mariä Himmelfahrt vier Altaraufsätze, deren Aufbau in den meisten Punkten mit der Zeichnung im Stadtmuseum übereinstimmen.²





Mit einer Höhe von 76 cm und einer Breite von 37 cm sind die Maße der Altäre auch mit denen der Darstellung auf der Zeichnung nahezu identisch. Die vier kleinen Altärchen der Stadtpfarrkirche bestehen aus einem hölzernen Grundgerüst mit einer samtverkleideten Nische zwischen den Säulen. Die Verzierungen aus getriebenem Silberblech sind auf das Holz aufgenagelt.

Neben kleineren Abweichungen in der ornamentalen Ausführung, wie zum Beispiel der Tatsache, dass bei den Silberarbeiten an den Seiten der Säulen jeweils ein Putto eingearbeitet ist, gibt es im Vergleich zur Entwurfszeichnung zwei entscheidende Ergänzungen: Zum einen zeigen die ovalen Kartuschen der Basis, die in der Zeichnung leer geblieben war, jetzt figürliche Darstellungen und zum anderen sind auf den Sockeln unter der Bogenstellung kleine Statuetten eingestellt.³ Bei ihnen handelt es sich um die aus Silberblech getriebenen Figuren der vier Evangelisten Markus, Johannes, Lukas und Matthäus. Die Darstellungen in den ovalen Kartuschen hingegen zeigen Szenen aus dem Marienleben: Die Heimsuchung Mariens, die Präsentation im Tempel, die Anbetung der Hirten und die Verkündigung an Maria.

Der Weilheimer Stadtpfarrer und Kunsthistoriker Johannes Damrich gibt im Jahre 1918 an, dass diese vier Silberaltaaraufsätze vom Weilheimer Goldschmied Franz Sales Ferchl hergestellt wurden.⁴ Da Damrich u.a. Zugriff auf ein Notizbuch dieses Goldschmiedes hatte, verdient diese Zuschreibung einige Glaubwürdigkeit.⁵ Auch die Zeichnung im Stadtmuseum kann man damit wohl Franz Sales Ferchl zuschreiben.

Franz Sales Ferchl kommt 1776 in Weilheim als Sohn des Gärtners Caspar Ferchl und seiner Frau Catharina Lindner zur Welt. Während sein älterer Bruder Sebastian die väterliche Gärtnerei übernimmt, beginnt Franz Sales eine Lehre beim Weilheimer Goldschmied Anton Baur. Nach seiner Gesellenwanderung kehrt er 1799 nach Weilheim zurück und heiratet Katharina Baur, die Tochter seines ehemaligen Lehrherren.⁶

In der Sammlung des Stadtmuseums haben sich die Porträts der Eheleute Franz Sales und Katharina Ferchl erhalten.



Über seine Ehefrau erhält Franz Sales dann auch die Goldschmiede-Gerechtigkeit, die er zur Einrichtung einer eigenen Werkstatt benötigt. Diese richtet er im Haus Marienplatz 5 ein, das sein Vater ihm für 750 Gulden gekauft hatte.⁷ Von seiner Arbeit zeugen heute noch einige Werke in den Kirchen der Umgebung Weilheims.⁸ 1840 verstirbt Franz Sales Ferchl und sein Sohn Sebastian übernimmt die Werkstatt.⁹

Für die figürlichen Darstellungen auf den vier kleinen Silberaltären nahm sich Franz Sales Ferchl, wie damals nicht unüblich, Druckgraphiken als Vorbilder.¹⁰ So gehen die Figuren der Evangelisten auf Kupferstiche von Lucas Kilian zurück, die dieser wiederum nach einem Apostelzyklus des Augsburger Malers Johann Kager angefertigt hatte. Ferchl übernimmt diese Vorlagen aber nicht im Detail, sondern passt sie an seine Bedürfnisse an. So greift er sich vier der Aposteldarstellungen aus dem Zyklus von Kilian/Kager heraus und verwandelt sie in die vier Evangelisten, indem er die Apostelattribute weglässt und das jeweilige Attribut des Evangelisten hinzufügt. Auf diese Weise macht er aus dem Apostel und Evangelisten Matthäus durch die Hinzufügung eines Stieres den Evangelisten Lukas.



Matthias verwandelt sich, indem das Beil aus der linken Hand durch eine Schreibfeder ersetzt und ein Löwe zu seinen Füßen platziert wird, in den Evangelisten Markus. Bei Kilian/Kagers Jakobus Major ändert Ferchl dann auch die Handhaltung. Während der Jakobus des Kupferstiches in seiner Rechten den Pilgerstab hält, legt Ferchl ihm diese an die Brust. Ein kleines Engelchen zu seinen Füßen weist die Figur nun als Evangelisten Matthäus aus. Nur bei Johannes behält er die ursprüngliche Bedeutung der Figur der Druckgrafik bei, fügt jedoch den Adler zu ihren Füßen als Attribut hinzu.



Die Darstellungen in den ovalen Feldern auf den Basen der Altärchen haben ebenfalls druckgraphische Arbeiten zum Vorbild. Es handelt sich in diesem Fall um Radierungen, die der Augsburger Maler Johann Bergmüller nach seinen Rosenkranz-Fresken in der Augsburger Dominikanerkirche St. Magdalena anfertigte. Alle vier Darstellungen auf den Altärchen haben Szenen aus dem freudenreichen Rosenkranz zum Thema: Die Verkündigung an Maria, das Zusammentreffen von Maria und Elisabeth, die Anbetung der Hirten und die Präsentation im Tempel.

Die Stiche Bergmüllers zum freudenreichen Rosenkranz übernimmt Ferchl ohne die Kompositionen zu verändern. Er versah sie jedoch durch ein paar Hinzufügungen mit neuen Details. So bringt er bei der Verkündigungsszene auf einen Treppenabsatz hinter dem Erzengel Gabriel eine Vase mit einem Blumenstrauß an und schließt die Komposition der Präsentation im Tempel auf der linken Seite mit einer kleinen Balustrade ab. Bei der Anbetung der Hirten stellt er vor der Krippe mit dem Jesuskind einen Korb mit Eiern und ein kleines Lämmchen ab – Geschenke der Hirten an das Neugeborene. Während auf dem Bergmüller-Stich zwar der Ochse zu sehen, der Esel aber nur zu erahnen ist, hat Ferchl

das Grautier stärker in Szene gesetzt. Mit langem Hals zwingt sich der Eselskopf hinter dem des Ochsen hervor und knabbert an einem Haufen Stroh, der sich hinter Marias Rücken befindet.



Und die Esel hatten es dem Weilheimer Goldschmied offenbar angetan, denn auch bei der Heimsuchung Mariens fügt er einen Esel ein, der den beiden Figuren am rechten Bildrand beim Tragen ihrer Bündel hilft. Dazu erscheinen im oberen Abschnitt der Darstellung im Gegensatz zu Bergmüllers Vorlage bei Ferchl auch noch zwei Vögel. Einer sitzt auf der Spitze des pyramidenartigen Gebäudes im Hintergrund, der andere auf dem Baum, der sich hinter der Figur der Elisabeth befindet.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob die Zusammenstellung der jeweiligen Evangelistenfiguren mit den Szenen aus dem Marienleben in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen.¹¹ Dies ist jedoch aufgrund der Tatsache, dass die Marienverehrung der katholischen Kirche zumeist auf weitaus spätere Quellen als die Evangelien zurückgeht, nur eingeschränkt möglich. Drei der in den ovalen Bildfeldern dargestellten Szenen finden in den Evangelien der darüber gezeigten Evangelisten keine Erwähnung. Weder bei Markus, Matthäus noch im Johannesevangelium finden die vier Geschichten Erwähnung. Einzig im Lukasevangelium werden sie überliefert. Ein inhaltlicher Zusammenhang ist daher nur bei der Statuette des Evangelisten Lukas und der darunter angebrachten Szene der Anbetung der Hirten zu konstatieren. Da die Altaraufsätze für einen der Maria geweihten Hauptaltar in der „Mariä Himmelfahrt“ benannten Kirche bestimmt waren, verwundert ein marianisches Programm allerdings nicht. Durch die Vereinnahmung aller vier Evangelisten für die Tradierung der Mariengeschichte wird die Bedeutung Mariens für die katholische Glaubenslehre unterstrichen.

Quellen

- 1 Stadtmuseum Weilheim, Inv.-Nr. Gr 188.
- 2 Der Autor dankt Herrn Stadtpfarrer Engelbert Birkle, Herrn Wolfgang Zak und Herrn Roland Schwalb für die freundliche Unterstützung.
- 3 In den kleinen ovalen Aussparungen der Sockel befanden sich Reliquien, die nur noch zum Teil erhalten sind.
- 4 Johannes Damrich, Die Alt-Weilheimer Gold- und Silberschmiede und ihre Kunst, in: Weilheimer Tagblatt 1918, Nr. 100–118 (Nr. 1–15, 30.4.–23.5.) hier: Nr.14,1. Dieser Zuschreibung folgt auch die Erwähnung bei Reinhard Schmid, in der die vier Altäre in kleinen schwarz-weiß Abbildungen abgebildet werden. Reinhard Schmid, Unbekanntes aus dem Kirchenschatz der Stadtpfarrei Mariae Himmelfahrt in Weilheim i. OB, in: Weilheimer Heimatblätter 12 (1999), S.63f.
- 5 Ein Notizbuch, dass sich 1918 im Besitz des Goldschmiedes Kircher befand. Damrich, Goldschmiede Nr.14,2.
- 6 Damrich, Goldschmiede Nr.14,1 u.14,2.
- 7 Damrich, Goldschmiede Nr.14,2.
- 8 Damrich verweist auf Kelche in Benediktbeuern und Jenhausen, die Altaraufsätze für die Kipfingerbüsten in der Stadtpfarrkirche Weilheim (zusammen mit seinem Schwager Eligius Baur) und die Festleuchter auf dem Hochaltar ebenda. Damrich, Goldschmiede Nr. 14,1.
- 9 Auch von Sebastian Ferchl und seiner Ehefrau besitzt das Stadtmuseum Porträts. Noch zwei weitere Söhne von Franz Sales Ferchl treten in die Fußstapfen des Vaters. Franz Sales d.J. zieht als Goldschmied nach München, während Anton anscheinend als Silberarbeiter in Weilheim bleibt und 1832 ein Patent zum Weißsieden von Silberarbeiten anmeldet. 1834 jedoch stirbt Anton im Militärhospital von Nauplia, wohin er offensichtlich als Soldat dem Wittelsbacher Prinzen Otto gefolgt war, der hier die vorläufige Hauptstadt seines jungen Königreiches errichtet hatte (Stadtarchiv Weilheim, Sterbematrikel zu 1834).
- 10 Schon Damrich vermutete, dass „für das figürliche [...] bekannte Gemälde als Vorlage gedient“ haben könnten. Damrich, Goldschmiede, Nr. 14,1.
- 11 Da die Evangelistenfiguren einzeln aus den Altären herausgenommen werden können, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden, welche Szene aus dem Marienleben ursprünglich mit welchem Evangelisten verbunden waren. Zwar befinden sich auf den Rückseiten der Evangelisten Bleistiftaufschriften, jedoch ist auch hier nicht zu sagen von wann diese datieren und ob sie tatsächlich den Zustand zur Zeit der Herstellung widerspiegeln.

Die „Fließende“ eine Verflossene?

Die Wasserableitungen an der oberen Isar

„Fließende“ klingt freilich weit weniger sensationell als „Reißende“, wie man unter Verweis auf eine sprachgeschichtliche Herkunft aus dem Keltischen den Flussnamen Isar übersetzt hat. Die Sensation ist jedoch eher, dass die Silbe -is- noch älter ist, dafür aber auch allgemeiner für das steht, was Fließgewässer nun mal tun: fließen. Eine ganze Reihe von Flüssen wurden mit der Silbe -is- gebildet. Doch wieso sollte die Isar eine Verflossene sein?

Die Isar ist ein ausgelaugter Fluss. Bevor sie nach der Staatsgrenze auch nur die zweite bayerische Kommune erreicht, Krün, wird sie seit Januar 1924 angestaut und zur Erzeugung elektrischer Energie zum Walchenseekraftwerk abgeleitet. Kein Aufwand an Erdbewegungen und Betonbauten für Talsperren und Kanäle war dafür unseren industrialisierungsbegeisterten Vorfahren zu viel. Auch ein Gabriel von Seidl vermochte damals mit seinem jungen Isartalverein nur vorerst zu verhindern, dass gleich auch noch der Reißbach in den Walchensee abgeleitet wurde. Für die Stadt Bad Tölz setzte Bürgermeister Stollreither bereits 1909 dieselbe rote Linie: „Wir hoffen, dass die kgl. Staatsregierung nicht die Absicht hegt, das gesamte Wasser dem Flussbett zu entziehen, sondern dass man mindestens den Reißbach für alle Zukunft in demselben belässt, selbst wenn die ganze obere Isar weggenommen werden sollte.“¹

Dass aber dieses recht rücksichtslose Fortschrittsstreben weit über ein verträgliches Maß hinausgeschossen ist, wurde erst 1990 anerkannt, als – ohne Auslaufen einer Genehmigung etc. – eine Wasserrückleitung an der Sperre in Krün festgelegt und realisiert wurde – leider nur nach energetischer Ausbeutung in einem eigens errichteten „Restwasserkraftwerk“², sprich nach Entzug der Kraft des Wassers, und überdies auch nicht durchgängig von Oberstrom nach Unterstrom, was doch für Flussfauna und Geschiebefracht so wichtig wäre.

Heutzutage zählt die obere Isar zwischen Mittenwald und Sylvensteinsee zu den naturschutzfachlich wertvollsten Flächen Bayerns und Deutschlands mit dem deutschlandweit einzigen größeren Vorkommen der FFH-Lebensraumtypen (LRT) „Alpine Flüsse mit krautiger Ufervegetation“ sowie „Alpine Flüsse mit Ufergehölzen von *Myricaria germanica*“ (Dt. Tamariske), zudem das in Oberbayern einzige Vorkommen des LRT „Montane und subalpine Bergspirkenwälder“ und mehr als 90 Pflanzen- und weit über 100 Tierarten der Roten Listen, darunter zahlreiche vom Aussterben bedrohte Arten.³ Oder kurz: Die „letzte größere naturnahe Wildflusslandschaft Deutschlands“.⁴



Deutsche Tamarisken am Isarufer zwischen Vorderriß und Sylvensteinsee.

Foto: Christian Buchner

Da wie Bayern auch Tirol die Ende 2000 erlassene Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlamentes (Europäische Wasserrahmenrichtlinie, EU-WRRL)⁵ umsetzen muss, hat auch die Tiroler Wasserkraft AG (TiWAG) an der Dürrach ab 2021 eine geringe Rückeinkleitung von bereits abgeleitetem Wasser rd. 100 m unterhalb des Wehrs umgesetzt, ebenfalls also, ohne die Durchgängigkeit wiederherzustellen. Nun besteht durch das Auslaufen der Betriebsgenehmigung für

das Walchenseekraftwerk die Möglichkeit, die Unwucht zugunsten der wirtschaftlichen Ausbeutung in ein austariertes Gleichgewicht zwischen funktionierenden natürlichen Abläufen und der energetischen Nutzung der Wasserkraft zu überführen. Die abgeleitete Menge an Wasser sollte einem Fließgewässer weder wesentliche kurzfristige noch langfristige Schädigungen beibringen dürfen. Doch haben Natur- und Landschaftsschutz gegenüber wirtschaftlichen Interessen von jeher einen schweren Stand. Die Erkenntnisse über die natürlichen Vorgänge, Zusammenhänge und Bedingungen im nassen Element sind heutzutage weit gediehen, so dass auf diesbezügliche wissenschaftliche Erkenntnisse zurückgegriffen werden kann. Wasserkraft kann sachgemäß nur dann als „nachhaltig“ etikettiert werden, wenn den Fließgewässern durch die Ableitungen keine wesentlichen Schädigungen entstehen. Nur auf den Sachverhalt, dass neues Wasser ständig nachströmt, abzuheben, greift weitaus zu kurz.



Das Bett des Finzbachs bei Wallgau an der Isar: Das Wasser wird bachaufwärts abgeleitet. Foto: Christian Buchner

Die obere Isar ist nur mehr Haut und Knochen

Ab 1919 wurde vor Krün ein Ableitungswehr mit Rückstauflächen im Isarbett errichtet. Durch den Stau konnte man einen gleichbleibenden Zufluss zum rund 20 km entfernten Walchenseekraftwerk bewerkstelligen. Durch Krün hindurch und an Wallgau vorbei, wobei einige Isar-Zuflüsse – in Krün der Kranzbach, bei Wallgau der Finzbach und die Jungfinz – „mitgenommen“ werden, führt ein Betonkanal das gesammelte Wasser in Richtung Walchensee, wobei zuletzt das Bett der Obernach benutzt wird.



*Übermittelt die besten Grüße von der Isar: Der Ableitungskanal bei Krün.
Foto: Christian Buchner*

Der bedeutendste Isar-Zufluss, der Rißbach, wurde 1949 unmittelbar diesseits der Staatsgrenze ebenfalls mittels eines Wehres angestaut und bis zu $12 \text{ m}^3/\text{s}$ in einen rund 7 km langen Stollen abgeleitet, der unter dem Isarbett hindurchgeführt werden musste. Auf halbem Wege zum Isarbett werden ihm bis zu $2 \text{ m}^3/\text{s}$ Wasser des Fischbachs zugeleitet, bevor dieser in den Rißbach münden könnte. Jenseits der Isar-Unterdükerung



Staubtrocken ist das weite Rißbachbett bei Vorderriß. Foto: Franz Speer



*Das trockene Fischbachbett mündet in das ebenso trockene Rißbachbett.
Foto: Christian Buchner*

wird noch der Alpenbach an einem Wehr aufgestaut und komplett in Richtung Niedernach-Kraftwerk am Walchensee abgeleitet. Insgesamt ist die Ableitung aus diesem „Ast“ auf 12 m³/s begrenzt, kann aber bei erhöhtem Zufluss aus der Schneeschmelze auf 14 m³/s erhöht werden⁶.

Das der Isar vor Krün bis zur Jachenmündung bei Langeneck (Gde. Lenggries) in Richtung Walchensee-Kraftwerk entzogene Wasser wird ihr über einen von Beuerberg an der Loisach bis Puppling an der Isar errichteten Kanal wieder zugeleitet. Wenn wir also über die obere Isar im Kontext der Wasserableitungen sprechen, so bezieht sich das auf den Isarabschnitt von Krün bis Puppling. Der oberen Isar wird seit 1924 beinahe das gesamte Wasser entzogen. Die Loisach wiederum, der das zusätzliche Wasser aufgebürdet wurde, musste erst umfangreich ausgebaut werden. Auch der Übergang vom Kochelsee in das Loisachbett musste erst definiert werden, denn dem Kochelsee war nordwärts der Rohrsee vorgelagert, eine saisonal wechselnd feuchte bis nasse Moorlandschaft. Die Flusssohle des natürlichen Kochelseeauslaufs musste mit einer Steinrampe gesichert werden, während östlich davon als zweiter Auslauf die sog. Kochelseeschleuse angelegt wurde, um die durch den Betrieb des Walchenseekraftwerks erzeugten Wasserstandsschwankungen im Kochelsee zu regulieren⁷.

Im Jahresschnitt werden der oberen Isar rd. 14,2 m³/s Wasser entzogen, indem der natürliche Ausfluss des Walchensees in die Niedernach geschlossen und die Isar vor Krün mitsamt Kranzbach, Finzbach und



Ausleitung des überschüssigen Wassers am Beuerberger Wehr in den 10,6 km langen Loisach-Isar-Kanal. Foto: Christian Buchner

Jungfinz abgeleitet wird. Weitere rd. $7,6 \text{ m}^3/\text{s}$ werden der Isar im Jahreschnitt entzogen, indem der Reißbach mitsamt Fischbach und Alpenbach abgeleitet wird. Weitere rd. $9,6 \text{ m}^3/\text{s}$ im Jahresschnitt werden der Isar entzogen, indem der natürliche Abfluss des Achensees in die Seeache/Walchen geschlossen und die Bäche Baumgarten-, Plums-, Kessel-, Unterau- und Ampelsbach abgeleitet werden. In der Summe fehlen zwischen Krün und Puppling im Bett der Isar und ihrer Zuflüsse rd. $31,4 \text{ m}^3/\text{s}$ Wasser⁸, das entspricht einem $12,5 \text{ m}^2$ großen Zimmer voll Wasser – jede Sekunde.

Nutznieser dieser Entziehungen sind mit rd. $24 \text{ m}^3/\text{s}$ das Walchensee- und mit knapp $10 \text{ m}^3/\text{s}$ das Achenseekraftwerk.⁹ Nur das zum Walchensee-Kraftwerk geleitete Wasser gelangt wieder ins Isarbett zurück, der Weg über das Achensee-Kraftwerk in Jenbach führt in den Inn.

Ab 1918 wurde am Walchenseekraftwerk, dem Leuchtfeuerprojekt des Bayerischen Staates bei der Transformation des landwirtschaftlich geprägten Landes zu einem industriell geprägten, gebaut. Die natürliche Entwässerung des Walchensees im Osten über Niedernach und Jachen in die Isar wurde mittels einer Sperranlage bei Niedernach, die Jachenschleuse¹⁰, verhindert.

Stattdessen sollte das Wasser des Walchensees im Norden über Stollen dem neuen Kraftwerk am Kochelsee zugeleitet werden. Damit verblieb das Niederschlagswasser aus dem natürlichen hydrographischen



*Der natürliche Ablauf des Walchensees in die Niedernach wurde versperrt.
Foto: Christian Buchner*

Einzugsgebiet des Walchensees im See. Da der Walchensee rundum von Bergen eingesäumt ist, ist dieses Einzugsgebiet mit rund 76 km² nicht besonders groß. Allein durch die Isarüberleitung vom Krüner Wehr her erweiterte man mit einem gewaltigen Schlag das Einzugsgebiet auf mehr als das Sechsfache; die Ableitung ist auf maximal 25 m³/s ausgelegt¹¹. Freilich fehlte das Wasser aus diesem Gebiet fortan im Bett der Isar – mit erheblichen Folgen für Fauna, Flora, Grundwasser, Geschiebetransport und resultierend in einem sich verändernden Landschaftsbild. Im ursprünglichen Flussbett verblieben nur die schadenträchtigen Hochwasser. Auf dem Weg des Isarwassers in einem Betongerinne zum Walchensee leitete man 1924 zudem das Wasser des Kranzbachs mit ein und erreichte damit eine Erweiterung des Einzugsgebiets auf annähernd 550 km². Still und heimlich verschwindet der in Krün vollständig regulierte Kranzbach in einer Rohrleitung.

Die im Kanal gesammelten Wasser der abgeleiteten Fließgewässer werden über das Tal der Obernach zum Walchensee geleitet. Ursprünglich entwässerte der Sachensee über die Obernach in den Walchensee. Heute leitet das Sachenbachwehr das Wasser der Isarüberleitung über einen Druckstollen zum Obernach-Kraftwerk; für die bei Einsiedl in den Walchensee mündende Obernach ist ein Mindestwasser von 0,5 m³/s festgelegt¹².

Vom Walchensee, der als Ausgleichsbecken fungiert und um bis zu 6,60 m abgesenkt werden darf¹³, wurde von Urfeld aus durch den

Kesselbergücken eine Rohrleitung bis zum sog. Wasserschloss des Walchensee-Kraftwerks gebrochen, von wo das Wasser in mehreren Rohrleitungen obertägig den Berghang hinunterstürzt, um im Kraftwerk am Altjoch Turbinen anzutreiben. Die Fahrt mit dem Schrägaufzug zum Wasserschloss gilt als Highlight einer Besichtigung des Walchensee-Kraftwerks, das als technikhistorisches Denkmal imagefördernd für das Unternehmen beworben wird.



*Die künstliche Ableitung des Walchensees bei Urfeld durch den Kesselbergsattel.
Foto: Christian Buchner*

Historisch war auch der brachiale Gestaltungswille, mit dem man bedenkenlos die Landschaft so umgebaut hat, wie man sie brauchte. Ein Kind desselben Geistes ist jenseits der Staatsgrenze das ab 1924 – just als das Walchensee-Kraftwerk in Betrieb ging – errichtete Achensee-Kraftwerk in Jenbach am Inn. Im Unterschied zum Walchensee-Kraftwerk, das seit den privatisierungsbegeisterten 1990ern in privatwirtschaftlicher Hand ist, wird das Achensee-Kraftwerk bis heute von der TiWAG betrieben, der Tiroler Wasserkraft AG, die sich vollständig im Besitz des Landes Tirol befindet.

Dort wie hier sperrte man zunächst den natürlichen Abfluss des Achensees im Norden bei Achenkirch über die Seeache/Walchen in die Isar. Zur Ableitung des überschüssigen Wassers zum Kraftwerk in Jenbach musste am südlichen Ende ein Stollen erbaut werden. Das natürliche Einzugsgebiet des Achensees von 155 km² generierte genug Wasser, um 1927 mit dem Betrieb zu starten. Der Höhenunterschied von 390 m zwischen Achensee und Achenseekraftwerk in Jenbach im Inntal ist beinahe doppelt so groß wie jener zwischen Walchen- und Kochensee, so dass zur Erzeugung derselben Energie weniger Wasser vonnöten ist.

Doch der nächste Schritt folgte auf den Fuß, indem ab 1928 der natürlicherweise in die Seeache mündende Ampelsbach über einen Kanal in den Achensee umgeleitet wurde. Über den Ampelsbachkanal wird auch das beim Pumpwerk im Norden von Achenkirch gesammelte Wasser der – am Seeauslauf ohnehin gesperren – Seeache in den Achensee eingeleitet.



*Der natürliche Ablauf des Achensees in die Seeache/Walchen wurde versperrt.
Foto: Christian Buchner*



Die Ableitung des Ampelsbachs. Foto: Christian Buchner

Auf diesem Stand verblieben die Ableitungen einige Jahrzehnte, bis in den 1940ern der Bedarf an elektrischem Strom hüben wie drüben erneute Planungen veranlasste, um die Kraftwerksleistungen zu steigern. Dazu war zusätzliches Wasser vonnöten, und so strebte die Ableitungssucht auf ein neues Niveau.



Das Pumpwerk in Achenkirch pumpt das Wasser vom Bett der Seeache hoch zum Ampelsbachkanal. Foto: Christian Buchner

Man mag es kaum glauben, doch mitten im Zweiten Weltkrieg kamen zwei Vorhaben zur Überraschung der örtlichen und regionalen Verantwortlichen auf den Tisch. Eher untergeordneter Natur war 1943 die zusätzliche Einleitung des Finzbachs und seines Zuflusses, der Jungfinz, bei Wallgau in den Isarüberleitungskanal. Die Not muss groß gewesen sein, wenn man den Aufwand für die Bauwerke an den zwei Fließgewässern zum relativ mageren Ertrag von rund $0,5 \text{ m}^3/\text{s}$ (max. $1,5 \text{ m}^3/\text{s}^{14}$) ins Verhältnis setzt. Das erfasste Einzugsgebiet wuchs von rund 550 km^2 auf ca. 590 km^2 an. Für die abgeleiteten Bäche aber ist das Ergebnis katast-



Der trockene Bachlauf des Finzbachs unterhalb der Ableitung. Foto: Christian Buchner



Das Wehr an der Jungfinz. Foto: Christian Buchner

rophal: Das Flussbett des Finzbachs unterhalb der Ableitung ist seither zumeist komplett ausgetrocknet, ausgenommen bei starken Regenfällen und Hochwassern.

Wesentlich ergiebiger aus Sicht des Kraftwerksbetreibers, der damals der NS-Reichsführung unterstand oder zumindest zuarbeitete, war die Reißbachableitung. Dieses Schlagwort geisterte im Februar 1944 durch die Region und sorgte für Bestürzung. Der Tölzer Stadtchronist vermerkte: „Reichsstatthalter von Epp, der Landrat, die Bürgermeister haben schärfsten Protest eingelegt. Die Aussichten sind gering.“¹⁵ Deutschland stand da unter ständigem Beschuss, das Ende des Krieges wie auch des NS-Regimes war noch nicht nah, aber unausweichlich. Doch nach Kriegsende war die Reißbachableitung nicht vergessen, und die Befindlichkeiten hatten sich kaum geändert, wie man erneut in der Tölzer Stadtchronik unterm 15. Mai 1948 nachlesen kann: „Die Arbeiten zur Durchführung des Reißbachprojektes werden unter Außerachtlassen aller Einsprüche der Stadt und der an der Isar gelegenen Gemeinden und Betriebe, vor der Durchführung des wasserpolizeilichen Verfahrens, begonnen. Der Stadtrat erhebt stärksten Widerspruch gegen dieses rechtswidrige, unter der Duldung der Staatsregierung und des Landtags gewaltmäßig vor sich gehende Vorgehen.“¹⁶ Die Proteste der betroffenen Isar-Anliegergemeinden, die bei Landrat Dr. Gröbner auf offene Ohren stießen, hatten bereits 1947 zu einem Beschluss des Bayerischen Landtags geführt, als Ausgleichsmaßnahme zur Ableitung des Reißbachs zugleich einen Wasserspeicher zu errichten, der für den Fall der Trockenheit

Wasser zuschießen konnte. Doch kam dieser Speicher keineswegs gleichzeitig, sondern mit zehn Jahren Verspätung: der Sylvensteinspeicher.

Der Rißbach kommt, wie auch die Isar, von Tiroler Seite auf Bayerisches Gebiet, insofern musste man sicher sein können, dass Österreich nicht später eine eigene Ableitung umsetzt und der eigenen das Wasser abgräbt. Wie sich zeigte, plante auch Österreich eine Leistungssteigerung seines Kraftwerks, indem man weitere Fließgewässer in den Achensee umleiten wollte. Während sodann Österreich Bayern im beiderseitigen Übereinkommen von 1950 den Rißbach zur Ausbeutung zugestand, bekam Österreich die Dürrach, den flussabwärts nächsten Zufluss zur Isar bei Fall, zugestanden. So waren die Jahre ab 1948 an der oberen Isar geprägt von Großbaustellen im Rißbachtal und im Bächental.

Die Rißbach-Ableitung setzt unmittelbar innerhalb der Staatsgrenze an mit einem kleinen Rückstaubecken und Talsperre bei der Oswaldhütte. Am Rißbachwehr wird das Wasser abgeleitet und in einem Stollen in der Bergflanke in Richtung Walchensee abgeleitet, dessen Einzugsgebiet damit auf heute knapp 800 km² ausgedehnt wurde. Das Flussbett unterhalb des Rißbachwehrs ist ganzjährig fast wasserleer.

Im Bächental befindet sich auf Tiroler Seite, wo sich Baumgartenbach und Plumbach zur Dürrach vereinigen, eine Kuppelstaumauer von 30 m Höhe und leitet alles Wasser ab in einen Stollen nach Nordosten, der sich mit dem Stollen, der das oberhalb des Forsthauses Aquila abgeleitete Wasser des nördlich gelegenen Kesselbachs führt, vereinigt und nach Osten rund 7 km unter dem Gröbner Hals hindurch zum Achensee führt und etwa vom Christlumgebiet her in den See einmündet. Nur das Wasser der Dürrach-Zuflüsse auf deutscher Seite gelangen in den Sylvensteinspeicher und damit weiterhin ins Isarbett.

Der Ableitungstunnel der Dürrach ist insgesamt 8,2 km lang, 3 m breit und 2,80 m hoch. Der erste Wasserdurchfluss erfolgte am 2. Oktober 1951.¹⁷ Durch die Erweiterung um das Gebiet der oberen Dürrach vergrößerte man das Einzugsgebiet des Achensees auf rund 220 km².¹⁸ Auf den letzten Metern wird in der Nähe der Talstation der Christlum auch noch der Unteraubach in die Dürrachüberleitung mit abgeleitet, der bislang in die Seeache gemündet und beim Pumpwerk im Norden von Achenkirch in den Ampelsbachkanal hochgepumpt worden war, um den Weg rückwärts anzutreten.



Das Wehr im Bächental unterhalb des Zusammenflusses von Baumgartenbach und Plumbach leitet deren Wasser ab in den Achensee. Foto: Christian Buchner

So verstimmt die Bevölkerung inklusive ihrer Kommunalpolitiker über die Reißbachableitung war, so konsequent blieben Tölzer und Lenggrieser Vertreter der feierlichen Eröffnung der Reißbachableitung im Oktober 1949 fern und trafen sich stattdessen zu einer Protestkundgebung in der Tölzer Marktstraße. Die Reißbachableitung wurde weiter ausgebaut, indem 1950 sowohl der Reißbach-Zufluss Fischbach als auch der Jachen-Zufluss Alpenbach in die Überleitung eingeleitet wurden. Der Fischbach ist unterhalb des Stauwehrs fast vollständig ausgetrocknet. Währenddessen wurde auch an einer vorgeschalteten Kraftwerksstufe in



Das Niedernach-Kraftwerk mit dem Umgebungsauflauf links und dem Kraftwerksauflauf in den Walchensee unten. Foto: Christian Buchner

Niedernach gebaut, in der das aus der Rißbachableitung samt Fisch- und Alpenbach stammende Wasser energetisch ausgebeutet wird. Das Kraftwerk Niedernach ging 1951 in Betrieb. Auch an der Oberrach wurde eine Kraftwerksstufe errichtet und 1955 in Betrieb genommen.

Die Folgen der Ableitungen

Die voraussehbaren und einkalkulierten wirtschaftlich negativen Folgen der Wasserableitungen betrafen die gewerblich und zum Eigenbedarf betriebene Flößerei. Diese hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts infolge des Eroberungszuges der Eisenbahn, die immer mehr Verkehrswege kostengünstig, transportschnell und robust gegen wechselnde Witterung erschloss, ohnehin das Nachsehen und ihre Fracht sukzessive an das Stahlross verloren. Der Warentransport war schon länger passé, verblieben war der Holztransport aus den riesigen Gebirgswäldern im oberen Isartal. Die Flößer organisierten sich in einer Interessengemeinschaft, die mit einer Stimme mit den Verantwortlichen der Kraftwerksplanungen über Entschädigungen und Wassergaben zu bestimmten Zeiten verhandelten, damit Flößerei und Trift zumindest zeitweise durchgeführt werden konnten. Lenggries, die größte Kommune des noch nicht an die Bahn angeschlossenen Isarwinkels, erhielt als Kompensation für die Beeinträchtigungen der Flößerei durch die Wasserableitungen und beinahe zeitgleich mit der Fertigstellung des Walchenseekraftwerks – Ironie der Geschichte: einen Bahnanschluss.

Keine Ironie, sondern zwangsläufige historische Folge der kaltschnäuzigen „Abwägung“ der vielfach und mitunter hochemotional vorgebrachten Vorbehalte gegen die massiven Eingriffe in die Landschaftsgestalt und das Abflussregime rund um die obere Isar war, dass der noch junge Naturschutz und Landschaftsschutz (die „Heimat“) weiter an Zustimmung gewannen.

Natürlich war und ist die grundlegende Folge der Wasserableitungen Wassermangel. Man hat – wie schon in den 1900er und 1910er Jahren – auch in den 1940ern, als das Vorhaben der Rißbachableitung im Isarwinkel bekannt wurde, verzweifelt Protest erhoben und doch nichts erreicht. Immerhin erteilte der Landtag 1947 der Regierung den Auftrag, zugleich mit der Rißbachableitung einen Wasserspeicher an der Oberen Isar zu errichten, der in Mangelzeiten Wasser zuschießen kann: Das ist

die politische Begründung für die Megabaumaßnahme an und oberhalb der Sylvensteinenge, an der die drei Täler der Isar, der Walchen und der Dürrach ein Stück weit überstaut werden, um ein Wasserreservoir vorhalten zu können. Verständlicherweise betonen staatliche Stellen stets die Hochwasser-Schutzfunktion des Sylvensteinspeichers, da sie sich damit in positivem Licht präsentieren können. Tatsächlich aber ist der Sylvensteinspeicher ursprünglich eine erzwungene Ausgleichsmaßnahme für die über jedes Maß hinausgehenden Wasserableitungen im Faller Tal. Wiederum hat man ganze Arbeit geleistet und sogar einen Ort abgerissen und an höhergelegener Stelle neu gebaut.

Der Sylvensteindamm steht nicht als unüberwindliche Flusssperrre für sich. Hochwasserschutz hätte auch kleinteiliger und entzerrt realisiert werden können, ohne die Durchgängigkeit der Isar grundsätzlich zu unterbrechen. Es ist das Speicherbecken mit Wasserfüllung, das einer Durchgängigkeit im Wege steht, und dieses Speicherbecken ist eine Folge der groß dimensionierten Ableitungen aus dem Faller Tal zum Achen- und Walchensee, mithin eine nachhaltig negative Folge der Wasserkraft.



Blick auf den Sylvensteindamm und den Stausee. Foto: Christian Buchner

Wo das Wasser in den Bach- und Flussbetten fehlte, sank der Grundwasserspiegel um bis zu 17 Meter! Zwischen Krüner Wehr und Reißbachmündung floss an nurmehr 45 Tagen im Jahr überhaupt noch Wasser. An knapp zehn Monaten im Jahr fließt im Reißbachbett unterhalb des Wehrs ebenfalls kein Wasser mehr. Der Finzbach und die Fischbachschlucht liegen trocken.¹⁹

So sehr die Kraftwerksbetreiber das Wasser wollen, so wenig halten sie vom mittreibenden Geschiebe. Verständlich, dass man deshalb geschiebeführende Hochwasser ins alte Bett weiterpoltern lässt, anstatt sich die Anlagen demolieren zu lassen. Zum Glück lässt sich nicht vermeiden, dass dabei auch große Mengen Wasser mitgehen, doch für den Flusskörper und das Grundwasser ist das nur, aber immerhin, ein halber Segen. Denn dann fällt wieder alles trocken und das Geschiebe wird nicht weitertransportiert. Stattdessen organisieren die Behörden einen regen Betrieb von Kiesansammlung und -abtransport – großer Aufwand und Kosten, die direkt im Zusammenhang mit den Wasserableitungen stehen.

Während der Öffnung der Wehrschleusen zur Durchleitung schadenträchtiger Hochwasser entsteht eine wasserführende Verbindung zwischen Oberstrom und Unterstrom, die von aquatischen Lebewesen genutzt bzw. der sie sich nicht entziehen können. Werden dann bei nachlassendem Abfluss mit nicht mehr als gefährdend eingeschätztem Gefahrenpotential für die Anlagen die Wehre wieder geschlossen, geschieht das in einer Geschwindigkeit, die für Fische und andere Wassertiere zu schnell ist, um sich in Sicherheit zu bringen: die wasserführende Verbindung reißt zu rasch ab, erst bleiben Gumpen und Tümpel, die dann auch versickern. Ihr Nachlass sind verendende Lebewesen²⁰. Diese Tatsache gewinnt in der weltweiten Zusammenschau an Bedeutung, da allein in den rund 50 Jahren seit 1970 der Artenbestand in Seen, Flüssen und Feuchtgebieten um 83 Prozent (!) zurückgegangen ist.²¹

Mit den Geschiebesperren vor dem Sylvensteinspeicher soll verhindert werden, dass dieser laufend verlandet und die Mechanismen zur Regulierung seines Abflusses gestört würden. Die Geschiebesperren bringen es als dauerhafte Aufgabe mit sich, dass laufend Geschiebe ausgebaggert werden muss, damit die Abflüsse durch die Geschiebesperren, die auch als Fischtreppen dienen, erhalten bleiben.

Maßnahmen einer Wiedergutmachung

Der wasserrechtliche Bescheid des Landratsamtes von 1966 legte eine vorgeschriebene Mindestwasserzuführung am Pegel Bad Tölz auf 20 m³/s im Sommer und 10 m³/s im Winter fest – dies bezog sich aber rein auf die Bewirtschaftung des Sylvensteinspeichers, der ja als Aus-

gleichsbecken zwischen Hochwasser-Rückhalt und Niedrigwasser-Zuschuss fungiert. Dennoch hatte sich die politische Einschätzung der Bilanz der Wasserkraftnutzung an der oberen Isar gewandelt, wie an dem Forschungsauftrag des Bayerischen Landtages zur Rückverwandlung der Isar in einen „kultivierten Wildfluss“ aus dem Jahr 1972 abzulesen ist. Vor Ort im Isarwinkel aber hatte man den Eindruck, der Entwicklung verstärkt „nachhelfen“ zu müssen und gründete 1974 eine sogenannte „Notgemeinschaft“ namens „Rettet die Isar jetzt!“ bewusst mit Rufezeichen. Bei der Eröffnungsveranstaltung mit Teilnehmern vom Landrat über sechs Bürgermeister aus dem Isartal und Landtagsabgeordneten bis hin zu den Vertretern 15 landesweiter Vereine wurde auch gleich eine Resolution verabschiedet. Als Erster Vorsitzender wurde der Lenggrieser Bürgermeister Dr. Kaspar Seibold, als sein Stellvertreter Günther Kick aus Bad Tölz gewählt. Eine anschließende Unterschriftenaktion erbrachte 14 000 Unterstützer für das Anliegen.

Im Anschluss an eine 1975 erstellte Studie des Bayer. Innenministeriums zur Neuordnung der Abflussverhältnisse im oberen Isarbett wurde 1978 im wasserwirtschaftlichen Rahmenplan des Bayer. Umweltministeriums die Rückleitung von 4,8 m³/s Wasser als „ganzjährig (!) erforderlich und energiewirtschaftlich vertretbar“ gefordert. Entsprechende Resolutionen des Kreistages Bad Tölz-Wolfratshausen in den Jahren 1979 und 1981 erfolgten jeweils einstimmig.²² Erst 1990 war es soweit, dass ab dem 1. Mai eine Teilrückleitung der Isar bei Krün realisiert wurde, allerdings nur von April bis Oktober mit 4,8 m³/s, im Winter hingegen mit lediglich 3,0 m³/s. Günther Kick ließ sich zum Spaß im Kajak ablichten, wurde aber schnell ernst: Die Teilrückführung sei ein erster Schritt, die aus dem Tritt geratene Beziehung zwischen den Belangen des Naturschutzes und Energiewirtschaft wieder ins Lot zu bringen. Dazu gehöre auch, dass die jetzige Regelung auf andere Ableitungsflüsse und -bäche ausgedehnt werde und man auch mit den österreichischen Nachbarn über dieses Thema spreche, so die Wiedergabe seiner Ansprache im Tölzer Kurier am 2. Mai 1990.

Tatsache ist, dass der Teilrückleitung 1989 ein Vertrag zwischen der Bayernwerk AG (heute UNIPER) und dem Freistaat Bayern vorausgegangen ist, in dem der Freistaat auf jegliche „weitere entschädigungslose Abflusserhöhungen bis zum Ablauf der Wasserrechtsbescheide“ verzichtete.²³



***Günther Kick bei der Feierstunde von „Rettet die Isar jetzt!“ am 1. Mai 1990 im trockenen Isarbett bei Vorderriß.
Foto: Archiv „Rettet die Isar jetzt!“***

Nicht nur an der oberen Isar forderte das rigide Vorgehen der Planer wider die natürlichen Landschaften die bürgerschaftliche Gegenbewegung des Natur- und Landschaftskonservatismus heraus, die ihren Nachhall in den Verwaltungsstrukturen der Regierungen fand. Da die Alpen nicht nur, was ihre Gewässer anbelangt, eine besonders sensible Landschaft darstellen, trat 1995 eine internationale „Alpenkonvention“ in Kraft, deren beschlussfassendes Organ die aus den Ministerinnen und Ministern der Alpenstaaten bestehende „Alpenkonferenz“ ist. Derzeitiger Vorsitzender ist der slowenische Minister für natürliche Ressourcen und Raum-

ordnung, Uroš Brežan.²⁴ Die Vertragsparteien der Alpenkonferenz einigten sich auf der Tagung am 10.12.2020 darauf, die „letzten natürlich erhaltenen Flüsse und Flussabschnitte in den Alpen zu schützen“ und die „Verbesserung und Wiederherstellung des natürlichen Zustands von Flüssen zu fördern“. Diese Deklaration wurde von allen Ministerinnen und Ministern der Regierungen angenommen.²⁵

Die internationale Zusammenarbeit trägt auch im Bächental Früchte. In einem abgestimmten Vorgehen löste das Wasserwirtschaftsamt auf bayerischer Seite eine Sperre soweit auf, dass sie erst ab einem 80-jährigen Hochwasser greift, während weiter talaufwärts die Tiroler Seite erstmals seit der Totalausleitung etwas Wasser durchgängig wieder ins Bachbett abfließen lässt. Bereits 2011 bestand in der tirolisch-bayerischen Facharbeitsgruppe Dürrach-Walchen „Konsens, dass Restwasserdotation erforderlich ist“.²⁶

An der Stierschlagsperre an der Dürrach auf deutscher Seite, über die eine Straße ins Lärchkogelgebiet führt, wurde das Geschiebe, also Geröll, davon abgehalten, in den Sylvensteinspeicher geschwemmt zu werden und dessen Speichervermögen zu reduzieren. Da diese Sperre bereits vor Jahren bachaufwärts bis obenhin voller Geröll war, errichtete das Wasserwirtschaftsamt einen Geschiebefang direkt am Einlauf der Dürrach in den Sylvensteinspeicher, wobei man ein weiteres Mal in den Bachverlauf eingriff. Bis Ende 2020 ließ das Wasserwirtschaftsamt das Geröll oberhalb der Stierschlagsperre ausbaggern und in den Sockel der Staumauer einen relativ kleinen Durchlass meißeln. Der Geschiebetrieb von oberhalb nach unterhalb der nun durchlässigen Sperrwand scheint sich einzupegeln, doch muss das Geschiebe vor dem Speichersee nach wie vor ausgebaggert werden, jetzt halt an der Mündung.

Oberhalb der Stierschlagsperre gibt die TIWAG auf österreichischer Seite seit Anfang 2021 genau $0,143 \text{ m}^3/\text{s}$ (143 l , gut 14 Putzeimer je Sekunde) Restwasser an die Dürrach ab. Diese Menge leitete man aus dem seit 1983 (bis 2018) niedrigsten gemessenen Wert des von der Bächentalsperre abgeleiteten Wassers ab, wobei der mittlere Durchfluss in diesem Zeitraum bei $2,4 \text{ m}^3/\text{s}$ lag und man, wie der Graph belegt, bis 1983 zurückgehen musste, um einen so extrem niedrigen „Ausreißer“ zu finden²⁷. Die Abgabe erfolgt nicht direkt an der Talsperre, sondern 100 m unterhalb, größtenteils über eine bereits vorher bestehende Leitung. Damit sollen „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ die „für den guten Zustand festgelegten Werte für die biologischen Qualitätskomponenten“ erreicht werden.²⁸ Laut dem einschlägigen Wasserrechtsbescheid soll die „Pflichtwassermenge zur Gewährleistung des Fischlebensraumes im guten Potential unterhalb der Sperre Bächental“ bis spätestens 2025 ermittelt sein²⁹. Bis 2027 soll neben der Mindestwasserführung auch die Durchgängigkeit an Querbauwerken – z.B. in Gestalt einer „Fischtreppe“ – hergestellt sein.³⁰

Eine „Fischaufstiegsanlage“ befindet sich auch bereits seit 2011 am Restwasserkraftwerk Krün, jedoch stellt sich dort die Frage nach dem „Fischschutz für abwärtswandernde Fische“.³¹ Die durch natürliche Prozesse geschaffene Landschaft – nachdem man sie wesentlicher dieser Prozesse beraubt hat – wiederherzustellen, zieht eine um die andere Maßnahme nach sich, die allesamt ihre eigenen Nebenwirkungen haben. Und bezahlt werden diese Eingriffe von der öffentlichen Hand, während der Nutznießer Überschüsse an internationale Anteilseigner ausschüttet.

Im Einklang mit einer Studie zur Auen- und Vegetationsdynamik am Unterlauf des Rißbachs von 2022, in der Carmen Rethschulte und Michael Reich konstatierten, dass ein Mindestabfluss am Rißbachwehr die „Situation für die aquatischen Lebensgemeinschaften verbessern und damit auch den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie dienen“ würde³², wurde Anfang 2023 in Abstimmung mit dem Wasserwirtschaftsamt, der Regierung von Oberbayern und dem Bayer. Staatsministerium für Umwelt im Auftrag von Uniper am Wehr eine Wassergabe von 2 m³/s ins Rißbachbett abgegeben. Im Rahmen dieser Dotationsversuche wurden die resultierenden hydraulischen und hydromorphologischen Verhältnisse im Gewässer erfasst. Diese Versuche wurden im April 2023 beendet. Bereits aus dem status quo am Rißbach lassen sich Rückschlüsse für eine künftige Bewirtschaftung am Isarwehr bei Krün ableiten. In ihrer Studie kamen Rethschulte und Reich zu dem Ergebnis, dass „die Aue bis heute eine funktionierende Morphodynamik aufweist“ und begründen dies mit den „im Vergleich zur Isar wesentlich häufigeren Stauraumpülungen, die durch die geringe Dimensionierung des Stauraums am Rißbachwehr bedingt werden.“³³ Die Morphodynamik verhindert ein großflächiges Verbuschen der Aue³⁴, wie es im Isarbett seit der Teilrückleitung von 1990 am Krüner Wehr beobachtet wird³⁵. Würde also ein Teilrückbau in Krün mit Verkleinerung des Stauraumes oberhalb des Isarwehrs eine positive Auswirkung auf die Morphologie im Flussbett unterhalb des Wehrs begründen? So einfach wird es nicht sein, denn auch das Gefälle spielt hierbei eine Rolle – die Komplexität der Problematik sei jedoch mit diesem Detail beispielhaft angedeutet.

Die Unwucht in ein austariertes Gleichgewicht überführen

Dass Talsperren, Wasserableitungen und sonstige Nutzungen der Fließgewässer kein regionales Problem sind, belegt die im Jahr 2000 erlassene EU-WRRL. Nach ihr sind alle Mitgliedsstaaten der EU verpflichtet, bis 2015 – nur in Ausnahmefällen bis 2027 – alle (!) Gewässer in einen „guten ökologischen“ und „guten chemischen Zustand“ zu bringen. Für Grundwasser ist ein „guter mengenmäßiger“ und „guter chemischer Zustand“ zu erreichen.

Die Jachen beispielsweise, der natürliche Abfluss des Walchensees und auf ganzer Länge von 23 km bis zur Mündung in die Isar von der

Sperrung betroffen, wird nach EU-WRRL wegen der geringen Wasserführung mit zeitweiligen Versickerungen als „mäßig“ eingestuft.³⁶ Deshalb fanden ab Mai 2023 auch an der Jachen Restwasserversuche statt.

Der „gute“ Zustand wird nach EU-WRRL folgendermaßen charakterisiert: „Gewässer sind dann in einem guten Zustand, wenn ihre Lebensgemeinschaften, ihre Struktur, bei Oberflächengewässern die chemischen Inhaltsstoffe bzw. beim Grundwasser die chemischen Inhaltsstoffe und deren Menge vom Menschen nur gering beeinflusst sind.“³⁷

Von einer geringen Beeinflussung durch den Menschen ist die Isar indessen weit entfernt, eine grundlegende Umorientierung in der Politik ist unvermeidlich. Der Privatwirtschaft, von der kein Entgegenkommen erwartet werden kann, da jede geldwerte Wiedergutmachungsleistung des Managements von Seiten der shareholder als Veruntreuung von Unternehmensaktiva bewertet würde, sind die künftigen Bedingungen für Wasserentnahmen an der Isar und ihren Zuflüssen im Rahmen der künftigen Konzessionen zu diktieren: „Für die vom Walchensee-System in der Wasserführung und im Geschiebetransport betroffenen Gewässerstrecken gibt es entweder kaum Regelungen, oder sie sind unzureichend“, steht im Konzept der Regierung zum Sachverhalt, und: „Im Wesentlichen sind für die Gewässerunterhaltung in den Ausleitungsstrecken bislang der Freistaat Bayern oder die Kommunen zuständig.“³⁸ Die Lasten werden also sozialisiert, die Gewinne privatisiert.

Zum Grundwasser steht der Grundsatz im Raum, dass die jeweilige Wasserentnahme lediglich einen Teil des jährlich neu gebildeten Grundwassers betragen darf. Ein „guter mengenmäßiger Zustand“ besteht dann, wenn „die mittlere jährliche Wasserentnahme die verfügbaren Ressourcen langfristig nicht übersteigt“. Es versteht sich von selbst, dass an der seit 100 Jahren ausgebeuteten Oberen Isar nicht der status quo gelten kann, sondern der Stand vor den ersten Ableitungen, also vor 1920. Dies mag wie eine unerhörte Forderung klingen, doch sie entspricht der Wasserrahmenrichtlinie, die ja nicht ansetzen kann bei einem vollständig abgeleiteten Fließgewässer, wo nichts mehr zu holen und entsprechend nichts zu gewinnen ist. Nein, der Einfluss des Menschen darf nicht mehr als gering sein, und das von Anfang an. Folgerichtig ergeben sich mannigfaltige Aufgaben des Rückbaus, der Betriebsänderungen, der Wiederherstellungen natürlicher Funktionen an allen menschenge-

machten Eingriffen. Die Wasserwirtschaftsbehörden sind diesbezüglich seit Jahren verschiedentlich tätig, jedoch bislang immer auf eine Art und Weise, die dem wirtschaftlichen Nutznießer dieser alles Maß sprengenden Ausbeutung der oberen Isar und ihrer Zuflüsse nicht weh tat.

Hinzu kommt die Klima-Entwicklung, die in den vergangenen Jahrzehnten mit mehreren Hochwasserereignissen zu Revisionen der dem Regierungshandeln zugrundeliegenden technischen Werte, z.B. was ein 100-jährliches Hochwasser „HQ₁₀₀“ ist, geführt hat und weiter wird.

Das Walchenseekraftwerk-System umfasst heute sechs Wasserkraftanlagen, zwölf Ableitungs- und Regulierungswehre, zehn von Wasserableitungen betroffene Fließgewässer mit rund 110 km Ausleitungsstrecken bis hin zur Totalableitung, drei betroffene Seen, 25 km Zuleitungsstollen, -rohre und -kanäle, gut 10 km Loisach-Isar-Kanal und 4 km ausgebaute Obernach.³⁹ Das Walchenseekraftwerk erzeugt mit vier sog. Pelton-Turbinen rund ein Drittel bis zur Hälfte seiner erzeugten Elektrizität in Form von sog. Bahnstrom mit 15 2/3 Hz. Nur der Rest wird als Haushaltsstrom mit 50 Hz mit vier sog. Francis-Turbinen erzeugt.⁴⁰

Auch für die diversen Natur- und Landschaftsschutzverbände ist „wegen der energiewirtschaftlichen Bedeutung“ ein Weiterbetrieb des Walchenseekraftwerk-Systems „vorstellbar“⁴¹. Aber nur unter der Voraussetzung, dass dieser Betrieb „künftig die europäischen, nationalen und regionalen Anforderungen zum Schutz und zur Förderung der Erhaltungszustände von Fließgewässern, ihren Auen und der darin vorkommenden geschützten Lebensräumen und Arten gewährleistet“⁴². Juszcyk und ihre Mitverfasser werfen mit Blick auf die Auenv egetation „vor dem Hintergrund der sehr hohen ökologischen Sensibilität und naturschutzfachlichen Bedeutung des Gebietes“ gar die Frage auf, ob nicht „die zukünftige wasser- und energiewirtschaftliche Nutzung grundsätzlich in Frage gestellt werden muss.“⁴³ Bei der Regierung von Oberbayern hingegen liest man: „Wasserwirtschaft und Naturschutz treten gemeinsam als Umweltverwaltung auf“⁴⁴. Kann das gelingen?

Damit die bestehende Konzession für den Betrieb des Walchenseekraftwerks überhaupt auslaufen kann und die Durchsetzung von Verbesserungen ermöglicht, hat der Freistaat Bayern zum 31.3.2020 dem Kraftwerksbetreiber den Fristablauf angekündigt. Damit enden die we-

sentlichen wasserrechtlichen Genehmigungen für den Betrieb des Walchenseekraftwerks und seiner zugehörigen Anlagen zum 30.9.2030.⁴⁵

Spätestens mit der Neukonzessionierung müssen alle einschneidenden Maßnahmen zugunsten eines intakten, vom Menschen nur gering beeinflussten, Flusssystems an der oberen Isar vertraglich gefasst und ihre Umsetzung terminlich festgelegt sein.

So ist das Jahr 2024 also eines, in dem an der oberen Isar weiter um ihr Wasser gerungen wird. Die 1974 gegründete Notgemeinschaft „Rettet die Isar jetzt!“ aber begeht ihr 50-jähriges Bestehen. Leider kein Grund zu feiern.



*Auf verschiedenste Weisen informieren die Aktiven von „Rettet die Isar jetzt!“ wie hier in Lenggries die Öffentlichkeit über die Ableitungen an der oberen Isar.
Foto: Archiv „Rettet die Isar jetzt!“*

Quellen und Literatur

23_11_Anhang_4_zu_Anlage_3_nb, Stand 23.4.2018, 3; heruntergeladen von bundeskanzleramt.gv.at, benannt „Anlage 4_Tab Bewirtschaftungsziele_gepl Maßnahmen_23_4_2018“.

AG Wasser im Forum Umwelt und Entwicklung: Einladung zum Online-Seminar „Biodiversitätsziele in Gefahr? Positionierung der AG-Wasser zu Wasserkraftausbau und Flussrestauration vor dem Hintergrund der Biodiversitätsziele und der Klimakrise“ am 8.12.2022.

alpcnv.org/de/startseite/organisation/alpenkonferenz, abgerufen im April 2023.

Bayer. Kanuverband, BUND Bayern, Forum Walchensee, CIPRA Deutschland, DAV, Isartalverein, LBV Bayern, Bayer. Landesfischereiverein, Münchner Forum, LV Bayern der NaturFreunde Deutschland, Rettet die Isar jetzt!, Verein zum Schutz der Bergwelt und WWF Deutschland: Gemeinsames Positionspapier zur Neukonzessionierung des Walchenseekraftwerk-Systems, 25.2.2021.

Hannes Bramböck: Die Geschichte des Bächentals und seiner Almen, o.O. wohl 1818.

Chronik der Stadt Bad Tölz, Bd. III, 1927–1950; Stadtarchiv Bad Tölz.

Isabell Juszyk, Gregory Egger, Norbert Müller und Michael Reich: Auswirkungen der Ausleitung der oberen Isar auf die Auenvegetation, in: Auenmagazin 17/2020, 28–37.

Regierung von Oberbayern: Zukunft des Walchensee-Systems, Präsentation im Rahmen des Jahresgesprächs Isar am 15.11.2021 (Videokonferenz).

Regierung von Oberbayern und dem WWA Weilheim unter Beteiligung des Landratsamtes Bad Tölz-Wolfratshausen, der Anliegergemeinden und des Wasserkraftbetreibers UNIPER: Zukunft des Walchensee-Systems, wasserwirtschaftliches Arbeitskonzept, Version 04, Stand 4.10.2019.

Carmen Rethschulte und Michael Reich: Auen- und Vegetationsdynamik am Unterlauf des Reißbachs/Karwendel seit der Ausleitung 1949, in: Jahrbuch des Vereins zum Schutz der Bergwelt (München), 87. Jg. 2022, S. 233–252.

rettet-die-isar.de/historie, abgerufen im April 2023.

Siegfried Sappl (ROB): Zukunft des Walchensee-Systems, in: Jahresbericht 2021/22 des Isartalvereins, 24–26.

Franz Speer: Neue Wege an der Oberen Isar, Impulsreferat vom 9.11.2018 in München, Präsentationsdatei.

Stadtmagistrat Bad Tölz: Eingabe vom 3.8.1909, in: II Denkschrift zum Walchenseeprojekt, München 1909; Stadtarchiv Bad Tölz.

Wasserwirtschaftlicher Rahmenplan Isar 1979.

wikipedia: Richtlinie 2000/60/EG (Wasserrahmenrichtlinie), Stand 11.8.2022.

WWA Weilheim: Präsentation zum Monitoring der Dotierwasserabgabe der TIWAG in die Dürrach vom Februar 2021, Graph auf Folie 3.

Anmerkungen

- 1 Stadtmagistrat Bad Tölz vom 3.8.1909, 13.
- 2 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 7.
- 3 Vgl. Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 4; sowie Sappl: Zukunft des Walchensee-Systems, 25.
- 4 Juszyk et al.: Auswirkungen der Ausleitung der oberen Isar..., 28.
- 5 Nach wikipedia: Richtlinie 2000/60/EG (Wasserrahmenrichtlinie).
- 6 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 7.
- 7 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 8.
- 8 Nach Speer: Neue Wege an der Oberen Isar; Ableitungsmengen nach dem Wasserwirtschaftlichen Rahmenplan Isar 1979.
- 9 Ebendort.
- 10 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 7.
- 11 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 7.
- 12 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 8.
- 13 Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 12.
- 14 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 7.
- 15 Chronik der Stadt Bad Tölz, Bd. III, 1927–1950, 459.
- 16 Ebendort, 575.
- 17 Nach Bramböck: Geschichte des Bächentals..., 240, unter Verweis auf Johann Kofler: Gemeindechronik Achentäl, 1951.
- 18 Ebendort, 240, unter Verweis auf Ludwig Söldner: Das Achentäl, 1959, 17.
- 19 Nach Speer: Neue Wege an der Oberen Isar, 15 ff.
- 20 Vgl. Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 20: „Das Trockenfallen führt dabei immer wieder zum Tod zahlreicher Wasserorganismen“.
- 21 Nach AG-Wasser: Einladung zum Online-Seminar „Biodiversitätsziele in Gefahr?, bezugnehmend auf den Living Planet Report des WWF.
- 22 Nach rettet-die-isar.de/historie, abgerufen im April 2023.
- 23 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 11.
- 24 Nach alpconv.org.
- 25 Nach Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 9, unter Bezugnahme auf Galle & Zwettler 2021; Alpenkonvention 2020.
- 26 Nach 23_11_Anhang_4_zu_Anlage_3_nb, benannt „Anlage 4_Tab Bewirtschaftungsziele_gepl Maßnahmen_23_4_2018“.
- 27 Nach WWA Weilheim: Präsentation, Graph auf Folie 3.

- 28 Ebendort, 2.
- 29 Ebendort, 10.
- 30 Ebendort, 9.
- 31 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 10.
- 32 Nach Rethschulte und Reich: Auen- und Vegetationsdynamik, 249.
- 33 Nach Rethschulte und Reich: Auen- und Vegetationsdynamik, 233.
- 34 Nach Rethschulte und Reich: Auen- und Vegetationsdynamik, 248.
- 35 Nach Rethschulte und Reich: Auen- und Vegetationsdynamik, 235.
- 36 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 12.
- 37 Nach wikipedia: Richtlinie 2000/60/EG, unter Verweis auf die Formulierung der Umweltziele in der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auf bmnt.gv.at, Stand 4.4.2018.
- 38 Nach Regierung von Oberbayern et al.: Zukunft des Walchensee-Systems, 12.
- 39 Nach Sappl: Zukunft des Walchensee-Systems, 24; sowie Regierung von Oberbayern: Zukunft des Walchensee-Systems, Folie 13.
- 40 Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 35.
- 41 Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 5.
- 42 Bayer. Kanuverband et al.: Gemeinsames Positionspapier, 5.
- 43 Juszcyk et al.: Auswirkungen der Ausleitung der oberen Isar..., 28.
- 44 Nach Regierung von Oberbayern: Zukunft des Walchensee-Systems.
- 45 Nach Sappl: Zukunft des Walchensee-Systems, 24.

Die Weilheimer Berufsschule im Schuljahr 1939/40

1939 wurde aus der städtischen Berufsschule Weilheim die Verbandsberufsschule des Landkreises. Eine handgeschriebene Schülerliste für das Schuljahr 1939/40 gibt Einblicke in die Berufsschule zu dieser Zeit. Sie kann Fragen beantworten, wie: Wo kamen die Schüler her, was waren die beliebtesten Berufe, welches waren die größten Ausbildungsbetriebe etc.

Kurze Historie bis 1939

Die Geschichte der Berufsschule in Weilheim reicht bis ins Jahr 1866 zurück. Am 4.11.1866 wurde die dreijährige gewerbliche Fortbildungsschule gegründet. In der Schülerliste der kgl. Lokal-Schulinspektion unter Stadtpfarrer Carl Böhaimb tauchte die Fortbildungsschule das erste Mal im August 1867 auf. Als Lehrer sind der Elementarlehrer Josef Mändl und der Zeichnungslehrer Lehning überliefert. In diese reine Knabenschule konnten Lehrlinge während ihrer Ausbildung gehen, wenn sie die Werktagsschule bereits abgeschlossen hatten.¹

Im Norddeutschen Bund durften die Gemeinden nach § 106 und 142 der Gewerbeordnung vom 21. Mai 1869 für die Fortbildungsschulen den Schulzwang für Gesellen, Lehrlinge und Gehilfen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr „bei Strafe gegen die widerstrebenden Meister“ und Lehrlinge einführen.² Diese Regelung wurde 1871 durch den Beitritt Bayerns zum neuen deutschen Kaiserreich auch in Bayern gültig.

Bereits zur Gründung der Weilheimer Realschule am 1. Oktober 1870 wurde die Fortbildungsschule der Realschule angegliedert und verlor damit schon nach vier Jahren ihre Eigenständigkeit. Die weitere Entwicklung war etwas unübersichtlich, da verschiedene Schularten teilweise in Konkurrenz zueinander existierten. So gab es wohl neben der

Realschule auch eine Gewerbeschule als Tages(fortbildungs)schule und die gewerbliche Fortbildungsschule in Abendkursen.³

Am 11. Februar 1877 wurde die 1801 begründete männliche Sonn- und Feiertagsschule aufgehoben und die Schüler den Abendkursen der gewerblichen Fortbildungsschule zugewiesen.⁴ 1914 schließlich wurde die gewerbliche Fortbildungsschule endgültig von der Realschule getrennt und die städtische Berufsschule für Knaben als eigenständige Schule gegründet. Erster Direktor war Albert Auer, der als Volksschulrektor die Leitung der Berufsschule bis 1922 nebenamtlich übernahm. Auch in räumlicher und personeller Hinsicht war die junge Berufsschule noch viele Jahre von der Volksschule abhängig. Der Unterricht erfolgte in den Räumen der Volksschule an der Röntgenstraße und neben Handwerksmeistern erteilten auch Volksschullehrer nebenberuflich Unterricht an der Berufsschule. Dieser umfasste Arithmetik, Buchführung, Zeichnen, Naturlehre und Fachpraxis. Erst 1920 wurde der erste hauptamtliche Berufsschullehrer angestellt.⁵ Von 1922 bis 1949 war Berufsschul-Oberlehrer Hubert Demmel Direktor der Berufsschule und dort auch als Lehrkraft im kaufmännischen Bereich tätig.⁶

Auch für Mädchen galt seit 1913 eine zehnjährige Schulpflicht, der im Anschluss an die Volksschule durch den Besuch der dreijährigen Weilheimer Volksfortbildungsschule für Mädchen an einem Werktag Genüge



Die städtische Volksschule Weilheim auf einer Ansichtskarte vor 1910.

getan werden konnte. Für ein Jahr gab es bereits 1916 neben der Volksfortbildungsschule auch für Mädchen eine Berufsfortbildungsschule. Ein zweiter Versuch führte dann ab dem 1. September 1929 zum Erfolg und die Volksfortbildungsschule sowie die seit 1866 von den Englischen Fräulein geführte private Fortbildungsschule wurden zur Berufsfortbildungsschule für Mädchen unter der Leitung von Mater Angelika Feichtinger (IBMV)⁷ zusammengefasst. Doch schon 1932 drohte wieder das Aus durch den Stadtrat, das nur durch einen Regierungsbeschluss verhindert werden konnte. Bis Ende 1936 besorgten die Englischen Fräulein den Unterricht, der nach ihrer Entlassung bis zum Schuljahr 1940/41 von weltlichen Lehrerinnen weitergeführt wurde.⁸

Alle Schülerinnen hatten wöchentlich an zwei Halbtagen Unterricht in Lebens- und Gemeinschaftskunde, Rechnen, Deutscher Sprache, Religion sowie in Nadelarbeit.⁹

Im Jahr 1938 wurde die achtjährige Schulpflicht für alle Kinder gesetzlich eingeführt. Dazu kam gleichzeitig eine Berufsschulpflicht für Mädchen und Jungen von drei Jahren, für Landwirte von zwei Jahren.¹⁰ Wenn kein Schuljahr wiederholt werden musste, bedeutete dies, dass ein Berufsanfänger im Regelfall zum neunten Schuljahr in die Berufsschule wechselte und dort bis zum elften Schuljahr blieb.

Im darauf folgenden Jahr wurde am 19. April der Zweckverband zur Errichtung einer Verbandsberufsschule von 21 Landkreisgemeinden gegründet. Bereits am 1. Mai kam es so zur Gründung der Verbandsberufsschule in Weilheim. Sitz war weiterhin die Volksschule an der Röntgenstraße. Die Verbandsberufsschule war zunächst nur männlichen Auszubildenden vorbehalten. Es gab drei hauptamtliche und zehn nebenamtliche Lehrkräfte. Direktor war nach wie vor Hubert Demmel.¹¹

Das Berufsschuljahr 1939/40 war also das erste volle Schuljahr der Verbandsberufsschule Weilheim und nebenbei auch das erste Schuljahr während des Zweiten Weltkriegs.

Die Schülerliste

Die Schülerliste, die dem Autor vorliegt, wurde handschriftlich in ein kariertes Schulheft mit 40 Seiten im Format DIN A4 eingetragen. Vermutlich wurde sie vom Berufsschuldirektor Demmel erstellt und über

das Schuljahr hinweg gepflegt. Die Einträge wurden aufgeteilt in Kurse und jeweils alphabetisch nach Schülernamen sortiert. Erfasst wurden in vier Spalten der Name des Schülers mit Ausbildungsberuf und Schuljahr, der Arbeitsort, der Ausbildungsbetrieb und die Heimatadresse des Schülers oder seiner Eltern. Bei einigen Kursen sind am Ende der Liste Ergänzungen gemacht worden. Dies können Schüler sein, die bei Erstellung der Liste übersehen wurden oder die im Laufe des Schuljahrs neu eingetreten sind. In einer Handvoll Fällen sind nur die Nachnamen von zusätzlichen Schülern vorhanden, aber keine sonstigen Angaben. Diese wurden bei der Auswertung der Liste nicht berücksichtigt. Übrig blieben 341 Schüler mit verwertbaren Angaben. Von diesen wurden einige durchgestrichen, was den Austritt während des Schuljahrs bedeuten kann.

Die aufgeführten Kurse:

<u>Wochentag</u>	<u>Kurs</u>	<u>Klassenleiter</u>
Montag	Metall I (Einführung)	Flemig
Montag	Bau und Holz I (Einführung)	Grünwald
Dienstag	Büro und Kaufleute	Demmel
Dienstag	Nahrung II (Metzger, Bäcker, Landwirte, Gärtner)	Flemig
Dienstag	Nahrung I (Bäcker)	Grünwald
Mittwoch	Bekleidung und Schmuck	Demmel
Mittwoch	Metall II (grob)	Flemig
Donnerstag	Bau und Holz II (Schreiner, Wagner)	Grünwald
Freitag	Metall III (fein)	Flemig
Freitag	Bau und Holz III (Maurer, Maler, Zimmerer)	Grünwald

Das Schwergewicht lag auf den handwerklichen Berufen in den zwei Bereichen Metall und Bau/Holz mit jeweils drei Kursen. Hier tauchten Berufe wie (Maschinen-)Schlosser, (Auto-)Mechaniker, Schmied, Spengler, (Elektro-)Installateur, Maurer, Maler, Zimmermann und Schreiner, aber auch Schäffler, Hafner, Fliesenleger und Feilenhauer auf.

Dazu kamen zwei Kurse im Nahrungssektor, insbesondere für Bäcker und Metzger, und jeweils ein Kurs für den Bereich Bekleidung/Schmuck sowie für den Bereich Büro und Kaufleute. Im Bereich Bekleidung/Schmuck fanden sich neben Schneidern auch Schuhmacher und Sattler, aber auch Säckler, Friseure, Schriftsetzer und Buchbinder. Der Bereich Büro/Kaufleute umfasste neben klassischen Büroangestellten und Kaufleuten im Groß- und Einzelhandel auch Bahnangestellte, Postboten und Dekorateure.

Die Herkunft der Schüler

Auch wenn die Verbandsberufsschule in erster Linie für den Bedarf im Altlandkreis Weilheim gedacht war, so reichte der Einzugsbereich doch zum Teil deutlich über die damaligen Kreisgrenzen hinaus. Nicht nur bis Dießen, Wessobrunn oder Hohenpeißenberg, sondern bis nach München, Kempten oder Neustadt an der Donau. Etwa 10% der Schüler kamen von außerhalb des Landkreises. Innerhalb des Landkreises konzentrierte sich die Herkunft naturgemäß auf die größten Gemeinden Weilheim (35%), Peißenberg (16%) und Murnau (11%). Der Rest verteilte sich auf weitere 30 Landkreisgemeinden.¹²

Die Lehrberufe

Bei den Berufen gab es klare Favoriten, die wohl auch einen entsprechenden Bedarf widerspiegeln, weniger beliebte Beschäftigungen und selten gewählte Exoten. Oftmals wurde die Wahl wohl auch durch den heimischen Betrieb bestimmt, denn es gab immerhin 25 Lehrlinge, die vom Vater oder vom Onkel ausgebildet wurden.

Die Liste der Berufe nach Häufigkeit sortiert:

Beruf	Lehrlinge	Beruf	Lehrlinge
Bäcker	40	Fliesenleger	3
Schreiner	39	Konditor	3
Maurer	25	Müller	3
(Bau-)Schlosser, Schmied	20	Schäffler	3
Automechaniker	19	Schriftsetzer	3

(Elektro-)Maschinenbauer,		Feilenhauer	2
Maschinenschlosser, Mechaniker	18	Gärtner	2
Bürokaufmann	17	Heizungstechniker	2
Zimmerer	17	Hilfsarbeiter	2
Maler, Lackierer	14	kfm. Eisenhändler	2
Spengler, Installateur, Galvaniseur	14	Landwirt	2
Metzger	11	Säckler	2
Schneider	11	Wagner	2
Elektroinstallateur	10	Buchbinder	1
Friseur	8	Dekorateur	1
Sägearbeiter	8	Kaminkehrer	1
Sattler, Polsterer, Tapezierer	7	Käser	1
Postbote/-angestellter	6	Kfz-Fahrer	1
Großhandelskaufmann	4	Landhelfer	1
Hafner	4	(keine Angabe)	2
Schuhmacher	4		
Bahnangestellter	3		
Brauer	3	Summe	341

Neben den traditionellen Handwerken Schmied und Schlosser, die sich weiterhin gut behaupteten, kamen bereits für damalige Zeiten moderne Berufe wie Maschinenbauer, Automechaniker und Elektroinstallateur auf. Im Gegensatz zum Bauwesen, wo nach wie vor Maurer, Zimmerleute und Maler gefragt waren, fand im Bereich Metallverarbeitung bereits eine Ausrichtung auf zukünftige Bedarfe statt. Aber nicht nur dort gab es Veränderungen: Aus manchem Schreiner aus diesem Schuljahr ist



Die Anzeige der Fa. Kriesmair aus dem Jahr 1949 dokumentiert den Übergang vom Schreiner zum Möbelhändler.

später ein Möbelhändler geworden. In Weilheim waren dies z. B. Max Kriesmair oder Gottfried Pläß.

Es finden sich auch Berufe, die heute verschwunden sind: Benedikt Koppelhuber in Weilheim bildete noch zwei Feilenhauer aus und die Weilheimer Zeitung brauchte drei weitere Schriftsetzer. Der Säckler als Spezialist für Lederbekleidung ist heutzutage fast vergessen. Säcklermeister Johann Mühlpointner aus Penzberg hatte 1939/40 noch einen Lehrling im zweiten Lehrjahr. Die Familie Mühlpointner führte später zwei große Mode- und Trachtengeschäfte in Penzberg.



Aus dem Säcklermeister Xaver Mühlpointner wurde der Inhaber eines Mode- und Trachtengeschäfts. Anzeige aus dem Jahr 1949.

Im Schuljahr 1939/40 gab es noch je einen Betrieb in Huglfing und Weilheim die Schächler ausbildeten, um z. B. die Brauereien mit Holzfässern zu versorgen. In den beiden Orten gab es auch noch zwei Wagnermeister mit Lehrlingen. Wagner und Landwirt Franz Kölbl in Huglfing bildete damals seinen Sohn Heinrich als Nachfolger aus.

Die Verteilung der Ausbildungsbetriebe

Bei den Ausbildungsbetrieben wird die Konzentration auf die größten Gemeinden im Landkreis noch deutlicher als bei der Herkunft der Schüler. 44 Prozent der Schüler gingen zur Lehre in einen Betrieb in Weilheim. Es folgten Peißenberg (18%) und Murnau (16%). Etwa 18% entfielen auf weitere 17 Landkreismunicipalitäten von Raisting bis Uffing und ein kleiner Rest von 8 Lehrlingen auf Gemeinden außerhalb des Landkreises wie Dießen, Feldafing, Tutzing oder Peiting.¹³

Die mit Abstand größten Einzelarbeitgeber waren das Kohlenbergwerk Peißenberg und Fritz Neidhart in Weilheim mit seinem Sägewerk und seiner Kistenfabrik mit jeweils 10 Auszubildenden. Im Kohlenbergwerk wurden vor allem Maschinenschlosser für den Be-



Eine Anzeige des Kohlenbergwerks Peißenberg aus dem Jahr 1936.

trieb der Fördertechnik ausgebildet. Neidhart brauchte dagegen mehrere Sägearbeiter und Zimmerer und nur einen Mechaniker. Aber auch die am Weilheimer Marienplatz ansässige Firma Reischl & Co. (ein Rüstungsbetrieb unter der Leitung der resoluten Auguste Reischl, der offiziell als Leder- und Metallwarenfabrik firmierte) hatte mit vier Lehrlingen einen größeren Bedarf an Nachwuchs. Ebenfalls vier Auszubildende waren im Baugeschäft von Bernhard Resch in Forst angestellt. Neun Betriebe im Landkreis hatten drei Lehrlinge, immerhin 48 Betriebe hatten gleichzeitig zwei Lehrlinge, die überwiegende Zahl der Arbeitgeber (mehr als 180) beschäftigte einen Lehrling.

Ein Blick auf die Geschäftswelt vor und nach dem zweiten Weltkrieg

Die Schüler der Berufsschule lernten im Schuljahr 1939/40 ihren zukünftigen Beruf im ersten Jahr des Zweiten Weltkriegs. Einige fingen gerade mit ihrer Ausbildung an und waren in ihrem 9. Schuljahr, andere im zweiten und viele bereits im dritten und letzten Ausbildungsjahr. Ihre Zukunft war ungewiss, viele wurden im Lauf des Kriegs eingezogen und manche überlebten ihn nicht. Ein etwas genauerer Blick auf die Geschäftswelt im Altlandkreis Weilheim kurz vor und nach dem Krieg zeigt, in welche Wirtschaftsstruktur die Lehrlinge integriert werden sollten.

Aus heutiger Sicht auffallend ist die große Anzahl von Einzelbetrieben in einem Gewerbe. Die folgenden Zahlen zu ausgewählten Branchen sind dem Adressbuch für den Landkreis Weilheim von 1949, also 10 Jahre nach dem betrachteten Berufsschuljahr, entnommen. Zum Vergleich sind für Weilheim die entsprechenden Zahlen aus dem Einwohnerbuch der Stadt Weilheim für das Jahr 1936 angegeben.

Bäckereien gab es 1949 in Murnau 8, in Peißenberg 11 und in Weilheim 15. 1936 waren es in Weilheim bereits 14, von denen 1949 noch 10 dabei waren. Von den 15 Weilheimer Bäckereien im Jahr 1949 existiert heute keine mehr. Zuletzt schloß 2022 die schon 1936 genannte Bäckerei Grünwald.

Bei den Metzgereien herrschte ebenfalls kein Mangel. So gab es 1949 in Murnau 7, in Peißenberg 11, in Penzberg 8 und in Weilheim 12, von denen 2 auch Notschlachtungen durchführten. In Weilheim gab es 1936 bereits 10 Metzger, von denen 6 auch im Jahr 1949 noch tätig waren.

Kraftfahrzeughändler und Kfz-Werkstätten waren 1949 noch rar: In Peißenberg gab es 5, in Weilheim 7. Händler und Werkstätten für Fahrräder waren dagegen noch häufiger zu finden. In Peißenberg 10 und in Weilheim 11. Man konnte 1936 zwar in Weilheim schon unter 13 Benzin-Tankstellen wählen, aber nur bei Karl Bauer ein Auto kaufen. Dafür gab es mit 15 Händlern und Reparaturwerkstätten für Fahrräder in dieser Hinsicht eine sehr gute Versorgung.



Eine Anzeige der Firma Karl Bauer aus dem Jahr 1936.

Schneidereien verschiedener Art waren 1949 weit verbreitet und sogar auf dem Dorf zu finden. Selbst in Eberfing konnte man zwischen fünf Damenschneiderinnen und fünf Herrenschneidern wählen. In größeren Orten wie Murnau war die Auswahl schon beträchtlich: 21 Damenschneiderinnen, fünf Herrenschneider, acht Damen- und Herrenschnei-

der/innen, fünf Hausschneiderinnen und zwei Näherinnen standen dort zur Verfügung. Peißenberg hatte 32 Damenschneider, 13 Herrenschneider, drei Damen- und Herrenschneider und sechs Hausschneiderinnen. Die größte Auswahl gab es in Weilheim mit 33 Damenschneidereien, 18 Herrenschneidern, 17 Damen- und Herrenschneidereien sowie 18 Hausschneidereien.

Das Gleiche galt für Schuhmacher. Sie waren auch in kleinen Dörfern wie Antdorf, Etting, Frauenrain, Haunshofen, Oderding, Polling oder Spatzenhäusern zu finden. Murnau hatte 12 Schuhmacher, Peißenberg 14 und Weilheim stattliche 29. 24 Schneidereien und ebenso viele Schuhmacher waren für das Jahr 1936 im Weilheimer Branchenverzeichnis aufgeführt. Das waren schon nicht wenige. Durch den kriegsbedingten Bedarf hat das Schneidergewerbe aber noch einen zusätzlichen Aufschwung erlebt. Es war damals scheinbar nicht üblich oder schlicht zu teuer, seine Kleidung im Konfektionsgeschäft zu kaufen. Stattdessen ließ man seine Kleider und Anzüge vom Schneider anfertigen und seine Schuhe und Stiefel besorgte man beim Schuhmacher. In den Kriegs- und frühen Nachkriegsjahren konnten zudem Frauen durch den geschickten Umgang mit einer Nähmaschine so manches zur Versorgung der Familie beitragen, weil Näharbeiten gegen Produkte vom Bauernhof getauscht werden konnten. Trotzdem gab es zumindest in Weilheim 1949 bereits 11 Konfektionsgeschäfte. 1936 waren es erst 8 gewesen.

Das Handwerk der Schächler war 1949 noch in 14 Landkreisgemeinden mit mindestens einem Betrieb vertreten.¹⁴ In Antdorf gab es sogar zwei Kufereien. Heute sind sie alle verschwunden.

Resümee

Die Schülerliste hat einen Einblick in eine Berufs- und Geschäftswelt gegeben, die sich seitdem stark verändert hat. Gab es damals noch viele unabhängige Familienbetriebe in einem Gewerbe, so ist die heutige Wirtschaft von großen Handelsketten mit vielen Filialen geprägt. Selbst die größten Arbeitgeber waren vor dem zweiten Weltkrieg noch sehr lokal aufgestellt, auch wenn sie ihre Produkte zum Teil überregional angeboten haben. Das Gewicht lag noch deutlich im handwerklichen Bereich, mit wenigen notwendigen Dienstleistungen. Für Luxus über

den täglichen Bedarf hinaus war kein Geld übrig. Vielleicht ein Anstoß zum Nachdenken über die heutige Situation?

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Bittner, Richard: Geschichte der Weilheimer Volksschulen mit Berücksichtigung der weiterführenden Schulen, Weilheim 2005, S. 40, S. 328.
- 2 Vgl. Meyers Großes Konversations-Lexikon, 6. Auflage, Leipzig 1905–1909, Eintrag Fortbildungsschulen, Band 6, S. 791f.
- 3 Vgl. Bittner (wie Anm. 1), S. 41, S. 44f.
- 4 Ebd., S. 41.
- 5 Vgl. Webseite der Staatlichen Berufsschule Weilheim i.OB: [bs-weilheim.bayern / Schule / Schulgeschichte](http://bs-weilheim.bayern.de/Schule/Schulgeschichte), Von 1914 bis 2009.
- 6 Ebd.
- 7 Institutum Beatae Mariae Virginis, seit 2004 Congregatio Jesu. Bekannt als Institut der Englischen Fräulein.
- 8 Vgl. Bittner (wie Anm. 1), S. 42f.
- 9 Vgl. Webseite der Staatlichen Berufsschule Weilheim i.OB: [bs-weilheim.bayern / Schule / Schulgeschichte](http://bs-weilheim.bayern.de/Schule/Schulgeschichte), Von 1914 bis 2009.
- 10 Vgl. Bittner (wie Anm. 1), S.287.
- 11 Vgl. Webseite der Staatlichen Berufsschule Weilheim i.OB: [bs-weilheim.bayern / Schule / Schulgeschichte](http://bs-weilheim.bayern.de/Schule/Schulgeschichte), Von 1914 bis 2009.
- 12 Herkunft innerhalb des Altlandkreises Weilheim: Aidling 1 Schüler, Ammerhöfe 2, Antdorf 1, Bernried 1, Deutenhausen 3, Eberfing 5, Eglfing 2, Etting 1, Forst 3, Habach 1, Haid 1, Haunshofen 2, Hechendorf 2, Huglfing 9, Magnetsried 1, Murnau 37, Oberhausen 6, Obersöchering 3, Oderding 4, Pähl 6, Peißenberg 55, Penzberg 6, Polling 4, Raisting 2, Schöffau 2, Seehausen 3, Seeshaupt 1, Sindelsdorf 1, Uffing 7, Weilheim 118, Weindorf 3, Wessobrunn 4, Wielenbach 6. Herkunft außerhalb des Landkreises: Brand 1 Schüler, Dießen 3, Dietramszell 1, Enisried 1, Grafenaschau 1, Heilbrunn 1, Hohenpeißenberg 1, Kampberg 1, Kaufbeuren 1, Kempten 1, Kochel 2, Kohlgrub 1, München 3, Neuburg 1, Niederarnbach 1, Oberau 1, Ohlstadt 1, Peiting 3, Riederau 1, Rottenbuch 1, Stoffen 1, Übersee 1, Unterammergau 1, Unterpfaffenhofen 1. Nicht lokalisierbar: Murnsee (= Murnsee bei Bad Heilbrunn?) 1 Schüler, Neufraunshofen (= Neufraunhofen?) 1 Schüler, Strobelmühle 1 Schüler. Keine Angabe der Herkunft bei 4 Schülern.

- 13 Verteilung innerhalb des Altlandkreises Weilheim: Eberfing 1 Lehrling, Forst 4, Hechendorf 3, Huglfing 10, Magnetsried 1, Murnau 55, Oberhausen 2, Obersöchering 1, Pähl 7, Peißenberg 61, Penzberg 1, Polling 6, Raisting 2, Seehausen 5, Seeshaupt 2, Uffing 9, Weilheim 151, Weindorf 1, Wielenbach 4, Zellsee 1. Außerhalb des Landkreises: Dießen 3 Schüler, Feldafing 2, München 1, Peiting 1, Tutzing 1. Keine Angabe des Lehrorts bei 6 Lehrlingen.
- 14 Schöfflereien gab es 1949 in Antdorf, Eberfing, Forst, Habach, Haid, Huglfing, Pähl, Peißenberg, Penzberg, Polling, Schlehdorf, Spatzenhausen, Uffing und Weilheim. Von den im Adressbuch für den Landkreis Weilheim 1949 aufgeführten Schöfflermeistern sind im Adressbuch für die Stadt und den Landkreis Weilheim i.OB von 1965 nur noch sechs in Eberfing, Huglfing, Peißenberg, Schlehdorf, Uffing und Weilheim nachweisbar.